



# HESSISCHER LANDTAG

16. 09. 2009

## 20. Sitzung

Wiesbaden, den 16. September 2009

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	1301	27. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Nachtflugverbot durchsetzen statt Wortbruch fortsetzen</b>	
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	1301	– Drucks. 18/994 – . . . . .	1328
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	1301	<i>Abgelehnt</i> . . . . .	1348
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1348		
33. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Schluss mit dem Stillstand – A 49 endlich bauen</b>		39. Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Hessens Wohlstand für die Zukunft sichern – Bestätigung des Ausbaus des Frankfurter Flughafens durch den Hessischen Verwaltungsgerichtshof</b>	
– Drucks. 18/1060 – . . . . .	1301	– Drucks. 18/1067 – . . . . .	1328
<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zur abschließenden Beratung überwiesen</i> . . . . .	1301	<i>Angenommen</i> . . . . .	1348
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1301	Minister Dieter Posch . . . . .	1329
6. a) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)</b>		Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . .	1333, 1341
– Drucks. 18/1013 – . . . . .	1301	Tarek Al-Wazir . . . . .	1336
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	1328	Dr. Christean Wagner (Lahntal) . . . . .	1339, 1342
b) Antrag der Landesregierung betreffend <b>Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2009 bis 2013</b>		Frank-Peter Kaufmann . . . . .	1342
– Drucks. 18/1055 – . . . . .	1301	Stefan Müller (Heidenrod) . . . . .	1343
<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	1328	Hermann Schaus . . . . .	1344
		Florian Rentsch . . . . .	1346
75. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>mittelfristige Finanzplanung wegen Verfassungsverstoßen nicht beratungsfähig</b>		Günter Rudolph . . . . .	1348
– Drucks. 18/1103 – . . . . .	1301	Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1348
<i>Dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	1328	<i>Anlage 1 (Abstimmungsliste)</i> . . . . .	1387
Minister Karlheinz Weimar . . . . .	1301	<i>Anlage 2</i> . . . . .	1389
Norbert Schmitt . . . . .	1307		
Leif Blum . . . . .	1312	43. Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>keine neuen Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende, Aussetzung aller laufenden Sanktionen</b>	
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	1313, 1327	– Drucks. 18/1072 – . . . . .	1348
Willi van Ooyen . . . . .	1319	<i>Abgelehnt</i> . . . . .	1359
Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	1323, 1327		
Wolfgang Decker . . . . .	1327	76. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Arbeitsmarktreform dringend weiterentwickeln</b>	
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1328	– Drucks. 18/1105 – . . . . .	1348
		<i>Abgelehnt</i> . . . . .	1359
26. Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>grünes Licht für den Ausbau des Frankfurter Flughafens – grünes Licht für die Nachtruhe – Rückkehr zum Mediationsergebnis</b>			
– Drucks. 18/993 – . . . . .	1328	77. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Arbeitslosigkeit abbauen – Qualifikationen erhalten – Menschen aktiv in Arbeit bringen</b>	
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	1348	– Drucks. 18/1107 – . . . . .	1348
		<i>Abgelehnt</i> . . . . .	1360
		Marjana Schott . . . . .	1349, 1359
		Marcus Bocklet . . . . .	1350, 1355
		Dr. Ralf-Norbert Bartelt . . . . .	1352

	Seite		Seite
René Rock . . . . .	1353, 1356	50. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Kurhessenbahn modernisieren</b>	
Petra Fuhrmann . . . . .	1356	– Drucks. 18/1032 neu zu Drucks. 18/303 – . . . . .	1384
Minister Jürgen Banzer . . . . .	1358	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	1384
Axel Wintermeyer . . . . .	1359, 1360	Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	1384
Günter Rudolph . . . . .	1360		
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	1359, 1360		
30. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>schneller Ausstieg aus der Atomkraft – keine Laufzeitverlängerung für Biblis A und B</b>		51. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>hessisches Konjunkturpaket kommt an</b>	
– Drucks. 18/1057 – . . . . .	1360	– Drucks. 18/1033 zu Drucks. 18/873 – . . . . .	1384
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	1377	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	1384
29. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>erneute Debatte um die Sicherheit von Biblis beweist: Abschaltung ist unumgänglich</b>		Günter Rudolph . . . . .	1384
– Drucks. 18/1019 – . . . . .	1361	Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	1384
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	1377		
Ursula Hammann . . . . .	1361	52. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>konjunkturellen Impuls der Konjunkturprogramme messen</b>	
Norbert Schmitt . . . . .	1363, 1375	– Drucks. 18/1034 zu Drucks. 18/903 – . . . . .	1384
Janine Wissler . . . . .	1364	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	1384
Peter Stephan . . . . .	1366, 1368	Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	1384
Tarek Al-Wazir . . . . .	1368, 1373, 1374		
Frank Sürmann . . . . .	1369, 1374	53. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Ausbildung sichern – Verantwortung übernehmen</b>	
Manfred Görig . . . . .	1370	– Drucks. 18/1035 zu Drucks. 18/874 – . . . . .	1384
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	1371, 1376	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	1384
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	1377	Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	1384
5. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein <b>Gesetz zur Gleichstellung von Lebenspartnerschaften im hessischen Landesrecht</b>			
– Drucks. 18/949 – . . . . .	1377	54. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Altersteilzeit in Hessen fortsetzen</b>	
<i>Nach erster Lesung dem Rechts- und Integrationsausschuss, federführend, und dem Innenausschuss, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	1383	– Drucks. 18/1038 zu Drucks. 18/235 – . . . . .	1385
10. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein <b>Gesetz zur Antidiskriminierung und zur Anerkennung eingetragener Lebenspartnerschaften im hessischen Landesrecht</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	1385
– Drucks. 18/1048 – . . . . .	1377	Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	1385
<i>Nach erster Lesung dem Rechts- und Integrationsausschuss, federführend, und dem Innenausschuss, beteiligt, überwiesen</i> . . . . .	1383		
Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	1377	55. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>neue Arbeitszeitmodelle für den Landesdienst notwendig</b>	
Dr. Andreas Jürgens . . . . .	1377, 1383	– Drucks. 18/1039 zu Drucks. 18/922 – . . . . .	1385
Heike Hofmann . . . . .	1378	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	1385
Stefan Müller (Heidenrod) . . . . .	1379	Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	1385
Hartmut Honka . . . . .	1380		
Dr. Ulrich Wilken . . . . .	1381	56. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Altersteilzeit in Hessen</b>	
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit . . . . .	1382	– Drucks. 18/1040 zu Drucks. 18/924 – . . . . .	1385
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	1383	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	1385
61. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu <b>Petitionen</b>		Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	1385
– Drucks. 18/938 – . . . . .	1383		
<i>Beschlussempfehlungen angenommen</i> . . . . .	1383	57. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Abg. Dr. Spies, Fuhrmann, Merz, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend <b>Chancen für die Jugend in der Wirtschaftskrise verbessern – mehr Ausbildung im Landesdienst</b>	
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	1383	– Drucks. 18/1041 zu Drucks. 18/810 – . . . . .	1385
49. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Kurhessenbahn reaktivieren – modernen ÖPNV realisieren</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	1385
– Drucks. 18/1031 neu zu Drucks. 18/237 – . . . . .	1384	Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	1385
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	1384		
Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . .	1384		

Seite	Seite
<p>58. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>in schwierigen Zeiten konsequent handeln – Ausbildungsplätze sichern und schaffen</b> – Drucks. 18/1042 zu Drucks. 18/931 – . . . . . 1385 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1385 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 1385</p> <p>59. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht streichen</b> – Drucks. 18/1043 zu Drucks. 18/870 – . . . . . 1385 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1385 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 1385</p> <p>60. Beschlussempfehlung und Bericht des Ältestenrats zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend <b>Gleichstellung der Abgeordneten des Hessischen Landtags in der gesetzlichen Rentenversicherung</b> – Drucks. 18/1076 zu Drucks. 18/751 – . . . . . 1385 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1385 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 1385</p> <p>69. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Eklat um die Verleihung des Hessischen Kulturpreises</b> – Drucks. 18/1089 zu Drucks. 18/777 – . . . . . 1385 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1385 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 1385</p>	<p>70. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Lehrerhandreichung 60 Jahre Grundgesetz – 60 Jahre Erfolgsgeschichte Demokratie</b> – Drucks. 18/1091 zu Drucks. 18/ 263 – . . . . . 1385 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1386 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 1386</p> <p>71. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Lehrerbildungsgesetz reformieren – schnelle Lösung für die zweite Ausbildungsphase schaffen</b> – Drucks. 18/1092 zu Drucks. 18/832 – . . . . . 1386 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1386 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 1386</p> <p>72. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>ideologische Politik und Beratungsresistenz der Landesregierung</b> – Drucks. 18/1093 zu Drucks. 18/862 – . . . . . 1386 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1386 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 1386</p> <p>73. Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>keine Dumpinglöhne bei den Bodenverkehrsdiensten am Frankfurter Flughafen</b> – Drucks. 18/1095 zu Drucks. 18/923 – . . . . . 1386 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 1386 Vizepräsidentin Sarah Sorge . . . . . 1386</p>

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Frank Lortz  
Vizepräsident Lothar Quanz  
Vizepräsident Heinrich Heidel  
Vizepräsidentin Sarah Sorge

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund Michael Boddenberg  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch  
Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Silke Lautenschläger  
Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit Jürgen Banzer  
Kultusministerin Dorothea Henzler  
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit  
Staatssekretärin Nicola Beer  
Staatssekretär Boris Rhein  
Staatssekretär Horst Westerfeld  
Staatssekretär Steffen Saebisch  
Staatssekretär Mark Weinmeister  
Staatssekretärin Petra Müller-Klepper  
Staatssekretär Heinz-Wilhelm Brockmann  
Staatssekretär Gerd Krämer

## Abwesende Abgeordnete:

Lisa Gnagl  
Ulrike Gottschalck  
Margaretha Hölldobler-Heumüller

(Beginn: 9:04 Uhr)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Zur Tagesordnung: Erledigt sind die Punkte 1 bis 4, 7 und 31.

Herr Rudolph hat für die SPD-Fraktion mitgeteilt, dass **Tagesordnungspunkt 33**, der Antrag der SPD-Fraktion zur A 49, zur abschließenden Beratung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen werden soll.

Eingegangen ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Arbeitsmarktreform dringend weiterentwickeln, Drucks. 18/1105. Die Dringlichkeit wird bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 76 und kann mit Tagesordnungspunkt 43 zum gleichen Thema aufgerufen werden. – Ich sehe Einverständnis. Dann machen wir das so.

Zum Ablauf der Sitzung. Wir tagen vereinbarungsgemäß heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von zwei Stunden. Wir beginnen mit den Haushaltslesungen. Das ist Tagesordnungspunkt 6 a und b. Dazu wird Tagesordnungspunkt 75 aufgerufen. Danach folgt Tagesordnungspunkt 26, Entschließungsantrag der SPD-Fraktion betreffend grünes Licht für den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Dazu werden die Tagesordnungspunkte 27 und 39 aufgerufen. Nach der Mittagspause beginnen wir mit Tagesordnungspunkt 43.

Ich darf darauf hinweisen, dass wir in der Mittagspause gegen 13 Uhr eine Ausstellung zum Thema Mauerfall eröffnen werden. Das Grenzmuseum Schiffersgrund und ein Aplitz-Gemälde werden vorgestellt. Ich lade Sie alle dazu herzlich ein.

Es müsste heute auf Ihren Plätzen der Taschenkalender 2010 des Hessischen Landtags vorliegen. – Das ist so.

Weiterer Hinweis: Heute Abend um 19:30 Uhr spielt unsere Fußballmannschaft gegen die Mannschaft der Stadtverordneten Wiesbaden in Wiesbaden-Bierstadt. Wir wünschen allen Beteiligten Spaß und Erfolg – sicherlich erneut für einen guten Zweck.

Ich weise darauf hin, dass zu Beginn der Mittagspause um ca. 13 Uhr der Haushaltsausschuss in Raum 510 W tagt.

Dann darf ich noch zwei sehr erfreuliche Daten mitteilen, nämlich zwei – eine Kollegin und ein Kollege – haben heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch, Frau Hammann,

(Allgemeiner Beifall)

und herzlichen Glückwunsch, Herr Grumbach.

(Allgemeiner Beifall)

Es sind Blumen da, wird mir mitgeteilt. Dann würde ich vorschlagen, dass Sie bitte zu Herrn Grumbach gehen und Herr Utter zu Frau Hammann. Dann haben wir das, was Gender angeht, richtig gemacht.

(Heiterkeit – Schriftführerin Abg. Mürvet Öztürk und Schriftführer Abg. Tobias Utter überreichen Blumen.)

Die Gratulationscouren dürfen weiterlaufen. Aber ich möchte in die Tagesordnung einsteigen, und wir rufen **Tagesordnungspunkt 6 a:**

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010) – Drucks. 18/1013 –**

und **Tagesordnungspunkt 6 b:**

**Antrag der Landesregierung betreffend Finanzplan des Landes Hessen für die Jahre 2009 bis 2013 – Drucks. 18/1055 –**

auf. Dazu wird **Tagesordnungspunkt 75** aufgerufen:

**Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend mittelfristige Finanzplanung wegen Verfassungsverstößen nicht beratungsfähig – Drucks. 18/1103 –**

Ich gehe davon aus, dass Herr Staatsminister Weimar nunmehr das Haushaltsgesetz einbringen und erläutern wird. Herr Staatsminister, die vereinbarte Redezeit beträgt 30 Minuten.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Einen guten Morgen trotz des wahrscheinlich etwas schwergängigen Themas Haushalt. Inmitten der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte lege ich dem Hessischen Landtag heute den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2010 sowie die mittelfristige Finanzplanung 2009 bis 2013 vor. Beide Zahlenwerke sind selbstredend geprägt von der derzeitigen außergewöhnlichen Krise. Ich möchte eingangs die drei wichtigsten Leitlinien des Haushalts 2010 darstellen.

Erstens. Mit dem Haushalt 2010 leisten wir, wie übrigens auch mit dem Haushalt 2009, einen weiteren aktiven und entschlossenen Beitrag zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise. Deshalb bleiben die Investitionsausgaben mit 2,4 Milliarden € auf Rekordniveau.

Zweitens. Wir haben uns zudem auch bei der Aufstellung des Haushalts 2010 dazu entschieden, die Krise nicht durch einen rigiden Sparkurs zu verschärfen. Es wäre konjunkturpolitisch unverantwortlich, die riesigen krisenbedingten Steuerausfälle durch Einsparungen kompensieren zu wollen.

Drittens. Gleichwohl schwenken wir mit dem Haushalt 2010 in behutsamer und konjunkturgerechter Weise auf einen mittelfristig unzweifelhaft nachdrücklichen Konsolidierungskurs ein. Wir haben den Anstieg der konsumtiven Ausgaben auf 0,2 % begrenzt. Wir halten damit ganz klar die entsprechende Zielsetzung der Koalitionsvereinbarung von 0,5 % ein. Meine Damen und Herren, versprochen und gehalten an dieser Stelle.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD)

Durch die nur teilweise Ausfinanzierung der Auswirkungen der Tarif- und Besoldungserhöhung 2009 und 2010 dämpfen wir auch das Wachstum der Personalausgaben nachhaltig. Ich will hinzufügen: Wir haben 94 Millionen € weniger in den Haushalt eingesetzt, als die Tarifierhöhung von 268 Millionen € eigentlich bedurft hätte. Nur damit eine Vorstellung besteht: Das bedeutet für die Ressorts – umgerechnet in vollzeitäquivalente – ungefähr 1.900 Stellen, die finanziell aufgefangen werden müssen. Es zeigt,

die Landesregierung behält trotz schwierigster Rahmenbedingungen mit dem Haushalt 2010 das Konsolidierungsziel fest im Blick.

Meine Damen und Herren, die Leitlinien des Haushalts 2010 – Überwindung der Krise und behutsame Konsolidierung – sind aus der Sicht der Hessischen Landesregierung alternativlos. Ich möchte ausdrücklich sagen, dass es wirklich noch nie nach dem Krieg so war, dass dieser schmale Grat zwischen Ankurbeln der Konjunktur und Sparbemühungen sauber eingehalten wird.

Meine Damen und Herren, wir sind im Moment in der Situation, dass alle Veranlagungssteuern dramatisch einbrechen. Das Einzige, was uns noch einigermaßen im Steuerbereich hält, ist der private Konsum – Umsatzsteuer und Lohn- und Einkommensteuer. Das heißt, dass die Bevölkerung durchaus in dieser Krise nicht ebenfalls in volle Sparszenarien hineingeht, sondern dass tatsächlich nach wie vor konsumiert wird. Es bleibt bei dem Spruch von Ludwig Erhard, dass Volkswirtschaft 50 % harte Fakten und 50 % Psychologie sind.

Deswegen ist es im Moment äußerst wichtig, dass der private Konsum nach wie vor aufrechterhalten wird. Alle Signale, die dahin gingen, dass der private Konsum zurückgefahren würde, wären in der jetzigen Situation eine Verschärfung der Krise.

Deswegen ist es richtig und konjunkturpolitisch vertretbar, dass wir die noch zu schildernden Maßnahmen in die Wege geleitet haben, um die Konjunktur insgesamt zu stützen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, die schwerste Wirtschaftskrise in der Nachkriegsgeschichte hat auch Hessen fest im Griff. Spiegelbildlich zur Entwicklung auf Bundesebene schrumpft das Bruttoinlandsprodukt auch in Hessen zu Beginn des Jahres 2009 deutlich. Ja, in Hessen war sogar schon das vierte Quartal 2008 das erste, in dem das Bruttoinlandsprodukt rückläufig war. Hessen reagiert immer deutlicher und früher auf Krisen, kommt dann allerdings, wenn es wieder aufwärtsgeht, auch sehr viel schneller auf einen positiven Wachstumspfad.

Auf das Gesamtjahr bezogen, müssen wir davon ausgehen, dass sich das Bruttoinlandsprodukt in Hessen voraussichtlich ähnlich entwickeln wird wie der Bundesdurchschnitt. Die Bundesregierung rechnet derzeit damit, dass die Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 um den einsamen Rekordwert von 6 % zurückgehen wird. Die konjunkturelle Talfahrt hat zur Folge, dass die Kapazitäten der Unternehmen aktuell deutlich unterausgelastet sind. Dies bleibt nicht ohne Folgen für die Investitionsbereitschaft und die Gewinne der Unternehmen.

Auch der Arbeitsmarkt dürfte – möglicherweise weniger stark als befürchtet – zunehmend in Mitleidenschaft gezogen werden. Mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2010 müssen wir daher davon ausgehen, dass die Konjunktur nur langsam wieder in Schwung kommt. So erwartet die Bundesregierung für das kommende Jahr lediglich ein geringfügiges Wachstum von 0,5 % – allerdings auf der dann abgesenkten Basis.

Mittlerweile mehren sich allerdings die Anzeichen für eine konjunkturelle Bodenbildung. So weisen z. B. die Auftragseingänge oder der ifo-Geschäftsklimaindex deutlich auf ein Ende der Abwärtsbewegung hin. Die kon-

junkturpolitischen Maßnahmen der öffentlichen Hand zeigen zunehmende Wirkung.

Auch hier möchte ich einmal positiv hervorheben, dass die vielfältigen Maßnahmen, die in den letzten Monaten in die Wege geleitet worden sind, sehr dazu beigetragen haben, dass diese Entwicklung, wie sie sich jetzt in Deutschland abzeichnet, überhaupt eintreten konnte. Ich weise hier nur auf die Konjunkturpakete I und II der Bundesregierung hin, auf die Bankenrettungsmaßnahmen, die in die Wege geleitet worden sind, und auch sehr deutlich auf das hessische Konjunkturprogramm.

Zudem sprechen auch harte Konjunkturdaten für ein Erreichen der Talsohle. Das Bruttoinlandsprodukt ist im zweiten Quartal 2009 seit über einem Jahr erstmals wieder gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Im dritten Quartal könnte sich die Aufwärtsbewegung, aktuellen Einschätzungen zufolge, sogar noch beschleunigt haben.

Meine Damen und Herren, das alles darf aber nicht den Blick darauf verstellen, in welchem tiefen Tal wir uns befinden.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Allerdings!)

Trotz des sicherlich erfreulichen Zuwachses im zweiten Quartal 2009 liegt das Bruttoinlandsprodukt im Jahresvergleich um rund 6 % niedriger. Außerdem bleibt abzuwarten, ob wir derzeit tatsächlich schon eine konjunkturelle Trendwende sehen. Bei allem berechtigten Optimismus – und den muss einen Finanzminister an dieser Stelle auch auszeichnen – sage ich: Gelegentlich macht eine Schwalbe noch keinen Sommer.

Doch selbst wenn wir den konjunkturellen Turn-around geschafft haben, liegen vor uns harte Zeiten. Meine Damen und Herren, es wird einige Jahre dauern, bis wir wieder das gesamtwirtschaftliche Niveau des Jahres 2008 erreicht haben. Die Bundesregierung geht in ihrer mittelfristigen Finanzplanung davon aus, dass die konjunkturelle Leistung des Jahres 2008 erst wieder im Jahre 2013 erreicht wird. Dies stellt einen Hinweis darauf dar, was in den nächsten Jahren aufzufangen ist – wenn wir erst dann wieder das Niveau des Jahres 2008 erreicht hätten.

Lassen Sie mich deshalb auch sagen: Ich bin überzeugt, dass wir gerade in Hessen auf einem soliden wirtschaftlichen Boden stehen. Wir haben gute Unternehmer, gute Produkte, gute Ideen und gute Mitarbeiter, und es wird an uns liegen, dieses Potenzial in der Krise so zu nutzen, dass diese Fähigkeiten und Standortbedingungen dazu führen, dass wir im Aufschwung einen größeren Teil des Kuchens für uns erarbeiten können.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, diese Finanz- und Wirtschaftskrise hinterlässt in den öffentlichen Haushalten tiefe Spuren. Damit Sie sehen, dass wir nicht singular dastehen, möchte ich ein paar Hinweise darauf geben, wie es derzeit in anderen Haushalten aussieht.

Der Bundesfinanzminister hat vor Kurzem einen Entwurf des Bundeshaushalts 2010 vorgelegt. Mit Ausgaben von 328 Milliarden € ist eine Nettokreditaufnahme von 86 Milliarden € geplant.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Anders ausgedrückt: Der Bund kann mehr als ein Viertel seiner Ausgaben nur mit neuen Krediten finanzieren. Das ist dramatisch mehr, als wir im Landeshaushalt ausweisen.

Auch die Haushalte der Bundesländer für das Jahr 2010 stehen im Zeichen dieser Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Hansestadt Hamburg – eines der wenigen Zahlerländer im Länderfinanzausgleich – muss wegen Steuerausfällen infolge der Wirtschaftskrise in den kommenden Jahren neue Schulden in Höhe von 6 Milliarden € aufnehmen; zusätzlich wird der Senat Rücklagen in Höhe von 1,7 Milliarden € einsetzen, um die schlimmsten Folgen zu begrenzen. Wohlgemerkt, das ist Hamburg mit seiner Haushaltsgröße.

Der baden-württembergische Finanzminister sagt, neue Schulden sind nötig – die haben übrigens per Gesetz festgelegt, dass sie keine neuen Schulden mehr machen dürfen. Er geht von einem strukturellen Defizit, zusammen mit Steuerausfällen, von rund 3 Milliarden € aus.

Das Land Nordrhein-Westfalen wird ausweislich des vorgestellten Haushalts im Jahr 2010 6,6 Milliarden € neue Schulden machen – dies ist übrigens bis 2013 in der mittelfristigen Finanzplanung festgeschrieben.

Meine Damen und Herren, das heißt, was wir im Moment erleben, ist kein singuläres Problem des Landes Hessen – obwohl wir wegen der Veranlagungssteuern in besonderer Weise davon betroffen sind –, sondern das ist die breite Realität der Haushalte der Bundesländer.

Damit auch das klar ist: Hessen steht nach wie vor – und in der Entfernung zu den anderen hat sich dabei eher etwas zu unseren Gunsten geändert – an vierter Stelle der Bundesländer, trotz der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich, die wir zu leisten haben.

Meine Damen und Herren, wenn Sie das aufaddieren, dann haben wir in der Zeit, in der ich die Verantwortung für den Landeshaushalt habe, fast 30 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich gezahlt und in der Größenordnung von 13 oder 14 Milliarden € neue Schulden gemacht. Wir haben also mehr als doppelt so viel in den Länderfinanzausgleich gezahlt als Schulden gemacht.

Auch ich sage das an dieser Stelle – andere haben das bereits getan –: Rheinland-Pfalz ist ein Nehmerland, und zwar in beachtlicher Weise. Es stellt seine Kindergärten jetzt von der Beitragspflicht der Eltern im dritten Jahr frei.

(Axel Wintermeyer (CDU): Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, in diesem System ist irgendetwas nicht in Ordnung. Ich sage das an dieser Stelle. Denn es kann nicht sein, dass ein Land wie Hessen als größter Zahler in den Länderfinanzausgleich, sowohl absolut als auch pro Kopf, wenigstens in den meisten Jahren,

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

sich hier abmüht, voranzukommen, während andere, die Nehmerland sind, großzügig mit den Geldern, die sie von anderen bekommen, Leistungen erbringen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, damit dies nicht untergeht: Bayern gibt 10 Milliarden € an seine Landesbank, Baden-Württemberg 5 Milliarden €.

(Axel Wintermeyer (CDU): Hört, hört!)

Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Schleswig-Holstein zahlen ebenfalls beachtliche Milliardenbeträge in ihre Landesbank.

Hessen tut das nicht, weil seine Landesbank gut aufgestellt ist. Ich will einmal sagen, was hier los wäre, wenn wir in entsprechender Größenordnung Mittel an die Landesbank hätten geben müssen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Meine Damen und Herren, wir können uns ein Konjunkturprogramm in Höhe von 1,7 Milliarden € leisten, während andere die Verluste ihrer Landesbank bezahlen. Darauf bin ich durchaus stolz.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Übrigens leisten wir mit dem Konjunkturprogramm in Höhe von 1,7 Milliarden € bei Weitem nicht so viel, wie andere Bundesländer an ihre Landesbanken bezahlen. Die im hessischen Haushaltsplanentwurf 2010 veranschlagte Nettokreditaufnahme in Höhe von rund 3,4 Milliarden € ist zweifelsohne dramatisch. Sie ist jedoch zu einem ganz erheblichen Teil auf die Auswirkungen der Konjunkturkrise zurückzuführen.

Dies belastet den Landeshaushalt vor allem bei den Steuereinnahmen und damit auf der Einnahmeseite. Aber auch Mehrausgaben für die konjunkturstützenden Maßnahmen und zusätzliche Zinsausgaben schlagen zu Buche. In der Summe führt die Krise allein im Jahr 2010 zu einer zusätzlichen Belastung des Landeshaushalts in Höhe rund 2,3 Milliarden €. Bis zum Jahre 2012 steigen diese Lasten auf über 2,8 Milliarden € an, wenn die mittelfristige Finanzplanung auch in den nächsten Jahren mit den Zahlen rechnen kann, die vom Arbeitskreis Steuerschätzungen im Mai 2009 angesetzt wurden.

Meine Damen und Herren, dies verdeutlicht, vor welchen großen Herausforderungen die Finanzpolitik in den kommenden Jahren stehen wird. Damit das auch klar ist: Wir haben z. B. im ersten Halbjahr 2009 1,23 Milliarden € weniger Steuern eingenommen als im Jahr zuvor. Diese Größenordnungen sind außerhalb der Möglichkeiten einer direkten Einsparung. Es ist zu akzeptieren, dass diese geldlichen Mittel nicht eingehen. Das ist übrigens auch normal, wenn Sie sehen, wie die Situation der Firmen in diesem Land ist, wie wenig verdient wird. Wir haben uns z. B. bei dem Bürgschaftsprogramm darüber unterhalten.

Meine Damen und Herren, der Landeshaushalt 2010 weist vor diesem Hintergrund die folgenden Eckdaten aus. Die bereinigten Einnahmen des Landes belaufen sich auf 18,178 Milliarden € und bleiben damit nochmals um 650 Millionen € hinter den im Vergleich zum Jahre 2008 bereits deutlich nach unten korrigierten Ansätzen des Haushalts 2009 zurück. Der neuerliche Einbruch ist im Wesentlichen durch die Entwicklung der Steuereinnahmen begründet. Deren Ansatz liegt im Haushalt 2010 mit 14,565 Milliarden € um 940 Millionen € unter dem Soll des Jahres 2009. Wie gesagt: Im Jahre 2009 haben wir schon eine dramatische Absenkung der Steuereinnahmen zu verzeichnen gehabt.

Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass im Jahre 2009 noch Einnahmen aus der Kfz-Steuer veranschlagt waren, die mit der Übertragung der Ertragshoheit auf den Bund künftig entfallen. Unter Einbeziehung der Zahlungen des Landes in den Länderfinanzausgleich in Höhe von 2,170 Milliarden € ergeben sich zum jetzigen Zeitpunkt Steuermindereinnahmen in Höhe von 825 Millionen €. Dies entspricht einem Minus von 6,2 %. Den stark rückläufigen

gen bereinigten Einnahmen stehen ebenfalls sinkende bereinigte Gesamtausgaben gegenüber. Diese reduzieren sich im Vergleich zum Soll 2009 um knapp 280 Millionen € auf 21,458 Milliarden €. Das ist ein Minus von 1,3 %. Auch nach Abzug der LFA-Zahlungen bleibt das Wachstum der Ausgaben mit minus 0,8 % negativ. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen auf eine geringere Höhe des Kommunalen Finanzausgleichs zurückzuführen. Aufgrund der wegbrechenden Steuereinnahmen des Landes sinkt auch die Höhe des Kommunalen Finanzausgleichs deutlich.

Meine Damen und Herren, zu dem Thema KFA möchte ich noch einmal sagen, dass wir die Position aufrechterhalten, dass ab 2011 eine Absenkung der Leistung an die Kommunen um 400 Millionen € vorzunehmen ist. In keinem anderen Bundesland gibt es eine solche Verteilung der in dem Land verbleibenden Steuereinnahmen wie in Hessen. Das Land erhält 50,5 %, und die Kommunen erhalten 49,5 %. Nach unseren Recherchen liegt das Verhältnis bei keinem Land unter 55 % für das Land zu 45 % für die Kommunen. Die meisten Länder haben ein Verhältnis von 60 zu 40.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ist das bei der Kommunalisierung? Sie haben auch Mehrausgaben!)

Wir haben erneut die Zahlen für 2008 und die Prognose für 2009 berechnet. Danach zahlen wir durch die Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen in den Länderfinanzausgleich ziemlich genau 405 Millionen € von Steuereinnahmen, von denen wir nichts haben. Nur um das ganz klar zu machen: Wir haben zwischenzeitlich mit den Kommunen vereinbart, dass wir in Gespräche eintreten. Die Einladungen gehen in den nächsten Tagen hinaus. Wir werden dieses Thema sehr intensiv mit den Kommunen diskutieren. Sie sehen also, es bewegt sich etwas hin zu Gesprächen in eine auch aus meiner Sicht vernünftige Richtung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Personalausgaben als mit Abstand wichtigster Ausgabenblock im Landeshaushalt steigen als Folge des Tarifabschlusses 2009/2010, zwangsläufiger Mehrbelastungen bei der Versorgung und Beihilfen sowie zusätzlicher Lehrer- und Polizeistellen um 2,4 %. Nur damit das auch klar ist: Allein die Versorgungslasten und die Beihilfen steigen automatisch um fast 100 Millionen €.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist aber keine neue Erkenntnis!)

Das wird sich beschleunigen. – Herr Abg. Rudolph, das ist keine neue Erkenntnis, sondern das ist nur ein Hinweis darauf, was bei jedem neuen Haushalt zu leisten ist, wenn man nur das Volumen halten will, dass Sie dies zusätzlich einsparen oder mehr Steuereinnahmen zur Verfügung haben müssen.

Meine Damen und Herren, deutlich überdurchschnittlich entwickeln sich die Bauausgaben. Hier steigern wir das bereits hohe Niveau des Jahres 2009 nochmals um 5,4 %. Dadurch gelingt es, die gesamten Investitionsausgaben des Landes 2010 auf dem Rekordniveau des Vorjahres zu halten. Mit Investitionen von insgesamt 2,4 Milliarden € – im Vergleich dazu: wir hatten in früheren Jahren zwischen 1,6 und 1,7 Milliarden € Investitionsausgaben – leistet das Land einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der heimischen Wirtschaft.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang auch den Hinweis auf das Hessische Sonderinvestitionsprogramm. Die dort vorgesehenen Mittel in Höhe von 1,7 Milliarden € tragen zur Stützung der Konjunktur bei. Hier müsste ich auch sagen, dass ich glaube, dass gerade die zuständigen Ministerien und insbesondere auch die Mitarbeiter im Finanzministerium eine fantastische Arbeit gemacht haben. Denn innerhalb von wenigen Wochen haben sie 8.000 Anträge bearbeitet und genehmigt. In Hessen läuft das Konjunkturprogramm mit Massivität an. Wenn Sie sich landauf, landab die Presseartikel zu der Wirkung dieses Programms im Hinblick auf das angucken, was an Auftrieb innerhalb unserer Schulen, in den Regionen entsteht, dann werden Sie feststellen, wir können sehr stolz darauf sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist allerdings nur ein Teil unserer konjunkturpolitischen Aktivitäten. Wir leisten hohe Investitionen, insbesondere in die Hochschulen – dazu werde ich nachher noch etwas sagen –, in Krankenhäuser, die soziale Infrastruktur, die Verkehrswege usw. All diese Investitionen haben ebenfalls eine konjunkturpolitische Komponente. Wir erreichen damit unstreitig das Ziel, dass Hessen gestärkt aus der Krise hervorgeht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Konzentration der Mittel in diesem Haushalt, auch auf investivem Gebiet, auf Schulen und Hochschulen sowie auf die Verkehrsinfrastruktur, um das besonders herauszuheben, ist aus meiner Sicht eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass sich Hessen in den nächsten Jahren positiv weiterentwickeln wird. Es wird eine Beschleunigung eintreten. Deswegen ist es richtig, dass wir uns als strategisches Ziel besonders um diese Bereiche kümmern. Denn sie sind die Zukunftsbereiche für dieses Land. Für Zukunftsbereiche und für die Erledigung der Zukunftsaufgaben hat diese Landesregierung schon immer gestanden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auf Basis der skizzierten Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben schließt der Haushalt 2010 mit einer Nettoneuverschuldung in Höhe von 3,376 Milliarden € ab. Die sich aus der Summe der eigenfinanzierten Investitionen ergebende Verfassungsgrenze für die Kreditaufnahme in Höhe von knapp 1,6 Milliarden € wird im Jahre 2010 verfehlt. Die geplante Überschreitung steht jedoch im Einklang mit den Bestimmungen des Art. 141 der Hessischen Verfassung. Danach ist in Ausnahmesituationen eine Abweichung von der Verfassungsgrenze zulässig. Angesichts der schwersten Wirtschaftskrise in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands liegt eine solche Ausnahmesituation unzweifelhaft vor. Ich glaube, es wird niemanden geben, der das derzeit bestreitet.

Mit dem Haushalt 2010 reagiert die Landesregierung sachgerecht auf die schwierigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die im Haushaltsplan ausgewiesene höhere Kreditaufnahme stärkt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Sicherung von Wachstum und Beschäftigung. Die Landesregierung befindet sich im Übrigen hierbei im Einklang mit den Ökonomen, dem Sachverständigenrat, den Wirtschaftsforschungsinstituten, der Bundesregierung und den Rechnungshöfen, die angesichts der Krise eine deutliche Ausweitung der Kreditaufnahme zur Stützung der Konjunktur für vertretbar halten.

Meine Damen und Herren, bei der Vorstellung des Haushalts 2010 habe ich bereits deutlich gemacht, mit welcher Wucht und Eigendynamik zwangsläufige Mehrausgaben im Landeshaushalt ihren Niederschlag finden. Vor diesem Hintergrund ist es einzuordnen, dass es im Rahmen der Aufstellung des Haushalts 2010 gelungen ist, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Grenze für das Wachstum der konsumtiven Ausgaben in Höhe von 0,5 % nicht nur einzuhalten, sondern mit einem Zusatz von lediglich 0,2 % sogar noch deutlich zu unterschreiten.

Meine Damen und Herren, damit die Größe dieser Leistung klar wird, möchte ich Ihnen sagen, dass sich allein im Bereich der konsumtiven Ausgaben Maßnahmen aus gesetzlichen Verpflichtungen, Verträgen, Verbindlichkeiten, die wir eingegangen sind, in Höhe von fast 100 Millionen € ergeben haben. Auch das ist ein Wachstum, das sich aus der Entwicklung der letzten Jahre ergibt, die in weiten Bereichen vom Hessischen Landtag und meistens sogar von allen Fraktionen mitgetragen wurde. Hier schlägt sich zum Teil auch das, was in den Jahren 2007 und 2008 gelaufen ist, nieder.

Zusammen mit einer nur teilweisen Ausfinanzierung der Auswirkungen der Tarif- und Besoldungserhöhung 2009 und 2010 spiegelt dies die Entschlossenheit der Landesregierung wider, auch in Krisenzeiten das Konsolidierungsziel nicht aus den Augen zu verlieren.

Ich habe von den 100 Millionen € gesprochen, die im Bereich der konsumtiven Ausgaben schlicht obendrauf gekommen sind. Diese haben wir aufgefangen und die 0,5 % sogar unterschritten. Das heißt, die Ressorts hatten 120 Millionen € einzusparen und haben sie eingespart. Meine Damen und Herren, ich halte das für eine außerordentliche Leistung, für die ich den Kolleginnen und Kollegen sehr dankbar bin.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aber das ist nur die halbe Wahrheit dessen, was alle öffentlichen Haushalte haushaltspolitisch derzeit zu tragen haben. Wir haben einmal eine Bilanz der Mehrleistungen nicht nur im konsumtiven Bereich aufgestellt, sondern auch derjenigen, die sich aus Verträgen, Gesetzen und Sonstigem ergeben. Dabei kommen wir auf einen Betrag von 680 Millionen €. Eines der entscheidenden Probleme der nächsten Jahre ist, die derzeit laufenden Verpflichtungen, bei denen es immer einen Aufwuchs gibt, bevor wir überhaupt anfangen, einen Haushalt aufzustellen, in den Griff zu bekommen.

Eine Größenordnung von 680 Millionen € in einem Landeshaushalt dieses Volumens aufzufangen – das wissen alle Kundigen hier im Haus –, ist eine außerordentlich schwierige, in Teilbereichen fast unmögliche Aufgabenstellung. Es wird sicherlich das Diskussionsthema in allen Landesparlamenten und im Bundestag sein, wie wir von den Automatismen wegkommen, die unsere Haushalte bei der Aufstellung belasten, bevor wir irgendein politisches Ziel umsetzen können.

Meine Damen und Herren, das Konsolidierungsziel war kursbestimmend und wird in den kommenden Jahren durch geeignete Maßnahmen Schritt für Schritt weiterverfolgt. Der Haushalt 2010 ist insoweit nur der Ausgangspunkt einer mittelfristig notwendigen Konsolidierungsstrategie des Landes zur Rückführung der krisenbedingten höheren Neuverschuldung.

Ich möchte an dieser Stelle auch mit wenigen Sätzen den Vorwurf entkräften, die Hessische Landesregierung hätte

selbst in guten Zeiten nicht gespart. Ich werde immer verrückt, wenn das hier behauptet wird.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann hat er denn gespart in guten Zeiten? – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trotz Zuwachs mehr Schulden!)

– Wir werden gleich darüber reden. – Dass sich Hessen auch in Zeiten stagnierender Konjunktur vergleichsweise gut gehalten hat, ist zum großen Teil dem entschlossenen Gegensteuern der Landesregierung zu verdanken. Ich habe Ihnen gesagt: Wir stehen in Deutschland nach wie vor an vierter Stelle bei der Verschuldung und haben uns eher verbessert. Das zeigt, wie erfolgreich der Weg der Hessischen Landesregierung ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zu dem Thema, wir hätten nicht gespart: 2004 haben wir mit der „Operation sichere Zukunft“ eine Haushaltsentlastung in Höhe von 1 Milliarde € vorgenommen – 500 Millionen € aufwachsend dauerhafte Entlastung des Landeshaushalts, z. B. 6.200 Mitarbeiter eingespart –, indem wir das Ganze in eine Abwicklungsphase hineingebracht haben, die von der Opposition heftig kritisiert wurde, sich aber als Riesenerfolg der Landesregierung herausgestellt hat;

(Axel Wintermeyer (CDU): So ist es!)

denn wir konnten das Niveau der Ausgaben insbesondere im Personalbereich deutlich absenken.

Meine Damen und Herren, noch grotesker wird der Vorwurf der Opposition, wir hätten in guten Zeiten nicht gespart, wenn Sie sich ansehen, was Sie 2004 und in den Folgejahren zu unseren Sparbemühungen gesagt haben. Opposition: heftige Kritik an Kochs Sparpaket; SPD wettet gegen Kochs Streichtiraden; wir sind an der Schmerzgrenze.

(Günter Rudolph (SPD): Sie müssen es richtig machen! – Gegenruf von der CDU: Machen Sie mal einen konkreten Vorschlag! – Günter Rudolph (SPD): Weniger Stellen in der Staatskanzlei! – Zuruf von der CDU: Heiße Luft!)

Meine Damen und Herren, Pressemitteilung der SPD-Fraktion: Die Landesregierung zerstört die Zukunft des Landes; finanzpolitisch machen Sie Hessen zu einem südamerikanischen Land – Originalton SPD –;

(Günter Rudolph (SPD): Es heißt, die Schwarzen könnten mit Geld umgehen!)

Oppositionsfraktionen bezichtigen die Regierung Koch der Herzlosigkeit, Rücksichtslosigkeit und moralischen Verkommenheit.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Meine Damen und Herren, Sie schämen sich nicht, dass Sie an der Stelle applaudieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wer hier sagt, wir hätten in der Vergangenheit nicht gespart, und sich bei erfolgreichen Sparbemühungen der Landesregierung öffentlich so äußert, ist doch blamiert, bevor er überhaupt ans Pult kommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Endlich wird er wach!)

Der Abg. Schmitt, der unstreitig noch zu unserem Vergnügen reden wird,

(Günter Rudolph (SPD): Sie sind der Schuldentreiber!)

hat auf die Frage, was Rot-Rot-Grün vorhat – bei etwa 1 Milliarde €, die das Programm von Rot-Rot-Grün gekostet hätte; Sie haben von 300 Millionen € gesprochen, das ist weit vorbei, Herr Schmitt, aber das ist egal – und wie sie das bezahlen wollen, Ende 2007 geantwortet: Wir werden es durch die Zuwächse der Steuermehreinnahmen finanzieren können.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich finde das im Hinblick auf die Finanzierung ziemlich mutig. Meine Damen und Herren, als Sie versucht haben, eine Regierung zu bilden, haben Sie doch kein einziges Wort zum Sparen gesagt.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Sie haben gewaltig obendrauf gelegt. Also hören Sie doch auf mit dem Unsinn, wir hätten nicht gespart. Wir haben vielfach und immer wieder gespart.

(Dr. Christian Wagner (Lahntal) (CDU): Wir sind deswegen kritisiert worden!)

Meine Damen und Herren, es ist immer wieder in der Weise, wie ich es geschildert habe – da können Sie Hunderte von Zitaten bringen –, thesauriert worden. Sie haben sich nicht damit auseinandergesetzt, sondern nur geschimpft und unflätige Ausdrücke in dem Zusammenhang verwandt. An jeder Stelle hat die Opposition in diesem Haus immer mehr gefordert.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Also ist es geradezu verlogen, wenn Sie sagen, wir hätten in der Vergangenheit nicht ausreichend gespart.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Minister Weimar, die Redezeit der Fraktionen ist erreicht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer ist denn hier seit zehn Jahren Finanzminister?)

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Ich will noch kurz auf einige wenige Punkte eingehen, meine Damen und Herren; wir haben ja alles dargelegt.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zu den Veränderungen im Landeshaushalt machen, die wir vorgenommen haben: Auch dazu kann die Landesregierung in Übereinstimmung mit der Koalitionsvereinbarung sagen,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sie haben zehn Jahre regiert und tun so, als hätten Sie mit der Veranstaltung nichts zu tun!)

dass es uns gelungen ist, die Schwerpunkte, die wir uns in der Koalitionsvereinbarung vorgenommen haben, in beeindruckender Weise umzusetzen.

Ich weise darauf hin: Das, was wir umgeschichtet haben, ist nicht „on top“ gekommen, sondern es ist innerhalb des

Haushalts umgeschichtet worden. Auch das ist eine große Leistung der Ressorts.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass wir 650 zusätzliche Lehrer einstellen werden. Für die in Altersteilzeit eintretenden Lehrkräfte müssen wir rund 21 Millionen € zahlen. Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss soll weiter reduziert werden; dafür stellen wir Geld zur Verfügung. Der Lernmittelansatz wird erhöht, und die Ersatzschulen bekommen erhöhte Leistungen durch höhere Pro-Kopf-Beiträge.

LOEWE wird weiter gesteigert auf 74 Millionen € – ein unglaublich wirksames Programm. Wir können nur stolz darauf sein, dass das in Hessen eingeführt worden ist. Für den Hochschulbau werden wir 540 Millionen € zusätzlich zur Verfügung stellen – neben HEUREKA. Für die Technische Universität Darmstadt haben wir entsprechende Forschungsmaßnahmen von überregionaler Bedeutung anerkannt: Hochleistungsrechner mit entsprechenden Gebäuden, Exzellenzcluster Smart Interfaces. Für die Philipps-Universität Marburg: Zentrum für Tumor- und Immunbiologie. – Meine Damen und Herren, Sie sehen hieran, wie begehrt mittlerweile der Hochschulstandort Hessen national geworden ist. Auch das ist eine extrem positive Entwicklung, wie wir sie im Moment zu verzeichnen haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Im Rahmen der inneren Sicherheit werden wir mit 150 neuen Anwärterstellen wieder 550 Kommissaranwärter ausbilden – ein außergewöhnliches Niveau, das dazu dient, dass der Innenminister die vielfältigen Aufgaben der Polizei auch in Zukunft bewältigen kann.

Zu Familie und Gesundheit. Für Kindertageseinrichtungen haben wir 30 Millionen € zur Verfügung gestellt, für die Offensive für Kinderbetreuung zusätzliche Mittel, für die Initiative für Kinder und Familien entsprechende Maßnahmen, um die Situation der Familien weiter zu verbessern.

In der Umweltpolitik wird die Nachhaltigkeitsstrategie weiterverfolgt, und die Erneuerung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen wird vorangetrieben.

Die Justiz setzt die Gesetze, die wir im Landtag beschlossen haben, durch mehr Personal um. Wir werden geeignete zusätzliche Maßnahmen in die Wege leiten, damit die JVs entsprechend ausgestattet sind.

Über die Integration ist ausführlich diskutiert worden; hierin liegt ein besonderer Schwerpunkt der Landesregierung.

Kunst und Kultur werden wir weiter befördern, weil wir den Zerfall der öffentlichen Kulturdenkmäler nicht akzeptieren können.

Meine Damen und Herren, die Finanzpolitik in Hessen steht in den kommenden Jahren vor der Aufgabe, die Folgen der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise in der Nachkriegsgeschichte zu bewältigen. In Anbetracht des Ausmaßes des Konjunkturerinbruchs müssen wir uns aber zunächst noch darauf konzentrieren, die konjunkturelle Lage weiter zu stabilisieren.

Ich kündige hier auch an: In den nächsten Tagen wird die Regierungskommission Haushaltsstruktur beschlossen werden.

(Günter Rudolph (SPD): Noch eine Kommission! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nach zehn Jahren!)

Diese wird die Aufgabe haben, die Landesausgaben im Vergleich mit den Ausgaben anderer Länder zu bewerten. Wir wollen Effizienzpotenziale heben, indem wir uns mit den Besten in Deutschland messen. Ich glaube, dass hier tatsächlich noch das eine oder andere aufgedeckt werden kann. Allerdings sage ich jetzt auch schon: Das wird anschließend sicherlich zu heftigen Diskussionen führen. Denn diejenigen, die „einsparen“ rufen, werden anschließend sicherlich sagen, gerade in dem Bereich könne man leider nichts einsparen.

Nur ganz kurz zu dem SPD-Antrag betreffend mittelfristige Finanzplanung. Es ist lediglich eine Regierungsplanung, die dem Landtag zur Kenntnisnahme vorgelegt wird. Sie ist nicht zu diskutieren, sondern es ist eine Aufgabe der Landesregierung, die Sie zur Kenntnis zu nehmen haben. Wir haben im Haushaltsausschuss schon über die langfristigen Entwicklungen diskutiert. Was bringt es uns denn, in der mittelfristigen Finanzplanung die Einnahmen ein bisschen höher zu schreiben und die Ausgaben ein bisschen herunterzubringen, um damit in fünf oder acht Jahren in einem vernünftigen Korridor zu liegen? Wir haben eine mittelfristige Finanzplanung vorgelegt, die eher am unteren Rand dessen liegt, was wir erwarten – „unterer Rand“ im Sinne von schlecht. Es kann meines Erachtens auch deutlich besser werden, aber es wird eine gewaltige Aufgabe sein, die dort vor uns liegt.

Der Bund hat 300 Milliarden € Neuverschuldung in den nächsten fünf Jahren vor, Nordrhein-Westfalen schreibt bis 2013 durchgehend 6 Milliarden € fest. Wir haben ein engagiertes Einsparziel von 1,4 Milliarden € bis 2013 hineingeschrieben. Wenn wir das angesichts der Situation erreichen, wäre das schon aller Ehren wert. Wenn es besser wird – wunderbar. Wir kämpfen jeden Tag darum, dass es besser wird.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 reagiert die Landesregierung angemessen und sachgerecht auf die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen. Dem globalen Nachfrageeinbruch setzt die Landesregierung aktives Handeln und eine kräftige Ausweitung der staatlichen Investitionsausgaben entgegen. Zudem akzeptieren wir die konjunkturbedingten Steuerausfälle. Ein Ansparen gegen die Krise wäre ein falsches Signal. Wir leisten damit insgesamt einen wirksamen antizyklischen Beitrag zur Stabilisierung der konjunkturellen Lage, ohne dass wir hierbei jedoch das Konsolidierungsziel aus den Augen verlieren.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt keinen Beifall!)

Meine Damen und Herren, für die Landesregierung steht fest: Wir nutzen diese Krise als Chance. Wir haben das Ziel, dass Hessen gestärkt aus diesem Tal herauskommt. Dazu handeln wir wohlüberlegt, rasch und, ich glaube, mit großem Erfolg. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister Weimar. – Den Oppositionsfractionen sind 2:30 Minuten weitere Redezeit zuge wachsen.

Ich eröffne die Aussprache zum Haushaltsgesetz 2010. Als Erster erhält Herr Schmitt für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Viel Beifall für eine ziemlich müde Rede und eine ziemlich müde Vorstellung der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Machen Sie es doch einmal besser! – Judith Lannert (CDU): Bei Ihnen für eine leere Rede! – Minister Karlheinz Weimar: Wir sind doch nicht im Tigerpalast!)

Sehr verehrte Damen und Herren, die Landesregierung schafft einen neuen Rekord. Aber wie es bei dieser Landesregierung üblich ist, ist es ein Negativrekord. Sie legt für das Jahr 2010 einen Haushaltsentwurf vor, der ein fast ungläubliches Defizit von 3,4 Milliarden € vorsieht.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Jetzt warten wir auf Ihre Vorschläge!)

Die Krise ist schuld – so der Finanzminister heute und so auch Ministerpräsident Koch vorvergangene Woche in einem dpa-Interview. Das ist natürlich nur ein Teil der Wahrheit oder, wie bei Koch immer, nur die Halbwahrheit.

(Beifall bei der SPD – Günter Rudolph (SPD): Schuld sind immer die anderen!)

Denn dieses Rekorddefizit ist Ergebnis jahrelanger Misswirtschaft. Es ist Ergebnis jahrelanger finanzpolitischer Versäumnisse. Es ist Ergebnis jahrelanger Ausgabenwut und mangelhaften Sparwillens der Koch-Regierung.

(Beifall bei der SPD – Judith Lannert (CDU): Etwas Besseres fällt Ihnen auch nicht ein! Wo bleiben Ihre Vorschläge?)

– Dazu komme ich gleich. – Es rächt sich nun, dass Sie mit Ihrem Haushalt ständig am Rande des Abgrunds manövriert haben, nur mit Blick auf die nächste Wahl und nie mit Blick voraus auf den Abgrund, vor dem Sie finanzpolitisch permanent gestanden haben und stehen.

(Beifall bei der SPD – Minister Michael Boddenberg: Sie sind noch ein Stück weitergegangen!)

Ja, Herr Finanzminister Weimar und Herr Ministerpräsident, die Krise führt zu Einnahmeverlusten. Völlig klar, die Krise führt zu erheblichen Einnahmeverlusten bei den Steuern, und sie führt zu Belastungen durch die Konjunkturprogramme. Ich sage an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich, wir haben das hessische Konjunkturprogramm ebenso wie das auf Bundesebene unterstützt, weil es richtig ist. Auch die Aussage, dass die Krise zu Mehrbelastungen und weniger Einnahmen führt, ist völlig richtig.

Aber, meine Damen und Herren, das ist nur ein Teil. Wer in besseren Zeiten keine Vorsorge getroffen hat und wem sogar in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen das Wasser bis zum Hals stand, der braucht sich nicht zu wundern, dass er unter Wasser gerät, wenn die Flut kommt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Finanzminister Weimar, Sie haben gesagt, Sie hätten gespart, und die Kritik der Opposition sei völlig unberechtigt. Sie haben dann das Jahr 2004 angeführt. – Ich

habe gewusst, wie die Argumentation läuft. Sie bieten wirklich keine Überraschung mehr mit Ihren müden Vorstellungen.

(Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Gucken Sie bitte in die Finanzpläne und Jahresabschlüsse hinein. In den Jahren von 2002 bis 2008, also vorwiegend zur Zeit der absoluten Mehrheit der CDU, haben Sie die bereinigten Ausgaben – KFA und LFA sind abgezogen – um 1,6 Milliarden € gesteigert. Das ist ein Zuwachs von 12 %. Da reden Sie von Sparanstrengungen?

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Machen Sie sich doch nicht lächerlich, Herr Finanzminister. Das Gegenteil war doch der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch das strukturelle Problem. Das strukturelle Defizit von 1,5 bis 2 Milliarden € wächst natürlich bis in die Krise hinein, und damit werden wir nach der Krise auch wieder zu tun haben. Dazu komme ich noch mit dem Blick auf den Finanzplan.

Sie haben nicht gespart in Zeiten, die einigermaßen waren. Sie haben das Gegenteil gemacht. Sie haben viel Geld ausgegeben, und das ist das Strukturproblem des hessischen Haushalts.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben die Schleusen für das Wasser, das Ihnen schon 2008 bis Unterkante Oberlippe gestanden hat, selbst geöffnet und keine Polder und Dämme angelegt. Nun schlagen im Krisensturm die Wellen natürlich über Ihnen zusammen, und Sie stehen ohne Rettungsboote da. Das ist das Bild, über das wir hier im Lande reden müssen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Da ist es natürlich interessant, ob diese Landesregierung einen Weg aus diesem Sturm kennt und bei ihr irgendwo ein rettendes Ufer in Sicht ist. Dazu dient normalerweise die mittelfristige Planung, die Voraussicht der Landesregierung, wie es in ein paar Jahren sein wird. Dazu dient der Finanzplan. Er gibt Auskunft darüber, ob irgendwo etwas Positives in Sicht ist, ob es aus dieser Krise, auch aus der Finanzkrise bei dieser Landesregierung einen Ausweg gibt.

Der Blick in den Finanzplan gibt aber die Auskunft: Die Landesregierung ist hoffnungslos am Absaufen, ohne Orientierung und völlig am Ende. Sie hat jede Anstrengung aufgegeben, sie strampelt nicht einmal. Sie lässt sich finanzpolitisch nur treiben, und das ist schlecht für dieses Land.

Herr Finanzminister, der Finanzplan offenbart, dass die Landesregierung für die Jahre 2011, 2012 und 2013 – das sind die Nachkrisenjahre – verfassungswidrige Haushalte plant. Die Landesregierung plant verfassungswidrige Haushalte; darüber gibt dieser Finanzplan Auskunft. Für 2011 plant sie eine Nettokreditaufnahme von 3,1 Milliarden € und hat noch – Zitat aus dem Finanzplan – „aufzulösenden Handlungsbedarf“ von 100 Millionen €. Für 2012 plant sie eine Nettokreditaufnahme von 2,5 Milliarden € und hat 300 Millionen € „aufzulösenden Handlungsbedarf“.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Auch wenn die Krise schon längst überwunden sein wird, nämlich im Jahr 2013, das sicherlich kein Krisenjahr mehr

sein wird, will die Landesregierung noch 2 Milliarden € neue Schulden machen. Die Nettoneuverschuldung soll auch im Jahr 2013 2 Milliarden € betragen, und die Landesregierung hat noch einen „aufzulösenden Handlungsbedarf“ in Höhe von 500 Millionen €.

Meine Damen und Herren, ich glaube, damit wird deutlich, was diese Landesregierung vorhat, und das drei Jahre nach der Krise. 2 Milliarden € Nettoneuverschuldung, und das drei Jahre nach der Krise. Herr Finanzminister, Sie haben vorhin gesagt, Sie hätten die Konsolidierung fest im Blick. – Sie haben gar nichts im Blick, und Sie haben schon gar nichts im Griff. Das ist Tatsache.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Und jetzt machen Sie selbst ein paar Vorschläge!)

– Herr Irmer, Sie haben gestern in der Schuldebatte schon solch einen finanzpolitischen Unsinn erzählt über die Steuerverteilung in diesem Lande. Sie kennen noch nicht einmal den Unterschied zwischen direkten und indirekten Steuern und machen solche, mit Verlaub, wenig intelligenten Zwischenrufe.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sagen Sie etwas Konkretes!)

Ich komme noch einmal zurück auf die Ausgabensteigerung in den Jahren von 2002 bis 2008.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Immer noch kein Vorschlag!)

Sie betrug 1,6 Milliarden €, und sie belastet strukturell den Haushalt. Mit Zins und Tilgung und den Mietausgaben für verkaufte Immobilien kommt man genau auf jene 2 Milliarden €, die den Haushalt nach der Krise dauerhaft belasten und dazu führen, dass die Landesregierung Nettokreditaufnahmen in dieser Höhe und verfassungswidrige Haushalte plant.

Angesichts dieser Zahlen ist Ihre Einlassung, dass Sie einen ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2015 – das wäre nach Ihrer Amtszeit, Herr Finanzminister Weimar – erreichen wollen, purer Betrug.

Herr Koch, Sie haben vor der Landtagswahl im Januar 2009 einen ausgeglichenen Haushalt in dieser Legislaturperiode versprochen, so wie Sie es vor der Wahl 1999 versprochen haben, wie Sie es vor der Wahl 2003 versprochen haben, wie Sie es vor der Landtagswahl 2008 versprochen haben. So haben Sie es auch im Januar 2009 versprochen. Übrigens ist es niemals in dieser Zeit auch zum ausgeglichenen Haushalt gekommen. – So viel zu den Versprechungen von Herrn Koch.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Zum vierten Mal folgt auf Ihre vollmundigen Ankündigungen die kleinlaute Kapitulation: Nicht mehr in dieser Legislaturperiode, sondern erst 2015 soll der Haushalt ausgeglichen sein. Deswegen fragt man sich, ob es sich bei Herrn Koch um eine Person handelt, die sich permanent irrt oder die systematisch betrügt. Der Ablauf Ihrer Versprechungen vor der Landtagswahl im Januar dieses Jahres gibt Antwort auf diese Frage. Die Tiefe der Krise war seit Ende 2008 – die Pleite von Lehman Brothers ist genau ein Jahr her – längst allen bekannt. Die Auswirkungen waren sichtbar. Trotz aller Kenntnis dieser Fakten haben Sie

das Wahlversprechen eines ausgeglichenen Haushalts ausgerufen.

Wir haben immer wieder auf die Unmöglichkeit dieser Behauptung hingewiesen. Die Kollegin Ypsilanti, später der Kollege Schäfer-Gümbel und ich haben immer wieder darauf hingewiesen, dass das völlig unmöglich ist. Die Antwort war immer, unser Vorwurf sei unverschämt, wir wollten dieses Land immer nur verschulden.

Übrigens hat derselbe Herr Koch im Jahre 1994 dem Ministerpräsidenten Eichel bei einer Nettoneuverschuldung von damals 1 Milliarde DM, also 500 Millionen €, vorgeworfen, es fehle der Wille zum Sparen, es fehle die Kraft zum Sparen. Herr Koch hat aber auch in besseren Zeiten Haushalte vorgelegt, die 1 Milliarde € Nettoneuverschuldung enthalten haben, und jetzt sollen es auf Dauer deutlich über 2 Milliarden € sein. – Nicht der Regierung Eichel hat es an Kraft und Willen gefehlt. Das Gegenteil war der Fall. Dieser Regierung fehlt es an Willen und Kraft und auch an einem Gestaltungskonzept, überhaupt etwas vorzulegen, was für die Zukunft von Dauer ist.

(Beifall bei der SPD)

Kaum sechs Wochen nach der Wiederwahl hat der Hessische Ministerpräsident Koch dann – das macht er ja vornehm – durch seinen Finanzminister erklären lassen, in dieser Amtszeit werde es mit der Nettoneuverschuldung von null leider nichts. Ich halte das für systematischen Betrug, für nichts anderes.

Herr Weimar, Sie haben vorhin das Stichwort „verlogen“ in die Debatte eingebracht. Ich glaube, an dieser Stelle wäre das Wort viel treffender gewesen, um das zu charakterisieren, was durch den Ministerpräsidenten vorgenommen worden ist.

Es gibt natürlich entlastende Elemente für den Ministerpräsidenten. In Ihrem dpa-Gespräch vom 2. September behaupten Sie: „Wir haben einen Haushalt, der um 1,3 % sinkt.“

Das ist natürlich falsch. Herr Ministerpräsident, der Haushalt steigt um 1,4 %, nämlich die bereinigten Gesamtausgaben nach Abzug von LFA und KFA. Da gibt es eine Steigerung von 1,4 %. Das entnehmen Sie auch der mittelfristigen Finanzplanung. Ich darf Ihnen das hier auf Ihren Platz legen, damit Sie das selbst kontrollieren können.

Das Haushaltsvolumen sinkt also nicht, sondern steigt um 1,4 %. Man könnte meinen, Sie merken schon gar nicht mehr, ob es ein Plus oder ein Minus vor diesem Haushalt gibt, ob die Einnahmen und die Ausgaben sinken oder steigen, ob Sie mehr Geld ausgeben, als Sie einnehmen. Beim Schwarzgeldskandal Ihrer Partei haben Sie uns das ja auch einreden wollen: Sie hätten nicht gemerkt, dass Millionen mehr Geld ausgegeben als eingenommen wurden. – Aber die Nummer glaube ich Ihnen nicht. So, wie Sie beim Schwarzgeldskandal die Öffentlichkeit getäuscht haben, versuchen Sie, die Öffentlichkeit beim Hessenhaushalt zu täuschen und Ihr Fehlverhalten zu kaschieren.

Auch in diesem Jahr ist der Haushalt wieder gestiegen, und zwar um 1,4 %. Herr Ministerpräsident, wenn Sie etwas anderes behaupten, ist das schlicht falsch. Sie können es aus den Zahlen, die Ihr Finanzminister genannt hat, selbst ersehen.

(Minister Karlheinz Weimar: Das ist doch nicht wahr!)

Die FDP war übrigens auch nicht besser. Ich denke nur an Ihre vollmundigen Versprechungen vor der Wahl hinsichtlich eines ausgeglichenen Haushalts. Ich zitiere den Herrn Kollegen Krüger, der gesagt hat: „Trotz Finanzkrise halten wir selbstverständlich daran fest, dass es 2011 einen ausgeglichenen Haushalt gibt.“ „Unser Wort gilt“ – so plakatieren Sie von der FDP. Das gilt nur nicht bei solchen Nebensächlichkeiten wie dem Nachtflugverbot oder der Schuldenbegrenzung. So sind halt die Liberalen. Ihr Wort vergilbt schon nach wenigen Wochen des Regierens.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Wer – wie die FDP – Steuererleichterungen verspricht, bereitet, wie Herr Koch, systematisch den Wahlbetrug vor. Sogar Herr Schäuble hält die Versprechungen der FDP für unseriös. Quelle: „Süddeutsche Zeitung“ vom 24. August dieses Jahres. Die FDP verspricht, Unternehmen und Bürger um 35 Milliarden € zu entlasten. Wahrscheinlich wird sogar eine noch höhere Summe versprochen. Hinsichtlich der Gegenfinanzierung gibt es keine Informationen – wie es bei der FDP und bei der Linkspartei üblich ist; da sind Sie sich ja sehr ähnlich.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der LINKEN sowie der Abg. Judith Lannert (CDU))

In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 24. August hat aber der Professor aus Heidelberg ganz offen ausgesprochen, wie die Gegenfinanzierung aussehen soll. Ich zitiere:

Der ehemalige Verfassungsrichter Paul Kirchhof hält Steuerensenkungen nach der Wahl für machbar. Der Steuerexperte, der 2005 zum Wahlkampfteam Angela Merkels gehört hatte, sagte im Bayerischen Rundfunk: „Es besteht eine große Chance, natürlich unter der Voraussetzung, dass man die Staatsausgaben zurücknimmt.“

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Jetzt kommt Ihr Vorschlag!)

Da redet jemand Klartext; da kann man Herrn Kirchhof nichts vorwerfen. Da redet jemand Klartext, was Schwarz-Gelb für Deutschland bedeuten würde. Die Staatsausgaben für Soziales, für die Bildung und für die inneren Sicherheit sollen zurückgefahren werden, damit die FDP ihre Klientel entlasten kann. Darum geht es bei der ganzen Debatte.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Jetzt wird von einer „Tigerenten-Koalition“ geredet. Bei der Tigerente ist ja vorne ein Strick angebracht. Wenn man einmal die Spenden betrachtet, die CDU und FDP in diesem Bundestagswahlkampf von den großen Banken bekommen, dann weiß man, wer diese Tigerente zieht: Es sind die großen Banken in diesem Lande.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Nein, wir Sozialdemokraten wollen die Ausgaben für Bildung, für die innere Sicherheit, für die Kinderbetreuung und für Soziales nicht infrage stellen. Einen armen Staat können sich nämlich nur Reiche leisten. Dann stellt sich aber die Frage der Finanzierung, und sie beginnt damit, wer die Lasten der Krise – die sind immens, da stimme ich Ihnen zu, Herr Finanzminister – tragen soll. Wir halten es für richtig, den Spitzensteuersatz ab einem Einkommen von 250.000 € für Verheiratete von 45 auf 47 % anzuheben. Das bringt 3 Milliarden €. Das ist zwar keine Rie-

sensumme, aber mehr als ein Symbol. Mit 3 Milliarden € könnte der hessische Finanzminister schon viel anfangen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wer entscheidet das denn?)

Wir halten es auch für richtig, eine Finanztransaktionssteuer von 0,1 % bis 0,5 %, je nach Transaktion, einzuführen, um das Komasaufen auf den Finanzmärkten endlich einzudämmen, die Steuerflucht teurer zu machen und vor allem endlich jene an der Finanzierung zu beteiligen, die uns den ganzen Schlamassel eingebrockt haben.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin würde eine solche Transaktionssteuer Einnahmen zwischen 10 und 20 Milliarden € im Jahr bringen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Haben Sie auch einen Vorschlag für Hessen?)

Da würde übrigens auch für das Land eine nicht unerhebliche Summe abfallen, nämlich ein hoher dreistelliger Millionenbetrag.

Wir könnten uns auch gut vorstellen, die Vermögensteuer auf neuer Grundlage wieder einzuführen, wie es in vielen europäischen Ländern der Fall ist. Allein für Hessen könnte das dauerhaft fast 1 Milliarde € bringen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Was sagt Herr Steinbrück dazu? – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wer entscheidet das? Machen Sie doch einmal einen Vorschlag für Hessen!)

– Herr Milde, es ist seltsam. Sie wollen immer hören, wie wir unsere Vorschläge finanzieren. Wenn ich Vorschläge mache, sind Sie damit auch nicht zufrieden. Sie müssten sich schon einmal entscheiden.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Diese Landesregierung – –

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist doch Unfug, was Sie uns erzählen!)

– Herr Kollege Irmer, Sie haben doch schon gestern dilettiert und sich blamiert. Sie sollten erst einmal nachlesen, wie die Steuerlast in diesem Lande verteilt ist.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Reden Sie keinen Stuss! Sie haben keine Ahnung, und davon eine ganze Menge!)

Die Landesregierung plant auch für die Jahre nach der Krise die Vorlage verfassungswidriger Haushalte. Das werden wir nicht hinnehmen. Unser Antrag zum Finanzplan bereitet vor, dass wir dies nicht hinnehmen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich gebe noch einen Hinweis. Im Haushaltsgesetz wird die Höhe der Investitionen als Bruttoinvestition dargestellt. Sie haben in Ihrer Haushaltsbegründung den Begriff Investition nicht nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs – das wurde übrigens von Frau Wolski famos vorbereitet – ausgerichtet.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

– Ja, wenn es um Milliarden geht, kennt sie sich aus. Das haben wir bei dem Urteil ja gesehen.

Da in dem Urteil nicht darüber entschieden wurde, ob man von den Brutto- oder den Nettoinvestitionen als Grenze für die Kreditaufnahme ausgeht, hat die Landesregierung in der Begründung zum Haushalt dieses Verfas-

sungsproblem für sich elegant gelöst. Sie geht natürlich von dem höheren Wert aus. Das will ich an dieser Stelle sagen. Das könnte in einer Debatte in den nächsten Jahren einmal wichtig werden.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Was hätte die SPD gemacht? Wären Sie vom niedrigeren Wert ausgegangen?)

Auch das halten wir für eine Täuschung.

Meine Damen und Herren, Sie haben vor, in der Hessischen Verfassung das Gebot der Nullverschuldung festzuschreiben. Viel Spaß dabei, wenn Sie dieses Gebot per Volksabstimmung in der Hessischen Verfassung festschreiben wollen und gleichzeitig einen verfassungswidrigen Haushalt vorlegen, bei dem die Nettokreditaufnahme deutlich über den Investitionen liegt. Lassen Sie doch bei der Kommunalwahl darüber abstimmen. Wir werden Entsprechendes dazu sagen. Das gibt uns noch einmal Gelegenheit, zu thematisieren, dass die Landesregierung – Herr Finanzminister Weimar hat das heute noch einmal bestätigt – die hessischen Kommunen in nie dagewesener Weise zu Ausfallbürgen für eine verfehlte Landespolitik machen will.

(Beifall bei der SPD)

400 Millionen € will die Landesregierung ab dem Jahr 2011 den Kommunen über den Kommunalen Finanzausgleich abknöpfen. Der Finanzminister hatte ja gesagt: Darüber müssen wir mit den Kommunen reden und einen Dialog führen. – Trotz dieser Beteuerung ist jetzt in der mittelfristigen Finanzplanung genau dieses vorgesehen – sogar in einer verschärften Version: Ab dem Jahr 2011 werden im Kommunalen Finanzausgleich 400 Millionen € gestrichen.

(Zurufe von der CDU)

Sie verschärfen damit die dramatische Lage der Städte, Gemeinden und Kreise. Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte – ob rot, schwarz, gelb oder von den Freien Wählern – wissen doch überhaupt nicht mehr ein noch aus, wissen nicht, wie sie der Defizite Herr werden sollen. In einer solchen Situation wollen Sie mit einer sehr fragwürdigen Begründung den Kommunen Geld entziehen. Das werden wir nicht kommentar- und diskussionslos hinnehmen.

(Zurufe von der CDU)

Es gibt unter den Kommunalpolitikern eine breite Front der Ablehnung, über alle Parteigrenzen hinweg. Wir halten Ihr Vorhaben für den völlig falschen Weg. Die Kommunen brauchen Luft zum Atmen. Der erste Bereich, in dem nämlich gekürzt würde, wäre wieder der Bereich Soziales. Es würden wieder viele Maßnahmen wegfallen, die für unser Land wichtig sind.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Gestatten Sie mir im Vorgriff auf die cursorischen Lesungen der Einzeletats einige Anmerkungen zu Details des Haushalts. Herr Finanzminister, wir begrüßen, dass die Sachausgaben endlich begrenzt werden. Seit fünf Jahren beantragen wir eine Begrenzung der Sachausgaben. Das wurde von Ihnen immer wieder abgelehnt. Herr Kollege Milde, jetzt haben Sie diesen Weg endlich beschritten. Fünf Jahre früher, und wir hätten bereits dreistellige Millionenbeträge einsparen können.

Auch bei der sogenannten neuen Verwaltungssteuerung kommen Sie langsam auf den Trichter. Wie wir hören, soll jetzt alles etwas einfacher und weniger aufwendig werden, und es soll praktikabler gestaltet werden.

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Hätten Sie diesen Weg früher eingeschlagen, wären ebenfalls dreistellige Millionenbeträge einzusparen gewesen. All das sind Vorschläge aus der Opposition, und Sie haben fünf oder auch acht Jahre gebraucht, um sie aufzugreifen.

(Beifall bei der SPD)

Dann hat auch noch Herr Irmer – wo ist der Dauerzwischenrufer, er hat sich wohl verdrückt –

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Der ist weg!)

dauernd gefragt, was mit unseren Vorstellungen ist. Das waren unsere Vorstellungen. Die haben Sie fünf Jahre lang abgelehnt, als es um die Sachausgaben ging, und acht Jahre lang, als von der neuen Verwaltungssteuerung die Rede war. Dabei reden wir über hohe Millionenbeträge.

Auch zur European Business School haben wir Vorschläge gemacht. Aber aus ideologischen Gründen waren Sie nicht bereit, darauf einzugehen. Wir haben also immer wieder Vorschläge gemacht.

(Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Es dauert nur viel zu lange, bis das umgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie zu den drei Punkten, die ich jetzt anspreche, Deckungsvorschläge fordern, rufe ich immer „EBS“. Es gibt drei Punkte, die aus unserer Sicht problematisch sind.

Erster Punkt. Die Arbeitsmarktprogramme für die Erstausbildung sollen gekappt werden. Das halten wir für problematisch angesichts dessen, dass wir 2010 aufgrund der Arbeitsmarktsituation Schwierigkeiten am Ausbildungsmarkt haben werden. Wir wollen, dass das auf sinnvolle Art und Weise problematisiert wird und wir uns über die Zahlen verständigen, um herauszufinden, ob wir nicht doch noch Mittel brauchen, wenn auch vielleicht nicht in der Höhe wie im letzten Haushalt. Aber wir sollten uns fragen, ob es dort wirklich eine Kürzung in der Höhe von 5 Millionen € geben muss.

Beim zweiten Punkt – das hat Wellen geschlagen – geht es um die Schulsozialarbeit. Damit kommen wir wieder auf das Verhältnis zu den Kommunen zu sprechen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Frau Henzlers Amtsvorgänger hat der kommunalen Seite zugesagt, es werde eine Drittelfinanzierung geben. Im Haushaltsentwurf findet sich das allerdings nicht wieder.

(Günter Rudolph (SPD): Unverschämtheit!)

Zu dem Thema Schulsozialarbeit gibt es in der heutigen Ausgabe des „Wiesbadener Kuriers“ einen schönen Kommentar. Ich lese ihn vor:

Während die menschenverachtende Tat zu Recht im Fokus steht,

– es geht um München –

gehen andere Meldungen fast unter.

(Günter Rudolph (SPD): So ist das!)

Wie die, dass es in Hessen für die Schulsozialarbeit derzeit keine weitere Förderung mit Landesmitteln

gibt. Ausgerechnet dort, wo der zunehmenden Verwahrlosung und der Verrohung noch halbwegs mit Aussicht auf Erfolg entgegengesteuert werden könnte und müsste, wird gespart.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist das!)

Man muss kein Prophet sein: Für jeden hier und in anderen sozialen Projekten eingesparten Euro bezahlt unsere Gesellschaft, wir also, später doppelt und dreifach. Wir fördern geradezu die Karrieren der Abgehängten und der Perspektivlosen, bei denen sich oft schon die Eltern um Erziehung, Konsequenz, Verantwortung und Werte gedrückt haben. Es ist ein Nährboden auch für Gewalt.

(Günter Rudolph (SPD): So ist das! Ein kluger Kommentar!)

Das ist ein nachdenklicher Text. Ich bitte Sie, dass Sie, auch nach der Zusage, die Ihr Amtsvorgänger den Kommunen gegeben hat, diese Frage noch einmal erörtern.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Völlig irritiert sind wir von Ihren Kürzungen bei der energetischen und stofflichen Nutzung von Biomasse sowie von den Kürzungen bei der Nachhaltigkeitsstrategie und beim Verbraucherschutz. Herr Koch, das waren doch angeblich die Schwerpunkte der Landesregierung: Verbraucherschutz, Biomasse, Nachhaltigkeitsstrategie. Auch da beträgt die Halbwertszeit Ihrer Versprechungen nur wenige Monate.

Zu der Rekordverschuldung, Herr Finanzminister Weimar, einschließlich der Schulden im Haushalt 2010 werden die Schulden, die Sie zu verantworten haben, nicht bei 13 oder 14 Milliarden € liegen – wie Sie gesagt haben –, sondern bei 16,5 Milliarden €. Aber bei Ihnen kommt es nicht mehr so sehr darauf an.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Aber das ist ja egal! Nach mir die Sintflut!)

Die Landesregierung versucht in verfassungswidriger Weise, die Rekordverschuldung auch für die nächsten Jahre, also nach 2010, fortzuschreiben. Das zeigt, dass CDU und FDP finanzpolitisch ohne Konzept dastehen. Die Krise überdeckt den Abgrund, vor dem Sie stehen. Da haben Sie schöne Ausreden. Es ist so, dass die Krise zu Belastungen führt.

(Beifall bei der SPD)

Wir geben auch zu, dass dieser Haushalt verfassungsrechtlich anders zu beurteilen ist. Wir sind sicherlich in einer Notsituation. Aber die Notsituation wird nicht andauern, und Ihr Problem ist, dass Sie für die Jahre danach kein finanzpolitisches Konzept haben – das zeigt der Finanzplan.

Herr Finanzminister Weimar und Herr Ministerpräsident Koch, mit Ihren Ausgabensteigerungen in den Jahren 2002 bis 2008 haben Sie ein strukturelles Defizit von 1,5 bis 2 Milliarden € geschaffen. Deswegen sage ich Ihnen: Der Haushaltsentwurf 2010 ist das Dokument einer verfehlten Politik in den vorangegangenen Jahren. Meine Damen und Herren, so darf es in Hessen nicht weitergehen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Schmitt, vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Blum das Wort.

(Zuruf von der SPD: Er sagt jetzt etwas über liberale Grundsätze! – Günter Rudolph (SPD): Liberale Grundsätze: Wir machen keine Schulden! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Liberale Grundsätze sind, dass die Liberalen immer einen Grund finden, warum die nicht gelten! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Leif Blum (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die finanzielle Lage aller öffentlichen Haushalte ist nach wie vor von den Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Deswegen kann es nicht verwundern, dass auch der Haushaltsentwurf 2010 für das Land Hessen tiefe Spuren dieser Krise trägt. Sinkende Steuereinnahmen, eine nach wie vor immens hohe Belastung aus dem Länderfinanzausgleich sowie die finanziellen Belastungen aus den Konjunkturprogrammen des Bundes und dem Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen schränken die Handlungsspielräume stark ein.

Deswegen ist es eine besondere Herausforderung für die Hessische Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen, zum einen jetzt und hier Krisenbewältigung zu betreiben und zum anderen die Zukunft in Hessen politisch zu gestalten. Ich glaube, dass dieser Haushaltsentwurf angesichts der Rahmenbedingungen die richtigen Antworten hierauf gibt. Ich meine, er ist in der jetzigen Zeit alternativlos.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Steuereinnahmen sind schon, bereinigt um die Ausgleichsabgabe bei der Kfz-Steuer, um 600 Millionen € gesunken. Das ist ein Betrag, der – auch bei allen Anstrengungen – haushalterisch nicht innerhalb eines Jahres kompensiert werden kann.

Auf gleicher Höhe bleiben aber die Belastungen unseres Landes aus dem Länderfinanzausgleich. Der Betrag, den das Land Hessen an die Solidarfinanzierung der Ländergemeinschaft zu zahlen verpflichtet ist, ist gegenüber dem Vorjahr lediglich um 100 Millionen € zurückgegangen. Unter diesen Umständen mutet es in der Tat fast grotesk an, dass diejenigen, die auf der anderen Seite des Rheins das Regierungshandeln bestimmen – zu denen wir sicherlich gute nachbarschaftliche Beziehungen pflegen –, soziale Wohltaten verteilen, während wir hier das Geld zur Verfügung stellen. Das kann in der Tat nicht so bleiben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der SPD: Zweckgebunden sind die Mittel im Finanzausgleich!)

Das alles führt in der Tat dazu, dass auch dieser Haushalt eine Verschuldung in mehr als beachtlicher Höhe ausweisen muss. Das kann niemandem gefallen, der in diesem Haus ernsthaft Finanzpolitik betreiben will. Damit kann sich auf Dauer niemand zufriedengeben.

Trotzdem ist neben der Rekordverschuldung die große Leistung festzustellen, dass die Investitionsquote im Jahr 2010 wiederum eine Rekordhöhe erreicht. Wir werden

mit einer Investitionsquote von etwas mehr als 12 % immer noch deutlich über dem üblichen Durchschnitt liegen. Wir bringen mit unserem Investitionsprogramm, mit dem hessischen Sonderinvestitionsgesetz anders, als es in vielen anderen Bundesländern der Fall ist, zusätzliches Geld schnell auf die Straße. Wir bringen zusätzliches Geld in die regionalen Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten. Wir stärken mit diesem Sonderinvestitionsprogramm den hessischen Mittelstand. Das sichert in der Krise Arbeitsplätze hier in Hessen auf Dauer.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Arbeitsplätze liegen auf der Straße!)

Trotzdem haben wir das Ziel und die Aufgabe, jetzt schon ein Zeichen für ernsthafte Bemühungen in Richtung einer Konsolidierung zu setzen, nicht aus den Augen verloren. Das selbst gesteckte Ziel, die konsumtiven Ausgaben um nicht mehr als 0,5 % ansteigen zu lassen, wird mit diesem Haushalt mehr als übererfüllt werden.

(Beifall bei der FDP)

Das zu erreichen war eine große Anstrengung. Denn diese Ausgaben mussten zurückgeführt werden. Das war nicht einfach. Insofern gilt an dieser Stelle in der Tat der Dank dem Finanzminister, aber auch allen Ressorts,

(Beifall des Abg. Axel Wintermeyer (CDU) – Zuruf: Weihrauch!)

die sich konstruktiv an diesem Prozess beteiligt haben.

Trotzdem haben wir auch die Kraft gefunden, im Haushaltsplan bei den Politikbereichen, die wir für wesentlich erachten, und bei den Politikfeldern, von denen wir glauben, dass dort die Zukunft unseres Landes wesentlich entschieden wird, deutlich nachzulegen. Wir werden mehr in Bildung investieren. Wir werden mehr in soziale Sicherheit investieren.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo?)

Wir werden in die Integration investieren. Wir nehmen das Thema Integration sehr ernst. Wir werden hier im Vergleich zu den letzten Jahren zum ersten Mal deutlich einen Schwerpunkt unseres Regierungshandelns setzen. Das sind die richtigen Weichenstellungen. Auch in schwierigen Zeiten wie diesen geht es darum, in unserem Bundesland eine zukunftsfähige Politik zu machen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geht es ein bisschen konkreter?)

Wir haben von Herrn Kollegen Schmitt schon die entsprechenden Ausführungen der Opposition vernommen. Nach mir wird Herr Kollege Kaufmann sprechen.

(Zuruf: Darauf freuen wir uns!)

Danach wird der Sprecher der Linksfraktion reden. Ich weiß schon jetzt – eigentlich könnte ich die Rede halten –, was wir an dieser Stelle wieder zu hören bekommen werden.

Es ist schon schlimm genug, dass man der Linkspartei konstatieren muss, dass sie noch das einigermaßen schlüssigste Konzept hat. Reichtum für alle, und dann die Vermögensteuer einführen, das macht schon Sinn.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Aber von allen anderen werden wir heute nichts anderes als die üblichen Tiraden gegen die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen hören. Herr Kollege Kaufmann wird mit Sicherheit wieder wortgewaltig darüber lamentieren, dass der Finanzminister in zehn Jahren nichts als Schulden auf den Weg gebracht habe, dass die Mitglieder der CDU und der FDP ihn als treue Vasallen dabei unterstützen würden, dass es eine Mär sei, dass Schwarz-Gelb besser mit Geld umgehen könne, und dass alles in diesem Lande sowieso ganz furchtbar sei, nur weil eine bürgerliche Koalition die Gestaltungsmehrheit im Parlament hat.

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eines wird er aber nicht sagen. Denn das hat er noch in keiner seiner Reden gesagt. Er wird nicht sagen, welches Konzept die GRÜNEN oder Rot-Grün dem in dieser Situation der Krise entgegenstellen würde.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Mit keiner Silbe wird erwähnt werden, wie der Haushalt strukturell anders aufgestellt wäre und ob und an welcher Stelle weniger Schulden gemacht würden, wenn die Roten, die GRÜNEN und meinethalben auch noch die Neokommunisten dieses Land regieren würden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Was Sie wieder machen werden, ist, darüber zu lamentieren, dass Sie nicht mitbestimmen dürfen, wie das Geld ausgegeben wird. Ausgeben würden auch Sie es. Das ist aber nun einmal das Schicksal der Opposition.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dem sollten Sie sich die nächsten vier Jahre zuwenden. Denn auch da wird es so sein: Sie entscheiden nicht, wie das Geld in diesem Land ausgegeben wird.

(Florian Rentsch (FDP): Gott sei Dank! – Zuruf von der FDP: Das ist auch gut so!)

Das ist nun einmal das traurige Schicksal, das Sie nach der letzten Wahl zu erleiden haben. Konzeptionell kommt mit Sicherheit wieder nichts.

Ich sage Ihnen von dieser Stelle aus ganz deutlich: Die Menschen sind dessen überdrüssig. Draußen will das niemand mehr hören. Keiner interessiert sich dafür.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Auch ich bin es langsam leid, immer und immer wieder dieselben Sprüche gegen die Landesregierung zu hören.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Menschen unseres Landes sind zu Recht in Sorge. Sie sind in Sorge um ihre Arbeitsplätze und hinsichtlich der Frage, ob und wie die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit unseres Landes gerade in der Zeit der Krise sichergestellt werden kann. Darauf geben Sie keine Antwort. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen nehmen sich dieser Sorgen an.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An welchen Punkten denn?)

Die Hessische Landesregierung wird mit diesem Haushalt für das Jahr 2010 noch einmal die richtigen Weichen für eine aktive Politik gegen die Konjunkturkrise, für eine aktive Politik zur Sicherung der Arbeitsplätze in Hessen und zur Stärkung des hessischen Mittelstandes stellen. Genau das ist das Gebot der Stunde. Genau das ist die Aufgabe, vor der wir jetzt stehen.

Im Gegensatz zu Ihnen nehmen die Hessische Landesregierung und die Mitglieder der Koalitionsfraktionen die Sorgen der Menschen dieses Landes ernst. Auf uns können sich die Menschen in Hessen verlassen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Blum, danke sehr. – Ich darf jetzt Herrn Kaufmann das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteilen.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Herren von der FDP, ein bisschen kurz war das schon, was Herr Kollege Blum hier von sich gegeben hat. Wenn man sich die Inhaltsleere seiner Rede betrachtet, kann man sagen, das hat uns viel Zeit gespart. Herr Kollege, Sie hätten am besten gar nicht ans Pult kommen sollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Florian Rentsch (FDP): Der Oberlehrer ist zurück!)

Wenn man in diesen Tagen durch die Straßen geht, sieht man viele Plakate. Das ist kein Wunder. Schließlich haben wir Wahlkampf. Man kann auf diesen Plakaten viel Schönes lesen. Das eine oder andere werde ich noch ansprechen.

Besonders bemerkenswert war für mich bislang der Slogan der CDU: „Wir haben die Kraft“. Das „Wir“ wird durch den Hintergrund in Schwarz-Rot-Gold noch hervorgehoben.

Die Aussage: „Wir haben die Kraft“, hat mich nun doch etwas verwundert. Herr Kollege Milde, bisher dachte ich, dass die Christenmenschen, zumal die in der Union, die Kraft ebenso wie das Reich und die Herrlichkeit nicht für sich beanspruchen, sondern das gemäß Matthäus, Kapitel 6, eher Gott zuordnen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nun lese ich, dass die CDU die Kraft hat. Das wirkt doch ein bisschen blasphemisch.

Viel wichtiger ist aber die Frage: Was macht die CDU eigentlich mit der für sich reklamierten Kraft? Es wurde nämlich auf den Plakaten nicht dargelegt, was für eine Kraft das sein soll und wozu diese Kraft benutzt werden könnte. Da neben der Behauptung: „Wir haben die Kraft“, Frau Merkel von den Plakaten herablächelt, habe ich natürlich sofort gedacht, Frau Merkel ist Physikerin, deshalb kann es sich nur um eine physikalische Aussage handeln.

Als ehemaliger Physiker fühlte ich mich bei dem Begriff Kraft sofort angesprochen. Wie Sie wissen, gilt hier der Bezug:

Kraft = Masse x Beschleunigung

Angesichts der Haushaltsdebatte, die wir gerade führen, kann es sich allerdings bei der hier angesprochenen Kraft nur um diejenige physikalische Größe handeln, die alles verschwinden lässt und aus deren Fängen es kein Entrinnen gibt. Die aus der Allgemeinen Relativitätstheorie bekannte Singularität der Gravitation ist die Ursache für das Entstehen der berühmt-berüchtigten schwarzen Löcher.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Schwarze Löcher, in denen nach den Gesetzen der Astrophysik alles verschwindet, nicht nur Materie – Geld sowieso –, sondern sogar auch das Licht, weswegen die Löcher ja auch schwarz wahrgenommen werden.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, bei der Haushaltseinbringung im April dieses Jahres sprach ich noch von einem Schuldenstunami, der alles überschwemmt. Fünf Monate später reichen irdische Dimensionen bei Weitem nicht mehr aus, um die weimarsche Schuldenpolitik zutreffend zu beschreiben. Sie hat in der Tat galaktische Ausmaße angenommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben es also in Hessen mit einem schwarzen Loch besonderen Ausmaßes zu tun – dieser weimarsche Haushalt, in dem Jahr für Jahr immer größere Mengen gepumpten Geldes verschwinden, ohne dass es eine Wiederkehr gäbe oder irgendetwas vielleicht davon zu sehen wäre.

Meine Damen und Herren, wir haben es bereits gehört: Für 2010 rechnet der Finanzminister im Augenblick mit 3,375 Milliarden € neuen Schulden, also mit nochmals rund 470 Millionen € mehr an Krediten, als wir im Juni – das ist noch nicht so lange her – hier in diesem Saal für das laufende Jahr bereits beschlossen haben, nicht wir alle, aber die schwarz-gelbe Mehrheit.

Meine Damen und Herren, die Geschwindigkeit, mit der der Fiskus im schwarzen Loch verschwindet, nimmt – damit sind wir wieder bei der einsteinschen Theorie – exponentiell zu. Das bedeutet für die gerade laufende fünfjährige Legislaturperiode von 2009 bis 2013 einen zusätzlichen Schuldenberg von insgesamt 13.843 Millionen €, also 13,8 Milliarden €. Und dabei sind die Kosmetika der Finanzplanung mit mindestens zusätzlichen 900 Millionen € an globalen Mehreinnahmen und Minderausgaben noch nicht eingerechnet.

Obwohl Finanzminister Weimar beim letzten Mal, nämlich beim Haushalt 2009, diese Zahlen gar nicht darstellen konnte und sie am Ende der Schuldensumme noch zu rechnen musste, da er – Sie erinnern sich – bei der Finalisierung seines Haushaltsplanes dann doch keine zusätzlichen Einnahmen entdecken konnte, haben diese Fantazahlen trotz der schlechten Erfahrung erneut Eingang in das Rechenwerk des Finanzplanes gefunden.

Meine Damen und Herren, in den Jahren 1999 bis 2014, also innerhalb von 15 Jahren, in denen nach Lage der Dinge Karlheinz Weimar hessischer Finanzminister gewe-

sen sein wird, wird sich der Schuldenberg des Landes Hessen mehr als verdoppelt haben. Das ist eine Vervierfachung der Verschuldungsgeschwindigkeit gegenüber früheren Zeiten, die auch nicht immer rosig waren.

Sie erinnern sich: Da gab es einmal einen Bundesfinanzminister. Der wollte in seiner Haushaltsnot nicht nur die deutschen Goldvorräte, sondern auch gleich noch die nationale Erbsenreserve verkaufen. So hoch stand ihm das Wasser.

Zuzeiten der letzten rot-grünen Landesregierung – das ist schon viel zu lange her –, die die heutigen Regierungsparteien aber immer so schwer gescholten haben, dass sie nicht mit Geld umgehen könnte, betrug das größte jemals erreichte jährliche Defizit rund 1 Milliarde €.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Das sind weniger als zwei Fünftel des Durchschnitts der Neuverschuldung – wohlgemerkt: des Durchschnitts der Neuverschuldung – Ihrer Finanzplanung für diese Legislaturperiode; denn dieser Wert beträgt bei Ihnen mehr als 2,75 Milliarden €.

Meine Damen und Herren, was Sie auf diese Weise den hessischen Steuerzahlerinnen und den hessischen Steuerzahlern für die Zukunft zumuten, spottet in der Tat jeder Beschreibung. Ob der Dreistigkeit und Nonchalance, mit der Sie dieses vortragen, kann es einem fast die Sprache verschlagen. Auf jeden Fall fehlen parlamentarisch zulässige Formulierungen, um diese Politik des Größenwahns adäquat zu charakterisieren.

Herr Finanzminister, es stimmt eben überhaupt nicht, dass diese Ihre Politik der völlig verantwortungslosen Schuldenorgie ohne Alternative wäre. Sie ist vielmehr die Folge von Fehlern und Versäumnissen aufgrund jahrelang geübter Spenderhosenmentalität.

Gerade in Zeiten des billigen Geldes ist schon wegen des wachsenden Zinsrisikos eigentlich besondere Zurückhaltung beim Konsum auf Pump zu üben. Doch Koch und Weimar taten das genaue Gegenteil. Ihnen war völlig egal, dass sie mit leeren Taschen dastehen würden, wenn die nächste Rezession käme.

Wahrscheinlich rechneten sie gar nicht damit, dass sie dann immer noch regieren würden. So haben Sie uns fiskalpolitisch in das Schlamassel geführt,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und jetzt wissen Sie keinen Weg mehr daraus, und der Kollege Blum versucht verzweifelt, davon abzulenken, indem er Alternativen bei der Opposition einfordert. Ich komme noch dazu.

Meine Damen und Herren, es muss offensichtlich immer wieder daran erinnert werden, dass die Regierung Koch/Weimar gleich am Beginn ihrer Regierungszeit durch einen rückwirkenden Nachtragshaushalt für das Jahr 1998 den Konsolidierungskurs der Vorgängerregierung verlasen und kräftig die Ausgaben und damit die Verschuldung gesteigert hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Auf diese Weise längs dieses Kurses wurden selbst in Jahren, in denen die Steuereinnahmen des Landes zweistellige Steigerungsraten aufwiesen, also mehr als 10 % im Jahresvergleich höher lagen, trotzdem wachsende Schul-

denberge aufgehäuft. Von antizyklischem Verhalten war dabei überhaupt keine Rede.

Herr Finanzminister, deshalb ist auch Ihre Argumentation in der Krise so wenig glaubwürdig. Wie bereits im April festgestellt, brauchen Sie nämlich vielmehr die Krise als Schutzbehauptung für Ihre Schuldenmacherei.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, anschaulich zeigt diese Grafik die traurige Entwicklung.

(Der Redner hält eine Grafik hoch. – Norbert Schmitt (SPD): Das ist doch rot!)

– Ich gebe zu, Schulden in roten Zahlen sind ein bisschen unfair, weil die Roten diese Schulden nicht verursacht haben. In der korrekten Darstellung würde die Grafik so aussehen.

(Der Redner hält eine neue Grafik hoch. – Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie zeigt Ihnen insbesondere die verheerende Wirkung der Regierungsbeteiligung der FDP – ein empirischer Befund, der schon Eingang in die sonstige Warnzeichensymbolik gefunden hat. Sie kennen dieses hier.

(Der Redner hält eine weitere Grafik hoch.)

Radiaktivität oder auch Biogefahr. Oder allseits bekannt ist natürlich dieses hier.

(Der Redner hält noch eine neue Grafik hoch.)

Der Totenkopf weist darauf hin, es geht um Geld.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Meine Damen und Herren, Schwarz-Gelb signalisiert nicht „anfassen“, erst recht nicht „ankreuzen“, sondern „rasch das Weite suchen“, damit kein weiterer Schaden entsteht.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kaufmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Dr. Arnold?

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich denke, der verehrte Herr Kollege Arnold kann sich eines blauen Zettels und einer Kurzintervention bedienen, wenn er wirklich etwas fragen möchte. Ich möchte meine Gedanken weiter vortragen dürfen.

(Leif Blum (FDP): Welche Gedanken? – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Das war jetzt schon dreist!)

– Herr Blum, ich komme zu einem Gedanken von Ihnen. Ich zitiere: „Vor allem in der Haushalts- und Finanzpolitik zeigt sich, wie wir unsere politische Verantwortung gegenüber künftigen Generationen wahrnehmen.“ So lautet der erste Satz des Kapitels „Haushalt und Finanzen“ der Koalitionsvereinbarung dieser Regierung.

Der Satz stimmt irgendwie, auch wenn Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, sich das bestimmt so nicht gedacht haben. Einem solchen Test hätten

Sie sich nicht so gerne unterworfen. Da die Koalitionsvereinbarung aber im Januar dieses Jahres abgeschlossen wurde, komme jetzt bitte keiner und sage, man habe damals die Krise noch nicht kennen können. Der befürchtete konjunkturelle Einbruch und auch das landeseigene Konjunkturprogramm waren längst in der Debatte.

(Beifall bei der SPD)

Letzteres war bereits vor der Wahl des Ministerpräsidenten wahlwirksam propagiert worden.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Die Botschaft dieser Regierung im Sinne dieser Verantwortung gegenüber künftigen Generationen ist also schamlose Ausplünderung und Vernichtung ihrer Zukunftschancen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Völlige Verantwortungslosigkeit markiert die schwarzgelbe Ethik in der Finanzpolitik. Meine Damen und Herren, genau so nehmen Sie Ihre Verantwortung gegenüber künftigen Generationen wahr. Bei diesem Test sind Sie wahrlich mit Pauken und Trompeten durchgefallen.

Weiter steht übrigens in diesem famosen Koalitionspapier: „Wir halten am Ziel der Beendigung der Nettoneuverschuldung fest ...“ – mit neuen Schulden von rund 14 Milliarden € in einer Legislaturperiode. – Die zweite Hälfte des Satzes steht nicht mehr in der Koalitionsvereinbarung. Die steht jetzt im Finanzplan dieses Finanzministers.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Daten aus dem Finanzplan, die ich Ihnen eingangs vortragen musste, ist das schlicht und einfach der blanke Hohn. Die Regierung hält sich überhaupt nicht an die eigene Vereinbarung, an das Wahlversprechen erst recht nicht. Insoweit lautet es auch korrekt: Unser Wort gilt nichts.

Von der in derselben Koalitionsvereinbarung angekündigten Aufnahme des Verschuldungsverbots in die Hessische Verfassung ist aktuell keine Rede mehr. Auch hier wird der Text des Koalitionsvertrags offensichtlich als dummes Geschwätz längst zur Makulatur.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das stimmt doch gar nicht!)

Der Finanzminister glaubt ebenso wenig noch daran, wenn er als letzten Satz seiner Presseerklärung anlässlich der Präsentation des Haushaltsentwurfs jammert:

Nur wenn wir den eingeschlagenen Sparkurs sukzessive verschärfen und wenn die Steuereinnahmen wieder steigen, wird es uns gelingen, das angepeilte Ziel eines schuldenfreien Landeshaushalts zu erreichen.

Meine Damen und Herren, das ist nichts anderes als die Kapitulation des Finanzministers vor den von ihm selbst geschaffenen Problemen – oder in anderer Weise physikalisch ausgedrückt: Das schwarze Loch ist unerbittlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Die Versuche, die jetzt gemacht werden, alles auf die notwendige Ankurbelung der Konjunktur zu schieben, gehen natürlich am Kern des Problems völlig vorbei.

In allen meinen Haushaltsreden der letzten Jahre – deswegen glaubt der Kollege Blum ja auch, er könne sie

schon antizipieren – habe ich immer wieder auf das strukturelle Defizit des Haushalts hingewiesen. Man mag über dessen genaue Höhe streiten, aber auf jeden Fall ist es unstrittigerweise auf deutlich mehr als 1 Milliarde € zu beziffern.

(Norbert Schmitt (SPD): Ja!)

Und natürlich begegnet es uns auch in diesem Haushaltsentwurf wieder. Wenn wir Weimars Aussage glauben wollen, dann kostet ihn die Krise, großzügig gerechnet, 2,2 Milliarden €. Wenn jetzt aber bei einer Investitionssumme von rund 1,6 Milliarden € zusätzlich 1,8 Milliarden € für konsumtive Ausgaben, in der Gesamtsumme also 3,4 Milliarden €, an Krediten aufgenommen werden, dann grüßt aus diesen Zahlen täglich – nicht das Murretier, sondern immer wieder das allgegenwärtige und natürlich noch immer bestehende strukturelle Defizit des hessischen Landeshaushalts.

Herr Weimar, Sie bekommen es nicht in den Griff. Nachdem die Vermögenswerte verkauft, die Rücklagen aufgelöst sind, feiert das strukturelle Defizit immer noch fröhliche Urständ.

(Frank Sürmann (FDP): Wo nicht?)

Meine Damen und Herren, bei der letzten Haushaltsrede habe ich Ihnen bereits viel über den weimarschen Missbrauch des Wortes „Konsolidierung“ erzählt und nachgewiesen, gestützt auf den ehemaligen Kollegen von Hunnius, dass bislang in der weimarschen Finanzwirtschaft noch keinerlei ernsthafte Konsolidierungsbemühungen stattgefunden haben. Das hindert unseren Finanzminister natürlich noch lange nicht, erneut zu behaupten, mit dem Haushalt 2010 werde ein „Weg der Konsolidierung“ eingeschlagen.

Verehrter Herr Weimar, Sie zeigen sich wirklich ein bisschen zu renitent – ich würde fast sagen: auch zu ignorant. Deshalb nochmals zum Mitschreiben für alle:

(Axel Wintermeyer (CDU): Oberlehrerhaft!)

Konsolidierung ist es nur, wenn die Ausgaben weniger werden und man nicht mehr Geld pumpt als im Vorjahr.

Diese durchaus einfachen Kriterien werden von dem Haushaltsentwurf 2010 in keiner Weise erfüllt. Also ist er auch kein Konsolidierungshaushalt, sondern klar ein Verschuldungshaushalt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ständig im Widerspruch zu den Fakten – da hilft auch der Regierung ein gebetsmühlenartiges Wiederholen des Begriffs „Konsolidierung“ im falschen Zusammenhang nichts. Das ruiniert nur das Image.

Soweit davon nur die schwarz-gelbe Regierung betroffen ist, könnte es uns GRÜNEN ja noch recht sein und durchaus gefallen. Das Bedauerliche ist aber, dass dadurch die Politik insgesamt in Verruf gerät und auch das Bild des einstmals geachteten und als Vorbild bewunderten Landes Hessen immer mehr verhandelt wird.

Herr Finanzminister, von diesem Schaden können Sie auch nicht dadurch ablenken, dass Sie immer andere für Ihre Fehler verantwortlich machen.

Meine Damen und Herren, wenn wir jetzt bei der Frage von Wirkung und Verlässlichkeit der Politik, insbesondere der Finanzpolitik, sind, dann muss man sich unbedingt die aktuellen Debatten anschauen, die jetzt im Wahlkampf stattfinden.

Ich sagte es bereits: Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Es ist die Zeit, in der das sogenannte bürgerliche politische Lager, also das schon vorgeführte gefährliche Schwarz-Gelb, die Wählerinnen und Wähler besonders dreist für dumm verkaufen will.

(Lachen der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir strudeln im Bund und im Land in das schwarze Schuldenloch – und zugleich überbieten sich diese Parteien in Versprechen auf Steuersenkungen. Obwohl die staatlichen Einnahmen bei Weitem nicht ausreichen, um die Ausgaben zu bestreiten, sollen nach dem Willen von CDU und FDP diese Einnahmen vorsätzlich und mutwillig deutlich verringert werden.

Wenn man das ernst nähme, dann hätten wir es mit einer Ankündigung der Plünderung des Staates und damit des Vermögens der gesamten Gesellschaft zu tun, einer Plünderung zugunsten bestimmter Klientelgruppen, die an einem armen und überschuldeten Staat interessiert sind.

Meine Damen und Herren, oder aber wir nehmen das nicht ernst. Dann ist es ein wiederholter Beweis dafür, dass das Versprechen, das man lesen kann – „Unser Wort gilt“ –, glatt gelogen ist. Hier müsste es richtig heißen: Unser Wort gilt nichts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Schauen wir also konkret die steuerpolitischen Verheißungen der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer – in einer finanzpolitischen Debatte gehören sie allemal dazu – doch einmal genauer an.

CDU und CSU wollen den Eingangssteuersatz um weitere 2 Prozentpunkte auf 12 % absenken, den Tarifverlauf abflachen und den Spitzensteuersatz auf 42 % zurückführen. Alles in allem kostet dies nach Aussage des Bundesministers der Finanzen gut 50 Milliarden € im Jahr. Über den Daumen gepeilt wären das 1,6 Milliarden € Einnahmeverlust für das Land, für den Landeshaushalt, und zusätzlich nochmals 400 Millionen € weniger im kommunalen Finanzausgleich für die hessischen Städte und Kreise. Da von der CDU keinerlei Angaben zur Gegenfinanzierung gemacht werden, muss man derzeit von diesen Zahlen ausgehen.

Meine Damen und Herren, noch toller – wer hätte es anders erwartet? – treibt es die FDP mit ihren Ankündigungen. Hier soll der Eingangssteuersatz auf 10 %, also doppelt so stark wie bei der CDU, abgesenkt werden. Dann folgt aber keine lineare Progression, sondern es folgen eine zweite Stufe mit 25 % und eine dritte Stufe mit 35 % – in der Spitze also eine Senkung des Steuersatzes um 10 Prozentpunkte gegenüber dem Istzustand. Bereits das ist natürlich typisch FDP: dass die großen Einkommen zweieinhalbmal so stark entlastet werden wie die kleinen.

Aber das ist noch lange nicht alles. Die Abschaffung der Gewerbesteuer, die Senkung der Körperschaftsteuer und ein Wettlauf zwischen den Bundesländern um die geringste Erbschaftsteuer – das sind weitere Schmankerln im Wahlangebot der FDP für ihre besser verdienende Klientel.

Nach Feststellungen des Bundesministeriums der Finanzen summieren sich die Versprechen der Blau-Gelben auf jeden Fall auf rund 100 Milliarden € staatliche Einnahmeverluste im Jahr. Das würde nicht nur zum Bankrott selbst der wohlhabenden Kommunen führen, sondern schlige beim Land Hessen nochmals mit rund 3 Milliar-

den € und im Kommunalen Finanzausgleich mit noch einmal knapp 1 Milliarde € zu Buche.

Auch bei der FDP gibt es keinerlei Aussagen zur Gegenfinanzierung, außer dem Versprechen – man höre und staune –, dass die sinkenden Steuern zu höheren staatlichen Einnahmen führten.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, eine durchaus merkwürdige Aussage – zumal von einer Partei, bei der Steuerhinterziehung nicht als unehrenhaft gilt.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der FDP)

Deshalb ist es der FDP wohl auch egal, dass ihre steuerpolitische Bilanz der letzten Jahre ein einziges Fiasko ist.

Gemäß dem Motto „Unser Wort gilt nichts“ müssen wir uns aber darauf zum Glück nicht ernsthaft einstellen. Denn traditionell besteht bei der FDP die allergrößte Differenz zwischen Versprechen und Wirklichkeit, und zwar ganz besonders bei den Steuern. Von sechs Erhöhungen der Mehrwertsteuer in den letzten 40 Jahren war die FDP fünfmal mit dafür verantwortlich und hat den Steuererhöhungen zugestimmt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen sind sie ja so sauer!)

Nur die letzte Erhöhung war Anlass für sie, mit Nein zu stimmen. Beobachter vermuten, dass es der FDP dabei weniger um die Steuerhöhe als um Ministersessel ging. Man weiß es nicht so genau, man munkelt aber.

(Zuruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

Besonders klar und eindeutig ist die Unwirksamkeit der Steuersenkungsattitüde der FDP bei der Einkommensteuer. Seit die FDP die Steuerpolitik nicht mehr mitentscheidet, wurde der Eingangsteuersatz von Rot-Grün von 22,9 auf 15 Prozentpunkte gesenkt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dieser Steuersatz ist also um ein Drittel, rund 30 %, geringer als zu den Zeiten, als ihn die FDP mitverantwortet hat.

Jetzt schauen wir uns noch einmal den Spitzensteuersatz an.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zwischen 1998 und heute wurde er um 20 % gesenkt – für die höheren Einkommen also weniger stark als für die niedrigeren. Die FDP verspricht dagegen für Reiche stärkere Steuerreduzierungen als für die kleinen Einkommen. Das passt hervorragend zu ihr. Es geht ihr ja um die Besserverdienenden. Meine Herren von der FDP, die Besserverdienenden werden aber enttäuscht sein; denn von Ihren Versprechen haben Sie bisher noch nichts realisiert. Das sagt uns auch die langjährige Erfahrung gemäß dem Motto: „Ihr Wort gilt nichts“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die steuerpolitischen Vorstellungen der Parteien im Bundestagswahlkampf haben natürlich viel mit dem Landeshaushalt zu tun. Am Ende wirkt sich alles, was in Berlin beschlossen wird, massiv auf unsere Einnahmen aus. Weil die CDU nicht genauso wie die FDP schon vor dem Wahltermin durch ihre eigene Widersprüchlichkeit zerquetscht werden will, hat der Finanzminister instinktiv darauf verzichtet, bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfes allzu viel vom Verschuldungsverbot zu reden.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Finanzminister, denn in der Tat, sehr wohlwollend betrachtet, machten Sie sich angesichts der dramatischen Entwicklung der Neuverschuldung mit einem Verschuldungsverbot eher lächerlich. Nüchtern und sachbezogen betrachtet, muss man zu dem Ergebnis kommen, dass mit der bisher betriebenen Finanzpolitik à la Weimar eine Beendigung der jährlichen Neuverschuldungen nicht erreichbar ist. Ein völlig anderer, nämlich ehrlicher Konsolidierungskurs wäre hierfür notwendig. Doch den haben Sie noch nie eingeschlagen, weshalb Ihnen auch niemand mehr abnimmt, dass Sie den Haushalt des Landes wirklich konsolidieren wollen – vielleicht auch gar nicht können, damit Sie weiterhin vom Ministerpräsidenten „ein prima Finanzminister“ genannt werden.

Um kurz vor der Wahl aber niemandem gegenüber ungerecht zu sein, will ich in der gebotenen Zusammenfassung auch auf die Wahlaussagen der linken Seite zur Finanzpolitik eingehen. Die SPD will laut ihrer Wahlaussage im klassischen Stil des Wohlfahrtsstaates eine Nichtbelästigungsprämie für die Steuerverwaltung an die Steuerpflichtigen auszahlen, wobei die Beantragung und Prüfung der Voraussetzungen der Prämienzahlung die bisherige Steuererklärung und ihre Bearbeitung ersetzt. Weiterhin soll der Steuertarif steiler werden und von 10 bis 47 % reichen.

Unter dem Strich sind aus diesen Vorstellungen zumindest keine neuen gravierenden Einnahmeverluste für den Landeshaushalt zu errechnen, allerdings auch keine Entlastungen für die Steuerverwaltung.

Auch nach den Aussagen der LINKEN ist von Einnahmehinbrüchen des Fiskus nicht auszugehen. Hier verwirrt eher das plakative Erscheinungsbild, woraus ich entnehme, dass es dieser Partei ein Anliegen ist, alle zu besteuern. Das wurde schon erwähnt. Ich will es Ihnen noch einmal zeigen.

(Der Redner hält ein Wahlplakat der LINKEN hoch.)

Unter dem Portrait von Gregor Gysi lese ich: „Reichtum für alle“ und denke dabei fälschlicherweise an die CDU und Ludwig Erhards Buchtitel: „Wohlstand für alle“, den die LINKE logischerweise toppen will, indem sie aus Wohlstand Reichtum macht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am nächsten Laternenpfahl bin ich dann allerdings erschrocken, als ich die dortige Forderung der LINKEN gelesen habe.

(Der Redner hält ein anderes Wahlplakat der LINKEN hoch.)

Sie lautet: „Reichtum besteuern“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Lieber Willi, Leuten, die mir gleich wieder wegnehmen wollen, was sie mir eben gerade zu schenken versprochen haben, denen vertraue ich nicht,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

denen vertraue ich erst recht meine Stimme nicht an.

(Zurufe der Abg. Dr. Walter Arnold (CDU), Willi van Ooyen und Janine Wissler (DIE LINKE))

Also bleibt nicht nur für mich, sondern eigentlich für alle übrig: Grün ist die Hoffnung, wie schon der Volksmund sagt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, grün gibt natürlich auch das Stichwort, unter dem man die Inhalte dieses Haushaltsentwurfs betrachten sollte. Die Frage lautet: Was ist am Haushalt 2010 frisch und neu, duftig und gesund, also grün? Die Antwort ist ebenso einfach wie deprimierend: nichts. Das ist noch nicht einmal ausschließlich mein persönliches Urteil.

Der Finanzminister höchstselbst sieht es offenkundig genauso. Noch nie, seit Weimar im Finanzministerium sitzt, war eine Präsentation seines Haushaltsentwurfs derart trostlos, grau und düster wie die diesjährige. Man weiß jetzt nur nicht, ob dem neuen Pressesprecher die blumige Fantasie fehlt, das Zahlenwerk aufzuhübschen, oder ob er einfach zu ehrlich ist. Jedenfalls sind genau sechs Zeilen in der Presseerklärung zu den politischen Inhalten gewiss zu wenig als politisches Programm einer Landesregierung für ein ganzes Jahr. Da Weimar zu den Inhalten auch heute nichts Neues vorgetragen hat, können wir dies getrost auch als sein eigenes Urteil betrachten. Die Regierung hat keine neuen Ideen mehr und erkennbar auch keine Lust mehr, zu regieren, was so kurz, nämlich nur neun Monate nach der Wahl, eigentlich verwunderlich ist, Herr Kollege Arnold. Vielleicht ist es das aber doch wieder nicht, wenn man sich die Handelnden so anschaut. Ich zumindest für meine Person wollte mit dem Hahn auch nicht regieren müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Meine Damen und Herren, bereits im April musste ich zum Haushaltsentwurf 2009 feststellen, dass er in allen Einzelplänen genau das widerspiegelt, was schon aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gut zwei Monate zuvor heraustropfte: Unambitioniertheit, überall trostlose Langeweile und ein gerüttelt Maß an Hilflosigkeit. Nicht eine einzige Innovation steckt in diesen Tausenden von Seiten Haushaltsplan.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Was?)

Alles ist maximal die Fortsetzung dessen, was längst eingetütet wurde. „Maximal“ deshalb, weil manche Ansätze, die mit großem Pomp jüngst, d. h. beim Haushalt 2009 – das ist noch nicht so lange her –, werbewirksam angekündigt wurden, wofür sich die Regierung hat feiern lassen, schon jetzt wieder gestreckt und teilweise eingesammelt werden. Beispiele sind die Förderung der Biorohstoffe oder auch der Verbraucherschutz. Teilweise wird aber auch versucht, die inhaltliche Leere durch die abermalige Neudefinition der Produkte zu kaschieren, damit man sie

nicht mit den früheren Plänen vergleichen kann. Herr Kollege Arnold, doch dies reicht wahrlich nicht aus, um als kreativ zu gelten.

Auch das so hochgelobte Konjunkturprogramm von Bund und Land erweist sich keineswegs als Ausgeburt der Kreativität.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Was?)

So ist es kein Wunder, dass das DIW die Inhalte eher kritisch bewertete. Die kürzlich präsentierte DIW-econ-Studie sieht als zentrales Ergebnis, dass „von 70 % der insgesamt betrachteten Ausgaben keine nachhaltigen langfristigen Wachstumsimpulse für die deutsche Volkswirtschaft ausgehen werden“.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das warten wir erst einmal ab!)

„Vielmehr sollen diese Mittel für den Erhalt des Status quo investiert werden. Statt beispielsweise – so sagt das DIW – „die Qualität der Bildung durch Investitionen in Computer, Labore etc. zu erhöhen, soll ... überwiegend in die Erhaltung des bröckelnden Gebäudebestandes investiert werden.“ Deshalb kommt es auch zu der Kurzformel: Gips statt Grips. – Das ist eine leider zutreffende Beschreibung für unsere Regierung – sicherlich soweit es ihr Konjunkturprogramm angeht, womöglich auch, was ihre Köpfe angeht.

Im bundesweiten Vergleich schneidet Hessen eher kläglich ab. Mit einem Anteil von 31% Zukunftsinvestitionen liegt Hessen im Vergleich der Bundesländer auf Platz zwölf und damit im letzten Drittel der Rangfolge.

(Minister Karlheinz Weimar: Das ist dummes Zeug!)

– Schauen Sie es in dieser Studie nach. – Das ist kein adäquater Platz für unser Bundesland. Die Tatsache, dass Herr Weimar jetzt aufgebracht ist, zeigt, dass er das genauso sieht.

(Minister Karlheinz Weimar: Nein!)

– Doch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Dabei will Hessen doch nach den Worten unseres Ministerpräsidenten ein Musterland für alles Mögliche werden.

(Petra Fuhrmann (SPD): Leuchtturm!)

So fragt man sich: Was ist eigentlich mit dieser Regierung los? Könnten Sie jetzt alle bitte einmal Ihre Lethargie – ich spreche in Richtung Kabinett – überwinden und wenigstens ein bisschen regieren, d. h. Ideen entwickeln, aufgreifen und innovativ umsetzen, und sich nicht nur im nächsten Wolkenkuckucksheim verlieren?

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich wollte jetzt den Ministerpräsidenten ansprechen. Ich sehe ihn leider nicht.

(Petra Fuhrmann (SPD): Nicht einmal bei der Etatberatung!)

Er ist leider nicht mehr hier. Ich frage ihn trotzdem: Herr Koch, wollen Sie in Wahrheit doch lieber einen Kabinettssessel in Berlin oder in Brüssel? Herr Koch, wenn Sie weg wollen, dann gehen Sie dorthin, und nehmen Sie Ihre Kabinettkollegen am besten gleich mit. Aber hören Sie end-

lich auf, gemeinsam mit Ihrem „prima Finanzminister“ unseren Haushalt und unser Land weiter zu ruinieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Auch wenn die miserable Performance dieser Regierung dem miserablen Zustand des Landeshaushalts durchaus entspricht: Wir GRÜNE wollen jedenfalls, dass sich bei- des rasch zum Besseren ändert. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Kaufmann. – Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Herr van Ooyen zu Wort gemeldet. Bitte, Herr van Ooyen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erklär mal den Dadaismus auf euren Plakaten!)

#### **Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Frank, mit Steuern kann man steuern. Wegnehmen ist etwas anderes, als mit Steuern zu steuern. Es geht wahrscheinlich um Steuersätze, über die wir diskutieren müssen. Dort liegen wir weit auseinander, mit der FDP noch viel weiter.

(Zuruf von der FDP: Das soll auch so bleiben!)

Aber dazu werden wir noch kommen, ich werde in meinen Ausführungen darauf eingehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Landeshaushalt ist Ausdruck einer politischen Geisterfahrt. Die Milliardenkredite, die Sie jetzt aufnehmen, wollen Sie nach der Bundestagswahl den Beschäftigten und den sozial Schwachen in Rechnung stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es war Ihre Politik der Deregulierung von Banken und Finanzmärkten, die die Wirtschafts- und Finanzkrise verursacht hat. Es ist Ihre einseitige Fixierung auf Lohnzurückhaltung, die den Binnenmarkt beeinträchtigt. Wir sagen es immer wieder und haben diese Kampagnen auch mit organisiert: Wir zahlen nicht für eure Krise. Dazu wird es morgen einen bundesweiten Aktionstag geben. Wir sagen: Die Verursacher müssen zur Rechenschaft gezogen werden – die Banken und die Politik –, Finanzmarktspekulationen müssen besteuert werden. Dies ist die Lehre aus der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise.

(Beifall bei der LINKEN)

Während an den Börsen wieder Partys gefeiert werden, Banken mit Staatsgeldern wieder fleißig spekulieren, müssen tagaus Hunderttausende von Beschäftigten um ihre Existenz zittern, und Tausenden droht Hartz IV. Die Neuverschuldung in Höhe von 3,4 Milliarden €, die das Land Hessen im nächsten Jahr aufnehmen soll, ist ein Armutszeugnis.

Herr Weimar, Sie verantworten Milliardenschulden, die Sie dann übermorgen bei den Beschäftigten und Finanzschwachen einkassieren wollen. Sie wollen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die Personalkosten trotz stetig steigender Beihilfen und Versorgungskosten kürzen. Den Trick, die Personalkosten in der mittelfristigen Finanzplana-

nung im Gegensatz zu den Aussagen des Koalitionsvertrags steigen zu lassen, müssen Sie uns noch erklären. Die Investitionen und die geplante Neuverschuldung in den Jahren bis 2013 sind ohnehin nicht verfassungskonform. Deshalb sollten Sie die Finanzplanung noch einmal neu gestalten.

Die Lage am hessischen Arbeitsmarkt bleibt weiterhin prekär. Die Arbeitslosigkeit hat sich um fast 9 %, also mehr als 17.000 Menschen, erhöht. Die Jugendarbeitslosigkeit ist sogar um 25 % gestiegen. Auch das Stellenangebot hat sich innerhalb eines Jahres um fast ein Drittel reduziert. Es gibt keinen Grund zum Jubeln, denn die Frage ist: Was passiert in den Unternehmen, wenn das Kurzarbeitergeld ausläuft, die Unterauslastung der Betriebe in den Unternehmensbilanzen durchschlägt und die Banken weiterhin Kredite verweigern? Wie kann der wirtschaftliche Substanzverlust von 6 % des Bruttoinlandsprodukts, der allein für Hessen 13,2 Milliarden € Wertverlust bedeutet, wieder aufgeholt werden? Wie können wir nachhaltig wirtschaftliches und gesellschaftliches Wachstum generieren und gleichzeitig den sozialen Zusammenhang stärken?

(Dr. Walter Arnold (CDU): Soziale Marktwirtschaft ist die Antwort darauf!)

– Wir kommen darauf zurück, Herr Dr. Arnold. – Wie werden die Kosten der Wirtschaftskrise für den hessischen Landeshaushalt – schon im Jahr 2009 ca. 2,2 Milliarden € – durch die Allgemeinheit geschultert? Welche Lehren ziehen wir aus dem grandiosen Marktversagen und dem Verzocken gesellschaftlichen Wohlstands? Das alles sind Fragen, die Sie von der Landesregierung zu einer sachlichen und ehrlichen Antwort veranlassen sollten, und zwar vor der Bundestagswahl.

Jetzt zeigt sich, dass der von Ihren Parteien des Sozialabbaus bekämpfte Sozialstaat durch Kurzarbeiter- und Insolvenzgeld in Krisenzeiten der Wirtschaft Halt gegeben hat. Nicht wegen, sondern trotz neoliberaler Politik werden die Menschen in diesem Land derzeit noch aufgefangen. Die hessische Arbeitsagentur hat allein in diesem Jahr schon 130 Millionen € Kurzarbeitergeld und Sozialversicherungsbeiträge ausgezahlt und somit den Produktionsausfall von bis zu 20 % zulasten der Sozialsysteme abgepuffert. Genau deshalb ist es absurd und schädlich, dass Parteien wie die FDP den Sozialstaat abwracken wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Während bei Banken und auf den Börsenplätzen die Kurse steigen und die alten Geschäfte wieder boomen, während Konjunkturprogramme die Nachfrage derzeit noch ankurbeln, werden im Geheimen in den Ministerialstuben und Expertenkommissionen unter dem Mantel von Exit-Strategien Sparprogramme zulasten von Geringverdienern und sozial Schwachen konzipiert. – Herr Weimar, Sie nennen dieses Vorgehen Haushaltsstrukturkommission, wir nennen es „Projektgruppe düstere Zukunft 2.0“.

(Zuruf von der CDU: Da gähnt sogar Frau Wissler, Herr Kollege!)

Schon nach 2001 hat die Finanzpolitik den Einnahmeausfällen hinterhergespart, und die damalige Konjunkturkrise wurde angefeuert. Ergebnis dieser Politik war die „Operation düstere Zukunft“. Beschäftigte, Kommunen und auch Niedrigverdiener mussten die Zeche zahlen. Für das Verschern öffentlichen Eigentums durch Leo I und

II, Herr Boddenberg, darf der hessische Steuerzahler Jahr für Jahr 300 Millionen € bezahlen. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Wo er recht hat, hat er recht!)

Auch mit diesem Haushalt wird deutlich, dass Privatisierung, Sozialabbau und Bildungsarmut Programm der Regierung bleiben sollen. Sie bringen weiterhin den Ausverkauf öffentlichen Eigentums durch PPP-Projekte voran, kümmern sich lieber um Kreditkonditionen für PPP-Projekte, statt aktiv gegen die Kreditklemme zu kämpfen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): So ein Quatsch! Sie haben es überhaupt nicht verstanden!)

– Doch, ich habe es verstanden.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Wir mieten doch nur!)

– Wir mieten und finanzieren die Privaten.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir mieten doch nur! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird eine Umverteilung passieren, die Sie als Politikprinzip schon seit Jahren draufhaben. Sie bezahlen lieber millionenschwere Subventionen an Eliteuniversitäten, die Studienbeiträge in Höhe von 12.000 € verlangen, statt Sozialarbeit an Schulen zu unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Ich kenne eine ganze Reihe Sozialdemokraten, die das gut finden!)

– Es gibt ja auch eine Differenzierung. Wir sind ja nicht Sozialdemokraten, Herr Minister Boddenberg. Wir kommen noch darauf zurück.

Sie zahlen weiterhin Millionen für unsinnige Leuchtturmprojekte in Kassel-Calden und Beberbeck, statt ein Antiarmutsprogramm und eine vernünftige öffentliche Beschäftigungspolitik voranzubringen. Sie setzen mit Ihrem Straßenbauprogramm dreistellige Millionenbeträge in den hessischen Sand, statt den ökologisch-wirtschaftlichen Strukturwandel voranzubringen und für zukunfts-gerechte Arbeitsplätze zu sorgen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Da hat er auch recht!)

– Es gibt ja auch Gemeinsamkeiten in manchen Bereichen. – Sie sperren die Beschäftigten des Landes aus der Tarifgemeinschaft der Länder aus und verspielen die Chance einer nachhaltigen Stärkung der öffentlichen Nachfrage. Allein dieser Akt hätte die Binnenkaufkraft gestärkt, neue Arbeitsplätze und eine moderne Verwaltung geschaffen.

Ein wirkliches Trauerspiel ist jedoch die einseitige Aufkündigung der Solidargemeinschaft mit den Kommunen. Zuerst verpflichten Sie die Kommunen zu milliarden-schweren Investitionen, dann kürzen Sie ihnen schon jetzt übermäßig die Schlüsselzuweisungen im Kommunalen Finanzausgleich,

(Dr. Walter Arnold (CDU): 23 % sind 23 %!)

und dann erdreisten Sie sich noch, den Kommunen ab 2011 noch einmal 400 Millionen € zu entziehen. Die hessischen Kommunen haben weder den Anstieg der Sozial-

ausgaben noch die sinkenden Einnahmen zu verantworten. Die Ursachen hierfür liegen allein in der Wirtschafts- und Finanzkrise und in Ihrer neoliberalen Politik.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Also Obamas Schuld!)

Allein von November 2008 bis Sommer 2009 sind 15 Gesetzesvorhaben – das muss ich leider auch an die Adresse der Sozialdemokraten sagen – zur Steuerentlastung verabschiedet worden,

(Leif Blum (FDP): Sauerei!)

die bis 2013 zu einer Mehrbelastung der Kommunen im Umfang von 19 Milliarden € führen werden. Hinzu kommen in einigen Städten Gewerbesteuererbrüche um bis zu 70 %. Allein der Deutsche Städte- und Gemeindebund befürchtet infolge der Wirtschaftskrise einen Gewerbesteuererbruch von 6 bis 7 Milliarden € für das Jahr 2010.

Nimmt man den vom Städte- und Gemeindebund ermittelten Durchschnitt von 14 % Mindereinnahmen an, würden nach ersten groben Schätzungen den hessischen Kommunen jährlich mehr als eine halbe Milliarde Euro an Gewerbesteuererinnahmen fehlen. Alleine die Stadt Frankfurt verbucht für dieses Haushaltsjahr ca. 400 Millionen € an Steuerausfällen und plant im nächsten Haushaltsjahr weitere 300 Millionen € ein.

Wer, wie die Landesregierung, meint, die Kommunen könnten einmal mit dem sichtlich notwendigen Ausbau der interkommunalen Kooperation und etwas Haushaltsdisziplin solchen Einnahmekrisen Abhilfe verschaffen, der ist nicht von dieser Welt. Künftig werden immer mehr hessische Kommunen nur noch unter Sparauflagen Haushalte auflegen können, werden die Wohltaten des Sonderinvestitionsprogramms vielen kommunalen Kämmerern mehr als bloß Kopfschmerzen bereiten, da diese über 30 Jahre abgezahlt werden müssen. Das Ergebnis dieser Politik werden abhängige und nicht handlungsfähige Kommunen sein, mit dem täglichen Haushaltsnotstand in den hessischen Kommunen.

Diese Landesregierung hat keinen wirklichen Plan, wie sie die steigenden Belastungen durch die kommunalen Kindergärten, die novellierte Mindestausstattungsverordnung, die Tagesbetreuung, den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung und die schwarz-gelben Bildungs- und Erziehungskampagnen finanzieren will. Das geltende Konnexitätsprinzip wird auf das Äußerste strapaziert. Wie bei der Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs sonnt sich auch hier diese Landesregierung mit vermeintlichen Wohltaten, die dann die Kommunen und auch die Eltern, z. B. durch die Erhöhung der Kitabeiträge, bezahlen dürfen.

Weiterhin werden die Kommunen von der Wirtschaftskrise auch ausgabenseitig übermäßig betroffen sein.

(Michael Boddenberg (CDU): Wo werden die Kindergartenbeiträge erhöht? Haben Sie da ein Beispiel?)

– Wir werden ja sehen, wie die Kommunen mit dem Haushaltsdefizit umgehen werden, das sie erwartet. Wir gehen davon aus, dass es dazu kommen wird.

(Michael Boddenberg (CDU): Nur ein Beispiel, Herr Kollege!)

Die Ausgaben der Kommunen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II haben sich unter anderem wegen der Erhöhung der Energie- und Nebenkosten seit ihrer

Einführung im Jahr 2005 von 8,9 Milliarden auf 9,5 Milliarden € im Jahr 2008 erhöht. Alleine der Deutsche Städtetag rechnet damit, dass die deutschen Kommunen im nächsten Jahr fast 2 Milliarden € mehr für Unterkunftskosten zahlen müssen. Der Bund aber hat seine Beteiligung von zuletzt 29,2 % auf 26 % reduziert und sich damit nicht an den tatsächlichen Kosten, sondern allein an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften des letzten Jahres orientiert.

Der Hilferuf der Kommunen ist absolut gerechtfertigt. Deshalb unterstützen wir die Appelle hessischer Kommunen und Kommunalen Spitzenverbände, die die willkürliche Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs für das letzte Jahr zurücknehmen lassen wollen.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Jetzt aber mal ein Finanzierungsvorschlag, Herr Kollege!)

– Ich komme darauf, natürlich.

(Leif Blum (FDP): „Reichtum für alle“!)

– Sie fürchten die Parole „Reichtum für alle“. Ich muss allerdings dazusagen: Es ist eine Parole der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, von der KAB übernommen, ganz praktisch.

(Michael Boddenberg (CDU): Ich fürchte gar nichts! – Norbert Schmitt (SPD): Er will auch ein Stück von der Wurst!)

– Sehen Sie, so eng sind die Verbindungen.

Absurd sind teilweise die Benachteiligungen finanz- und strukturschwacher Kommunen und die Bevorzugung „reicher“ Kommunen innerhalb des jetzigen Systems. Das konstatieren wir. Deshalb bleiben wir dabei: Ja zur Reform kommunaler Finanzausstattung, aber Nein zur blanken Sparpolitik. Denn der Grundsatz der aufgabenbezogenen Finanzierung für alle Kommunen muss verwirklicht werden. Kommunen, die überörtliche Aufgaben erfüllen, müssen bei gleicher Finanzkraft entsprechend höhere Zuweisungen erhalten. Kommunen mit besonders hoher Finanzkraft müssen stärker beteiligt werden, und finanzschwache Kommunen sollten mehr Unterstützung erfahren –

(Michael Boddenberg (CDU): Jetzt mal zur Einnahmenseite, Herr Kollege!)

ein Finanzausgleich, den wir natürlich auch beim Länderfinanzausgleich durchaus als demokratisch und sozial gerecht verstehen.

Die Leidtragenden Ihrer Sparpolitik werden nicht nur die Kommunen sein, sondern alle Bürgerinnen und Bürger. Steigende Sozialausgaben und millionenschwere Steuerausfälle werden letztlich dazu führen, dass Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge reduziert oder sogar gestrichen werden. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen ein verlässliches Netz an öffentlichen Dienstleistungen erwarten. Dafür brauchen Kommunen allerdings eine solide Finanzausstattung.

Bei einer Vermögensteuer, wie wir sie vorschlagen – ich komme zur Steuerfrage –, würden die hessischen Kommunen mehr als 270 Millionen € zusätzlich einnehmen.

(Michael Boddenberg (CDU): Wie ist denn das Aufkommen insgesamt, so bundesweit? Was haben Sie da für eine Vorstellung?)

– Diese Vermögensteuer ist bisher nur ausgesetzt. Wir warten darauf, dass da tatsächlich etwas passiert.

(Norbert Schmitt (SPD): Wenn es um die Verschuldung geht, darf es bei Herrn Boddenberg immer ein bisschen mehr sein!)

Die kleinen und mittelständischen Unternehmen leiden besonders unter der Kreditklemme – und das, obwohl Banken wie die Commerzbank vom Staat mit Milliardenbeträgen hoch subventioniert werden. Nach Umfragen des Bundesverbands mittelständische Wirtschaft – der müsste Ihnen näherstehen – hat sich für fast die Hälfte der Mittelständler, genau 46,7 %, die Liquiditätssituation im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert, und für jedes dritte mittelständische Unternehmen haben sich die Kreditkonditionen innerhalb dieses Jahres weiter verschlechtert.

(Michael Boddenberg (CDU): Die wählen jetzt alle LINKE, ja?)

– Wir hoffen darauf. – Die finanzielle Situation vieler Unternehmen ist weiterhin angespannt, und viele Unternehmen mit guten wirtschaftlichen Ansätzen sehen „Land unter“. Immerhin hat die Anzahl der Insolvenzen innerhalb eines Jahres um 15 % zugenommen und droht die wirtschaftliche Basis dieses Jahres zu zerstören.

Lassen Sie uns deshalb auch über Mikrokredite für Kleinstunternehmen nachdenken. Eines muss dabei jedoch klar sein: Bedingungslose Hilfen, wie viele sie jetzt fordern, darf es nicht geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb ist es Pflichtsache, dass diese Unternehmen Standortgarantien, betriebliche Mitbestimmungsgarantien und Beschäftigungsgarantien geben. Wo der Staat Kapital gibt, muss die öffentliche Hand auch Bedingungen setzen. Wir haben das übrigens bei der Opel-Frage so gefordert.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Zeiten des ewigen Wachstums der Steuereinnahmen ohne wirkliche Korrekturen am Steuersystem sind erst einmal vorbei.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ich denke, es sollen alle reich werden!)

Momentan brechen allen öffentlichen Haushalten die Steuereinnahmen weg. Der Arbeitskreis Steuerschätzungen geht in seinen Mai-Gutachten davon aus, dass Bund, Ländern und Kommunen bis 2013 ca. 320 Milliarden € Steuern fehlen werden. Laut Prognose der EU-Kommission muss Deutschland für 2009 mit einer Neuverschuldung von 3,9 % und für 2010 mit einer Neuverschuldung von 5,9 % des Bruttoinlandsprodukts rechnen. In Eurobeträgen ausgedrückt, bedeutet dies zusätzliche Schulden von 130 Milliarden €.

Der hessische Landeshaushalt wird im nächsten Jahr gegenüber 2008 mehr als 2 Millionen € Steuereinnahmenverluste hinnehmen müssen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das wäre schön! – Minister Karlheinz Weimar: Schön wärs!)

– Nein, Milliarden, Entschuldigung. Man darf nicht untertreiben. Es geht wirklich um Summen, bei denen man irren kann. – Wir haben also ein wirkliches Einnahmeproblem zu lösen.

Möglicherweise erleben wir kurzfristig – mit Verkündigung unmittelbar nach der Bundestagswahl –, dass wegen

der fehlenden Steuereinnahmen erneut eine Haushalts-sperre ausgerufen wird, Herr Weimar.

Doch nachdem die Bundesregierung für die maroden Banken mittlerweile Schutzschirme aufspannte, senkten SPD und CDU Steuern im Schatten des Konjunkturprogramms II,

(Michael Boddenberg (CDU): Doch nicht für die Banken, Herr Kollege! – Gegenruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE): Das hat er auch nicht gesagt!)

vor allem für Besserverdienende, Herr Boddenberg. Und das wird dann der Öffentlichkeit auch noch als Konjunkturmaßnahme vorgegaukelt.

Auf Anfrage unserer Fraktion im Bundestag antwortete die Bundesregierung, dass für dieses und das nächste Jahr eine Entlastung um 150 Millionen € für Bezieher von niedrigen Jahreseinkommen bis 10.000 € und für Verheiratete bis 20.000 € erfolgen soll. Gutverdiener mit einem Jahresverdienst von über 53.000 € bzw. 106.000 € werden hingegen um 1,45 Milliarden € entlastet; das ist das Zehnfache. Das heißt, bei der Einkommensteuerentlastung bleibt sich die Große Koalition leider treu. Auch in der Krise verteilen Sie weiter von unten nach oben um.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Die werden jetzt alle reich bei Ihnen!)

Was macht die Landesregierung? Ihre Mitglieder veranstalten einen regelrechten verbalen Steuersenkungswettbewerb. Allein das Steuersenkungskonzept der FDP wird die öffentlichen Kassen Jahr für Jahr bis zu 90 Milliarden € kosten – Frank Kaufmann sprach von 100 Milliarden € –, und die Steuersenkungen der CDU bei Unternehmenssteuer und Erbschaftsteuer würden die öffentlichen Kassen weiter leer spülen. Wer wie CDU und FDP an ihrer Haushaltskonsolidierung, Wettbewerbsdynamik und Steuerentlastung, wie sie das formulieren, festhält, sollte wissen, dass nach Berechnungen der Wirtschaftswissenschaftler allein die Finanzierung des FDP-Steuervorschlags ein Wirtschaftswachstum von 16 % bedeuten müsste.

Genau deshalb ist es richtig, dass der Staat derzeit antizyklisch agiert und Massenkaufrkraft und ausfallende wirtschaftliche Nachfrage verstärkt. Deshalb haben wir immer gesagt, dass es grundsätzlich richtig ist, wenn das Land Hessen 2,6 Milliarden € über mehrere Jahre investiert.

Aber dabei müssen Prioritäten wie der Ausbau von Ganztagsangeboten oder eine umweltgerechte Weiterentwicklung öffentlicher Bauten gesetzt werden. Die bereits von Herrn Kaufmann zitierte DIW-econ-Studie hat ganz deutlich bewiesen, dass nicht einmal jeder dritte Euro für solche Zukunftsinvestitionen ausgegeben wird.

Es gibt sozial gerechte Alternativen für eine auskömmliche Finanzierung des hessischen Haushalts. Unsere Fraktion hat mit ihrem Antrag „Wirtschaftskrise bekämpfen – Reichtum umverteilen“, der leider nicht in diesem Zusammenhang aufgerufen wurde, sondern den wir beim nächsten Mal diskutieren werden, ein solidarisches Alternativkonzept vorgelegt, das die Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise wie die steigende Vermögenskonzentration bekämpft, die Spekulationen an Finanzmärkten durch eine Börsenumsatzsteuer reguliert und alleine Hessen in einem ersten Schritt strukturelle Mehreinnahmen von bis zu 1,8 Milliarden € brächte.

(Michael Boddenberg (CDU): Pro Monat?)

– Nein, pro Jahr, Herr Boddenberg. – Die Erbschaftsteuer wird bei demjenigen erhoben, der etwas bekommt, ohne dass er dafür etwas getan hat. Es handelt sich um ein leistungslos erzielttes Einkommen.

(Zurufe der Abg. Leif Blum und Wolfgang Greilich (FDP))

Die Frage ist, wie wir es als Gesellschaft regeln, wenn jemand etwas leistungslos bekommt. Mit den Einnahmen aus der Erbschaftsteuer könnte man zu einem Ausgleich der realen Einkommens- und Vermögensunterschiede beitragen. Die in den letzten sieben Jahren rasant gewachsenen Unterschiede müssen ausgeglichen werden. Zum anderen hätte dann die öffentliche Hand wieder Geld zur Verfügung und könnte für einen realen Ausgleich sorgen, indem z. B. Bibliotheken finanziert, Kindertagesstätten saniert und neue Schulen gebaut würden. All das wäre möglich.

Sie geben vor, für die soziale Marktwirtschaft einzutreten, vergessen aber zugleich, dass sich die Hälfte aller Haushalte niemals Gedanken über die Erbschaftsteuer machen müsste, weil sie nichts erbt. In Deutschland verfügen 10 % aller Haushalte über 60 % des Gesamtvermögens. Wer angesichts dessen für die Abschaffung der Erbschaftsteuer eintritt, setzt sich damit für die Vermögenden ein.

Weiterhin fordern wir die Wiedererhebung der Vermögensteuer durch eine Bundesratsinitiative. Wir haben durch eine Studie durchrechnen lassen, dass bei einem Freibetrag von 500.000 € und einem Steuersatz von 1 % auf Privatvermögen Hessen mehr als 1 Milliarde € zusätzliche Steuern hätte. Dieses Geld wird angesichts der von CDU und FDP verantworteten Sozial- und Bildungsarmut dringend gebraucht.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist erst der Fall, wenn Sie alle reich gemacht haben! Das dauert aber noch ein bisschen!)

Ein solches Herangehen würde drei Ziele gleichzeitig erfüllen. Wir würden damit mehr Steuergerechtigkeit ermöglichen. Wir würden die Steuereinnahmen des Landes spürbar verbessern, und schließlich wäre das ein Beitrag zur Stärkung der wichtigen Arbeit der Steuerfahnder, deren Anzahl wir natürlich erhöhen wollen.

(Beifall bei der LINKEN – Hermann Schaus (DIE LINKE): Und die vorhandenen Steuerfahnder reaktivieren! – Michael Boddenberg (CDU): Reden Sie heute auch noch über Enteignung?)

Es ist ein wichtiger Punkt, dass wir darüber reden. Wir hatten im Unterausschuss die Debatte, dass man in Nordhessen 12 % der Betriebe mit über 400 Beschäftigten kontrolliert und in Südhessen lediglich 5 %, obwohl man vermuten kann, dass in Südhessen das Steuervolumen größer ist.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das ist „Law and Order“! – Minister Karlheinz Weimar: Entschuldigung, 5 % nicht kontrolliert!)

Der Schuldenberg Hessens wird auf 37 oder 38 Milliarden € anwachsen, und jeder achte Euro an Steuergeldern wird für Zinsen an Kreditinstitute ausgegeben. Dadurch verdienen sich die Banken dumm und dämlich.

Ich bin auf die für diesen Herbst in Aussicht gestellte Eröffnung der kaufmännischen Bilanz für das Land Hessen gespannt, wo das öffentliche Vermögen den Verbindlich-

keiten der öffentlichen Hand gegenübergestellt wird. Meine Damen und Herren von der CDU, Sie müssen sich dann fragen lassen, warum unter elf Jahren CDU-Regierung das öffentliche Vermögen verschleudert wurde und das Land Hessen Jahr für Jahr 300 Millionen € Mieten für verschleuderte Immobilien zahlen muss.

Aber noch schlimmer als die ökonomische Unsinnigkeit ist, dass Sie überhaupt kein politisches Gespür mehr dafür haben, dass in diesem Land inzwischen die sozialen Schulden viel gravierender wachsen als die haushalterischen. Kinder von Hartz-IV-Empfängern, die in diesem Winter frieren – das werden einige Tausend sein – und nicht wissen, warum, weil sie doch in einem angeblich reichen und gut organisierten Land leben, werden die sozialen Schulden dieses Landes vermehren.

Kinder, die nach der vierten Klasse auf die Hauptschule aussortiert werden und deren Traum von der Gesamtschule zertreten wird, vermehren die sozialen Schulden dieses Landes. Menschen im ländlichen Raum, die Angst bekommen, weil nach der Sparkasse und der Post jetzt vielleicht auch noch das nahe gelegene Krankenhaus dichtmacht, vermehren die sozialen Schulden dieses Landes.

Sie können sich darauf verlassen, dass DIE LINKE bei den kommenden Haushaltsberatungen Initiativen für ein soziales, nachhaltiges und vor allem gerechtes Hessen einbringt. Die Menschen in diesem Lande haben eine bessere Politik verdient. Dafür stehen wir als LINKE. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Nicht in tausend Jahren!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Milde für die Fraktion der CDU.

#### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich diese Debatte in aller Ruhe angehört hat, muss man sich schon wundern. Ich habe mir eigentlich ein paar Stichpunkte aufschreiben wollen zu besonderen Hinweisen zum Landeshaushalt, die von der Opposition gekommen wären.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre gut gewesen!)

Ich muss sagen, es waren nicht viele Stichpunkte zu machen; denn es gab leider nicht viele Hinweise.

Ich glaube, dass den meisten hier im Hause die Dimension dessen, was wir im Moment als Krise haben, nicht so ganz bewusst ist. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, 25 % des privaten Vermögens in Deutschland und der Welt wurden in den letzten 15 Monaten vernichtet. Da gucken Sie, Herr van Ooyen. Wenn Sie es vorher verstaatlicht hätten, wäre das Geld jetzt weg.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Im Übrigen wurde es vorher versteuert. – Nur damit Sie die Dimension sehen. Ich will Ihnen eine weitere Zahl nennen, damit Sie wissen, worüber wir auch in Hessen reden.

Der Finanzminister sagt, dass der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland bei 6 % in diesem Jahr

liegt. Das lässt sich so leicht dahinsagen. Der höchste jemals gemessene Rückgang in einem Jahr seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland lag bei 1 %.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Sogar bei 0,9 %, wir wissen das!)

– Sogar unter 1 %. Richtig, Frau Wissler. – Das ist die Dimension, über die wir hier zu reden haben. Ich komme später darauf zurück, wie sich in der gesamten globalisierten Welt die Haushalte darauf einstellen mussten, wie es in Europa aussieht, wie es in Deutschland aussieht.

Da muss ich sagen: Das, was ich unter diesen Umständen heute von der Opposition gehört habe, finde ich provinziell und daher auch peinlich.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Ich will es gleich am Anfang abräumen. Herr van Ooyen, Sie haben mit Zahlen agiert, auch zur Möglichkeit, mehr Steuern einzunehmen. Sie haben mal eben behauptet, dass in Südhessen nur 5 % der Betriebe geprüft würden, in Nordhessen dagegen 12 %. Es ist genau umgekehrt richtig. In Südhessen unterstehen 95 % der Betriebe einer Lohnsteuersonderprüfung und 5 % nicht, während in Nordhessen 88 % geprüft werden und 12 % nicht. Sie sehen also, dass die Prioritäten hier richtig gesetzt werden und dass in diesem Bereich wirklich nichts mehr hereinzuholen ist.

Ich will auch sagen, es gibt keinen Grund zum Jubeln. Herr Kaufmann wirft uns bei Haushaltsdebatten immer gerne vor, wir würden den Finanzminister bejubeln.

Richtig ist, dass wir allen Anlass haben, dem Finanzminister und den Ministerien für ihre Arbeit bei der Haushaltsaufstellung Respekt zu zollen und Dank zu sagen. Wer sich einigermaßen vorstellen kann, unter welchen Umständen dieser Haushalt aufgestellt wurde – angesichts der Einsparungen, die der Finanzminister vorhin genannt hat, und angesichts der großen Probleme, die alle Einzelressorts haben, die Vorgaben und die Kürzungen bei den Sachausgaben zu bewerkstelligen –, der wird erkennen, mit welchem Respekt wir dieser Leistung entgegentreten sollten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Selbst der beste Finanzminister – der sitzt hier, das habe ich schon mehrfach gesagt – kann in einer solchen Situation keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Es wäre töricht, den Menschen zu versprechen, dass dies in den nächsten Jahren angesichts der Zahlen, die ich Ihnen noch nennen werde, die sich aus der Krise ergeben, möglich ist. Lassen Sie uns deshalb versuchen, den Ernst der Lage besser zu erkennen. Herr Kaufmann, das, was Sie in Ihrer Rede umzusetzen versucht haben, war ein Stück weit Kasperletheater.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wer ist hier der Kasper?)

Der Finanzminister und Leif Blum haben vorhin sehr eindrucksvoll dargestellt, dass wir dieser Krisensituation zu Recht mit einer großen Zahl von Einzelaktionen begegnen, mit dem großen Paket an Sonderinvestitionen, mit hohen Investitionen im Haushalt selbst, mit dem Konjunkturpaket und der Haushaltskonsolidierung, die ich eben angesprochen habe. Der Kollege Blum hat auch damit recht: Das ist die richtige Reaktion auf die schwierige Finanzkrise. Wir sparen, wo wir können, aber wir sparen in

einer Phase, wo das kleine Pflänzchen Wirtschaftswachstums wieder zu erkennen ist, die Wirtschaft nicht kaputt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich will Ihnen ein paar Maßnahmen nennen, und dann möchte ich von Ihnen hören, ob Sie anderer Auffassung sind. Wir investieren in Rekordhöhe. Wir investieren in die innere Sicherheit und zusätzlich in den Brand- und Katastrophenschutz. Verbesserung der Stellenausstattung der Polizei: 150 neue Kommissaranwärterstellen. Erneuerung des Fahrzeugbestandes der Polizei: Allein das kostet 20 Millionen €. Bildung und Wissenschaft: 650 neue Lehrerstellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung. Das kostet 21,5 Millionen €. Wir haben das Stichwort 105-prozentige Lehrerversorgung sehr ernst genommen. Ganztagsangebote an Schulen: Das ist ein Verdienst der Landesregierungen seit 1999. 90 % der Kinder, die heute in Hessen in eine Ganztagschule gehen, können sagen, dass sie das dieser Landesregierung verdanken, denn 1999 haben wir nichts dergleichen vorgefunden.

(Beifall bei der CDU)

Zu Recht ist das Thema Schulsozialarbeit angesprochen worden. Herr Schmitt, ich will an dem Thema gar nicht vorbeigehen, weil es töricht wäre, ein so wichtiges Thema einfach links liegen zu lassen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Es war richtig – warten Sie kurz, Frau Fuhrmann –, dass der Kultusminister im vergangenen Jahr gesagt hat: Wir testen das in zehn Schulen. – Er hat in Aussicht gestellt, dass künftig die Finanzierung zu einem Drittel flächendeckend durch das Land erfolgt.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es! Das war vor der Wahl!)

– Nein, Frau Fuhrmann, das war niemals ein Wahlversprechen, sondern er hat im letzten Jahr angekündigt, dass er sich das wünschen würde, wenn die Haushaltslage es hergibt.

(Widerspruch der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Kultusminister Jürgen Banzer hat das – für eine Landesregierung erstmalig – so formuliert. Frau Fuhrmann, ich kann mich nicht daran erinnern, dass wir 1999 eine landesfinanzierte Schulsozialpolitik von Ihnen übernommen hätten. Nein, das war eine Aufgabe der Kommunen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben das doch eingeführt! Es kommt doch von uns! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir halten das nach wie vor für eine sehr ernst zu nehmende Aufgabe. Ich muss da auch den Kollegen Irmer sehr in Schutz nehmen. Wir bemühen uns derzeit sehr intensiv um eine Lösung dieses Problems, weil wir ausdrücklich wollen, dass die Schulsozialarbeit in Hessen nicht nur durchgeführt, sondern auch gefördert wird. Das lassen wir uns von Ihnen nicht kaputtreden, gerade nicht in einer so schwierigen Finanzsituation des Landes.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Fuhrmann, wir haben das Hochschulbudget noch einmal um 27 Millionen € auf 1,4 Milliarden € erhöht. Das Hochschulbudget war, als wir 1999 die Regierung übernommen haben, bei unter 1 Milliarde €. Für das Landesstraßenbauprogramm sind 150 Millionen € vorgese-

hen. Die LINKEN haben gesagt: Senkt die Mittel für den Landesstraßenbau. – Wir haben gesagt: Nein, wir wollen keine Straßen wie in der DDR.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der LINKEN)

Wir wollen eine vernünftige Infrastruktur in Hessen haben, denn das ist die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land. Wir investieren auch in den Flughafen Kassel-Calden, weil die Region Nordhessen dringend auf eine Verbesserung der Infrastruktur angewiesen ist. Wenn wir dazu beitragen können, dass es in Hessen aufwärtsgeht, dann sind wir darauf stolz.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Auch die Mittel für den ÖPNV werden erhöht. Wir haben beim Ressort Arbeit, Familie und Gesundheit 30 Millionen € zur Verbesserung der Qualitätsstandards in Kindertageseinrichtungen eingesetzt. Für Maßnahmen in den Bereichen Nachhaltigkeit und Energie gibt es zusätzlich Geld. Wir geben Mittel für die energetische Erneuerung der Infrastruktur der Kommunen in Höhe von 8,6 Millionen € – zusätzlich zu den Mittel aus dem Konjunkturpaket. Wir verbessern die Stellenausstattung in der Justiz. Im Bereich Kunst und Kultur bin ich sehr stolz darauf, wieder erwähnen zu dürfen, dass wir im nächsten Haushalt viel Geld für die Grube Messel zur Verfügung haben. Für das Kloster Lorsch und den römischen Limes haben wir insgesamt 8 Millionen €. Die Mittel für die Denkmalpflege erhöhen sich um 8,3 Millionen €. All das sind Maßnahmen, bei denen wir uns in diesem Hause einig sind.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Da ist keine Maßnahme dabei, die in diesem Lande nicht vonnöten wäre.

Was will die Opposition? Sie will Einsparungen in allen Bereichen. Da frage ich Sie: Wollen Sie tatsächlich Einsparungen im Bildungswesen? – Nein. Ich sehe nur Kopfschütteln. Ich muss daran erinnern – weil Sie dem Finanzminister vorwerfen, das habe Geld gekostet –: Seit 1999 wurden 6.000 Lehrer und 2.400 Referendare zusätzlich eingestellt, und die Vertretungsmittel haben sich von 5,7 Millionen € auf 52 Millionen € verzehnfacht. Wir haben im Jahr 2008 mehr als 3 Milliarden € in die Bildung investiert. Wir haben HEUREKA, und wir geben 3 Milliarden € in die Hochschulentwicklung, 250 Millionen € jährlich, bis 2020. Ich frage Sie: Welche dieser Maßnahmen hätten Sie in den letzten Jahren nicht gewollt, welchen Lehrer hätten Sie nicht eingestellt, welche Mittel für die Hochschulen hätten Sie nicht ausgegeben? Beantworten Sie das, bevor Sie hier meckern, dass die Ausgaben gestiegen wurden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Es wird auch erlaubt sein, hier zu erwähnen, dass wir im letzten Jahr unter den besonderen hessischen Verhältnissen eine Entscheidung übernommen haben, die nicht von uns kam, dass nämlich keine Studiengebühren erhoben wurden. Wir haben ausdrücklich gesagt, dass wir eine Wiedereinführung der Studiengebühren in dieser Legislaturperiode ausschließen, weil ein Ergebnis der Wahlen gewesen ist, dass die Bürger Studiengebühren nicht wollten, auch wenn wir das für falsch halten. Aber die 100 Millionen €, die wieder im Haushalt stecken, mussten zusätzlich finanziert werden. Das Geld ist ja nicht vom Himmel gefallen, sondern es wird durch Landesmittel, durch Steuer-

mittel ersetzt. Dafür müssen Sie dem Finanzminister danken. Sie dürfen ihm nicht vorwerfen, dass die Ausgaben an der Stelle erhöht werden mussten.

(Beifall bei der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Gut, die 100 Millionen € ziehen wir ab!)

Ich frage Sie: Wollen Sie im Bereich der inneren Sicherheit sparen? Die Menschen haben einen hohen Bedarf an Sicherheit, die der Staat gewährleisten muss. Wir haben in Hessen erneut einen Rekordwert bei der Aufklärungsquote durch massive Investitionen in diesen Bereich erzielt. Das verdanken wir den Ausgaben, die über den Haushalt getätigt wurden. Wir sind auf diese Ausgaben für die Polizei und die innere Sicherheit stolz, und wir lassen uns von Ihnen nichts vorwerfen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD)

Auf Ihrer Seite hört man nicht etwa Einsparvorschläge, sondern ein riesengroßes Wunschkonzert à la Frau Fuhrmann: Alles Mögliche muss finanziert werden. Sie wollen Sozialbudgets, Sie wollen noch mehr Lehrer, Sie wollen in allen Bereichen aufstocken. Sie haben aber keinen Einsparvorschlag. Ich muss sagen: Der seriöseste Weg ist der, den wir gehen, und die Bürger haben es uns gedankt; denn sie haben uns seit 1999 in die Regierung gewählt. Auch das ist ein Zeichen von Anerkennung.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Da gab es ein paar Diskontinuitäten! – Weitere Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sie kommen dann immer mit der Forderung nach Steuererhöhungen – das ist Ihr einziger Beitrag –, und dann sagen Sie: Wir machen doch Vorschläge. – Da gibt es Sondereinnahmen: Sie wollen eine Kühlwasserabgabe für Großkraftwerke, die Wiedereinführung der Grundwasserabgabe sowie eine Erhöhung der Erbschaft- und der Vermögensteuer.

Wie der Herr Finanzminister vorhin gesagt hat, ist die Binnennachfrage das, was die Wirtschaft in Deutschland im Moment noch trägt. Das ist so, weil die Menschen ein Vertrauen darauf haben, dass es in Zukunft wieder aufwärtsgeht. Sie haben vor allen Dingen ein Vertrauen in ihre persönliche wirtschaftliche Zukunft und in ihre persönlichen finanziellen Verhältnisse in der Zukunft.

Wenn Sie diesen Menschen heute sagen: „Wir finanzieren all das nur, indem wir euch mehr Steuern auferlegen“, werden sie aufhören, zu investieren, und wir werden in den nächsten Jahren in der Wirtschaft einen Rückgang erleben anstelle eines Aufschwungs, der notwendig ist, um die durch diese Krise entstandenen Schulden zu bewältigen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der LINKEN)

Sie können mir auch gern sagen, welche Investitionen Sie nicht wollen. Ja, es stimmt: In diesem Haushaltsentwurf und im Haushalt 2009 haben wir Mittel in Höhe von fast 5 Milliarden € für Investitionen bereitgestellt: beide Male über 2,4 Milliarden €. Das ist nicht selbstverständlich, das ist der Krise geschuldet; denn wir sind der Auffassung, dass wir in dieser Phase die Chance nutzen müssen – zusammen mit den Konjunkturpaketen –, dem Mittelstand zur Überbrückung von Auftragsrückgängen Aufträge zu geben, indem wir Investitionen tätigen, die eigentlich für die Zukunft geplant waren, nun aber vorgezogen werden.

Aber wir haben gleichzeitig in die Bildung, d. h. in die Köpfe der Menschen, und in die Nachhaltigkeit investiert; denn alle Schulen und öffentlichen Gebäude, um die es jetzt geht, werden energetisch saniert. Deswegen werden wir in der Zukunft Kosten einsparen. Auch das nenne ich eine kluge und keine verfehlte Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das Sonderinvestitionsprogramm habe ich eben angesprochen. In dieser Größenordnung ist es in Deutschland das einzige; der Herr Finanzminister hat es eben gesagt. Auch dazu muss man sagen: Das alles ist nicht vom Himmel gefallen. Dass die Hessische Landesbank so dasteht, wie sie dasteht, hat auch damit zu tun, dass sie eine kluge Politik betrieben hat. Wenn es schlecht gelaufen wäre, hätten Sie dafür die Landesregierung beschimpft, die mit 10 % an ihr beteiligt ist und über die Sparkassen auf die Politik der Hessischen Landesbank Einfluss nimmt. Wenn es umgekehrt gelaufen wäre, hätten Sie diese Leute beschimpft.

Ich muss Ihnen sagen, wir können wirklich stolz darauf sein – Herr Kaufmann, Sie kritisieren die Verwendung dieses Wortes so gern –, dass die Landesregierung dafür gesorgt hat, dass die Landesbank Gewinne erwirtschaftet und nicht etwa Verluste, wie es in anderen Bundesländern der Fall ist, und dass wir diese Milliarden verwenden können, um die hessische Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem haben wir – das ist keine Ausgabenposition, jedenfalls nicht per se – den Bürgschaftsrahmen in diesem Haushalt auf 3 Milliarden € erhöht. Auch das haben wir in der Krise gemacht. Wir haben jetzt die Möglichkeit, die Anfragen von großen Betrieben so zu behandeln, wie wir es bei kleinen und mittleren Betrieben seit vielen Jahren machen. Im Haushaltsausschuss haben wir gerade die erhöhte Nachfrage nach Bürgschaften beraten. Wir helfen kleinen und mittleren Betrieben mit den Bürgschaften ebenso, wie wir bereit sind, großen Betrieben zu helfen. Es darf schließlich kein Nachteil sein, wenn ein Unternehmen groß ist. Deswegen ist der Bürgschaftsrahmen erhöht worden. Auch das ist eine kluge Haushaltspolitik, die wir in Hessen machen.

Jetzt kommen wir zum Länderfinanzausgleich. Ja, Sie können sagen: „Was kümmert es den Mond, wenn der Hund ihn anbellt?“; denn 13 Nehmerländer werden sich schwerlich von drei Geberländern überzeugen lassen, dass sie das ändern. Aber es ist nicht so, dass dort bisher gar nichts passiert wäre. Ständiges Nachbohren führt dazu, dass die Länder bereit sind, darüber zu sprechen, ob man aus dem Länderfinanzausgleich ein Anreizsystem macht. Wir sind nämlich zutiefst davon überzeugt, dass auch die Nehmerländer auf die Dauer einen Nachteil darin sehen werden, dass sie keine Anreize haben, besser zu werden. Schließlich führt das lediglich dazu, dass sie weniger Geld aus dem Länderfinanzausgleich bekommen.

Aber man darf hier doch einmal erwähnen – das hat der Herr Finanzminister zu Recht getan –, unsere Wirtschaftspolitik hat dazu geführt, dass Hessen mit weitem Abstand an der Spitze der Länder steht, die in den Länderfinanzausgleich einzahlen.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Der Länderfinanzausgleich dient dem Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern. Wenn Hessen das Land ist,

das mit Abstand am meisten einzahlt, bedeutet das: Es ist nicht nur das reichste Bundesland, sondern auch das erfolgreichste, und das nenne ich eine kluge Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es stimmt, dass wir, wenn alles so läuft, wie es jetzt geplant ist, bis Ende 2010 etwa 16 Milliarden € neue Schulden gemacht haben werden – seit 1999. Im gleichen Zeitraum werden wir aber 27 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich eingezahlt haben. Während andere Länder in der Nachbarschaft Geld aus dem Länderfinanzausgleich bekommen, um daraus Sozialausgaben zu finanzieren, müssen unsere hessischen Steuerzahler das bezahlen. Ich finde, das kann man in jeder Rede einmal erwähnen.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch wenn es falsch ist!)

– Herr Kaufmann, das ist richtig. Ich will Ihnen auch sagen: Ein Land, das vor der Einzahlung in die Ausgleichssysteme bei der Finanzkraft auf Platz 1 steht, wie es in Hessen der Fall ist, muss auch am Ende, nach der Einzahlung in die Ausgleichssysteme – nicht nur in den Länderfinanzausgleich –, auf Platz 1 stehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Hilfe muss gewährt werden; aber das darf nicht dazu führen, dass die, die helfen, am Ende weniger haben als die, denen geholfen wird. Sonst werden wir nachhaltig geschwächt und können den anderen nicht mehr dauerhaft helfen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn ich dann ab und zu höre, das betreffe auch die anderen Bundesländer – vielleicht sind aber Milliardensummen für Sie schon zu weit weg, das kann ja sein –, frage ich Sie, ob Sie sich vielleicht einmal die Pro-Kopf-Zahlungen in den Länderfinanzausgleich anschauen wollen. Hessen hat z. B. im Haushalt 2009 128 € pro Einwohner in den Länderfinanzausgleich eingezahlt. Das reiche Bayern hat 70 € pro Einwohner in den Länderfinanzausgleich gezahlt, Baden-Württemberg 30 € pro Einwohner.

Ich muss sagen, dass ist nicht ungefähr das Gleiche. Vielmehr zahlt Hessen weit mehr als alle anderen Länder zusammen. Wir übernehmen fast 50 % aller Zahlungen in den Länderfinanzausgleich: dank dieser Politik, und weil wir so gut gewirtschaftet haben.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden es nicht dauerhaft akzeptieren, dass so viel davon abgeführt wird.

Ich spreche auch an, dass wir im Kommunalen Finanzausgleich – bedingt durch den Länderfinanzausgleich – ein Problem haben, über das wir nicht hinweggehen können. Das machen übrigens die anderen Bundesländer auch nicht. In allen anderen Bundesländern wird mit den Vertretern der Kommunen genau die gleiche Debatte über folgende Fragen geführt: Was bleibt nach Steuern und bei Zuteilung der entsprechenden Aufgaben beim Land? Was müssen die Kommunen behalten? Sie sind bereit, den Kommunalen Finanzausgleich jedes Jahr zu ändern.

Wir haben gesagt und es auch in der Koalitionsvereinbarung festgelegt, dass wir die 23 % Verbundmasse nicht antasten. Aber, Herr Kollege Kahl, liebe Kollegen von den GRÜNEN, es kann doch nicht sein, dass 400 Millionen € aus landeseigenen Mitteln in den Länderfinanzausgleich für Einnahmen eingezahlt werden, die ausschließlich die

Kommunen bei der Gewerbesteuer haben. Wir zahlen die, weil es den Kommunen besser geht. Wir können das doch nicht dauerhaft hinnehmen, wenn wir hier gemeinsam feststellen, dass wir ein strukturelles Defizit im Haushalt haben, das wir – ich glaube, das sollten wir alle nicht aus den Augen verlieren – schließlich abbauen wollen. Eine faire Diskussion gehört dazu.

Mit dem Populismus, mit dem Sie durch die Kommunen ziehen und den Stadtverordneten erklären, man wolle ihnen das Geld wegnehmen, gewinnen Sie nichts, sondern Sie zerstören damit die Basis für Gespräche.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich muss Ihnen sagen, die 400 Millionen €, die in der Planung enthalten sind – nicht im Haushaltsplanentwurf, sondern in der Planung für 2011 –, sind eine Grundlage, die von den Kommunen als Gesprächsangebot auch angenommen worden ist. Die Gespräche laufen mittlerweile wesentlich konstruktiver, als Sie von der Opposition das gern hätten.

(Beifall bei der CDU)

Die Kommunen wissen nämlich auch, was sie an uns haben. Rot-Grün hat früher eigentlich immer mit kleinen Töpfen gearbeitet; denn es wollte in der Hand haben, was die Kommunen mit ihrem Geld machen. Sie wollten eigentlich jeden Bescheid, den die Kommunen haben, selbst übergeben. Das Land wollte jede einzelne Maßnahme in den Kommunen selbst steuern.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Frau Fuhrmann, Sie waren besonders doll dabei. – Wir haben diese kleinen Töpfe weitestgehend abgeschafft. Es gibt auch Sachen, die wir wieder eingeführt haben. Das ist keine Frage; denn Steuerungsmaßnahmen sind notwendig – allerdings nicht in dem Umfang. Den Kommunen steht heute ein wesentlich höherer Betrag an frei verfügbaren Mitteln zu. Sie können allein darüber entscheiden, was sie benötigen. Nicht die Landesregierung entscheidet darüber, wie Rot-Grün es gern hätte.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich abschließend kurz etwas zum Steuersystem sagen. Rot und Grün haben sich Zahlen bedient, die sie aus dem Bundesfinanzministerium berechnet bekommen haben. Der Kollege Steinbrück, der auch im Wahlkampf ist, hat die Steuervorschläge von CDU und FDP einer sehr sachlichen Bewertung unterzogen und kam auf viel höhere Steuerausfälle, als es CDU und FDP berechnet haben. Allein das ist schon bezeichnend.

Wir haben bewusst gesagt, das soll in mehreren Stufen geschehen. Meine Damen und Herren der Opposition, im Moment versuchen Sie, durch eine Debatte über Steuererhöhungen die Gerechtigkeitsfrage zu diskutieren. Anders als Sie sagen wir: Die Gerechtigkeit fängt dann an, wenn ein einfaches Steuersystem existiert, das jeder Mensch versteht und das einfache, niedrige und gerechte Steuersätze hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Zur Ehrlichkeit in der Debatte gehört auch dazu, dass alle Beteiligten von Anfang an gesagt haben: Wir versprechen das nicht ins Blaue hinein, wir wollen den Bürgern ein Drittel der Steuermehreinnahmen der künftigen Jahre zurückgeben. Es geht also um ein Drittel der Steuermehreinnahmen und um nichts anderes.

Die Senkung des Steuereingangssatzes von 14 % auf 12 % wäre ein Akt der Gerechtigkeit. Genauso wäre es ein Akt der Gerechtigkeit, den Spitzensteuersatz nicht ab 52.000 € anzusetzen, also mitten in den Einkommen des Mittelstandes, des Facharbeiters, sondern bei 60.000 €. Das ist finanzierbar. Da sind wir sehr nahe bei dem, was die FDP gesagt hat. Diese Ausgaben würden wenige Milliarden € kosten und würden viele Milliarden € neue Steuereinnahmen erbringen. Außerdem würde das die Wirtschaft zum Wachsen bringen. Das wäre ein Akt der Gerechtigkeit. Jemand, der ein mittleres Einkommen hat und eine Lohnerhöhung von 100 € bekommt, soll nicht 90 € davon abgezogen bekommen. Vielmehr sollte er von seinem Geld etwas behalten können. Das sollte auch den Sozialdemokraten etwas wert sein.

(Beifall bei der CDU – Torsten Warnecke (SPD): 90 € bei einem Facharbeiter, das müssen Sie einmal vorrechnen!)

Meine Damen und Herren, Sie sollten sich das einmal anschauen. Die Änderung bei der Absetzbarkeit der Sozialversicherungsbeiträge wird das Land Hessen im nächsten Jahr allein rund 300 Millionen € bis 400 Millionen € kosten, ohne dass wir auch nur in Höhe eines Euros darauf Einfluss nehmen könnten. Wenn Sie sich das ansehen, dann wissen Sie, in welchem Umfeld wir im Moment Haushaltspolitik machen müssen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann wollt ihr noch weiter Steuern senken!)

Wir reden über ein Drittel der Steuerzuwächse, die wir den Bürgern in einem ganz speziellen Segment zurückgeben wollen, was absolut richtig wäre. Niemand von uns hat flächendeckende Steuersenkungen versprochen.

Wir haben uns in diesem Umfeld aber von Ihnen ein paar Stunden lang beschimpfen und sagen lassen müssen, wir hätten immer nur die Ausgaben gesteigert und nichts dafür getan. Ich werde nicht müde, daran zu erinnern, wie die Mitglieder dieser CDU-Fraktion im Jahr 2004 zusammengestanden haben, als es darum ging, 1 Milliarde € aus dem Landeshaushalt herauszustreichen. Da waren Sie nicht dabei. Das waren wir.

Für unseren Konsolidierungskurs haben wir in den nächsten Jahren die Unterstützung der FDP. Ich bin wirklich stolz auf diese beiden Fraktionen, die eine kluge Haushaltspolitik zum Wohle dieses Landes machen. – Meine Damen und Herren, herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Abg. Kaufmann das Wort.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Kollege Milde, ich sage das jetzt zum Mitschreiben. Nehmen Sie sich Papier und Bleistift und schreiben das auf.

(Axel Wintermeyer (CDU): Oberlehrer!)

Der Länderfinanzausgleich besteht aus drei wesentlichen Teilen. Beim ersten Teil geht es um den Ausgleich zwischen den Ländern. Da geht es nach den Steuereinnahmen pro Kopf. Wenn Hessen da vorne steht, steht es nach

dem Ausgleich an derselben Stelle. Da gibt es hinsichtlich der Einnahmen keine Verschiebung in den Rängen.

Dann gibt es den zweiten Teil. Das sind die Bundesergänzungszuweisungen. Danach befinden sich die Länder immer noch in derselben Reihenfolge.

Dann gibt es noch einen dritten Teil. Das sind die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen, die sogenannten SoBEZ. Nach der Verteilung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen ist die Finanzkraftreihenfolge etwas durcheinandergebracht. Denn dort rücken z. B. sehr kleine Länder nach vorne, weil sie z. B. vom Bund die Kosten für die Regierung in der Regel in Höhe von 500 Millionen € erstattet bekommen.

Deswegen ist Ihre Behauptung, die auch der Finanzminister immer wiederholt, nämlich die, dass Rheinland-Pfalz von unserem Geld seine Kindergartengebühren bestreitet, völlig falsch.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das ist völlig falsch. Das bleibt es auch. Auch wenn Sie es immer wieder wiederholen, wird es nicht richtig. Das musste noch einmal gesagt werden.

Herr Kollege Dr. Wagner, ich habe meine Rede vorhin mit Physik angefangen. Ich ende jetzt auch mit Physik. Ich darf Ihnen ein Zitat von Einstein mit auf den Weg geben. Es lautet:

Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Decker von der SPD-Fraktion. – Lieber Herr Decker, der Herr Kollege möchte auf Herrn Kaufmann antworten.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Er möchte sich entschuldigen!)

#### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin noch einmal nach vorne gekommen, um mich bei Herrn Kollegen Kaufmann ausdrücklich dafür zu bedanken, dass er meine Zahlen eindrucksvoll bestätigt hat. Ich will noch sagen: Genau das wollen wir ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Decker, bitte schön.

#### **Wolfgang Decker (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben uns noch einmal zu Wort gemeldet, weil hier unserer Ansicht nach ein wichtiger Kernpunkt der verfehlten Finanzpolitik ein wenig zu kurz gekommen ist. Denn über die Kürzung in Höhe von 400 Millionen €, die auf die Kommunen

zukommen wird, wurde hier ein wenig nonchalant hinweggegangen.

Wenn eine solche Kürzung auf die Kommunen zukommt, ist es, denke ich, schon wert, dass man hierüber einige wenige Sätze verliert. Die Auswirkungen für die Kommunen sind eigentlich viel zu groß, als dass wir hier gleich zur Tagesordnung übergehen könnten.

Ich will einmal ausholen. Die Wirtschaftskrise, über die wir gestern und heute schon in vielfältiger Weise gesprochen haben, hat nicht nur Auswirkungen auf das Land, sondern das hat auch in schwerer Weise Auswirkungen auf die Kommunen.

Ich möchte Ihnen in diesem Hause einmal ein kleines Beispiel aus meiner Heimatstadt Kassel nennen. Wir werden voraussichtlich durch die Wirtschaftskrise und all das, was damit zusammenhängt, in dem laufenden Jahr rund 20 Millionen € Einnahmen weniger haben. Das wird auch im nächsten Jahr so sein. Die Spitze erwarten wir für das Jahr 2011. Dort werden es voraussichtlich weit mehr als nur 20 Millionen € sein.

Jetzt bedenken Sie bitte eines: Wenn die erste Stufe mit einer Kürzung in Höhe von 400 Millionen € zugeschlagen hat – für Kassel haben wir ca. 20 Millionen € berechnet –, dann hat das allein für diese Kommune Auswirkungen in Höhe von weit über 40 Millionen €.

Ich spreche hier nicht nur für Kassel, sondern auch für viele andere Kommunen, die in gleicher Weise betroffen sind. Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Wie sollen die Kommunen das überhaupt noch kompensieren?

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich werde noch einmal konkret. Was würde das denn bedeuten? Soll es wirklich so kommen, dass wir in die öffentliche Daseinsvorsorge eingreifen? Das beträfe dann die Kindergärten, die Schwimmbäder und die freiwilligen Feuerwehren, die gerade auf dem flachen Land eine ganz wichtige Bedeutung haben. Die haben sie aber auch in einer Großstadt wie Kassel. Oder soll es zu Eingriffen in die sozialen Leistungen, wie etwa die Jugendhilfe, kommen? Oder es kann z. B. um die Sportvereine gehen. Wir haben gestern mit Innenminister Volker Bouffier und dem „Kreis der Freunde des Sports“ zusammengesessen. Wir haben gemeinsam wieder einmal festgestellt, wie wichtig die Sportvereine in der Bundesrepublik sind. Das gilt nicht nur für Hessen.

(Beifall des Abg. Günter Rudolph (SPD) und bei Abgeordneten der FDP)

Rolf Müller weiß das. Im Klartext bedeutet das doch: Irgendwo muss das Messer angesetzt werden. Wollen wir das wirklich hineinschneiden? Das können doch wir, die Mitglieder dieses Hauses, alle nicht wollen. Das wäre aber die zwangsläufige Folge.

(Zuruf von der CDU: Wo wollen Sie denn sparen?)

Das ist kein Schreckgespenst. Das würde dann Realität.

Im Wesentlichen wird das damit begründet, dass die Einnahmen der Kommunen zugenommen hätten. Dabei wird aber außer Acht gelassen, dass auch die Aufgaben der Kommunen zugenommen haben.

(Beifall der Abg. Heike Hofmann (SPD))

Vorhin haben wir über die Schulsozialarbeit geredet. Wo wird das denn hängen bleiben? – Das wird bei den Kom-

munen hängen bleiben. Das sehen wir schon kommen. Das wird also auch noch obendrauf gesattelt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das waren nur einige wenige Beispiele, um deutlich zu machen, dass die SPD-Fraktion auch weiterhin hinhalten den Widerstand leisten wird, wenn es darum geht, den Kommunen die 400 Millionen € wegzunehmen. Da stehen wir ganz eng an der Seite der Kommunalen Spitzenverbände. Wir werden alles versuchen, um das zu verhindern. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache beendet. Die erste Lesung wurde durchgeführt.

Wir haben folgende formale Beschlüsse zu fassen. Den Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2010 überweisen wir zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Haushaltsausschuss. Entsprechend verfahren wir auch mit dem Finanzplan des Landes Hessen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe)

– Wir müssen darüber abstimmen, klar. Wer ist dagegen?  
– Stimmenthaltungen?

(Zurufe)

Wir überweisen.

(Günter Rudolph (SPD): Überweisen – da wird abgestimmt?)

– Ich kann doch darüber abstimmen lassen, oder?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir noch nie gemacht!)

– Wir haben vieles noch nie gemacht. – Meine Damen und Herren, ich stelle also Konsens fest, dass an den Haushaltsausschuss überwiesen wird, mein Gott.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Abstimmung wiederholen!)

Zweiter Punkt. Der Dringliche Antrag der SPD soll ebenfalls dem Haushaltsausschuss überwiesen werden. – Dem widerspricht niemand. Damit ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 26** auf:

**Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend grünes Licht für den Ausbau des Frankfurter Flughafens – grünes Licht für die Nachtruhe – Rückkehr zum Mediationsergebnis – Drucks. 18/993 –**

mit **Tagesordnungspunkt 27:**

**Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Nachtflugverbot durchsetzen statt Wortbruch fortsetzen – Drucks. 18/994 –**

und **Tagesordnungspunkt 39:**

**Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Hessens Wohlstand für die Zukunft sichern – Bestätigung des Ausbaus des Frankfurter Flughafens durch den Hessischen Verwaltungsgerichtshof – Drucks. 18/1067 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten pro Fraktion. Die Landesregierung hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile das Wort Herrn Wirtschaftsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren von der sozialdemokratischen Fraktion, ich weiß, dass es sich hier um einen Setzpunkt Ihrerseits handelt. Ich bitte um Verständnis,

(Günter Rudolph (SPD): Die Not ist groß! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei einem Setzpunkt?)

dass ich für die Landesregierung versuche darzustellen, wie die Ausgangssituation nach der Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs zu beurteilen ist. Ich glaube, es ist notwendig, über Presseerklärungen hinaus deutlich die Position der Hessischen Landesregierung vor der Diskussion hier darzustellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Urteile des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs vom 21. August 2009 geben den Weg frei zur Fortsetzung des Flughafenausbaus in Frankfurt. Mehr als 4 Milliarden € privater Mittel können in den nächsten Jahren investiert werden. Für unser Land ist dies ein gutes und ein unglaublich wichtiges Signal in einer äußerst schwierigen Zeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

„Mit dem Ausbau wird der Luftverkehrsstandort Frankfurt als Drehkreuz des internationalen Luftverkehrs gesichert und gestärkt.“ – Meine Damen und Herren, hierbei handelt es sich um ein Zitat nicht irgendeines Politikers, sondern es handelt sich um einen schlichten, aber bedeutungsvollen Satz aus der kurzen mündlichen Begründung des Gerichts, die es im Rahmen der Urteilsverkündung abgegeben hat. Ich wiederhole: Der Hessische Verwaltungsgerichtshof stellt fest, mit dem Ausbau wird der Luftverkehrsstandort Frankfurt als Drehkreuz des internationalen Luftverkehrs gesichert und gestärkt. – So ist die eindeutige Aussage des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich begrüße diese so wichtige Entscheidung des Gerichts, auf die wir seit mehr als zehn Jahren hingearbeitet haben, außerordentlich. Mit der Inbetriebnahme der neuen Landebahn werden die dringend benötigten Kapazitäten am Flughafen in absehbarer Zeit zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat den Mitarbeitern im Wirtschaftsministerium und allen Behördenvertretern in anderen Behörden mit seinen Urteilen vom 21. August ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt. Dies ist ein weiterer Grund zur Freude und ein Grund, den verantwortlichen Mitarbeitern an dieser Stelle noch einmal besonders zu danken. Ich beziehe alle mit ein.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Nun zur Sachverhaltsfeststellung, weil gegenwärtig im Fokus der öffentlichen Auseinandersetzung immer nur ein Teil problematisiert wird. In drei der vier am 21. August ergangenen Urteile wurden die Klagen gegen den Plan-

feststellungsbeschluss komplett abgewiesen. Ich wiederhole: In drei von vier ergangenen Urteilen wurden die Klagen komplett abgewiesen. Die Revision wurde in diesen Verfahren nicht zugelassen.

Im vierten Urteil wurden die Klagen, um es mit der Kostenentscheidung zu sagen, zu sieben Achtel, abgewiesen. In der öffentlichen Diskussion entsteht der Eindruck, als handele es sich um eine Niederlage. Das Gegenteil ist der Fall, wenn ich diese Entscheidung so kommentiere.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In der Substanz hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof dieser Planfeststellungsbehörde recht gegeben. Das möchte ich in den Vordergrund stellen, weil es leider in der Diskussion etwas in Vergessenheit gerät. Meine Damen und Herren, die Würdigung der Bedeutung des Flughafens, die Prognose der Entwicklung des Luftverkehrs und die der Planfeststellungsentscheidung zugrunde liegende Abwägung zwischen öffentlichen Interessen und den Interessen der Flughafennutzer und Flughafenbeschäftigten auf der einen Seite und der insbesondere vom Fluglärm betroffenen Nachbarschaft auf der anderen Seite wurden vom Gericht für fehlerfrei erklärt.

Meine Damen und Herren, wir alle in diesem Raum erinnern uns, wie oft beispielsweise die Prognose bestritten worden ist. Man hat behauptet, man würde auf einer fehlerhaften Grundlage eine Entscheidung herbeiführen. Auch diese ist vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof ausdrücklich bestätigt worden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Schadstoffbelastung, Absturz- und Störfallrisiken, Vogel-schlaggefahren und die naturschutzrechtlichen Belange einschließlich der erheblichen Beeinträchtigung europäischer Schutzgebiete und des Artenschutzes seien – so der Hessische Verwaltungsgerichtshof – ordnungsgemäß ermittelt und planerisch bewältigt worden.

Meine Damen und Herren, auch daran erinnere ich: Wie viele Diskussionen haben wir hier gehabt, wo dies vonseiten der Opposition, insbesondere von den GRÜNEN, bestritten worden ist? Hier ist ausdrücklich festgestellt, Artenschutz, FFH, Schadstoffbelastung, Absturz- und Störfallrisiken sind eindeutig abgewogen und zu einer rechtmäßigen Entscheidung geführt worden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich sage das deswegen, weil das häufig nicht nur Gegenstand politischer Diskussionen, sondern auch Gegenstand rechtlicher Diskussionen von den Fraktionen war, die sich hierhin gestellt und gesagt haben: Dieser Flughafen wird nie ausgebaut, und zwar aus Rechtsgründen. – Der VGH hat mit seiner Entscheidung genau das Gegenteil zum Ausdruck gebracht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Freude bei der SPD!)

Meine Damen und Herren, er hat auch festgestellt, dass die Lärmschutzbelange der Flughafenanrainer gewahrt sind. Allerdings – deswegen will ich mich genau mit diesem Punkt auseinandersetzen – wurden zwei dieser aus Lärmschutzgründen betroffenen Nachtflugbeschränkungen vom Gericht beanstandet, die 17 zugelassenen Flüge in der sogenannten Mediationsnacht und der Bezugszeitraum der für die Gesamtnacht im Planfeststellungsbeschluss verfügten Obergrenze. Diese beiden Punkte sind beanstandet worden. Das sei noch einmal rechnerisch darzustellen.

Bei diesem Aspekt handelt es sich um das achte Achtel im vierten Urteil, um noch einmal die Zahlenarithmetik der größten Entscheidung des Gerichts hier zu zitieren.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Also unwichtig?  
– Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, die beiden Anträge der Sozialdemokraten und der GRÜNEN beschäftigen sich genau und ausschließlich mit diesem Achtel der Gerichtsentcheidung, nämlich mit der Frage der 17 zugelassenen Ausnahmen und dem Bezugszeitraum der für die Gesamtnacht im Planfeststellungsbeschluss verfügten und festgestellten Obergrenze von 150 Flügen.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, damit werden Sie weder der rechtlichen Reichweite noch der historischen Tragweite der Gesamtentscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs gerecht. Sie unterschlagen die herausragende Bedeutung dieser Entscheidung für die Zukunft dieses Landes.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es gehört zur Redlichkeit im politischen Streit auch dazu, wenn man bestimmte Dinge politisch nicht gewollt hat, zu akzeptieren, wenn sie durch Gericht positiv entschieden sind. Das erwarte ich von jedem.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das stimmt, aber das haben Sie gerade nicht gesagt!)

Ich will insbesondere – das habe ich eben angekündigt – auf diesen Aspekt der in den VGH-Urteilen beanstandeten Nachtflugregelung eingehen. Im uns bislang allein bekannten Tenor des fraglichen Urteils heißt es, dass das Ministerium, die Planfeststellungsbehörde, über die Zulassung planmäßiger Flüge in der Zeit von 23 bis 5 Uhr und über den Bezugszeitraum der für die Gesamtnacht zugelassenen Flüge unter der Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts neu entscheiden müsse.

Meine Damen und Herren, unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts handelt es sich um ein Bescheidungsurteil. Den Wert und den Inhalt eines Bescheidungsurteils kann man erst dann erkennen, wenn man die Rechtsauffassung des Gerichts kennt, und diese steht in der Begründung.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel, Günter Rudolph (SPD) und Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Eine genaue schriftliche Begründung der Urteile kennen wir nicht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Peinlich ist das! – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Die Rechtsauffassung des Gerichts zur Ausgestaltung der Nachtflugregelung, also die genauen Vorgaben des Gerichts, die in einer Neubescheidung zu beachten sind bzw. zu beachten wären, kennen wir noch nicht.

Deswegen führen wir die heutige Debatte, ohne die Entscheidungsgründe zu den Urteilen vom 21. August zu kennen. Meine Damen und Herren, gegenwärtig wird die Begründung noch geschrieben. Sie ist uns noch nicht zugestellt.

(Günter Rudolph (SPD): Aber Sie wollen Revision einlegen! – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Deswegen ist vieles, was jetzt gesagt und diskutiert wird, Spekulation und etwas verfrüht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Das ist peinlich!)

– Das ist nicht peinlich, sondern meine grundlegende Überzeugung, und die unterscheidet sich fundamental von der Ihren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Meine Damen und Herren, ich halte es für ein Gebot der Seriosität, die schriftliche Fassung des Urteils und das Vorliegen der Urteilsgründe abzuwarten. Erst nach Vorliegen der Urteilsgründe kennen wir die genauen Erwägungen und die tragenden Überlegungen des Gerichts. Erst dann wissen wir, welche rechtlichen Vorgaben das Gericht für eine Planergänzung macht.

Solange dies nicht existent ist, bin ich nicht bereit, einen Schritt zu gehen, der völlig verantwortungslos wäre.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Sagen Sie das einmal dem Herrn Hahn! – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist peinlich!)

Meine Damen und Herren, erst dann wissen wir übrigens auch genau, warum das Gericht in diesem Fall die Revision zugelassen hat. Erst nach Prüfung dieser gesamten Entscheidungsgründe können wir über die Frage der Revisionseinlegung seriös entscheiden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Aber der Hahn will schon vor das Verfassungsgericht gehen! Ist das peinlich! – Zurufe der Abg. Günter Rudolph und Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Alles, was wir heute über den Entscheidungstenor hinaus wissen, stammt aus der Presseinformation des Gerichts; auch in der mündlichen Begründung der Urteile im Rahmen der Urteilsverkündung wurde nicht mehr gesagt, als in dieser Presseinformation steht.

Meine Damen und Herren, Ihnen von der Opposition scheint das zu genügen, mir nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Erklären Sie das alles einmal dem Herrn Hahn!)

Sie werden – ich kenne das ja aus der zehnjährigen Diskussion – Ihre Vereinfachungsmaschine anwerfen und diffamieren. Aber wir werden uns davon nicht abhalten lassen, genau diesen Weg zu beschreiten, den ich aus rechtsstaatlichen Gründen für geboten halte.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Zu dieser Verantwortung gehört auch, keine Schnellschüsse zu machen. Zu dieser Verantwortung gehört auch, dass wir uns auf der Basis der mündlichen Urteilsbegründung unsere ersten Gedanken machen; und das, was wir gehört und in der ersten Presseinformation mitgeteilt bekommen haben, gemahnt mich zur Vorsicht.

Meine Damen und Herren, ich habe diese Diskussion über zehn Jahre lang mitverfolgt. Ich habe in dieser Diskussion bereits einmal Verantwortung übernommen, und ich habe mich ganz persönlich in viele rechtliche Fragen

eingearbeitet. Manches aus dieser Rechtsprechung ist mir nicht völlig fremd.

Deswegen bin ich über eine Erklärung erstaunt, die in dieser Presseerklärung steht. Ich will das zitieren:

Der durch das Luftverkehrsgesetz gebotene Schutz der Nachtruhe werde durch den ... Landesentwicklungsplan ergänzt und verstärkt. In der Begründung dieses Plans ... werde dem Verbot planmäßiger Flüge in der Zeit von 23 bis 5 Uhr ein so erhebliches Gewicht beigemessen, dass daraus eine Abwägungsdirektive folge, die der Planfeststellungsbehörde kaum einen Spielraum für die Zulassung planmäßiger Flüge in der Mediationsnacht lasse.

Dies ist ein wörtliches Zitat aus der Presseinformation zu diesem Urteil.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Genau das wollten wir, Herr Posch! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben Sie doch zugestimmt!)

Ich sage Ihnen: Diese Aussage überrascht mich. Denn die Begründung des Landesentwicklungsplans, also die Begründung – lassen Sie mich das sehr genau sagen – einer untergesetzlichen Landesplanungsnorm, nicht einmal die Norm selbst, soll eine so gewichtige Wirkung entfalten, dass sie einer auf der Basis von Bundesrecht, nämlich dem Luftverkehrsrecht, und im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung handelnden Planfeststellungsbehörde für ihre fachplanerische Entscheidung keinen Ermessenspielraum mehr lässt.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, das wirft Fragen auf, und diese Fragen müssen beantwortet werden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wirft die Frage auf, ob Sie Ihr Versprechen jemals ernst gemeint haben! Das ist doch erbärmlich hier!)

– Hören Sie bitte einmal zu.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erbärmlich ist das! – Weitere Zurufe)

Diese Rechtsprechung wirft eine Reihe von Fragen auf.

(Unruhe)

– Wenn Sie zuhören würden, würden wir auf die Basis einer sachlichen Diskussion zurückgeführt werden.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Meine Damen und Herren, zum einen geht es um das Verhältnis von Landesplanung und Fachplanung, also um die Hierarchie und die rechtliche Funktion unterschiedlicher Planungsebenen. Ich weiß, das ist Ihnen unangenehm, denn ich werde Ihnen gleich die Konsequenzen darstellen. Zum anderen geht es um das Verhältnis von Landesrecht zu Bundesrecht. Konkret geht es um die Frage, ob exekutives Handeln des Landes im Auftrag des Bundes durch eine politische Willensbekundung des Landtags – kundgetan durch die Zustimmung des Landtags zu einer Rechtsverordnung – aufgehoben, beseitigt und ersetzt werden kann. Das ist eine rechtlich äußerst problematische Diskussion, die wir führen müssen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Es geht mithin auch um die verfassungsrechtlich relevante Frage der Abgrenzung zwischen Exekutive und Legislative.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit den Entscheidungen zu Maßnahmegesetzen – Stichwort: Stendal – hat das Bundesverfassungsgericht klargestellt, dass exekutives Handeln aus den Gründen der im Grundgesetz festgeschriebenen Gewaltenteilung dem Parlament nicht zusteht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

Im vorliegenden Fall sollen Forderungen in der Begründung zum Landesentwicklungsplan Verwaltungshandeln so weit eingrenzen, beseitigen bzw. ersetzen, dass eine fachplanerische Abwägungsentscheidung nicht mehr zulässig sein soll? Meine Damen und Herren, dies ist eine im höchsten Maße verfassungsrechtlich relevante Frage. Ich glaube, das ist unstrittig. Wie sie entschieden wird, das ist eine andere Frage.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das haben Sie doch vorgeschlagen! Herr Posch, wir haben es doch hier eingebracht, damit es dieses Gewicht bekommt! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, bitte!

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Meine Damen und Herren, das passt Ihnen vielleicht in Ihre derzeitigen politischen Überlegungen. Man könnte auch sagen: Das passt Ihnen jetzt in den Kram – weil Sie meinen, damit unsere gemeinsam politisch gewollten Absichten zum Nachtflugverbot umsetzen zu können. Dabei blenden Sie aber völlig aus, was passieren könnte, wenn diese Rechtsansicht – ich habe eben versucht, sie darzustellen – Grundlage anderer Planungsentscheidungen werden würde.

Ich will nur ein Beispiel nennen, bei dem Sie sicherlich in Schwierigkeiten kämen.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Nach dem Baurecht und dem Immissionsschutzrecht haben Antragsteller unter bestimmten Voraussetzungen einen Rechtsanspruch, Windparks zu errichten.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gutes Beispiel!)

Was würden Sie eigentlich sagen, wenn politische Mehrheiten über den Landesentwicklungsplan den Windkraftanlagen den Garaus machen und eine Abwägungsdirektive dazu führt –

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das passiert doch schon! Genau das machen Sie doch! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Das wollen Sie nicht hören.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Meine Damen und Herren, schöner kann man sich nicht selbst entlarven.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nein, wir wollen die politische Debatte darüber erneut! Das war das Ziel der Maßnahme!)

Sie sind nicht bereit, sich die Konsequenzen einer möglichen Rechtsansicht anzuhören.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich wiederhole es: Was würden Sie sagen, wenn politische Mehrheiten über den Landesentwicklungsplan Windkraftanlagen nicht mehr zuließen und eine Abwägungsdirektive dazu führte, den Entscheidungsspielraum der Genehmigungsbehörde auf null zu reduzieren,

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

und das Ergebnis darin bestünde, dass Windkraftanlagen nicht mehr errichtet werden können? Was würden Sie dann sagen?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja, wir wollen die Debatte darüber! Deswegen habe ich es gemeinsam mit Ihnen gemacht! Es ist unglaublich, was Sie da veranstalten!)

Es muss gerade in Ihrem Interesse sein – ich weiß, dass Sie das eigentlich nicht möchten –, diese grundsätzliche Rechtsfrage zu klären.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Was würden Sie denn sagen, wenn irgendeine politische Mehrheit in der Begründung zum Landesentwicklungsplan sagen würde: „Der Artenschutz spielt keine Rolle mehr“? Was würden Sie sagen, wenn darin steht: „Was die Europäische Union zum Thema FFH gemacht hat, interessiert uns überhaupt nicht mehr; dieses Recht findet bei uns keine Anwendung“?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unerträglich!)

Was würden Sie denn dann sagen? Deswegen sage ich: Eigentlich müssten wir ein gemeinsames Interesse daran haben, diese Frage zu klären.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, dass der VGH die Revision zum Bundesverwaltungsgericht zugelassen hat, zeigt, dass das Gericht selbst der Auffassung ist, hier liege eine schwierige Rechtsmaterie vor, die durch eine Entscheidung des obersten deutschen Verwaltungsgerichts für das gesamte deutsche Planungsrecht zu klären sei. Um diese Revisionszulassung richtig zu würdigen, muss man wissen, dass die Oberverwaltungsgerichte nur selten eine Revision zulassen. Ich habe eben darauf hingewiesen, dass in drei anderen Verfahren die Revision eben nicht zugelassen wurde. Wer sich ein bisschen auskennt, weiß, dass das gängige Praxis ist; denn das Bundesverwaltungsgericht soll als Revisionsinstanz ausschließlich über Rechtsfragen entscheiden.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof weist mit der Zulassung der Revision den Weg zum Bundesverwaltungsgericht, weil es sich bei der Entscheidung, wie es in der Presseinformation heißt, um „grundsätzlich zu klärende, über

den Einzelfall hinausgehende Rechtsfragen“ handelt. Meine Damen und Herren, wenn der Hessische Verwaltungsgerichtshof dies ausdrücklich zur Begründung der Revisionszulassung in der Presseerklärung mitteilt, dann sollten wir so ehrlich sein und so ehrlich miteinander umgehen, zu sagen, dass es sich wirklich um eine sehr, sehr weitreichende und schwierige Frage für das gesamte Planungsrecht und insbesondere für Investitionsentscheidungen in Deutschland handelt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): „Unser Wort gilt“!)

Ich kann verstehen, dass Sie darauf emotional reagieren. Mir geht es nicht anders.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das habe ich auch gehört!)

Aber wir sollten eigentlich alle daran interessiert sein, keine voreiligen Maßnahmen zu ergreifen, sondern Rechtsklarheit und Rechtssicherheit herbeizuführen. Wir dürfen nicht übersehen, dass ein Planergänzungsbeschluss wiederum gesondert angefochten werden kann und auch angefochten werden wird, wenn er nicht auf einer abschließenden Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts beruht. Ich bin ziemlich sicher: Wenn wir diese endgültige Entscheidung haben, ist Rechtsklarheit gegeben.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD) – Günter Rudolph (SPD): Sie bewerten andauernd!)

Ich prophezeie: Wenn wir so verfahren, wie wir es vorhaben, werden wir am Schluss schneller eine endgültige Entscheidung haben, als wenn wir einen Zickzackweg gehen. Es besteht keine Eile,

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

jetzt eine Planergänzung vorzunehmen. Sie wissen, der Betrieb ist zum Winterflugplan 2011 beabsichtigt. Erst ab diesem Zeitpunkt greift die neue Nachtflugregelung. Damit bliebe also auch nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, mit der durchaus bis Ende 2010 gerechnet werden kann, noch genügend Zeit, ein ergänzendes Verfahren durchzuführen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es spricht auch aus meiner Sicht – ich weiß, dass das in der Diskussion erörtert worden ist – nichts dagegen, die vom VGH gewünschte Planergänzung vorsorglich behördenintern schon vorzubereiten, um später keine Zeit zu verlieren, wenn diese Rechtsprechung Bestandskraft erlangen sollte. Es spricht aber viel dagegen, die Verfahren jetzt in Gang zu setzen.

Meine Damen und Herren, ich habe versucht, Ihnen eine sicherlich nicht einfache Materie darzustellen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erbärmlich!)

Ich fasse zusammen. Hier geht es um die Frage, ob Landesrecht Bundesrecht brechen kann, ob Landesrecht unter anderem auch europäisches Recht, wenn nicht brechen, so zumindest stark relativieren kann,

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

insbesondere wenn es um solch relevante Themen wie Artenschutz und Flora-Fauna-Habitat geht.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir abschließend noch ein paar Bemerkungen, weil auch die von Bedeutung sind. Die Mediatoren haben seinerzeit fünf Programmpunkte gesetzt: den Ausbau, die Optimierung des bestehenden Flughafens, das Nachtflugverbot, den Anti-Lärm-Pakt und den Dialog. Die Planfeststellungsbehörde – das möchte ich hier noch einmal darstellen – hat einen sehr detaillierten und alle betroffenen Belange in Rechnung stellenden Planfeststellungsbeschluss getroffen und sich mit großer Gewissenhaftigkeit darangemacht, die Programmpunkte der Mediation im Rahmen dessen, was erkennbar rechtlich möglich war, bestmöglich umzusetzen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das stimmt nicht!)

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Hause schon häufig Diskussionen über das Thema geführt. Es überrascht mich schon sehr, dass die Sozialdemokraten, die auf unsere Anregung hin mit uns gemeinsam immer die Auffassung vertreten haben, dass die Zuständigkeit der Planfeststellungsbehörde unangetastet bleiben soll und dies ausschließlich eine rechtliche Entscheidung ist, von dieser Position offensichtlich abrücken wollen.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist hanebüchen!)

– Doch, Sie machen nichts anderes. Sie fordern mich hier auf, etwas zu tun, von dem Sie in der Vergangenheit immer gesagt haben: Das ist nicht unsere Aufgabe, sondern das ist Aufgabe der Planfeststellungsbehörde.

Erlauben Sie mir deshalb noch ein paar Hinweise. Es gibt mehrere Säulen im Planfeststellungsbeschluss, mit dem das Ergebnis der Mediation umgesetzt werden soll. Die erste Säule beschäftigt sich mit den Nachtflügen. Die zweite Säule ist die Tatsache, dass im Planfeststellungsbeschluss eine Obergrenze für die Gesamtnacht von 22 bis 6 Uhr auf 150 Bewegungen festgesetzt ist. Das ist etwas, was in der Mediation so nicht diskutiert worden ist, was also über das Mediationsergebnis hinausgegangen ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist auch falsch!)

Die dritte Säule – warten Sie ab, Sie werden gleich wissen, warum ich das sage – im Schutzkonzept für die Nachtruhe ist die völlige Sperrung der Landebahn Nordwest zwischen 23 und 5 Uhr. Die vierte Säule ist das Verbot verspäteter oder ungeplanter Landungen in der Zeit zwischen 24 und 5 Uhr. Das muss man im Zusammenhang sehen.

Ich habe Ihnen das dargestellt, weil es von der genauen Fassung der Urteilsgründe abhängt, ob das Schutzkonzept des Planfeststellungsbeschlusses vielleicht in Gänze neu geschrieben werden muss. Denn es ist durchaus fraglich, ob man eine oder zwei Säulen aus diesem Konzept herausnehmen kann, ohne dass das gesamte rechtliche Dach zusammenstürzt.

Nehmen Sie das Beispiel des Verbots von Verspätungsflügen oder des Deckels über die Zahl von Flügen in den Abendrandstunden. Geht der Verwaltungsgerichtshof in seiner Urteilsbegründung auf diesen Fall ein, und gibt er Hinweise? Wie weit werden die Vorgaben des Gerichts gehen? Will es mit seiner Entscheidung vielleicht auch die Grenzen der planerischen Gestaltungsfreiheit der Planfeststellungsbehörde neu ziehen?

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, auch diese letzten Punkte sind wichtig und können erst abschließend beurteilt werden,

wenn wir die Entscheidungsgründe kennen. Ich glaube, wir handeln verantwortungsvoll, wenn wir so verfahren, wie ich Ihnen das eben vorgetragen habe. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Wortbruch!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, das Wort zur Aussprache hat als Erster der Abg. – –

(Günter Rudolph (SPD): Zum Setzpunkt! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zur Antragsbegründung! Wir haben eine stilllose Regierung!)

– Meine Damen und Herren, Herr Al-Wazir, es ist von mir nichts Falsches gesagt worden. Ich muss Herrn Al-Wazir erst einmal sagen, dass er, wenn er schon meint, dass andere stilllos seien, sich daran nicht ein Beispiel nehmen sollte. Bitte.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Dass er sich ärgert, verstehe ich! – Volker Hoff (CDU): Stilllos ist der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN!)

Ich will das alles erklären. Ich bitte um Verständnis, dass, wenn ich etwas erkläre, Sie zuhören. Gemäß unserer Geschäftsordnung wachsen den Oppositionsfractionen je fünf Minuten zu, sodass sie 15 Minuten – –

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Lieber Herr Kollege, Benehmen ist Glückssache. – Es sind 15 Minuten über die Zeit, geteilt durch drei, also fünf Minuten. Das ist meine Mathematik, vielleicht haben Sie eine andere. Jeder Fraktion wachsen fünf Minuten zu. Damit hat die Opposition insgesamt – –

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Das habe ich doch gesagt.

(Weitere Zurufe)

Wir können auch den Ältestenrat einberufen und rechnen lassen. – Herr Kollege Schäfer-Gümbel, 15 Minuten für die SPD, 15 Minuten für die GRÜNEN und 15 Minuten für DIE LINKE. Das Wort hat für die Fraktion der SPD der Kollege Schäfer-Gümbel. Bitte schön.

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Es wäre angesichts dessen, was Herr Posch eben in epischer Breite ausgeführt hat, wobei er viel Nebel verbreitet hat, angemessen gewesen, wenn er eine Regierungserklärung abgegeben hätte.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Es wäre dem Thema und auch Ihren Ausführungen angemessen gewesen. Sie aber haben hier eine Lehrstunde für Beliebigkeit und gegen Seriosität abgehalten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt! – Dr. Christian Wagner (Lahntal) (CDU): Das hat er aufgeschrieben, bevor er die Rede gehört hat!)

Das Hü und Hott des Herrn Hahn in den letzten Tagen, die völlig unklare Position des Herrn Posch auch heute in der „Frankfurter Rundschau“ haben nur eines deutlich gemacht, meine sehr verehrten Damen und Herren:

(Volker Hoff (CDU): Das hat er gestern aufgeschrieben!)

Die Einzigen im Hessischen Landtag, Herr Hoff, die das gemeinsame Mediationsergebnis und die bisherige Beschlussfassung der ausbaubefürwortenden Fraktionen CDU, SPD und FDP in Bausch und Bogen verleugnen, sind die Landesregierung und der Wirtschaftsminister Dieter Posch.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Volker Hoff (CDU): Sehr spontan! Sie lesen doch gerade ab!)

Ihre Nervosität muss schon sehr groß sein, wenn Sie zu solchen Stilmitteln wie heute greifen und nicht einmal in der Lage sind, die Antragsbegründung abzuwarten. Ich bin trotzdem dankbar dafür, weil uns das die Möglichkeit gibt, nicht nur zehn Minuten, sondern etwas länger auszuführen. Das erscheint mir bei dem Nebel, den Sie versucht haben zu verbreiten, dringend geboten.

Ich will mit dem Kern der Debatte beginnen. Herr Wagner, die ausbaubefürwortenden Fraktionen, unter anderem auch Sie – vielleicht erinnern Sie sich noch ganz dunkel daran, es ist ja ein paar Tage her –, haben der Region zwei Dinge versprochen:

(Dr. Christian Wagner (Lahntal) (CDU): Juristische Aufklärung abwarten!)

Erstens. Wir wollen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs wird von uns ausdrücklich begrüßt. Es ist ein guter Tag für das Land, für die Region und für den Flughafen, dass der Ausbau beginnen kann.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens haben Sie, Herr Rentsch, Herr Posch – auch wenn er heute etwas anderes per Interview erklärt – und auch Herr Koch, der Region versprochen, dass die Nachtruhe gilt, und dieses Versprechen brechen Sie.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Finger weg! Es ist schäbig, mit dem Finger auf andere Leute zu zeigen!)

Ich will an die Plenardebatte vom 21. Juni 2000 erinnern, Herr Reif. Damals sagte ein gewisser Roland Koch:

(Zuruf von der CDU: Er ist der Ministerpräsident!)

Ich sage Ihnen: Beim Nachtflugverbot wird es immer um die Ausgestaltung gehen. Ohne Nachtflugverbot halte ich einen Flughafen in diesem Ballungsraum mit weiterer Erweiterung nicht für betreibbar. Das habe ich so oft gesagt, dass ich es hier nicht weiter wiederholen muss. Das ist eine sehr klare Position.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Wissen Sie, allmählich geht mir die Moral dabei ein bisschen auf die Nerven.

Über die Moral der Debatte ist gerade Hinreichendes gesagt worden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Worum geht es, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Posch? – Es geht um das Versprechen:

(Clemens Reif (CDU): Für Moral sind Sie und Frau Ypsilanti zuständig!)

keine Nachtflüge zwischen 23 und 5 Uhr in der Region, weil die Region belastet ist. Herr Koch, das war das Versprechen, das Sie, das ich, das die sozialdemokratische Fraktion, die CDU-Fraktion und auch die FDP-Fraktion gegeben haben. Die Position der GRÜNEN war an dieser Stelle in der Tat immer ein bisschen anders.

(Dr. Christian Wagner (Lahntal) (CDU): Fundamentalismus!)

– Offensichtlich gibt es noch Christdemokraten, Herr Wagner, die sich an dieses gegebene Wort erinnern.

(Clemens Reif (CDU): Erzählen Sie mal von den Versprechen der SPD!)

– Herr Gall – Herr Wintermeyer und auch Herr Krüger aus der FDP-Fraktion können das am besten erklären –, der Landrat von Herrn Koch, hat vor zwei Tagen im Kreistag des Main-Taunus-Kreises ausdrücklich darauf hingewiesen, Herr Reif, dass das Nachtflugverbot kommen muss und dass er – so beschreibt es Herr Landrat Gall – fest an das Wort des Ministerpräsidenten glaubt.

(Beifall und Zurufe von der SPD)

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren und lieber Herr Koch, können Sie sich aus der heutigen Debatte nicht davonestehlen. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich heute vor diesem Haus erklären.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das erwarten nicht nur wir,

(Clemens Reif (CDU): Davor hätte ich Angst!)

sondern auch Hannelore Setton, die hier im Raum ist, die seit 47 Jahren in Okrifel lebt und dort leben will, mit der wir auch in der Sozialdemokratischen Partei engagierte Debatten über die Frage des Flughafenausbaus geführt haben, die strikt gegen den Ausbau ist und gesagt hat: Das Nachtflugverbot ist zwingend.

Ich will Ihnen sehr klar sagen, Herr Koch: Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich der Debatte mit den Anwohnern gestellt. Wir waren in der letzten Wahlperiode im Flörsheimer Wald. Dort habe ich weder Herrn Posch noch Sie gesehen, um sich mit den Bürgerinnen und Bürgern auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der SPD – Janine Wissler (DIE LINKE): Wir waren auch im Wald! – Zuruf des Ministers Michael Boddenberg)

Damit komme ich zum Kern der heutigen Debatte, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu der Frage und der Formulierung von Herrn Posch:

(Clemens Reif (CDU): Haben Sie sich extra eine Besuchergruppe bestellt?)

Sie haben eben sehr wortreich versucht auszuführen, warum die Konstruktion über den Landesentwicklungsplan sehr kompliziert und verfassungsrechtlich schwierig ist, auch im Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich erinnere mich sehr gut – das geschah mit unserer ausdrücklichen Zustimmung –, dass die Frage des Landesentwicklungsplans von den ausbaubefürwortenden Fraktionen auf Ihre

Initiative hin hier aufgerufen wurde, damit dieses Argument im Verfahren eingeführt werden kann.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt hinterfragen Sie es selbst. Das ist doch absurd. Können Sie sich eigentlich noch im Spiegel anschauen?

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie müssen sich wie alle anderen, die die Hand für den Landesentwicklungsplan gehoben haben, die Frage stellen lassen: War das eine Schaufensterveranstaltung, oder war es von Anfang an das gezielte Interesse, das Mediationsergebnis zu hintertreiben?

(Petra Fuhrmann (SPD): So sieht es aus!)

Für die sozialdemokratische Fraktion stelle ich fest: Für uns war es weder das eine noch das andere. Wir nehmen den Landesentwicklungsplan als ein starkes Instrument im Verfahren, um das Mediationsergebnis umzusetzen. Das erwarte ich von allen anderen Fraktionen auch. Deswegen nutzt es nichts, Herr Posch, wenn Sie in aller Form versuchen, ein Durcheinander zu schaffen und mit vielen Teilaspekten zu beschreiben; dazu werde ich gleich noch einmal kommen.

Sie nehmen ausgerechnet die Windkraft, um zu erklären, warum das ein schräges Argument ist – wie gesagt: auf Ihre Initiative hin. Das Argument mit der Windkraft ist deswegen so schön, weil es genau um die Frage geht, wie wir das öffentliche Interesse bei großen Infrastruktureinrichtungen begründen. Deswegen haben Sie es eingeführt. Wir haben keine abschließende Festlegung im Landesentwicklungsplan vorgenommen – Herr Boddenberg war damals noch einer der Hauptbeteiligten auf der Unionsseite –, weil uns alle Sachverständigen in der Anhörung gesagt haben, dass das eine rechtswidrige Bindung der Planfeststellungsbehörde nach sich ziehen würde, dass es aber ganz sicher ein starkes Argument wäre.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht alle!)

Deswegen ist das, was Sie gerade an Popanz versucht haben aufzubauen, völlig daneben.

(Beifall bei der SPD)

Der entscheidende Punkt, den Sie ankündigen – das ist der Paradigmenwechsel in der Debatte –, ist: Sie gehen erstmals aktiv gegen das Versprechen an die Region für die Nachruhe vor. Das ist der Skandal in der Debatte, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine neue Qualität. All Ihre juristischen Hinweise sind geeignet, in Forschungsseminaren aufbereitet zu werden. Das, was wir als ausbaubefürwortende Fraktionen wollten, was auch Herr Koch ebenso wie Herr Wagner, Herr Rentsch, Herr Posch, Herr Hahn und viele andere in diesem Haus wollten, ist durch das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs bestätigt worden, und zwar zu 100 %, nicht zu sieben Achteln. Der Verwaltungsgerichtshof sagt sehr klar: Die Nachruhe muss kommen.

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

Deswegen erwarten wir von Ihnen die Umsetzung des Urteils.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden entscheiden müssen, als wessen Anwalt Sie eigentlich nach Leipzig ziehen wollen, als Anwalt des Mediationsergebnisses oder als Anwalt von einzelnen, für sich genommen legitimen wirtschaftlichen Interessen – damit das auch klar ist. Es ist für Lufthansa Cargo ein Problem. Herr Boddenberg hat in unnachahmlicher Weise bei einem parlamentarischen Abend, ich glaube, im Jahr 2006 den damaligen Wirtschaftsminister Dr. Rhiel gestoppt,

(Günter Rudolph (SPD): Jawohl!)

als er genau dieses Aufschnüren versucht hat; und Herr Boddenberg hat gesagt, das wird nicht gehen. Deswegen: Wenn Ihr Wort gilt, dann erwarten wir von Ihnen, auf die Revision zu verzichten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Das müssen gerade Sie sagen!)

Der nächste Punkt, wo Sie versuchen, Durcheinander zu machen, ist die Bewertung der Entscheidung mit dem Hinweis darauf, dass der Verwaltungsgerichtshof sich zu der Frage geäußert habe, ob der Landesentwicklungsplan das Bundesrecht zurückdränge. Der Verwaltungsgerichtshof argumentiert sehr sauber; in der Presseerklärung ist das nachzulesen. Er erklärt: Der erste Ausgangspunkt ist der Antrag der Fraport. Der Antragsteller selbst hat gesagt, er wolle das Mediationsergebnis umsetzen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist dies in der Wechselwirkung mit dem Landesentwicklungsplan, mit den Setzungen, mit der Abwägung, mit den luftfahrtrechtlichen Bestimmungen möglich.

Ich sage Ihnen das auch deswegen in aller Klarheit, Herr Posch, weil es nicht in Ordnung ist, wenn Sie jetzt versuchen, sich in die Büsche zu schlagen – „Minister gab nie sein Wort“ –, und erklären, Sie hätten an den entscheidenden Abstimmungen in der FDP nicht teilgenommen.

(Günter Rudolph (SPD): Abenteuerlich!)

So einfach wird es nicht gehen. Sie haben eine Gesamtverantwortung für das, was Sie hier veranstalten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann kommt sozusagen die zweite Schimäre, die Herr Posch gerade versucht hier aufzubauen. Das ist das, was schon seit einigen Wochen hinter den Kulissen im Busche ist: dass so mancher versucht, die Bundesregierung zu bewegen, jetzt zu intervenieren, genau mit diesen fadenscheinigen Erklärungen. Sie wissen – denn Sie sind eigentlich fachkundig –, dass das Bundesverkehrsministerium am 20. September 2007 ausdrücklich erklärt hat, der Bund will keine Aufhebung des Nachtflugverbots am Flughafen Frankfurt.

(Günter Rudolph (SPD): Hört, hört!)

Der Verweis auf das Luftfahrtsystem oder -konzept ist deswegen nicht hilfreich und abschließend, weil es nicht verbindlich ist. Es ist keine wirkliche Vorgabe. Deswegen schreibt das zuständige Bundesministerium völlig zu Recht, wie ich finde, am 12. Dezember 2007 an Ihren Amtsvorgänger – ich zitiere wörtlich aus Seite 2 –:

Die Betriebsregelungen für den Flughafen Frankfurt Main werden zur Kenntnis genommen. Für die Geltendmachung eines diesbezüglichen Bundesinteresses gemäß § 31 Abs. 2 Nr. 4 Luftverkehrsgesetz sehe ich keine Veranlassung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen ein Geheimnis verraten. Ich habe vor zwei Stunden mit dem zuständigen Staatssekretär des Bundesverkehrsministeriums telefoniert. Das Bundesverkehrsministerium ist unter den derzeitigen politischen Mehrheiten nicht gewillt, von dieser Aussage Abstand zu nehmen. Es wird keine Intervention geben. Also bauen Sie hier keine Schimäre auf.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist auch Ihr Hinweis darauf, Sie fühlten sich vom Bund alleingelassen, ziemlich abenteuerlich. Wir erwarten, dass das von uns insgesamt gegebene Wort hält. Es gab dazu viele Möglichkeiten. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir auch weitere haben. Deswegen erwarte ich von Ihnen, dass Sie zur Besinnung und zu den Vereinbarungen mit der Region zurückkehren. Dabei kann man auch die Frage des Flughafensystems mit Frankfurt-Hahn noch einmal aufrufen und prüfen.

(Florian Rentsch (FDP): Oh Gott!)

– Ich hatte gehofft, dass Sie so dazwischenrufen. – Denn das Flughafensystem Frankfurt-Hahn ist mit Ihren Stimmen in den Landesentwicklungsplan aufgenommen worden, aber nie abschließend geprüft worden. Deswegen erwarte ich von Ihnen, dass wir uns in dieser Frage erneut auf den Weg machen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

– Herr Hahn, der Zwischenruf ist legitim, dass wir uns mit Herrn Hering unterhalten sollen. Sehen Sie, die SPD-Landtagsfraktion wird dazu am kommenden Dienstag die Gelegenheit haben. Wir haben ihn eingeladen, um genau diese Frage in Wiesbaden zu diskutieren.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Sehr gut, danke!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ein Glück!)

Die Position, die wir als ausbaubefürwortende Fraktionen bisher eingenommen haben, vergilbt. Sie vergilbt nicht, weil die Sozialdemokratische Partei diesen Konsens aufgekündigt hat, sondern weil ganz offensichtlich diese Regierungskoalition nicht gewillt ist, zu ihrem Wort zu stehen. Das ist jetzt eine politische Entscheidung, es ist nicht vorrangig eine juristische. Deswegen verstecken Sie sich nicht hinter Winkelzügen, sondern ich erwarte von Ihnen, nachdem der Verwaltungsgerichtshof uns in unserer politischen Auffassung bestätigt hat und damit die Abwägung ein neues Argument bekommen hat, dass das jetzt auch umgesetzt wird.

(Beifall bei der SDP)

Herr Koch, von Ihnen erwarte ich abschließend, dass Sie im Zweifelsfall Ihre Richtlinienkompetenz wahrnehmen.

(Florian Rentsch (FDP): „Richtlinienkompetenz“, was ist das für ein Staatsverständnis?)

– Gemeint ist natürlich die politische, Herr Rentsch, damit Sie mir nicht gleich mit einem peinlichen juristischen Vor-

trag kommen. – Ich erwarte von Ihnen, dass Sie sich hier erklären. Denn Aufgabe der Politik ist es, dabei eine Entscheidung treffen, die möglichst vielen Menschen und Interessen gerecht wird, und das heißt: „keine neue Landebahn ohne Nachtflugverbot und kein Nachtflugverbot ohne neue Landebahn“ – so Ihre Worte und nicht meine, aber ich trage sie ausdrücklich mit, vom 17. März 2005.

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie nicht abtauchen, sondern Verantwortung übernehmen. Damit Sie das hier dokumentieren können, beantragen wir zu unserem Antrag namentliche Abstimmung. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Al-Wazir für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wir hier gerade erlebt haben,

(Petra Fuhrmann (SPD): Nebelwerfen!)

als der Verkehrsminister noch nicht einmal die Antragsbegründung der antragstellenden Fraktion abwartete, sondern gleich ans Pult ging, war die Krönung des, wie ich finde, erbärmlichen Bildes, das diese Landesregierung in dieser Frage in den letzten Wochen abgegeben hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Ich will Ihnen auch sagen, warum ich es erbärmlich finde. Was wir hier gerade erleben, ist ein Lehrstück dafür, wie Politikverdrossenheit entsteht, meine sehr verehrten Damen und Herren der Mehrheitsfraktionen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Florian Rentsch (FDP): Das sagen die GRÜNEN nach den letzten Tagen! Steigbügelhalter!)

Ich will Ihnen das erklären, Herr Rentsch. Man muss dazu ein bisschen zurückschauen. Beim Bau der Startbahn West gab es ein Versprechen der damaligen Landesregierung, dass das der letzte Ausbauschritt am Frankfurter Flughafen ist.

(Florian Rentsch (FDP): Oh Mann!)

Wortwörtlich sagte der damalige Ministerpräsident Holger Börner: „Kein Baum wird mehr fallen.“

Als Ende der Neunzigerjahre die Ausbaubefürworter doch den nächsten Schritt, die nächste Bahn geplant haben, war die Überlegung auch in den Reihen der Ausbaubefürworter, wie man mit diesem Versprechen umgeht. Es war deshalb kein Zufall, dass von denen, die für einen neuen Ausbau waren – wir gehörten nicht dazu –, gesagt wurde: „Wir geben ein neues Versprechen.“ Herr Rentsch, hören Sie mir zu, es war Ihr Versprechen. Ihr Versprechen war: „Wir brechen das alte Versprechen, wir geben aber ein neues. Das neue Versprechen ist: mehr Belastung am Tag und dafür Ruhe in der Nacht.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war Ihr Versprechen. Wir waren aus guten Gründen, wie man jetzt sieht, immer schon skeptisch, weil wir immer schon be-

fürchtet haben, dass das Nachtflugverbot der Ausbaubefürworter die Wurst im Schaufenster ist, um den Ausbau durchzusetzen, und dass dann, wenn die Bahn einmal da ist, die Wurst wieder im Keller verschwindet. Sie zeigen genau das.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Da gibt es einen Ministerpräsidenten, einen Verkehrsminister und einen Justizminister, und es gibt viele Zitate. Wir haben in den letzten Legislaturperioden viele Anträge gestellt. Es gibt viele Plenarprotokolle. Herr Koch, ich will Ihnen nur noch einmal vorlesen, was Sie im Jahre 2002 an Bürgerinnen und Bürger geschrieben haben. Das trägt Ihre Unterschrift. Da schreibt Roland Koch:

Die von mir geführte Hessische Landesregierung hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass das Ergebnis des Mediationsverfahrens die Grundlage all ihrer Überlegungen und Entscheidungen zum geplanten Ausbau des Frankfurter Flughafens darstellt und dieser nur bei gleichzeitiger Einführung eines Nachtflugverbots erweitert werden darf.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Die Anwohnerinnen und Anwohner des Flughafens erwarten zu Recht einen wirksamen Ausgleich für zunehmende Flugbewegungen am Tage, und deshalb bin ich in dieser Frage auch zu keinerlei Kompromissen bereit.

Roland Koch, Hessischer Ministerpräsident

Sie haben jahrelang der Region etwas versprochen, was Sie jetzt nicht mehr halten wollen. Das genau ist der Punkt, über den wir hier reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben schon im Dezember 2007 beim Erlass des Planfeststellungsbeschlusses dieses Versprechen gebrochen.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Sie haben das damals damit begründet, dieses Brechen des Versprechens sei rechtlich nötig; denn sonst hätte der Planfeststellungsbeschluss vor dem Verwaltungsgerichtshof keinen Bestand. – Das war schlicht falsch, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Verwaltungsgerichtshof hat Ihnen jetzt die Möglichkeit gegeben, Ihr Versprechen umzusetzen. Er hat Ihnen nicht nur die Möglichkeit gegeben, er hat Ihnen sogar gesagt, Sie müssen Ihr Versprechen umsetzen. – Aber jetzt wollen Sie nichts mehr davon wissen. Das ist erbärmlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich lese heute in der „Frankfurter Rundschau“: „Minister gab nie sein Wort“:

Der hessische Wirtschaftsminister Dieter Posch ... hat nach eigenen Angaben nie sein Wort für ein Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen gegeben. Er habe sich bei solchen Zusagen immer zurückgehalten, sagte Posch am Dienstag in Wiesbaden.

Weiterhin steht dort:

Der VGH habe dem Beschluss des Landtags für ein Nachtflugverbot ein zu hohes Gewicht eingeräumt ... Man müsse dagegen gesetzlich vorgehen, wenn diese Rechtsposition vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt würde.

(Florian Rentsch (FDP): Wollen Sie noch ein paar Pressemeldungen vorlesen?)

– Ja, ich kann Ihnen noch eine weitere Pressemitteilung vorlesen. Ich habe mehrere, die zeigen, dass noch nicht einmal das stimmt. Posch hat sich nicht zurückgehalten, er hat klar Position bezogen in den letzten Jahren.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Aber da war er noch nicht Minister!)

Herr Rentsch, ich nenne Ihnen einmal die Presseerklärung der FDP vom 04.10.2007 zu einem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Nachtflugverbot. Die Überschrift lautet: „Dieter Posch: ‚Wöchentliche Predigten der GRÜNEN zum Thema Nachtflugverbot bringen uns nicht weiter.‘“ Nun kommt das Zitat:

Für die Position der Liberalen erklärte Posch weiter: „Für uns gilt nach wie vor und uneingeschränkt: Kein Ausbau ohne Nachtflugverbot, so wie es die Mediation ergeben hat ...“

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD: Ah!)

Sie können nachgucken: 4. Oktober 2007, FDP Hessen.

Herr Posch, was Sie gerade zum Landesentwicklungsplan gesagt haben, ist ebenfalls – ich sage es noch einmal – an Erbärmlichkeit kaum zu überbieten. Wie haben wir uns um diese Frage Grundsatz oder Ziel gestritten. Herr Posch, Sie haben gesagt, Sie haben sich in dieser Frage immer zurückgehalten. Dazu kann ich nur sagen: Wie gut, dass meine Fraktion am 31. Mai 2007 namentliche Abstimmung zu diesem Punkt beantragt hat. Sie können es nachlesen im Protokoll der 135. Sitzung der 16. Wahlperiode am 31. Mai 2007. Auf Seite 9.441 des Plenarprotokolls finden Sie die Abstimmungsliste über die namentliche Abstimmung zu der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Landesregierung betreffend Verordnung über die Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000. Dort steht zu Abg. Dieter Posch: Ja.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört! – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Posch, Sie haben ausdrücklich gesagt, dass dies Ziel dessen ist, wofür Sie dann auch abstimmen. Sie haben in der Debatte, die wir streitig geführt haben, ausdrücklich gesagt, dass nach Ihrer festen Überzeugung das, was Sie beschlossen haben, reicht, um das politische Ziel am Ende juristisch zu erreichen.

Das Gericht sagt jetzt: Das, was Abg. Posch wollte, geht und muss sogar gemacht werden. Wenn nun das Gericht sagt: „Halten Sie Ihr Versprechen“, kommen Sie hier an und sagen: „Dagegen gehen wir in Revision, zur Not ändern wir Bundesgesetze.“ – Das ist erbärmlich.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben einen stellvertretenden Ministerpräsidenten – er legt immer Wert darauf, dass er es ist – und Justizminister. Er hat auch heftige und klare Worte gefunden. Am

13. Dezember 2002 sagte Jörg-Uwe Hahn vor dem Plenum des Hessischen Landtags:

Nein, meine Damen und Herren, es sind diese Regierungskoalition und der hessische Wirtschaftsminister Dieter Posch, die dafür sorgen, dass das Mediationsergebnis 1 : 1 umgesetzt wird.

(Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Für uns

– Herr Hahn, ich zitiere Sie –

liegen zwei dieser fünf Punkte so eng beisammen, dass sie zu den zwei Seiten einer Medaille geworden sind. Auf der einen Seite der Medaille ist der Ausbau, während sich auf der anderen Seite das Nachtflugverbot befindet.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist alles nachzulesen in der Wordokumentation!)

Herr Hahn, Sie haben am 13. Dezember 2002 weiter gesagt:

Andersherum formuliert: An dem Tag, an dem die erste Maschine auf der neuen Landebahn landet, gilt ab 23 Uhr ein Nachtflugverbot. Es wird so umgesetzt, wie wir das hier erörtert haben. Da gibt es kein Wenn und Aber.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Petra Fuhrmann (SPD): Hört, hört!)

Herr Hahn, es gibt noch mehr Zitate. Es gibt ein Plenarprotokoll vom 23. April 2003. Wörtliches Zitat von Jörg-Uwe Hahn:

Für uns gibt es eine „Bibel“ ... Diese „Bibel“ sind die fünf Punkte des Mediationsergebnisses – und zwar, Herr Kollege Al-Wazir, Herr Kollege Kaufmann, alle fünf Punkte.

... Ich möchte ganz bescheiden anmerken, dass ich das Bild geprägt habe, dass es nur die Münze gibt, die auf der einen Seite den Ausbau des Flughafens und auf der anderen Seite das Nachtflugverbot zeigt. Münzen kann man bekanntlich nicht teilen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Bei Falschgeld geht das schon! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ist jetzt passiert, Herr Hahn? Der Verwaltungsgerichtshof hat Ihnen gesagt: Wenn Sie den Ausbau wollen, müssen Sie für Nachtruhe sorgen. – Was ist Ihre Reaktion darauf? Sie sagen erstens: Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht. Letzte Woche sagten Sie zweitens: Wenn das mich auch noch dazu zwingen sollte, dass ich mein Versprechen einhalten muss, dann kämpfe ich vor dem Bundesverfassungsgericht dafür, dass mein Wort nichts gilt. – Wo sind wir denn, meine Damen und Herren?

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es ist wirklich einzigartig, dass ein hessischer Justizminister vor dem Verfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland dafür kämpfen will, dass er sein eigenes Versprechen nicht halten muss. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist einzigartig, dass eine Hessische Landesregierung erwägt, in Revision gegen etwas zu gehen, was sie selbst jahrelang versprochen hat. Es ist wirklich einzig-

artig, dass Herr Posch hier sagt: Um Gottes willen, wir könnten selbst entscheiden.

Herr Posch, wenn Sie das umdrehen, heißt das im Umkehrschluss: Sie haben Ihr Versprechen niemals ernst gemeint und haben gehofft, dass es scheitert.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie einen Amtseid geschworen haben, das hessische Volk zu schützen. Sie haben keinen Amtseid geschworen, die Interessen von Luft-hansa Cargo zu vertreten, meine sehr verehrten Damen und Herren in der Regierung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Was mich so ärgert, ist: Hier sitzen 19 Herren und eine Dame von der FDP. Im Januar haben Sie Wahlkampf geführt und das ganze Land zugeklebt mit „Unser Wort gilt“.

(Zurufe von der SPD)

Herr Blum hat heute immer noch an seinem Porsche den Aufkleber kleben: „Kein Wortbruch in Hessen“. Haben Sie noch ein paar von diesen Aufklebern für uns, Herr Blum? Wir hätten gute Verwendung dafür, wenn wir uns Ihre Politik anschauen.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Clemens Reif (CDU): Sie sind die „Inkarnation“ des Vertrauens!)

Wir haben einen Antrag eingebracht, und dieser Antrag ist sehr klar. Er sagt: Schluss mit den juristischen Spitzfindigkeiten. – Was wir damit meinen, hat Herr Posch gerade gesagt: Verzicht auf Revision, ergänzendes Planfeststellungsverfahren – so, wie es der Verwaltungsgerichtshof angeregt hat. Dazu können Sie jetzt Ja sagen und damit zeigen, dass Ihr Wort gilt, oder Sie können dazu Nein sagen. Dann ist aber völlig klar, dass das heißt: FDP, unser Wort gilt – nichts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus meiner Sicht ist es so, dass sich der Herr Ministerpräsident sehr intensiv überlegen sollte, ob er diese Linie seiner Landesregierung wirklich bis zum bitteren Ende weiter fahren will. Wir müssen uns überlegen, welche Wirkung das Schauspiel, das wir gerade vonseiten der Regierung erleben, auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik hat, und wir müssen uns auch einmal überlegen, welchen Wert Mediationsverfahren in Zukunft überhaupt noch haben sollen.

Ein Beispiel: Alle, die den inzwischen verstorbenen Mediator Kurt Oeser kannten, wissen, dass er schwere Bedenken hatte, ob er sich auf die Rolle als Mediator einlassen sollte. Alle, die sich ein bisschen auskennen, wissen, dass er im Laufe dieses Verfahrens große Probleme bekommen hat, nicht nur in Mörfelden-Walldorf. Ich hielt seine Zustimmung für den Ausbau für falsch, aber ich weiß sehr genau, dass er damals immer gesagt hat: Wir kriegen dafür etwas, nämlich Ruhe in der Nacht. – Die Skepsis der Ausbaueegner gegenüber der Mediation bestätigt sich leider durch das, was CDU, FDP und Landesregierung hier gerade machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, wie wollen Sie eigentlich in Zukunft noch irgendjemanden finden, der vermittelnd tätig wird, wenn Sie nach einer solchen Mediation nichts, aber auch gar

nichts für richtig halten, was dabei herausgekommen ist, und einzig und allein die Interessen der Luftverkehrswirtschaft vertreten? Das darf nicht sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Denken Sie bitte an die Zeit.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich bin am Schluss meiner Rede, Herr Präsident. – Wir haben hier sehr oft und sehr kontrovers über den Flughafen ausgebaut gestritten. Aus unserer Sicht kann es aber gegenüber der Region, gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern im Rhein-Main-Gebiet und mit Blick auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik nicht sein, das man am Ende von den Versprechen, die man Dutzende Male gegeben hat, nichts mehr wissen will. Sie haben heute und hier Gelegenheit, zu zeigen, was Ihre Versprechen wert sind. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Wagner für die Fraktion der CDU.

**Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle Vernünftigen in diesem Lande waren und sind sich darin einig, dass ohne den Ausbau der Frankfurter Flughafen den internationalen Wettbewerb mit den Flughäfen in London, in Paris oder in Amsterdam dauerhaft verlieren wird. Die Folge wäre ein schwerer Schaden für unser Land und unsere Wirtschaft. Eine der wichtigsten Infrastruktureinrichtungen in Deutschland geriete in Gefahr. Nicht nur die Mobilität von Millionen von Menschen würde behindert, auch die Mobilität von Wirtschaftsunternehmen, des Warenverkehrs und des Postverkehrs würde Schaden nehmen. Tausende von Arbeitsplätzen, unmittelbar bei Fraport, und Zehntausende Arbeitsplätze im Umfeld würden verloren gehen. Meine Damen und Herren, ich denke, dass wir uns – mit Ausnahme der GRÜNEN und der LINKEN – bei diesen Feststellungen im Hause einig sind.

(Beifall bei der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Deshalb bin ich sehr zufrieden, dass das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs vom 21. August Rechtssicherheit für den Bau einer weiteren Landebahn geschaffen hat. Der Herr Wirtschaftsminister hat in diesem Zusammenhang sehr klar und deutlich die entscheidenden Passagen des Urteils des Verwaltungsgerichtshofs zitiert.

Meine Damen und Herren, der Ausbau des Frankfurter Flughafens ist einer der größten wirtschaftspolitischen Erfolge in der Geschichte unseres Landes.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Es geht um private Investitionen in Höhe von 4 Milliarden € und um weitere Investitionen im Umfeld in Höhe

von rund 3 Milliarden €. Es geht um Zehntausende von Arbeitsplätzen. Durch den Ausbau wird die Stellung des Frankfurter Flughafens als internationales Drehkreuz im Luftverkehr zukunftssicher gemacht.

Die Entscheidung des VGH ist auch ein großer Erfolg der Hessischen Landesregierung, die ein riesiges und komplexes Genehmigungsverfahren bewältigt hat. Ich erinnere nur kurz daran: Große Schwierigkeiten und Widerstände mussten überwunden werden, die richtige Landebahnvariante musste gesucht werden, es gab jahrelang Diskussionen hierüber, zahlreiche juristische Hürden mussten genommen werden, es musste ein Anhörungsverfahren mit über 130.000 Einwendungen durchgeführt werden, es kam zu politischem Widerstand und zu sogenannten Waldbesetzungen – mit Unterstützung von Abgeordneten dieses Hauses –, und vieles mehr.

Der nun mögliche Flughafen ausbau bedeutet – deshalb verstehe ich die Emotionen bei den GRÜNEN – eine schwere Niederlage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Die GRÜNEN haben den Ausbau des Flughafens von Anfang an verhindern wollen. Das hat sich bis zum heutigen Tage nicht geändert. Ich zitiere den verkehrspolitischen Sprecher der GRÜNEN, Herrn Kaufmann, der noch vor einem Jahr wörtlich Folgendes gesagt hat – wo ist er überhaupt bei dieser wichtigen Debatte? –:

Wir halten den Ausbau des Flughafens Frankfurt mehr denn je für einen schweren Fehler, der die Rhein-Main-Region deutlich mehr schädigt, als dass er irgendjemandem nützt, gerade auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Meine Damen und Herren, so denken die GRÜNEN.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Schäfer-Gümbel, ich muss leider hinzufügen: Ihre SPD-Fraktion hätte ja im letzten Jahr mitgemacht. Ich erinnere nur an den Koalitionsvertrag von Rot und Grün im Jahr 2008.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Sie haben in diesem Vertrag auf Druck der GRÜNEN eine Verabredung getroffen, die eine erhebliche Verzögerung des Ausbaus zur Folge gehabt hätte. Das wollen Sie zwar nicht mehr hören, aber daran muss man Sie heute erinnern.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Was für ein Quatsch!)

Bei den GRÜNEN ist die Verweigerungshaltung durchgängig Programm. Das wissen wir. Damals haben die GRÜNEN Nein zur Startbahn West gesagt. Heute nutzen die GRÜNEN bei ihren Flügen nach Berlin täglich protestlos die von ihnen seinerzeit massiv bekämpfte Startbahn West, bequem im Sessel sitzend und allenfalls einen roten Tomatensaft aus ökologischem Anbau schlürfend.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP)

Die GRÜNEN sagten vor vielen Jahren Nein zur Startbahn West. Sie sagen im Jahre 2009 Nein zum Ausbau des Flughafens Frankfurt. Sie sagen Nein zu Kassel-Calden, Nein zu den Autobahnen A 44 und A 49, Nein zur Bundesstraße 87n zwischen Fulda und Meiningen, und zu vie-

lem anderen mehr. Mit einer solchen permanenten Verhinderungspolitik machen Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Ihrem Ruf als Modernisierungsverweigerer wirklich alle Ehre.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Und Sie begehen gerade einen Wortbruch!)

Nachdem die GRÜNEN ihre Schlacht gegen die Erweiterung des Flughafens verloren haben, versuchen sie nun, mit dem Thema Nachtflugverbot ihr Süppchen zu kochen. Sie sagen Nachtflugverbot und meinen Ausbaugebot. Diesen Betrug an den Bürgern lassen wir Ihnen von den GRÜNEN nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wie sind die Fakten? Als die rot-grüne Landesregierung in der Wahlperiode 1995 bis 1999 mit der Notwendigkeit des Baus einer weiteren Landebahn konfrontiert wurde, gab es schon damals bei der Fraktion der GRÜNEN ein massives Nein.

In der SPD-Fraktion gab es eine beachtliche Minderheit, die dem Ausbau des Flughafens kritisch gegenüberstand. Es war das Verdienst des damaligen Ministerpräsidenten Eichel, ein Mediationsverfahren vorzuschlagen. Ziel dieses Verfahrens war es, eine Lösung zu finden, die von möglichst vielen Beteiligten akzeptiert werden kann.

Die Mediationsgruppe hat dann gute Arbeit geleistet. Die Namen ihrer Mitglieder sind bereits genannt worden: Hänsch, Niethammer, Oeser. Sie haben einen Fünfpunkteplan vorgetragen: erstens die Optimierung des vorhandenen Systems von Start- und Landebahnen, zweitens ein Ja zum Ausbau des Flughafens, drittens ein Nachtflugverbot, viertens den Anti-Lärm-Pakt und fünftens das Regionale Dialogforum.

Die Hessische Landesregierung unter Roland Koch übernahm dieses Mediationsergebnis in vollem Umfang. Ja, meine Damen und Herren, es war der erklärte Wille der Landesregierung, das Nachtflugverbot umzusetzen.

Dann aber – das wird von Ihnen allen inzwischen ausgeblendet, wie ich Ihren Beiträgen entnehmen musste – entschied das Bundesverwaltungsgericht im Jahr 2006 über den Ausbau des Flughafens Berlin-Schönefeld. Tenor des Urteils war, dass ein Flugverbot für die gesamte Nacht bei einem Verkehrsflughafen nicht verhängt werden darf, wenn ein entsprechender standortspezifischer Nachtflugbedarf vorliegt und die Beschränkung der Nachtflugereignisse die Funktionsfähigkeit des Flughafens gefährden würde.

Meine Damen und Herren, wissen Sie, was mich wirklich an dieser Debatte und an den Beiträgen von Herrn Al-Wazir und Herrn Schäfer-Gümbel aufregt? Mich regt auf, dass diese Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ausgeblendet und ignoriert wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abgeordneter, einen Augenblick bitte. Gestatten Sie Zwischenfragen?

#### **Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Nein. – Dieses grundlegende Urteil des Bundesverwaltungsgerichts wird hier als juristische Spitzfindigkeit bezeichnet.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Wagner, wissen Sie, was Sie gesagt haben?)

Das funktioniert nach dem Motto: Was schert mich das Recht, Hauptsache, es nutzt meinem politischen Süppchen.

Ich will eines hinzufügen: Herr Schäfer-Gümbel, es ist geradezu peinlich, dass Sie als Oppositionsführer meinen, der Ministerpräsident dürfte zu der rechtlichen Entscheidung einer Genehmigungsbehörde – das betrifft den Wirtschaftsminister – Richtlinienkompetenz ausüben. Schauen Sie einmal in die Verfassung, damit Sie künftig in Bezug auf dieses Thema juristisch wenigstens einigermaßen orientiert sind.

Mit dieser Entscheidung stand fest, dass ein Nachtflugverbot ohne Ausnahmen rechtlich nicht haltbar wäre. Das ist der Punkt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hat der VGH dazu gesagt?)

Diese Rechtsprechung ist später im Zusammenhang mit dem Flughafen Leipzig-Halle noch einmal bestätigt worden. Dies und nichts anderes ist der Grund, warum ein absolutes Nachtflugverbot in Frankfurt nach dieser Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts nicht durchsetzbar ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das hessische Wirtschaftsministerium hätte es sich damals sehr einfach machen können. Es hätte, um für den Moment Beifall in der Öffentlichkeit zu erhalten, einfach in den Plan schreiben können, dass es keine Nachtflüge gibt. Stattdessen hat die Landesregierung wenige Wochen vor der Landtagswahl im Januar 2008, also im Dezember 2007, mutig, der Wahrheit verpflichtet, und ohne in Populismus zu verfallen, klar und deutlich entschieden.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, welche Motive vermuten Sie eigentlich bei der Genehmigungsbehörde und auch bei den Mitgliedern von CDU und FDP bei diesem Thema?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann ich Ihnen sagen!)

Der einzige Beweggrund war und ist, eine verlässliche Nachtflugregelung mit möglichst wenigen Nachtflügen zu treffen. Wer in diesem Zusammenhang von einem Wortbruch spricht, der stellt die Tatsachen auf den Kopf und handelt unanständig.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Was?)

Meine Damen und Herren von SPD und GRÜNEN, Sie streuen mit Ihrer permanenten Polemik und Ignoranz den Menschen Sand in die Augen. Ihr unaufrichtiges Spiel besteht darin, den Menschen die Möglichkeit eines absoluten Nachtflugverbots trotz der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts vorzugaukeln und dies anschließend vom Bundesverwaltungsgericht aufheben zu lassen. Das ist kein seriöser Beitrag zu dieser schwierigen Diskussion.

Wenn es nach der Opposition ginge, müsste das Land also auf Rechtsmittel verzichten. Was wäre dadurch gewonnen? Der Verwaltungsgerichtshof sagt unter anderem, 17 Flüge in der Zeit von 23 bis 5 Uhr seien zu viele, und verlangt eine Planergänzung unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts. Aber – Herr Posch hat es eindrucksvoll vorgetragen – diese Rechtsauffassung ist noch gar nicht bekannt, sodass ein Planergänzungsverfahren noch gar nicht stattfinden kann. Wir kennen die Rechtsauffassung noch nicht.

Herr Schäfer-Gümbel, es dürfte selbst den Nichtjuristen einleuchten, dass man auf ein Rechtsmittel gegen ein Urteil nicht verzichten kann, wenn man die Begründung noch gar nicht kennt. Was wäre, wenn die Behörde in Unkenntnis der Urteilsgründe jetzt eine Planergänzung vornehmen würde, die von null Nachtflügen ausgeht, wie Sie es wünschen?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wie wir es gewünscht haben! Sie auch!)

Es gäbe wieder eine Klagemöglichkeit für alle Betroffenen einschließlich der Lufthansa, die ebenfalls bis in die letzte Instanz ausgefochten werden könnte. Das wäre wieder eine Hängepartie – was natürlich die GRÜNEN mit aller Macht wollen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Der Verwaltungsgerichtshof hat sich – das ist der Tenor des Urteils – gerade nicht auf null Nachtflüge als einzig tragbare Lösung festgelegt, obwohl er das hätte machen können.

Wir brauchen also Rechtssicherheit, die wir herstellen, indem wir zunächst die Gründe lesen und uns dann gegebenenfalls die letzte Sicherheit beim Bundesverwaltungsgericht holen. Das ist auch im Interesse der Anwohner, die Rechtssicherheit hinsichtlich der Frage haben wollen, wie viele Nachtflüge zulässig sind.

Fazit: Erstens. Die Nordwestlandebahn darf gebaut werden. Das ist für alle ein großer Anlass, sich zu freuen und zufrieden zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Wir benötigen die Urteilsgründe, um Rechtssicherheit zu haben; das habe ich gesagt. Hauptziel ist es jetzt, im Interesse der Anwohner eine rechtssichere Nachtflugregelung mit möglichst geringer Belastung zu schaffen. Das ist seriös, und das bedeutet, den Betroffenen die Wahrheit zu sagen – im Gegensatz zu dem, was Sie hier in sehr vordergründiger Weise, populistisch und, wie ich finde, unverantwortlich betreiben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Herr Wagner, Wortbruch bleibt Wortbruch!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Mir liegen zwei Meldungen für Kurzinterventionen vor. Zunächst hat Herr Abg. Schäfer-Gümbel das Wort.

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich Herrn Landrat Gall ganz herzlich in diesem Raum begrüßen. Herr Koch, das

möchte ich damit verbinden, Ihnen die Möglichkeit zu geben, hier selbst noch einmal Stellung zu nehmen; denn Herr Gall hat Sie vor zwei Tagen ausdrücklich aufgefordert, sich an das Wort zu halten, das Sie der Region gegeben haben.

(Axel Wintermeyer (CDU): Er ist von uns eingeladen worden, wenn Sie es wissen wollen! Das ist eine Kurzintervention!)

Herr Wagner, Sie nannten im Zusammenhang mit den Arbeitsplätzen, dem Ausbau des Flughafens und der Nachtruhe das Wort „unaufrichtig“. Ich will Ihnen ausdrücklich sagen – ich habe in dieser Woche unter anderem mit Vertretern der Cargo geredet –, dass wir natürlich um die schwierige Diskussion gerade mit den Airlines wissen.

(Judith Lannert (CDU): Das ist alles, nur keine Kurzintervention!)

Herr Boddenberg hat – ich wiederhole das – während des parlamentarischen Abends den Vertretern der Lufthansa Cargo in unnachahmlicher Weise sehr klar gesagt, wir wüssten, was das Problem sei, aber wir hätten unser Wort gegeben, dass die Nachtruhe mit dem Flughafenausbau kommt. Um nicht mehr und nicht weniger geht es.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Herr Wagner, deswegen stimme ich Ihrer Formulierung vom 15. Januar zu:

Gleichzeitig begrüßte die CDU die Entscheidung zum Nachtflugverbot. Entgegen allen Einschätzungen nach Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts könnten nun die weiteren Gerichtsverfahren genutzt werden, damit es so wenig wie möglich Nachtflüge gebe. Das Ministerium sei bisher

– das ist Ihre Bewertung –

beim Planfeststellungsbeschluss zu Recht auf Nummer sicher gegangen.

(Judith Lannert (CDU): Das hat doch mit einer Kurzintervention nichts zu tun, Entschuldigung!)

„Es ist nun umso besser, dass unser Ziel, die Lärmbelastung für die Bevölkerung so gering wie möglich zu halten, leichter verfolgt werden kann“, ...

Wir erwarten von Ihnen nicht mehr und nicht weniger, als dass Sie das machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Die nächste Bemerkung erlaube ich mir ausdrücklich, da Herr Koch die Wirtschaftskompetenz des Herrn Bender, des ehemaligen Fraport-Chefs, bei dessen Verabschiedung gewürdigt hat. Er hat gesagt, er würde uns Sozialdemokraten mehr Menschen mit einer solchen Wirtschaftskompetenz wünschen.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Bitte kommen Sie zum Ende.

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Letzter Satz. – Ich stimme ihm ausdrücklich darin zu, dass das guttut. Ich sage Ihnen aber auch, dass ich mir für die Union und für manch andere mehr Menschen mit einem solchen Rückgrat wünsche, wie es Herr Bender hat.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Kurzintervention, Herr Kollege Kaufmann.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Der Bender ist übergetreten!)

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Dr. Wagner, weil Sie das Thema Redlichkeit der Debatte ansprachen: Wir haben ausdrücklich mit einem Berichtsantrag nachgefragt, auf welche Urteile sich die Landesregierung bei der Einschätzung stützt, die Sie wieder als Begründung vorgetragen haben, dass ein Nachtflugverbot angeblich nicht ginge. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass sämtliche dieser Urteile vor dem Februar 2007 ergangen sind. Warum ist das ein wichtiger Termin? – Weil im Februar 2007 die Fraport AG letztmals ihren Antrag auf Nachtflugverbot gestellt hat.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr richtig!)

Niemand wird der Fraport AG unterstellen, sie sei juristisch nicht gut beraten. Sie hat also in vollem Wissen der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts im Februar ihren Antrag wiederholt. Alles, was Sie zur Begründung vorgetragen haben, war davor, ist also völlig unbeachtlich, was den Antrag auf Nachtflugverbot angeht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Aus diesem Grunde möchte ich Ihnen noch einmal zwei Sätze aus jener berühmten Presseerklärung des Verwaltungsgerichtshofs vorlesen, die im Augenblick alles ist, was wir als Begründung haben. Ich zitiere:

Die von der Planfeststellungsbehörde als Rechtfertigung für die Regelung vorgetragene Gründe

– da ging es um das Nachtflugverbot –

hielten einer rechtlichen Überprüfung nicht stand; insbesondere verliere der Ausbauplan ohne die Zulassung von planmäßigen Flügen in der Mediationsnacht nicht seine innere Konsistenz. Das folgt nach Auffassung des Verwaltungsgerichtshofs schon daraus, dass die Fraport AG im Verwaltungsverfahren die Zulassung des Projekts für ein Betriebskonzept ohne planmäßige Flüge in der Mediationsnacht beantragt hatte.

Das Gericht stellt also ausdrücklich fest: Die Nachtflüge werden für den Ausbau nicht benötigt; Fraport sagt es selbst. Alle Bundesverwaltungsgerichtsentscheidungen wurden dabei berücksichtigt, schon am Zeitablauf erkennbar. Ihre Argumentation und das Verstecken der Regierung hinter dem Bundesverwaltungsgericht sind nachweislich falsch. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zur Erwiderung, Herr Dr. Wagner.

**Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich habe Ihren Beitrag im Rahmen der Kurzintervention jetzt nicht voll nachvollziehen können. Sie haben mich mit einer Presseerklärung aus dem Januar 2008 korrekt zitiert.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sie können dem heute zustimmen!)

Ich habe damals begründet, warum aus meiner Sicht die Abwägungsentscheidung der Genehmigungsbehörde mit 17 Flügen zwischen 23 und 5 Uhr unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts richtig ist.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist das, was passiert ist!)

Das haben Sie gerade wiederholt. Entweder unterstützen Sie das, oder Sie widersprechen dem. Aber ich habe von Ihnen weder eine Unterstützung noch einen Widerspruch gehört.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Wenn Sie meinem nachfolgenden Satz zugehört hätten!)

Ich habe, ehrlich gesagt, den Sinn und die politische Botschaft Ihrer Kurzintervention nicht nachvollziehen können.

Herr Kaufmann, zu Ihnen will ich ganz kurz Folgendes sagen. Ich freue mich, dass Sie wieder hier im Saal sind und jedenfalls einem Teil der Diskussion gefolgt sind. Meine Feststellung ist – und darauf lege ich nach wie vor Wert –, dass das Ja der Landesregierung zu dem Nachtflugverbot nach der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts nicht mehr juristisch und deshalb faktisch möglich war. Deshalb halte ich es für unanständig, wenn Sie jetzt im Nachhinein, nachdem sich die juristische Lage verändert hat, der Landesregierung einen Wortbruch vorwerfen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich schon immer getan!)

Ich bin nicht derjenige, der hier für Entscheidungen der Fraport einzutreten hat. Das ist auch nicht mein Thema.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer ist denn der Aufsichtsratsvorsitzende?)

Mein Thema ist, dass Sie endlich mit der permanenten Polemik gegen die Landesregierung zu diesem Thema ein Ende machen.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist der letzte Satz. Die Landesregierung hat es damals unter anderen rechtlichen Umständen, als wir sie heute haben, mit uns allen für richtig gehalten, dass ein Nachtflugverbot praktiziert wird. Das ist jetzt aber nicht mehr möglich. Nehmen Sie dies doch bitte endlich einmal zur Kenntnis. Nehmen Sie die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts bitte zur Kenntnis.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Müller für die Fraktion der FDP.

(Günter Rudolph (SPD): Herr Rentsch weigert sich, heute zu reden!)

**Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das lief gerade unter dem Motto: Tarek Al-Wazir und die Realität – zwei Welten prallen aufeinander.

(Beifall bei der FDP – Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Meine Damen und Herren, für die FDP und auch für unseren Koalitionspartner CDU, wie wir es eben gehört haben, ist der 21.08., die Entscheidung des VGH zum Flughafen ausbau, ein Freudentag.

(Beifall bei der FDP)

Es ist ein Tag zum Feiern – –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe ihn nicht, macht mal lauter! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich gebe Ihnen einen Tipp: Machen Sie das Pult höher, dann kann man Sie besser verstehen! Wir verstehen Sie nicht!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es helfen weder negative Bemerkungen noch sonst etwas. Die Anlage ist eingeschaltet.

(Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Mir wurde erklärt, wenn ich die grünen Lämpchen sehe, kann ich reden!)

– Nein, Sie müssen sie so einstellen, dass Sie die grünen Lämpchen direkt vor Augen haben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Grüne Lämpchen sind immer gut! – Minister Jörg-Uwe Hahn: Die grünen Männchen, nicht die grünen Lämpchen!)

**Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):**

Ist es jetzt besser zu verstehen?

(Günter Rudolph (SPD): Nicht so hoch, sonst sehen wir Sie nicht mehr!)

– Das ist genau der Punkt.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Jetzt ist es besser!)

Der 21.08., die Verkündung des Urteils des VGH, ist ein Tag zum Feiern für die Region, für die der Flughafen einen wesentlichen Standortfaktor darstellt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das haben wir auch gesagt!)

Es ist insbesondere ein Tag zum Feiern für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Region, die im und am Flughafen ihren Job haben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

Ihr Job ist für die Zukunft gesichert, und Zehntausende neue Jobs werden geschaffen. Dazu sage ich nur eines: Die GRÜNEN plakatieren „Jobs, Jobs, Jobs“, wir machen sie.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Ja, in den Ministerbüros!)

Das VGH-Urteil kennt politisch nur einen Verlierer, und das sind die GRÜNEN, die seit über zehn Jahren mit allen

Mitteln gegen den Flughafen ausbau gekämpft haben und die damit zum Glück endlich gescheitert sind.

(Beifall bei der FDP)

Mit Erlaubnis des Präsidenten darf ich aus einer Pressemitteilung von Frank Kaufmann – das scheint heute üblich zu sein – aus dem Februar 2006 zitieren. Da sagt der GRÜNE:

Man kann durchaus zuversichtlich sein, dass die Erkenntnis wächst, dass die Nordwestbahn nicht realisierbar ist. Ich glaube daran, dass die Politik es noch leisten wird. Wenn nicht, spätestens die Justiz wird das Vorhaben stoppen.

Herr Kaufmann, da haben Sie gründlich daneben gelegen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oder ein Beschluss der Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN vom Oktober 2006 in Fulda:

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es die Rede auch mit Untertiteln?)

Die GRÜNEN lehnen den weiteren Ausbau des Flughafens Frankfurt über das gegenwärtige Areal hinaus mit Nachdruck ab.

Meine Damen und Herren, die GRÜNEN haben in der Auseinandersetzung um den Ausbau des Flughafens auf ganzer Linie verloren. Im Fußball wäre die Schlagzeile: „GRÜNE kassieren Packung vor dem VGH“.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Al-Wazir und Herr Kaufmann, es wäre nur fair und gerecht – und es ist erbärmlich, dass Sie es nicht tun –, wenn Sie diese Niederlage endlich sich und der Öffentlichkeit eingestehen würden.

Meine Damen und Herren, der VGH hat bei der Verkündung seines Urteils die hervorragende Arbeit der Planfeststellungsbehörde gelobt. Er hat die Qualität, Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt der Arbeit bestätigt. Dafür sollten wir alle an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Projektgruppe Flughafen und allen, die daran mitgewirkt haben, einmal danken. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Eigentlich wäre damit zum jetzigen Zeitpunkt alles zu dem Thema gesagt.

(Günter Rudolph (SPD): Dann hören Sie doch auf!)

Aber die Opposition nimmt aus wahlkampfaktischen Gründen eine Diskussion vorweg, die wir seriös eigentlich erst in einigen Wochen führen können, und zwar wenn die Urteilsbegründung des VGH vorliegt. Was SPD und GRÜNE in ihren Anträgen fordern, ist absurd. Sie wollen den Verzicht der Landesregierung auf die Revision, noch bevor überhaupt die Urteilsbegründung vorliegt. Das ist eine völlig abstruse Forderung, der eine an Recht und Gesetz gebundene Planfeststellungsbehörde – das kann man nicht oft genug betonen – gar nicht nachkommen darf.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wie inkonsequent die SPD ist, zeigt sich daran, dass sie nicht auch den BUND aufgefordert hat, auf die Einlegung der Revision zu verzichten. Der BUND will noch immer den Ausbau verhindern. In diesem Verfahren liegt die Urteilsbegründung bereits vor. Hier hätten Sie aktiv werden

können, sogar aktiv werden sollen, wenn Sie für die Ausbau sind.

Wenn die GRÜNEN wiederum stringent Politik machen würden, müssten sie dazu auffordern, Revision hinsichtlich des gesamten Urteils einzulegen; denn sie sind bekanntermaßen gegen den Ausbau.

Herr Kaufmann, Herr Al-Wazir, sind Sie über Nacht zur Vernunft gekommen und zu Befürwortern geworden, oder geht es Ihnen am Ende gar nicht um die Sache? Passt es Ihnen vielleicht nur besser ins Bild, um von der eigenen Niederlage abzulenken? Wie willfährig wollen Sie noch Politik machen? Meine Damen und Herren, das ist wirklich erbärmlich.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Karin Wolff (CDU))

Solche Forderungen, wie Sie hier aufstellen, lassen sich aus der Opposition heraus leicht erheben. Es ist viel einfacher zu transportieren als die komplexen tatsächlichen Rechtsfragen, mit denen sich der VGH beschäftigt und mit denen sich jetzt die Landesregierung beschäftigen wird. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen es sich ein bisschen zu leicht. Wo ist Ihre Antwort auf die Frage, warum der VGH die Revision zugelassen hat, obwohl dies beim 11. Senat die absolute Ausnahme darstellt?

Könnte es nicht vielleicht sein, dass der VGH selbst in seiner Entscheidung eine Änderung der höchstrichterlichen Rechtsprechung sieht und eine Klärung der Rechtsfragen gerade deswegen für angebracht hält? Meine Damen und Herren, genauso sieht das nämlich aus, wenn eine Revision zugelassen wird.

(Beifall bei der FDP)

Es war schon beachtlich, Herrn Kaufmann, der immer und zu allem etwas zu sagen hat und jeden Tag eine neue Ente zu Wasser lässt, gerade in dem Moment schweisams zu sehen,

(Lachen und Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

nachdem seine Fragen zur bisherigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts – danke, Herr Kaufmann – im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr beantwortet waren. Übrigens schön, dass Sie auch zwei Jahre, nachdem der Planfeststellungsbeschluss ergangen ist, jetzt aufgewacht sind und selbst anfangen, sich endlich mit den rechtlichen Grundlagen zu beschäftigen. Herzlich willkommen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo ist die Antwort von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf die Frage, wie sie mit dem Landesentwicklungsplan umgehen wollen, wenn er in der Lage ist, durch Rechtsverordnung sogar bundesrechtliche Regelungen auszuhebeln? Sie haben das Beispiel der Windkraft gehört.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mein Gott!)

Entweder haben Sie das Problem bis heute nicht erkannt, dann müsste man Ihnen das Zeugnis „mangelhaft“ ausstellen. Oder Sie wollen es nicht erkennen, dann weigern Sie sich, mit uns um die besten Lösungen zu ringen. Bei allem bleibt nur ein Fazit: Es gibt gute Gründe, dass Sie in der Opposition sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU) – Lachen des Abg. Ernst-Ewald Roth (SPD))

Die FDP hält an ihrer politischen Erkenntnis zum Nachtflugverbot fest. Das ändert sich auch nicht dadurch, dass die Opposition penetrant das Gegenteil behauptet. Die Vorwürfe der Opposition gehen ins Leere. Wortbruch ist und bleibt Zweitname der SPD.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Bei verantwortungsvoller Prüfung der Sach- und Rechtslage kann es im Moment nur eine mögliche Verhaltensweise für eine verantwortlich handelnde Regierung geben

(Abg. Günter Rudolph (SPD) hält eine Postkarte mit der Aufschrift „Unser Wort gilt“ hoch.)

– wir haben auch eine schöne Postkarte; machen Sie sich mal keine Sorgen –: abwarten, was in der Urteilsbegründung des VGH steht, diese auswerten und dann eine Entscheidung treffen. Wir sehen der Urteilsbegründung erwartungsvoll entgegen. Machen Sie endlich Schluss mit dem populistischen Wahlkampfgetöse. Hören Sie auf, sich einer sachlichen Diskussion zu verweigern, wie Sie das heute tun. Kehren Sie zurück zu einer sachlichen Auseinandersetzung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Als nächster Redner hat Herr Abg. Schaus für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Grundlage unserer heutigen Debatte ist das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Kassel zu den elf Musterklagen.

(Minister Dieter Posch: Stimmt!)

Wir bedauern nach wie vor, dass der VGH eine Auswahl der Kläger vorgenommen hat, weil damit auch eine Vorauswahl der inhaltlichen Fragestellungen vorgenommen wurde. Es wäre gerechter gewesen, alle 240 Klagen zu erörtern und in einem gemeinsamen Verfahren zu verhandeln.

Das jetzt vorliegende Urteil, das den Ausbau bestätigt, aber ein striktes Nachtflugverbot fordert, wird zunehmend zu einem massiven Problem für die Landesregierung – wir haben das heute erlebt – und führt zur Entlarvung von FDP und CDU in Sachen Nachtflugverbot.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, doch dazu komme ich später noch ausführlich. Ich denke, dass wichtige inhaltliche Punkte in dieser Debatte nicht untergehen dürfen. Bedauerlicherweise geht das Urteil nicht in ausreichender Weise auf ungelöste Probleme und erhebliche Gefahrenquellen ein, die mit der Landebahn Nordwest verbunden sind. Dies ist unseres Erachtens, anders als die Bewertung des Herrn Ministers Posch, z. B. die Vogelschlagproblematik bei Westanflug am Mainkilometer 14,4. Das Gericht spricht hier nur von einer planerischen Bewertung des Problems und schließt somit vergleichbare Situationen wie jüngst bei der Notlandung im Hudson in New York, wenn die technischen Kontrollanlagen nicht das halten,

was sie versprechen – und das weiß niemand –, ausdrücklich nicht aus.

Das sind weiterhin die Gefahren für das in der Einflugschneise liegende Tanklager in Raunheim und die umliegende Bevölkerung, die unseres Erachtens ebenso hoch einzustufen sind wie die Problematik bei Ticona. Das sind ferner die Lärmbelastungen und die Schadstoffbelastungen, auch am Tag, sowie ungeklärte Fragen des Naturschutzes.

Nicht im Klageverfahren, dennoch von großer Bedeutung sind für uns in dieser Diskussion die direkten und indirekten Kosten des Baus der Nordwestlandebahn. 4 Milliarden € Baukosten, finanziert durch Fraport, sind eine gewaltige Summe. Der Rückgriff auf das Eigentümerkapital und die Kreditfinanzierung vermindern aber auch die Ausschüttungen an die öffentlichen Anteilseigner der Fraport, nämlich das Land Hessen und die Stadt Frankfurt, in erheblichem Maße für Jahrzehnte.

2008 wurden insgesamt 180 Millionen € an die Anteilseigner ausgeschüttet. In diesem Jahr wird dies schon erheblich weniger, allein wegen des erheblichen Rückgangs der Passagierzahlen.

(Fritz-Wilhelm Krüger (FDP): Das stimmt doch gar nicht!)

Ob sich diese Investitionen aber auch langfristig bei weiter sinkenden Passagierzahlen jemals rechnen, ist und bleibt fraglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Da Fraport offenbar den Bau des Terminals 3 auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben will und wohl selbst nicht mehr an ihre eigenen Zuwachsraten glaubt, sind unsere Zweifel wohl sehr berechtigt.

(Beifall bei der LINKEN)

Nicht beziffert und auch nicht bezifferbar sind jedoch die Verluste an Entwicklung und Einnahmen durch die Einschränkung von Siedlungs- und Gewerbeflächen bei den Anrainergemeinden. Die Landesregierung spricht immer nur von den wirtschaftlichen Segnungen, die das Land durch den Flughafen ausbau erfahren wird. Ob sie eintreffen werden, ist komplette Spekulation. Aber für zunehmend mehr Menschen im Rhein-Main-Gebiet wird der Flughafen zum Fluch.

Nehmen wir das Beispiel Frankfurt. Der Regionalplan Südhessen weist in Erwartung des Fluglärms durch den Ausbau des Flughafens Bereiche aus, in denen regelmäßig die 60-Dezibel-Marke überschritten wird. Wegen der hohen Lärmbelastungen dürfen dort keine neuen Siedlungen gebaut werden. In den Siedlungsbeschränkungsbereichen leben aber schon viele Menschen.

Nach längerem Drängen der Opposition im Römer hat der schwarz-gelbe Magistrat endlich Zahlen vorgelegt, wie viele Menschen in Frankfurt nach dem Ausbau des Flughafens in diesen Siedlungsbeschränkungsbereichen leben werden. Ich beziehe mich auf den Bericht des Magistrats der Stadt Frankfurt vom 19.06.2009. Darin steht: Dies trifft ca. 85.000 Menschen, davon 5.260 Schulkinder, ca. 4.000 Kinder in Kindertagesstätten und 3.000 Menschen in Alten- und Pflegeheimen. Von der sozialen Infrastruktur in Frankfurt allein sind 57 Spielplätze, 47 Sportplätze, 21 Kleingartenanlagen und vier Freibäder betroffen. Bei allen diesen Einrichtungen können die Freiflächen nur noch eingeschränkt genutzt werden. – Es sind 85.000 Menschen, die allein Frankfurt in Lärmkorridoren

leben, in denen keine neuen Ansiedlungen vorgenommen werden dürfen.

Herr Ministerpräsident Koch, Sie haben im Falle eines Ausbaues ein Nachtflugverbot versprochen. Die SPD hat in einer umfangreichen Dokumentation den Wortbruch von CDU und FDP zum Nachtflugverbot belegt. Darin lässt sich detailliert nachlesen, wie viele konkrete Versprechungen den lärm- und umweltgeschädigten Bürgerinnen und Bürgern in den Anrainerstädten gemacht wurden. Sie beginnt mit Zitaten aus dem Mai 2000. Denen wollen wir nichts hinzufügen.

(Beifall bei der LINKEN)

Doch schon vor dem Mai 2000, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, gab es auch Zusagen von SPD-Politikern.

Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten möchte ich hier auszugsweise wenige vortragen. Da heißt es im Planfeststellungsbeschluss des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik vom 23. März 1971, also zum Ausbau der Startbahn West:

Die Befürchtungen, dass später eine weitere Start- oder Landebahn – etwa parallel zur Bahn 18 West – errichtet werden könnte, entbehren jeder Grundlage.

Dazu kann man sagen: Das haben Sie umgesetzt, denn die neue Bahn ist nicht parallel zur 18 West. – Ich zitiere weiter:

Die Genehmigung einer solchen Maßnahme wird auf keinen Fall erteilt.

Zehn Jahre später, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen zur Startbahn West, erneuerte der damalige SPD-Ministerpräsident Holger Börner im Jahr 1981 das Versprechen:

Nach dem Bau der Startbahn wird kein Baum mehr für den Flughafen fallen.

(Horst Klee (CDU): Das haben wir schon einmal gehört! Das ist nichts Neues! – Gegenruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE): Aber das ist wichtig, Herr Klee!)

In der Umweltverträglichkeitsbewertung des damals verantwortlichen Ministers Schneider, SPD, aus dem Jahr 1980 lesen wir Folgendes:

Die offenkundig gewordenen ökologischen Auswirkungen des Startbahnbaus

– also der 18 West –

zwingen aber auch zu durchgreifenden Entlastungsmaßnahmen beim künftigen Flächenverbrauch im Rhein-Main-Gebiet.

Und, last but not least – mein letztes Zitat – erklärt die Landesregierung unter Ministerpräsident Eichel im Jahr 1994:

Die Landesregierung erklärt unmissverständlich, dass sich an der derzeitigen Start- und Landebahnkonfiguration nichts ändert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, auch das gehört zur Redlichkeit in dieser Debatte dazu. Wir können nicht umhin, an dieser Stelle natürlich auch auf die Mitverantwortung der SPD für die scheinbar erteilten politischen Zusagen nach dem Bau der Startbahn 18 West hinzuweisen.

Nun komme ich, wie Kollege Al-Wazir, zu Herrn Minister Posch. Da hat es mich schon überrascht, heute Morgen in der „Frankfurter Rundschau“ – Herr Al-Wazir hat es bereits angesprochen – diesen Artikel mit diesen Aussagen zu lesen. Ich will dem nur eine hinzufügen, denn ich kann das nicht nachvollziehen.

Herr Minister, vorhin haben Sie mit Vehemenz dargestellt, dass man erst die schriftliche Urteilsbegründung abwarten muss, bevor man „seriös“ darüber entscheidet. Das waren sinngemäß Ihre Worte.

Dann müssen Sie mir aber an dieser Stelle erklären, wie Sie zu folgender Aussage und Position in der „Frankfurter Rundschau“ von heute kommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, dabei besonders auf die einzelnen Worte zu achten. Ich darf zitieren:

Diese Position sei nicht hinzunehmen, weil damit auch Bundesgesetze in anderen Bereichen hintergangen werden könnten, sagte Posch. Man müsse dagegen gesetzlich vorgehen, wenn diese Rechtsposition vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt würde.

Worum geht es hier? Eine klarere Aussage, bevor eine schriftliche Urteilsbegründung vorliegt – wie das Herr Minister Posch vorhin gerade gefordert und für sich in Anspruch genommen hat – ist also bereits getroffen. Die Aussage ist klar. Sie lautet nämlich: Wir sind nicht bereit, die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs hinzunehmen; wir werden in Revision gehen; wir werden in Revision gehen müssen – so habe ich Sie verstanden, mit dem Vortrag Ihrer juristischen Winkelzüge in diesem Zusammenhang –; wir werden nicht akzeptieren, dass die Entscheidungen des Landesentwicklungsplans geltendes Recht werden, weil – und dann kommt viel Juristisches. Ich bin manchmal froh, dass wir bei uns in der Fraktion nicht so viele Juristen haben – wenn ich höre, was Herr Posch hier heute an Winkelzügen vorgetragen hat.

(Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zurufe von der CDU und der FDP sowie des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

Herr Hahn, was ich in meinem Verwaltungsstudium gelernt habe, war, dass spezielles Landesrecht, also die Landesentwicklungsplanung, vor allgemeinem Bundesrecht steht. Anders kann es rechtlich gar nicht verstanden und gemeint gewesen sein. Wie sollte denn ansonsten Ihr Beschluss – an dem wir nicht beteiligt waren – aus dem Mai 2007 juristisch zu bewerten sein?

(Wolfgang Greilich (FDP): Nochmals studieren!)

Sie verdrehen es. Im Rahmen des Landesentwicklungsplanes ist das Nachtflugverbot miteinbezogen worden. Möglicherweise können Sie sich aus dieser Kiste mit juristischen Winkelzügen herauswinden – aber politisch bleiben Sie in der Verantwortung dafür, dass den Bürgern hier seit Jahren etwas versprochen wird,

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Schreien Sie doch nicht so rum!)

was Sie nicht einzuhalten und durchzuführen bereit sind.

(Beifall bei der LINKEN – Axel Wintermeyer (CDU): Mäßigen Sie sich einmal! – Zuruf von der CDU: Haben Sie schon einmal etwas von Lärmschutz gehört?)

Deshalb bleibt für mich nur der Schluss: Bestehende Gesetze sollen einseitig den Wirtschaftsinteressen geopfert

werden, die betroffenen Menschen spielen dabei keine Rolle.

Dies ist zynisch und menschenverachtend. Meine Damen und Herren, ich hoffe sehr, viele haben gehört, was Sie hier gesagt haben, Herr Posch – was Ihr Wort ist und was Ihr Wort gilt.

Lassen Sie mich zum Abschluss sagen: Wir als LINKE vertreten die Position, dass keine Revision gegen das VGH-Urteil durch die Landesregierung eingelegt werden soll. Wir fordern den sofortigen Beginn eines Planänderungsverfahrens.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das interessiert aber niemanden, was Sie fordern!)

Und wir vertreten nach wie vor die Position der Bürgerinitiativen: keine Nachtflüge in der Zeit zwischen 22 und 6 Uhr.

(Beifall bei der LINKEN – Minister Jörg-Uwe Hahn: Denken Sie an die Arbeitsplätze!)

Aus unserer Sicht sind alle drei vorgelegten Anträge nicht ausreichend. Dennoch werden wir dem Antrag der GRÜNEN zustimmen, denn er bezieht sich auf die Beschlussfassung des Landtags vom 18. Mai 2000 und weist in die richtige Richtung.

Dem Antrag der SPD werden wir hingegen nicht in vollem Umfang zustimmen können – denn er begrüßt das VGH-Urteil,

(Günter Rudolph (SPD): Das stimmt!)

das wir in seiner Gesamtheit nicht begrüßen. Dieser Antrag versucht, die Mitwirkung der SPD an den negativen Folgen des Flughafenausbaus zumindest einmal beiseite zu schieben. Deswegen werden wir Abs. 4 des SPD-Antrags zustimmen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Was?)

Wir können uns auch vorstellen, den Abs. 3 und 5 dieses Antrags zuzustimmen. Allerdings werden wir weder in Abs. 1 das Urteil begrüßen, noch einer Kapazitätsausweitung durch Neubau in Abs. 2 zustimmen, noch einer Verlagerung der Nachtflugproblematik an den Flughafen Hahn. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Kollege Rentsch.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Das Thema Nachtflugverbot ist eines von vielen Themen beim Ausbau des Frankfurter Flughafens.

Lassen Sie mich vorab einmal sagen – das ist etwas, was Sozialdemokraten, Freidemokraten und Christdemokraten verbindet –: Dass dieser Flughafen ausgebaut werden kann und wir Tausende von Arbeitsplätzen in diesem Land sichern, ist ein Riesenerfolg. Meine Damen und Herren, das lassen wir an einem solchen Tag auch nicht kleinreden.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Al-Wazir, Sie haben uns vorgeworfen, die Freien Demokraten seien der Büttel der Luftfahrtindustrie. Wissen Sie: Wir sind der Büttel von vielen Tausend Menschen, die in diesem Land Arbeit suchen. Wenn wir dieser Büttel sind, dann sehr gerne.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Die Entscheidung des VGH – das wird wahrscheinlich noch deutlicher, wenn die Gründe endlich vorliegen – ist eine Riesenniederlage für die GRÜNEN. Sie haben den Leuten immer erzählt, der Ausbau sei nicht möglich.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– Mit Ihnen beschäftige ich mich nicht. Sie sind bei dieser Frage wirklich nicht wichtig, denn Sie hängen sich im Kelterbacher Wald an Bäume, aber ansonsten haben Sie zu diesem Thema nichts beizutragen.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Die Genehmigung des Ausbaus ist ein Erfolg für den Wirtschaftsstandort. All Ihre Propaganda ist gescheitert. Meine Damen und Herren, es ist ein Sieg für den Rechtsstaat, weil die Verwaltung nach Recht und Gesetz entschieden hat und ein Antragsteller ohne politische Beeinflussung einen Antrag genehmigt bekommen hat. So funktioniert der Rechtsstaat. Wir sind hier nicht im Wilden Westen, wie es die GRÜNEN in Deutschland gerne hätten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich bin wirklich stolz darauf, dass wir uns solch aufwendige Genehmigungsverfahren mit den vielen Einwendungs- und Anhörungsmöglichkeiten leisten, weil dies beweist, wie rechtsstaatlich dieses Land mit höchst komplizierten Verfahren umgeht. Das unterscheidet uns von vielen anderen Ländern.

Erstens. Das ist ein Erfolg.

Zweitens. Herr Kollege Al-Wazir, wir brauchen keine Belehrung von den GRÜNEN, wenn es um das Thema Moral geht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ihre traumatischen Erlebnisse des letzten Jahres mögen für Sie ein Problem sein. Ich weiß auch, dass Ihre Glaubwürdigkeit, auch als Person, dermaßen unter dem letzten Jahr gelitten hat, als Sie Ihre Mittäterschaft bei Rot-Rot-Grün bewiesen haben. Herr Kollege Al-Wazir, bleiben Sie doch trotzdem ein wenig sachlich. Der Kollege Blum hat keinen Aufkleber auf seinem Auto. Ich glaube, Sie haben auf Ihrem 5er BMW auch keinen Aufkleber.

(Zurufe der Abg. Tarek Al-Wazir und Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich will an der Stelle sagen: Ich habe im letzten Plenum einen Fehler gemacht. Ich habe dem Kollegen Al-Wazir vorgeworfen, er habe in seinem Büro ein Spiegelkabinett eingerichtet. Er hat mir danach versichert, dass das nicht so ist. Deshalb bitte ich dafür um Entschuldigung, auch wenn mich danach viele Leute angesprochen und gefragt haben, ob das so ist, weil sie es schon lange vermutet hätten. – Herr Kollege Al-Wazir, dann müssen Sie auch zurücknehmen, dass der Kollege Blum irgendwelche Aufkleber auf seinem Auto hat, die Sie auf Ihrem 5er BMW doch auch nicht haben.

Ich glaube, wir sollten, wenn wir zur Sache zurückkehren, über die Frage diskutieren, worum es bei dem Nachtflugverbot geht. Beim Nachtflugverbot geht es um die Frage, ob die Verwaltung in dem Zeitpunkt, in dem sie entschieden hat – Minister Posch sitzt hier als Genehmigungsminister, nicht als der Politiker Dieter Posch –, die höchstrichterliche Rechtsprechung berücksichtigt hat. Das hat sie. Deshalb hat die Verwaltung keinen Fehler gemacht.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch!)

– Herr Kollege Kaufmann, warum denn „doch“? Das stimmt doch nicht. Hören Sie doch bitte auf damit. Sie mögen ein guter Physiker sein. Aber fragen Sie zu den juristischen Fragen bei aller Liebe einmal einen Juristen, der sich damit auskennt. Es macht doch keinen Sinn, immer dazwischenzublöken. Bitte.

(Zurufe der Abg. Frank-Peter Kaufmann und Matthias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Verwaltung hat richtig entschieden. Trotzdem sage ich ganz klar – so haben wir das auch als Partei beschlossen –: Für die Freien Demokraten bleibt es bei der politischen Botschaft. Ja, wir wollen das Nachtflugverbot, wenn dies rechtlich möglich ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Für eine rechtliche Überprüfung brauchen wir höchstrichterliche Rechtsprechung. Denn eines ist doch auffällig: Der Verwaltungsgerichtshof in Hessen steht in krassem Widerspruch zum Bundesverwaltungsgericht. Es muss doch erlaubt sein, dass wir in dieser Frage den Rechtsweg bis zum Ende gehen, damit dann auch entschieden ist, wie diese Frage beurteilt wird – und nicht vorher.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Kommen Sie bitte zum Ende.

**Florian Rentsch (FDP):**

Letzter Punkt. Kollege Hahn hat es in einer der letzten Debatten hier noch als Abgeordneter gesagt: Wenn es die GRÜNEN zu entscheiden hätten, gäbe es überhaupt kein Nachtflugverbot. – Wir haben zurzeit 51 Nachtflüge. Das Planfeststellungsverfahren hat zurzeit 17 Nachtflüge vorgesehen. Deshalb führt dieser Ausbau zu weniger Nachtflügen. Das ist das Gute.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Al-Wazir, ich will deshalb abschließend sagen: Hören Sie doch manchmal auch auf die Kollegen der Opposition. Denn einige der SPD-Kollegen sind mit dem Sachverhalt sachlicher umgegangen. Hören Sie auch einmal auf die Regierungskoalition, weil die, wie ich glaube, in dem Sachverhalt auch versucht hat, sachlich zu begründen, worum es geht. Wie ich sehen kann, tragen Sie heute einen grünen Punkt. Sie wissen, eigentlich gehören Sachen mit einem grünen Punkt in den gelben Sack. Aber das will ich nur am Rande erwähnen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Deshalb: Informieren Sie sich ein bisschen besser. Dann können wir den Sachverhalt neu aufrollen. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel und Günter Rudolph (SPD): Jetzt kommt Herr Koch!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Herr Kollege Rudolph, zur Geschäftsordnung, bitte.

**Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, wir bitten, zu Ziffer 4 unseres Antrags Drucks. 18/993 eine namentliche Abstimmung durchzuführen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich gehe davon aus, dass überhaupt nach Ziffern abgestimmt werden soll. Aber es liegt mir kein Antrag vor.

(Günter Rudolph (SPD): Das interessiert nicht!)

– Dann halte ich fest: Über Ziffer 4 des Antrags Drucks. 18/993 führen wir eine namentliche Abstimmung durch. Das machen wir vorab. Dann können wir über die anderen Punkte abstimmen. Einverstanden?

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danach einzeln!)

– Also stimmen wir über jede Ziffer einzeln ab. Alles klar. Das geht in Ordnung. Dann bitte ich, zu beginnen. Ich bitte, bei Zustimmung laut und deutlich Ja, bei Ablehnung Nein und bei Enthaltung „Enthaltung“ zu sagen.

(Namensaufruf – Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Meine Damen und Herren, wir müssen noch einmal zählen. Ich mache Ihnen den Vorschlag, dass wir jetzt über die Ziffern 1, 2, 3, 5 und 6 abstimmen. Bis dahin sind die anderen Stimmen ausgezählt.

Ich rufe die Ziffer 1 des Antrags der SPD auf. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Ich stelle fest, dass die Ziffer 1 bei Zustimmung der SPD und Ablehnung aller anderen Fraktionen nicht angenommen worden ist.

Ziffer 2. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen?

(Günter Rudolph (SPD): Ich denke, ihr stimmt nicht mit den LINKEN ab! Jetzt macht ihr es doch!)

Wer enthält sich der Stimme? – Ziffer 2 ist mit dem gleichen Ergebnis wie Ziffer 1 abgelehnt.

Ziffer 3. Wer stimmt zu? – Wer lehnt ab? – Ich stelle fest, dass Ziffer 3 bei Zustimmung von SPD, GRÜNEN und LINKEN sowie Ablehnung der Fraktionen der CDU und der FDP ebenfalls abgelehnt worden ist.

Ziffer 5. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Ziffer 5 ist mit dem gleichen Ergebnis wie Ziffer 3 abgelehnt.

Ziffer 6. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, dass Ziffer 6 bei Zustimmung von SPD und GRÜNEN sowie Ablehnung von CDU, FDP und LINKEN abgelehnt ist.

Das Ergebnis der Auszählung zu Ziffer 4 hat ergeben: Mit Ja haben 48 gestimmt. Mit Nein haben 66 gestimmt. Damit ist die Ziffer 4 ebenfalls abgelehnt.

(Anlage 2: Erklärung zur Abstimmung nach § 88 Abs. 2 GOHLT der Abg. Heike Habermann und Nancy Faeser (SPD))

Meine Damen und Herren, wir stimmen ab über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 18/994. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Der Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Zustimmung durch die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE abgelehnt.

Zum Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 18/1067. Wer möchte dem zustimmen? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Dann stelle ich fest, dass der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Ablehnung der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE beschlossen worden ist. Damit können wir den Punkt abschließen.

Ich rufe nichts mehr auf, sondern teile Ihnen nur mit, dass wir den Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend Arbeitslosigkeit abbauen – Qualifikationen erhalten – Menschen aktiv in Arbeit bringen, Drucks. 18/1107, erhalten haben. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dies Tagesordnungspunkt 77, den ich zusammen mit Tagesordnungspunkt 43 aufrufe. Sind alle dafür? – Wunderbar.

Weiterhin bitte ich Sie, trotz der Zeitverschiebung an der Eröffnung der Ausstellungen „20 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit“ und „Schiffersgrund“ teilzunehmen, die unten im Foyer stattfindet.

Sie können jetzt bis 15:15 Uhr in die Mittagspause eintreten.

(Unterbrechung von 14:09 bis 15:18 Uhr)

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie begrüßen und die Sitzung wieder eröffnen.

Wir fahren fort mit dem Setzpunkt der LINKEN, **Tagesordnungspunkt 43:**

**Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend keine neuen Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende, Aussetzung aller laufenden Sanktionen – Drucks. 18/1072 –**

gemeinsam mit **Tagesordnungspunkt 76:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Arbeitsmarktreform dringend weiterentwickeln – Drucks. 18/1105 –**

und **Tagesordnungspunkt 77:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Arbeitslosigkeit abbauen – Qualifikationen erhalten – Menschen aktiv in Arbeit bringen – Drucks. 18/1107 –**

Redezeit: zehn Minuten pro Fraktion. Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Frau Schott gemeldet. Sie haben das Wort, bitte schön.

**Marjana Schott (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben uns dazu entschlossen, einen Antrag zur Aussetzung der Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger einzubringen. Dafür gibt es generelle, aber vor allem auch aktuelle gute Gründe.

Wir haben momentan 17 % weniger offene Stellen als im Vorjahr, dafür aber mehr Arbeitslose. Angesichts dessen sind Sanktionen gegen Arbeitslose, speziell gegen Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger, eine besonders unangemessene Umgehensweise. Erwerbslose werden dafür bestraft, dass sie z. B. zu spät zu einem Termin kommen, dass sie nicht für 1 € arbeiten wollen oder dass sie nicht zum nächsten Bewerbungstraining gehen wollen, nicht an noch einem Computerkurs teilnehmen wollen oder in Ruhe darüber nachdenken wollen, eine Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben.

Bei der gerichtlichen Überprüfung eben dieser Eingliederungsvereinbarungen fallen diese regelmäßig durch. Ich kenne einen Volljuristen, der zu einem Bewerbungstraining geschickt wurde. Als er dem Arbeitsvermittler erklärte, dass es sinnvoller wäre, ihn als Trainer einzusetzen denn als Teilnehmer dieser Maßnahme, wurde ihm in ruhiger und bestimmter Art erklärt, dass er mit Leistungskürzung zu rechnen habe, wenn er nicht an dem Training teilnehme. – Eine effektivere Mittelverschwendung kann ich mir nicht vorstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese geübte Sanktionspraxis gegen Erwerbslose führt Jahr für Jahr zu neuen Sanktionen und zu einer steigenden Zahl von Widersprüchen, insbesondere von erfolgreich geführten Widersprüchen. In Zeiten wie diesen, in denen wir im August steigende Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen haben, in denen die Bundesregierung ohne lange Diskussion die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld verlängert, in Zeiten wie diesen, in denen wir in Hessen fast täglich ein kleines oder mittelständisches Unternehmen verlieren und nach wie vor um die Arbeitsplätze bei Opel fürchten müssen, beschäftigen sich unzählige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsverwaltung damit, Sanktionen auszusprechen und sich dann oft monatelang mit den Widerspruchsverfahren zu befassen. Statt Kraft, Energie und Kosten in sinnentleerte Auseinandersetzungen über vermeintliche Verstöße zu geben, muss alle Kraft aufgewendet werden, um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Stattdessen wurden im Jahr 2008 789.000 Sanktionen verhängt. Wie erklären Sie mir, dass von 83.000 Widersprüchen, die 2008 gegen diese Sanktionen eingelegt wurden, 41 % erfolgreich waren, über den Klageweg sogar 65 %? Sanktionen schaffen keine Arbeitsplätze. Sie erhöhen auch nicht die Bereitschaft, sich um einen Arbeitsplatz zu bemühen. Im Gegenteil, sie sind kontraproduktiv.

(Beifall bei der LINKEN)

Erwerbslose, denen ihr ohnehin schon knapp bemessenes Geld gekürzt wird, sind damit beschäftigt, die Kürzungen irgendwie zu kompensieren. Ihr Kopf wird nicht freier

und kreativer, um sich auf dem Arbeitsmarkt zu bewähren. Der Sanktionsgedanke rührt aus der Annahme, dass ein großer Teil der Erwerbslosen sich in der sozialen Hängematte ausruht. Gerhard Schröder hat mit seinem „kein Recht auf Faulheit“ eine unsägliche Debatte begonnen, in der er die Verantwortung für Arbeitslosigkeit individualisiert hat, um darüber hinwegzutäuschen, dass es schlicht und ergreifend nicht genug Arbeitsplätze gibt. – Beachten Sie die Vokabel „Arbeitsplätze“; denn Arbeit gibt es genug.

Die Faulheitsthese ist vollkommen falsch. Der steigende Anteil von Menschen, die zu Niedriglöhnen arbeiten oder als Leiharbeiter beschäftigt sind, zeigt deutlich, dass immer mehr Menschen bereit sind, zum Teil zu unwürdigen Bedingungen zu arbeiten. Auch der jüngste Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass der überwiegende Teil der Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger bereit ist, Beschäftigung deutlich unter ihrem Qualifikationsniveau anzunehmen, längere Arbeitswege in Kauf zu nehmen, mehr Belastung am Arbeitsplatz zu akzeptieren und ungünstige Arbeitszeiten und geringes Einkommen zu verschmerzen. Was, bitte, sollen Erwerbslose eigentlich noch in Kauf nehmen, um am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen?

Der Arbeitsmarkt hält aber schlicht und ergreifend kein Angebot für diese Menschen bereit. Die Arbeitslosigkeit ist in Deutschland nach wie vor durch ein massives Arbeitsplatzdefizit gekennzeichnet. Mit der Krise wird sich diese Situation dramatisch verschärfen. Wenn in der Zielvereinbarung zwischen dem BMAS und der Bundesagentur zur Erreichung der Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2009 die Rede davon ist, die existenzsichernden Leistungen um 3 % zu senken, dann frage ich mich ernsthaft, wie das gehen soll, wenn nicht durch vermehrte Sanktionen, deren einziger Sinn genau die Erfüllung dieser Vereinbarung ist.

Nebeneffekt dieser Sanktionen ist ein ungeheurer Druck sowohl auf Erwerbstätige als auch auf die Erwerbslosen, alles Mögliche an Verschlechterungen in der Arbeitswelt zu akzeptieren, um nur ja zu vermeiden, in die Gefahr von Erwerbslosigkeit oder gar einer Sanktion zu kommen. Auf diese Weise geraten wir noch stärker in eine Abwärtsspirale bei Löhnen und Arbeitsbedingungen, als wir es ohnehin schon sind.

Die Sanktionen müssen aber auch deshalb beendet werden, weil sie eine Art Sippenhaft darstellen. In jeder betroffenen Bedarfsgemeinschaft werden alle von den Kürzungen betroffen. Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass bei einer Mittelkürzung das Familienmitglied, das für die Kürzung verantwortlich ist, ganz allein diese Kürzung wieder einspart. Das heißt für alle und damit auch für die Kinder: Weniger Geld in der Haushaltskasse bedeutet weniger Lebensqualität, bedeutet unter Umständen weniger zu essen.

Befragen Sie die Anwälte, die die Widerspruchsverfahren führen. Sie wissen zu berichten, dass häufig nicht darauf aufmerksam gemacht wird, dass es Lebensmittelscheine gibt, dass Bescheide, gegen die Widerspruch erhoben werden soll, oft erst nach vier Wochen ausgestellt werden, dass Widersprüche häufig bis zu sechs Monate Bearbeitungszeit haben und dass der Widerspruch natürlich keine aufschiebende Wirkung hat.

Die Folge von Sanktionen ist häufig Verschuldung. Sollte der Erwerbslose bis hierhin noch nicht verschuldet oder

überschuldet sein, so ist er es spätestens dann. Anschließend schickt ihn dieselbe Behörde, die ihm vorher die Sanktion eingebrockt hat, zur Schuldnerberatung, die sie wiederum bezahlt. – So kann man auch Mittel zum Fenster hinauswerfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, das sind nicht die Probleme einzelner Jobcenter, sondern das ist Ausdruck der Hilflosigkeit der Mitarbeiter in der Arbeitsvermittlung, die selbst unter einem erheblichen Druck stehen. Wenn von ihnen erwartet wird, dass sie in Arbeit vermitteln und Kosten senken, sie aber keine Instrumente dafür haben, kann kein Mitarbeiter seinen Job gut machen. Die gemeinsam mit der SPD getätigte gebetsmühlenartige Wiederholung, dass es gut gewesen sei, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe zusammenzulegen, macht es auch nicht besser. Die Zusammenlegung alleine ist doch nicht das Ausschlaggebende, sondern wie diese Zusammenlegung ausgestaltet ist. Eine gute Grundidee bleibt eine gute Grundidee, egal wie schlecht sie ausgeführt wird.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also war die Zusammenführung richtig! Das sollten wir einmal festhalten!)

Sie sollten endlich erkennen, dass hier keine moderne Arbeitsmarktpolitik betrieben wird, sondern dass es eine Ansammlung von zweifelhaften Maßnahmen ist, die den Menschen das Leben schwer macht, die für viele deutlich weniger Geld im Geldbeutel bedeutet und den Druck erzeugt, der verantwortlich ist für immer schlechtere Arbeitsbedingungen. Die Erwerbslosen kämpfen seit Jahren mit den Auswirkungen dieser Reform, weil sie ganz einfach schlecht gemacht ist.

Weiterhin bin ich erstaunt über den Antrag der SPD; denn nach meiner Erinnerung sind Sie in Berlin immer noch an der Regierung beteiligt. Also tun Sie einfach das, was Sie hier einfordern, und hören Sie auf, uns mit Sonntagsanträgen zu behelligen. Das bringt überhaupt nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen auch keine kleinen Kurskorrekturen, sondern wir brauchen eine Wende in der Arbeitsmarktpolitik. Dafür ist der Antrag der LINKEN ein erster Schritt. Aber da Sie meinen Ausführungen ohnehin nicht trauen, empfehle ich Ihnen, sich ausführlich auf der Seite des Bündnisses für ein Sanktionsmoratorium zu informieren. Ich bitte das Parlament, die Forderungen dieses Bündnisses zu unterstützen. Ich fordere die Regierung auf, sich bei der Bundesregierung für die Streichung des § 31 SGB II einzusetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Frau Kollegin Schott. – Bevor ich jetzt Herrn Bocklet für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort gebe, begrüße ich Herrn Staatsminister a. D. Riebel recht herzlich auf der Zuhörertribüne. Herzlich willkommen, Herr Riebel.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Bocklet, Sie haben das Wort.

#### **Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Ja, Frau Kollegin, man muss noch einmal betonen, dass die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer Grundsicherung für Arbeitsuchende richtig war,

(Beifall des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

allein schon deswegen, weil es immer wieder von Ihnen negiert wird.

Diese Zusammenführung war wichtig, und sie war richtig. Ich sage Ihnen auch gerne, warum. Für alle diejenigen, die noch nie einen längeren Einstieg ins Arbeitsleben hatten und auf Sozialhilfe angewiesen waren, bedeutete dies: keine arbeitsmarktpolitischen Leistungen vom Arbeitsamt, Einzelanträge für jeden einzelnen Bedarf. Das heißt, für jeden Küchenstuhl und für jeden Wintermantel musste man extra Anträge stellen. Es gab die volle Anrechnung des Einkommens der Eltern, egal, wie alt man wurde, kein Anrecht darauf, sein Auto behalten zu können, eine Anrechnung der Ersparnisse des eigenen Kindes oberhalb von 256 €, keinen Beitrag für die Rentenversicherung, keinen Beitrag für die Krankenversicherung. All dies war das alte System, und das wurde positiv verändert. Das muss man auch in dieser Stunde einmal festhalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Deswegen gefällt mir der Duktus Ihres Antrages nicht, weil er so tut, als ob Fördern und Fordern der falsche Weg wäre. Wir sagen noch einmal, dass Fördern und Fordern richtig ist, dass das Mitwirkungsrecht richtig ist, dass auch eine Mitwirkungspflicht richtig ist. Im Übrigen hätten Sie, selbst wenn Sie mit absoluter Mehrheit entscheiden würden, Hartz IV abzuschaffen, dann die alte Sozialhilfe. Auch dort gab es schon eine Mitwirkungspflicht für die Betroffenen. Von daher war das bisher üblich und auch Standard. Das Fördern und Fordern wollen wir aber auch.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Und Beschäftigungsmöglichkeiten!)

Wenn Sie in Ihrem Antrag fordern, § 31 zu streichen, dann geht es um nichts anderes, als dass grundsätzlich und für alle Zeiten sämtliche Sanktionen aus diesem Gesetz gestrichen werden sollen.

Ich will Ihnen eine Zahl sagen. Sie haben die Bundestagsdruckssache auch. Ich kann sie nur zur Lektüre empfehlen. Das war eine Anfrage Ihrer Fraktion, deswegen kamen Sie wahrscheinlich auch auf das Thema. Dort gibt es eine Zahl, die sofort das Argument liefert, warum wir den Paragraphen nicht grundsätzlich streichen, sondern die Sanktionen nur zeitlich befristet aussetzen sollten. Ich sage Ihnen auch, warum: Es wurden 800.000 Sanktionen ausgesprochen.

440.000 Sanktionen – also in weit über der Hälfte aller Fälle – wurden nicht wegen 1-€-Jobs oder falscher Eingliederungsvereinbarungen ausgesprochen, sondern deshalb, weil sich die Leute nicht bei den Jobcentern gemeldet haben. 440.000 Menschen haben sich geweigert, vorstellig zu werden. Wenn man aber nicht einmal vorstellig wird, dann muss man mit einer Sanktion rechnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP – Zurufe von der LINKEN)

– Lesen Sie die Antwort der Bundesregierung auf Ihre Anfrage. Eine vertiefte Sachkenntnis hätte auch Ihnen weitergeholfen.

Eigentlich ist es falsch, grundsätzlich jede Form der Sanktion auszuschließen, aber an einem Punkt nähern wir uns Ihnen an. Wir von den GRÜNEN halten es tatsächlich für sehr kritikwürdig, dass die versprochene Balance des Förderns und Forderns in den letzten Jahren immer weiter ausgehöhlt wurde und auf Arbeitsuchende durch verschärfte Zumutbarkeits- und Sanktionsregeln massiver Druck ausgeübt wurde. Das sage ich in Richtung der Kollegen der CDU und der SPD. Sie waren doch in Berlin auf dem Holzweg. Sie haben das Fortschreibungsgesetz mit über 70 Änderungen an dem Hartz-IV-Gesetz beschlossen, an dem wir GRÜNEN mitgewirkt haben.

Selbst wenn wir die Vision hätten, 3,5 Millionen Arbeitslosen eine optimale Fort- und Weiterbildung zu geben, könnten wir angesichts von 500.000 offenen Stellen in der Bundesrepublik nicht alle mit Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt versorgen. Deswegen stellt sich grundsätzlich die Frage: Mit welchen Mitteln erhöhe ich den Druck auf diese Klientel? Wir haben keine 3,5 Millionen offene Stellen, sondern nur 500.000. Das müssen wir in dieser Stunde einmal zur Kenntnis nehmen. Das heißt: Selbst dann, wenn Sie die übelsten Stellschrauben anlegen, wenn Sie diese Klientel diffamieren – ich erinnere an das, was Herr Schröder gesagt hat, und die nachfolgende Debatte über „Faulenzer und Sozialschmarotzer“ –, sind die Sanktionen eindeutig zu hart, vor allem dann, wenn man nicht richtig fördert, wie es momentan passiert.

Das ist der zweite Teil unserer Kritik. Die Große Koalition hat die Sanktionen weiter verschärft, aber im gleichen Moment sehen wir mit großer Sorge, dass sich bei etlichen Jobcentern innerhalb von vier Jahren nichts geändert hat. Ich habe zuletzt ein Jobcenter im Odenwaldkreis besucht. Ich besuche viele Jobcenter, und immer wieder kommen dieselben Beschwerden, dass nämlich das Fordern gegenüber dem Anbieten passgenauer individueller Hilfen und der Motivation zur Selbstständigkeit, also dem Fördern, überwiegt.

(Zurufe von der LINKEN)

Deshalb sind wir der Meinung, der Landtag muss sich für ein umgehendes und zeitlich befristetes Sanktionsmoratorium einsetzen – so lange, bis diese Missstände behoben sind.

Ein weiterer Indikator für diesen Missstand ist, dass von den 6 Milliarden € Eingliederungsmitteln in der Bundesrepublik nur 3 Milliarden € bei den betroffenen Arbeitslosen landen. In Hessen wurden von den zur Verfügung stehenden 300 Millionen € Eingliederungsmitteln, die der Fort- und Weiterbildung, der Qualifizierung von Arbeitslosen dienen sollen, 156 Millionen € zurückgegeben, also nicht ausgegeben. Das ist ein Skandal und widerspricht dem Geist dieses Gesetzes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An der Stelle sind Rote wie Schwarze in einem Boot. Sie stellen die dafür verantwortlichen Landräte. Sie können dafür sorgen, dass dort bessere und mehr Eingliederungshilfen angeboten werden. Sie können dafür sorgen, dass die Mittel vollständig und präzise ausgegeben werden. Das passiert aber nach wie vor nicht. Deshalb stimmen wir durchaus der Kampagne zu, zu sagen: Wir brauchen ein Sanktionsmoratorium gegenüber den Menschen, die sich zu Recht beschweren, die sagen: „Was ist eigentlich

los? Ich bin willig, aber ich bekomme nichts, ich muss zum dritten Mal einen schwachsinnigen Trainingskurs besuchen.“ – Das ist der Punkt, an dem wir gerne zusammenkommen können, denn hier muss etwas passieren. Aber offensichtlich passiert nichts. Ich habe diese Rede schon vor drei Jahren gehalten, ich habe sie vor zwei Jahren gehalten, ich habe sie vor ein paar Monaten gehalten. In den Jobcentern verbessert sich die Situation nicht. Ich glaube, die richtige Reaktion ist, denen einen Schuss vor den Bug zu geben und zu sagen: Solange ihr nichts verbessert, so lange bestrafen wir die Menschen vor Ort nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Arbeitsmarktreformen haben die Situation verschärft. Ich habe das kritisiert. Ich glaube aber, man muss noch einmal positiv und konstruktiv beschreiben, was wir jetzt brauchen. Deshalb haben wir diesen Antrag eingebracht. Wir sind der Meinung, dass wir die LINKE mit ihrem populistischen Slogan „Hartz muss weg, Hartz schafft Armut“ nicht alleine stehen lassen dürfen.

(Zurufe von der LINKEN)

– Das ist Unfug. Hartz schafft keine Armut. Das ist totaler Blödsinn. Sie wissen, dass die Sätze vorher niedriger waren, dass es entmündigend war, in jedem Einzelfall einen Antrag stellen zu müssen. Es kam also zu Verbesserungen, und Sie stehen an dem Punkt alleine, weil alle anderen in diesem Saal denken: Lasst die mal machen. – Das ist aber falsch. Wir treten Ihnen entgegen. Man muss diese sinnvolle Reform weiter verbessern, aber man braucht sie nicht abzuschaffen. Das wäre ein Rückfall in alte Zeiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP – Zurufe von der LINKEN)

Der Großen Koalition muss man noch einmal ins Stammbuch schreiben: Sie hat zu sehr verschärft, sie hat versucht, die Arbeitsmarktpolitik als Sparbüchse zu benutzen. Das haben auch der vorherige und der jetzige Arbeitsminister so gemacht. Es wird zentralistisch dirigiert. Fragen Sie die Geschäftsführer, ob bei den Optionskommunen oder bei kommunalen Trägern. Alle sagen, es wird von der Bundesagentur dirigistisch hineinregiert. Das ist eine unerträgliche Situation. Deshalb sagen wir: Die Jobcenter vor Ort brauchen deutlich mehr Kompetenzen. Das umzusetzen wird eine der Hauptaufgaben nach der Bundestagswahl sein. Wir wollen auch die Rechte der Betroffenen stärken, ihnen mehr Möglichkeiten zur Mitentscheidung bei der Auswahl aus verschiedenen marktpolitischen Maßnahmen geben. Wir wollen dort, wo sie immer noch fehlen, Ombudsmannstellen in den Jobcentern einführen.

Es gibt ein weiteres Bündel an Maßnahmen, das peripher dazugehört. Wir sagen, dass der Regelsatz zu niedrig ist. Wir sagen, dass man mit 351 € nicht auskommen kann, dass der Regelsatz generell auf 420 € angehoben werden muss. Es muss auch etwas bei der Anrechnung des Partnereinkommens passieren. Die Schonvermögen für Ältere werden immer noch zu stark angetastet. Das sind Stellschrauben, an denen dringendst etwas verändert werden muss. Aber man muss Hartz IV nicht abschaffen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss vielmehr konstruktiv daran arbeiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Wir haben einen Antrag dazu eingebracht. Wir lehnen Ihren Antrag ab, weil wir der Meinung sind, es wird das Kind mit dem Bad ausgeschüttet.

Noch ein Wort in Richtung SPD-Fraktion: Sie haben einen eigenen Entschließungsantrag eingebracht. Dazu kann ich nur sagen: Sie fordern zu Recht, dass nach wie vor die Höhe der Leistungen überprüft und fortentwickelt werden muss. Sie fordern zu Recht, den Schutz des Schonvermögens neu zu regeln. Sie fordern auch, dass der Personalschlüssel verbessert werden soll. All dem kann man nur zustimmen. Wir bleiben als Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aber relativ ratlos zurück

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das kann ich verstehen! – Weitere Zurufe von der SPD und der LINKEN)

– Herr Dr. Spies, ich sage Ihnen auch, warum wir ratlos zurückbleiben –, weil wir uns fragen, wer in den letzten vier Jahren in Berlin regiert hat. Das waren Sie, und Sie haben dort nichts von dem umgesetzt, was Sie hier populistisch fordern. Das ist das eigentlich Schlimme. Sie können hier nicht so tun, als ob Sie die Retter des sozialen Abendlandes seien; denn in der Großen Koalition in Berlin haben Sie von diesen Punkten nichts durchsetzen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herzlichen Dank, Herr Bocklet. – Für die CDU-Fraktion erteile ich jetzt Herrn Dr. Bartelt das Wort.

#### **Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antragsteller, die LINKE, erweckt den Eindruck, eine große Zahl von Beziehern von Arbeitslosengeld II werde willkürlich mit Sanktionen belegt. Diesen werde in großem Umfang widersprochen, oder sie würden beklagt, und diesen Widersprüchen oder Klagen werde meist stattgegeben, sodass ein hoher Anteil von ALG-II-Beziehern zu Unrecht sanktioniert werde.

Wie sehen die Zahlen in Wirklichkeit aus? Aus welchen Gründen werden Sanktionen verhängt? Der Anteil der ALG-II-Empfänger, die ihren Verpflichtungen nachkommen, die das Prinzip „Fördern und Fordern“ zumindest akzeptieren und die keinerlei Sanktionen zu befürchten haben, beträgt 2008 mehr als 97 %.

Bundesweit wurden in 789.000 Fällen Sanktionen verhängt. Das ist ein Anteil von knapp 3 %. In 10 % dieser Fälle wird widersprochen oder geklagt. Bezogen auf diese 789.000 Fälle wurden im Jahr 2008 nach Widerspruchs- oder Klageverfahren etwas mehr als 4 % der Sanktionen zurückgenommen.

Noch einmal: In knapp 3 % der Fälle wurde das ALG II wegen Pflichtverletzung gekürzt. In 4 % dieser Fälle ist das nicht zu Recht geschehen – um das einordnen zu können. All diese Zahlen sind dem Antragsteller bekannt. Sie sind in der Antwort des Bundessozialministers auf eine Anfrage der LINKEN im Deutschen Bundestag enthalten.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Aus der Beantwortung dieser Anfrage geht auch hervor, aus welchen Gründen und zu welchen Anteilen die Sanktionen verhängt wurden. Bei den 789.000 Sanktionen – 256.000 betrafen unter 25-Jährige, 533.000 über 25-Jährige – wurden in 61 bzw. in 52 % der Fälle die Arbeitslosengelder gekürzt, weil die Betroffenen einen Ge-

sprächstermin beim Arbeitsvermittler nicht wahrgenommen hatten.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Die zweithäufigste Ursache dafür – in 13,7 respektive 18,5 % der Fälle, das ist deutlich weniger – war die Weigerung, eine Arbeitsgelegenheit gemäß § 31 aufzunehmen. Wer Sanktionen beim Nichterscheinen des Beziehers grundsätzlich ablehnt, weicht eine erfolgreiche Förderung auf Förderung und Forderung – sich fördern zu lassen – sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

(Beifall bei der CDU)

Das Nichterscheinen hat für alle Beteiligten negative Folgen.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Der Fallmanager wird demotiviert. Einem anderen Arbeitslosen kann die Stelle nur verzögert angeboten werden, und der Arbeitgeber verliert das Vertrauen in das Jobcenter. Das Nichterscheinen führt zu Leistungskürzungen in Höhe von zunächst 10 % des Regelsatzes.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wir meinen, das ist angemessen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Genau! Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!)

Sie schreiben, Sanktionen berühren die Unantastbarkeit der Menschenwürde. Wir finden, es berührt die Menschenwürde des Arbeitsuchenden, wenn Sie die persönlichen Fördermaßnahmen auf diese Weise zerstören. Der Antrag ist wirklich kein ernsthafter Beitrag zur Hilfe für Arbeitsuchende, sondern der Versuch, mit Zahlenspielen und Trickereien soziale Unruhen auszulösen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, genau! – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wir wären froh, wenn es ein bisschen Bewegung gäbe!)

Das hat die Spitzenkandidatin der hessischen LINKEN vor wenigen Tagen ganz offen als politisch wünschenswert bezeichnet. Parlamentarische Initiativen haben bei Ihnen offensichtlich den Sinn, außerparlamentarische Aktionen PR-mäßig zu initiieren oder zumindest zu begleiten.

(Beifall bei der CDU)

Die Thematisierung sozialer Unruhen erinnert auch stark an die Äußerung von Gesine Schwan, die – wir erinnern uns – vor einigen Monaten für die SPD für das Amt des Bundespräsidenten kandidierte und so etwas sagte, um Ihre Stimmen, die der LINKEN, zu sichern. Es ist ganz klar: In dieser Denkweise ist überhaupt kein Platz für das Ziel, Arbeitsuchende wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu führen.

Wir sehen dagegen in dem Prinzip „Fordern und Fördern“ einen erfolgreichen Weg, den Menschen nachhaltig zu helfen.

(Beifall bei der CDU)

Besuche und Gespräche in den Jobcentern, ob sie sich nun in Optionskommunen oder in Argen befinden, zeigen, dass Fallmanager und Arbeitsuchende hoch motiviert nach Lösungen suchen. Die Arbeitgeber sehen in den Jobcentern jetzt auch wieder einen Partner, wenn es darum geht, einen geeigneten Bewerber für ihre Stelle zu finden. Das war lange Zeit nicht der Fall. Die Jobcenter sehen in dem Arbeitsuchenden nun einen Kunden, den man zufriedenstellen muss.

(Lachen des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

So fordert etwa das Jobcenter Main-Taunus seine Kunden über das Internet auf, die Arbeit des Fallmanagers nach relevanten Kriterien zu beurteilen, um dies anschließend auswerten zu können.

Es ist unser vordringliches Ziel, den Bestand von Optionskommunen und Argen rechtlich dauerhaft abzusichern. Die qualifizierten Mitarbeiter in den Jobcentern müssen gehalten werden; die Vorurteile des Bundessozialministers in Bezug auf die Leistungsfähigkeit der Optionskommunen müssen abgebaut werden. Das geht wohl nur durch einen Wechsel an der Spitze.

(Axel Wintermeyer (CDU): So ist es!)

Die Kommunen müssen als Partner gesehen werden. Der kleinliche Streit über die Finanzierung der Eingliederungsleistung gemäß § 16 SGB II muss ein Ende haben.

Das Land Hessen wird die erfolgreiche Arbeit der Jobcenter durch Arbeitsmarktprogramme weiter begleiten und unterstützen. Die Hilfen zur Vorbereitung auf eine Ausbildung und zur Förderung der Ausbildung sowie die Arbeitsplatzprogramme werden bedarfsorientiert weiterentwickelt. Wir werden das in den Haushaltsdebatten im Einzelnen erörtern. Betroffene mit mangelnder Sprachkompetenz, Menschen ohne Schulabschluss, Langzeitarbeitslose und Alleinerziehende müssen unsere besondere Aufmerksamkeit bekommen.

Meine Damen und Herren, ich bin gespannt, wie sich die Mitglieder der anderen Fraktionen, insbesondere die der SPD, hier äußern werden: ob sie sich zu den Sanktionen klar bekennen oder ob sie sich dem Bündnis für ein Moratorium anschließen, angeführt von Politikern der LINKEN und unterstützt von der Vorsitzenden der Jugendorganisation der SPD, der Jungsozialisten.

Angesichts des historischen Hintergrunds der Entwicklung der LINKEN als ein Produkt der Abspaltung von der SPD und der Vereinigung mit der PDS sind wir sehr gespannt,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ach, jetzt sind wir gar nicht mehr von der SED!)

ob sie sich hier zu einer eindeutigen Haltung bekennen können. Unsere Haltung ist klar: Die politischen Ebenen – Kommune, Land und Bund – müssen in der Arbeitsmarktpolitik partnerschaftlich zusammenarbeiten. Wir werden wirtschaftlich die Rahmenbedingungen setzen, damit wir, auch an der Zahl der Arbeitsplätze gemessen, nach der Krise am Arbeitsmarkt besser dastehen als vorher.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Nach der Krise ist vor der Krise!)

Ich komme zu den heute eingegangenen Zusatzanträgen der GRÜNEN und der SPD. Sie haben sie bewusst als Dringliche Entschließungsanträge eingereicht. Das heißt, Sie wünschen eine sofortige Entscheidung. Der Antrag der SPD besteht aus einem Fließtext, der zusammenfassend bewertet werden muss. Wir müssen ihn aus den genannten Erwägungen ablehnen.

Auch in dem Antrag der GRÜNEN wird ein Sanktionsmoratorium gefordert. Ich sage: Wenn die Möglichkeiten, Sanktionen zu verhängen, erst einmal unterbrochen werden, ist das ganze System zerstört.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Genau! Das wollen wir nämlich!)

Es ist sehr schwierig, diese Möglichkeiten dann wieder einzuführen.

Der Antrag der Sozialdemokraten hat einen einzigen Sinn: Im letzten Satz soll davon abgelenkt werden, dass Bundessozialminister Scholz ein tiefes Misstrauen gegen ein partnerschaftliches Zusammenarbeiten mit den Kommunen hegt. Alle anderen Punkte sollen dies nur bemängeln.

(Petra Fuhrmann (SPD): Was für ein Unsinn!)

Sicherlich können einige Formulierungen sowohl in dem Antrag der SPD als auch in dem Antrag der GRÜNEN für sich genommen unsere Zustimmung finden. Wir raten Ihnen, Ihre Anträge als normale Anträge in die Ausschussberatung einzubringen. Dann werden wir im Sinne der Betroffenen über jeden einzelnen Punkt beraten und entscheiden.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen nur: Die FDP und wir sind derzeit offensichtlich die einzigen Parteien, die das Fordern und Fördern ohne Wenn und Aber als erfolgreiche Maßnahme zur Lösung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt ansehen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Schönen Dank, Herr Dr. Bartelt. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Rock das Wort.

#### **René Rock (FDP):**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Uns liegen heute zu dem Thema Sanktionen drei Anträge vor. Ich möchte kurz etwas zu dem Antrag der SPD sagen. Dieser Antrag ist aus unserer Sicht in vielen Punkten richtig. Er enthält zu vielen Bereichen vernünftige Aussagen.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Das ist aber mutig! Die SPD-Anträge sind immer richtig!)

Leider gibt es aber in jedem Abschnitt dieses Antrags einen kleinen Pferdefuß, über den man noch einmal hätte diskutieren müssen. Darum ist es uns heute leider nicht möglich, diesem Antrag in Gänze zuzustimmen.

Aber im Gegensatz zu den beiden anderen Anträgen, die uns heute vorliegen, ist hier kein Aussetzen der Sanktionen gefordert. Man bekennt sich hier immer noch zu Hartz IV und zu den Reformen, die eingeführt worden sind. Das ist für uns schon ein Lob wert, dass die SPD den Mut hat, im Hessischen Landtag doch nicht alles, was einmal auf den Weg gebracht worden ist, negativ hinzustellen. Von daher tut uns das an der Stelle fast leid.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Aber jetzt möchte ich auf die zwei anderen Anträge eingehen, deren Ziel ist: keine Sanktionen mehr für Hartz-IV-Empfänger. Beide Anträge, der GRÜNEN und der LINKEN, sind sich in diesem zentralen Satz einig. Das verwundert mich ein wenig, gerade wenn man Herrn Bocklet hier schon öfter hat reden hören. Dass er diesen Weg geht, hat mich doch sehr überrascht.

**Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**René Rock (FDP):**

Vielleicht am Ende. Ich möchte erst ein bisschen in Fahrt kommen, und dann kann man die Frage noch stellen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann ist es keine Zwischenfrage, dann ist es eine Endfrage!)

– Ich habe noch gar nicht angefangen, liebe Freunde.

Wenn ich Zahlen verwende, berufe ich mich auf die Drucks. 16/13577 aus dem Bundestag, die Antwort auf eine Kleine Anfrage der LINKEN, damit wir hier nicht mit verschiedenen Zahlen argumentieren. Denn es ist schon ganz schön verwirrend, wenn man einmal versucht zu recherchieren, wer welche Zahlen woher bekommt.

Wenn man jetzt einmal versucht, sich durch den Antrag der LINKEN zu arbeiten, kann man den zweiten Absatz nicht richtig verstehen. Warum wollen Sie jetzt eigentlich die Sanktionen aufheben? Wenn man einmal die Zahlen vergleicht, die in dieser Antwort auf die Kleine Anfrage klar zutage treten, dann sieht man aus meiner Sicht keinen Anlass. 2007 wurden 806.000 Sanktionen verhängt, 2008 789.000 Sanktionen. Von diesen Sanktionen sind ca. 4 % teilweise oder komplett aufgehoben worden, wobei es bei den Sanktionen immer um Ermessensentscheidungen geht. Bei den Klagen sind es 0,4 %.

(Florian Rentsch (FDP): Aha!)

Ist das wirklich ein Zeichen dafür, dass ein System völlig aus dem Ruder gelaufen ist?

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dann muss man sich einmal vor Augen halten: Mehr als 55 % der Sanktionen sind wegen Terminversäumnissen ausgesprochen worden. Schauen Sie sich das einmal im Gesetz an: Der Hartz-IV-Empfänger muss schriftlich auf die Problematik hingewiesen werden, damit ihm bewusst ist, was passiert, wenn er den Termin nicht einhält. Es ist doch nicht so, dass die Sanktion vom Himmel fällt und dass der Fallmanager hinter seinem Schreibtisch sitzt und sich fragt: Wie vielen Hartz-IV-Empfängern kann ich heute wieder eine Sanktion verpassen? – Das ist doch das Bild, das Sie hier zeichnen und das völlig daneben ist. Diese Fallmanager versuchen in einem in der Regel schwierigen Umfeld, den Menschen zu helfen. Das ist jedenfalls das, was ich als Rückmeldung bekomme.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Natürlich ist das, was ein Fallmanager als Sanktionen ausspricht, immer eine Ermessensentscheidung. Diese Ermessensentscheidung kann überprüft werden, und die Überprüfung funktioniert. Das sieht man auch daran, dass genug Widersprüchen stattgegeben wird. Dort, wo ich kommunalpolitisch Verantwortung trage, gibt es z. B. einen Ombudsmann, der relativ bürokratiefrei einmal die Woche einen Zugang schafft und der direkte Verbindung in die Verwaltung hat, um Problemen sehr schnell auf den Grund zu gehen. Dieser Ombudsmann ist auf Antrag der FDP eingerichtet worden, und er hat sich bewährt, übrigens ein sehr guter SPD-Mann, der sich da für die Leute einsetzt. Das ist der richtige Weg, eine konstruktive Lö-

sung, um den Menschen auf kurzem Dienstweg zu helfen. Denn darum geht es.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich kann aus Ihrem Antrag und aus der Begründung nicht ganz nachvollziehen, warum Sie die Sanktionen aufheben wollen. Wenn man sich das durchliest, könnte der einzige Hinweis sein, dass Sie die Sanktionen für nicht zumutbar halten. Es könnte daraus hervorgehen, dass Sie Sanktionen grundsätzlich für nicht zumutbar halten. Das hat mich bei den GRÜNEN verwundert; denn Sie haben nicht gesagt, Sanktionen seien grundsätzlich nicht zumutbar, sondern Sie haben einmal zugestimmt. Mittlerweile haben Sie die Erkenntnis erlangt, dass Sanktionen nicht mehr zumutbar seien. Herr Bocklet, das ist ein Schritt, den ich nicht nachvollziehen kann.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie zugehört hätten!)

Sie sind mittlerweile aus irgendwelchen politischen Überlegungen heraus der Meinung – nicht weil die Bundestagswahl vor der Tür steht, sondern aus Erkenntnissen heraus, die Sie von Besuchen bei Argen haben –, Sanktionen seien nicht mehr zumutbar. Aber was bedeutet das? Wenn ich die Sanktionen aufhebe, ist das der Ausstieg aus dem Modell „Fördern und Fordern“. Wie kann ich denn fordern, wenn ich nicht zumindest einmal eine Sanktion androhen kann? Wenn man einmal nachschaut, wo die Sanktionen verhängt werden, stellt man fest, das ist gerade im niedrigschwelligen Bereich, wo man die Leute erst einmal motivieren muss: Kommt einmal her, macht erst einmal einen Besuch beim Fallmanager, oder geht doch überhaupt erst einmal in eure Maßnahme. – Davon ist über die Hälfte der Leute betroffen, und da geht es um 10 % Kürzung. Dass es bei dem Geld immer noch viel ist, will ich gern zugeben. Aber es geht an der Stelle um 10 % Kürzung. Da muss ich ehrlich sagen, irgendwo ist eine gewisse Mitarbeit angemessen.

(Florian Rentsch (FDP): Auch bei den LINKEN!)

Jetzt noch einmal zu der Legende, die Fallmanager seien so übel und würden versuchen, den Hartz-IV-Empfängern sozusagen Sanktionen überzuziehen. Ich hoffe – ich kann es an der Stelle nicht beweisen –, dass das, was Sie erwähnen, diese Behördenwillkür, Einzelfälle sind. Um diese Einzelfälle abzarbeiten, haben wir Instrumente. Dass diese Instrumente wirken, auch dafür haben wir deutliche Hinweise in den Zahlen dieser Antwort auf die Kleine Anfrage gefunden.

Ich will Ihnen einmal eines sagen. Ich weiß nicht, ob Sie es mitbekommen haben, aber der Bundesrechnungshof hat sich mit der Thematik beschäftigt. Der Bundesrechnungshof hat die Argen und Optionskommunen aufgefordert, sie müssten viel intensiver Sanktionen verhängen, sie seien viel zu lasch, weil sie das Gesetz nicht angemessen anwenden würden. Das hat der Bundesrechnungshof festgestellt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Sie jetzt behaupten, das sei flächendeckend Willkür – anders kann man die Situation nicht erklären; es müsste flächendeckend Willkür in den Behörden sein, denn nur dann wäre eine Aussetzung der Sanktionen angemessen –, so möchte ich das auf jeden Fall ausschließen.

Ich möchte aber noch einen zweiten Punkt aufgreifen. Der zweite Punkt ist das Existenzminimum. Auch Herr Pfarrer Gern hat mit der Frage des Existenzminimums argumentiert. Er hat ausgeführt, Hilfesetze sollten Menschen helfen und sie nicht bestrafen. Er ist Pfarrer, und er hat eine Sicht auf die Welt, die man respektieren muss. Die respektiere ich an der Stelle auch. Die Frage ist nur: Ist jemand, der erwerbsfähig ist, jemand, dem man an der Stelle helfen muss? Wenn er arbeitslos ist, ja. Aber wenn ein erwerbsfähiger Mensch die Möglichkeit hat, einer Beschäftigung nachzugehen, und dies verweigert, oder wenn er nicht bereit ist, dazu beizutragen, in Beschäftigung zu kommen, ist es dann jemand, den man nicht auch fordern darf? Wir als FDP glauben, auch so jemand muss gefordert werden, und dazu kann auch einmal eine Sanktion notwendig sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wer Hartz IV zugestimmt hat, muss im Grundsatz diese These vertreten haben. Der muss im Grundsatz mit uns zumindest am Anfang einmal übereingestimmt haben; denn sonst ist das ganze Modell der Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze nicht zu begründen. Es ist klar, wir sind der Meinung, jemanden, der arbeitsfähig ist, kann man auch sanktionieren, wenn er nicht bereit ist, einer Beschäftigung nachzugehen. Das ist ein Riesenunterschied zu Ihnen, auf den ich wirklich stolz bin.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ich auch! – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Wir auch!)

– Vielen Dank. – Warum haben Sie den Antrag überhaupt gestellt? Warum haben Sie ihn jetzt gestellt? Darauf gibt es doch nur eine Antwort, und die lautet: Es ist kurz vor der Bundestagswahl, und Sie wollen noch ein bisschen Stimmung machen. – Ich bin verwundert, dass Herr Bocklet an dieser Stelle auf das Thema aufgesprungen ist.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Vor fünf Jahren haben wir das schon gesagt!)

Sie sind wirklich jemand, der sich intensiv mit Hartz IV auseinandergesetzt hat, der da gewisse Kompetenzen hat. Warum Sie an der Stelle aus meiner Sicht aus populistischen Gründen so einem Antrag der LINKEN hinterherlaufen, kann ich einfach nicht verstehen, weil das Ihre Reputation bei den anderen Abgeordneten bestimmt nicht fördert, die mit Sicherheit da war. Für mich ist der einzige Grund, warum Sie den Antrag heute stellen, die anstehende Bundestagswahl, um hier noch ein bisschen Stimmung zu machen.

Das ganze Thema geht auf das Bündnis für ein Sanktionsmoratorium zurück. Wenn ich mir jetzt allerdings anschau, wer da so alles aktiv ist, und vor allem, wo es gegründet worden ist, nämlich in Berlin, so kann ich feststellen: Vielleicht liegt es daran, dass Sie in Berlin regieren und deshalb der Verwaltungsvollzug in Berlin in dieser ganzen Angelegenheit besonders schlecht ist. Vielleicht sollten Sie sich darüber einmal Gedanken machen. Dort, wo Sie regieren, sind die größten sozialen Missstände. Diesen Zusammenhang müsste man doch einmal versuchen zu bearbeiten. Vielleicht können Sie einmal versuchen, in Berlin Ihre heile Welt einzurichten, die Sie den Leuten versprechen.

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Herr Kollege Rock, Sie müssen zum Ende kommen.

#### **René Rock (FDP):**

Ich komme zum Schluss. Ich will nur noch zusammenfassen. – Ich finde, es gibt mittlerweile ein komisches Bündnis. Ich habe gesehen, in dem Bündnis sind Frau Kipping, Frau Claudia Roth, Herr Ströbele, Herr Ottmar Schreiner, Herr Scheer, Herr Geißler darf natürlich auch nicht fehlen,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Dieter Hildebrandt!)

attac Deutschland – sie alle sind in dem Bündnis, das sich auf den Weg gemacht hat, Hartz IV zu unterminieren und dem Fördern und Fordern den Garaus zu machen.

Sie wollen nur Hartz IV abschaffen. Ihnen geht es gar nicht um die Sanktionen. Sagen Sie ehrlich: „Wir wollen das Gesetz abschaffen“, bringen Sie den Antrag ein, und kommen Sie nicht über Seitentüren. – Danke.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Heinrich Heidel:**

Danke schön, Herr Kollege Rock. – Für eine Kurzintervention hat sich Kollege Bocklet gemeldet.

#### **Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege, Sie sprachen mich mehrfach direkt an. Ich kann Ihre Zahlen nicht nachvollziehen. Es gibt die Drucks. 16/13577 des Deutschen Bundestages. Wir sind uns einig, dass wir eigentlich diese Daten und Zahlen nicht anzweifeln sollten. Es sind drei Zahlen – ich gebe Ihnen sogar noch die Quelle mit – auf Seite 4, 5 und 6. Darin wird festgestellt, dass ein Drittel aller Bescheide falsch war, dass 65 % der Klagen im Jahre 2008 erfolgreich waren und dass 40 % der Widersprüche stattgegeben wurde. Das sind nicht Nullkommabereiche, Herr Kollege. Das ist eine riesen große Zahl.

Wenn Sie das in Ihrer ideologischen Zangenbewegung sehen, dass man diesen Menschen in bestimmten Situationen Druck macht und andererseits falsche Bescheide ausstellt, die keine aufschiebende Wirkung haben, sodass sie kein Geld bekommen, und durch eine Fülle von Fehlern eine Fülle von Klagen bekommt, die der Staat verliert, eine Fülle von Widersprüchen, denen stattgegeben wird, dann muss man doch an einem Tag, Herr Kollege von der FDP, darüber nachdenken, ob man an der falschen Stellenschraube dreht.

Wenn Sie meiner Rede aufmerksam zugehört hätten, hätten Sie mitbekommen, dass von 800.000 Sanktionen über die Hälfte wegen der Weigerung, zu erscheinen, ausgesprochen wird. Darüber kann überhaupt kein Dissens bestehen. Wahrscheinlich werden Ihnen auch die Kollegen von der LINKEN erklären, dass man wenigstens eine Postkarte schreiben muss, um sein Geld zu bekommen. Das wäre das Mindestes. Wir sagen: Es ist in Ordnung, wenn man vorstellig wird.

Herr Kollege, wir unterhalten uns aber immer noch über 360.000 Sanktionen, die ausgesprochen wurden, weil die Menschen mit Eingliederungsvereinbarungen nicht einverstanden waren, weil sie sie abgebrochen haben, weil sie die Trainingsmaßnahmen nicht wollten und vieles andere mehr. Dann reden wir über 360.000 Sanktionen, die wir so lange ausgesetzt haben wollen, solange die Qualität in den

Jobcentern so mangelhaft ist, wie sie ist. Damit muss Schluss sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Den Schluss können Sie offensichtlich nicht ziehen. Ich behaupte einmal, die FDP hat damals gegen Hartz IV gestimmt. Meine spontane Umfrage im Landtag hat ergeben, dass keiner genau Bescheid weiß. Nach meiner Erinnerung haben Sie sogar gegen Hartz IV gestimmt. Dass Sie sich jetzt zu dessen Verfechter machen, hat eine gewisse Ironie der Geschichte. Wir sind der Meinung, dass man Sanktionen nicht gleich Sanktionen setzen darf – selbstverständlich für verschuldetes Verhalten; aber für den Bereich der Eingliederungsvereinbarungen und für die Ablehnung von bestimmten Trainingsmaßnahmen muss es so lange ein Aussetzen geben, bis wir die Jobcenter-Personalschlüssel und die Eingliederungsmittel sinnvoll an die Personen bringen können. Erst dann macht es vollumfänglich Sinn, auch Sanktionen anzuwenden. So lange fordern wir das Moratorium, und das ist auch klug.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Das waren jetzt vier Minuten, aber egal!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Bocklet. – Lasst doch mal die jungen Leute. – Herr Kollege Rock hat das Wort zur Antwort.

#### **René Rock (FDP):**

Ja, das ist wahrscheinlich die Sympathie.

(Günter Rudolph (SPD): Alles klar!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Einen Moment, Herr Kollege Rock. – Ich glaube nicht, Sie wollten den Präsidenten kritisieren. Es gab gerade einen Wechsel am Präsidentenplatz. Kollege Rudolph, Sie haben sich bei mir entschuldigt. Damit ist das erledigt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Der Kollege Rock hat das Wort zur Antwort.

#### **René Rock (FDP):**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Zahlen, die ich genannt habe, können Sie auf Seite 4 nachlesen. Es geht darum, wie vielen Widersprüchen stattgegeben wurde. Das sind im Hinblick auf die Gesamtmenge eben 4 %. Sie müssen einmal genau zuhören.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir die einmal zeigen?)

– Ich kann es Ihnen nachher einmal zeigen. – Ich habe mich die ganze Zeit gefragt, was Sie wollen. Es ist ganz klar, Sie wollen alles abschaffen. Aber was ich an Ihrer Argumentation nicht verstanden habe, ist Folgendes: Seit fünf Jahren haben wir das SGB II, seit fünf Jahren haben wir Optionskommunen, seit fünf Jahren haben wir Argen, und zwei Wochen vor der Bundestagswahl kommen Sie auf die Idee, man müsste die Sanktionen aussetzen.

(Zuruf von der LINKEN: Wir waren das! – Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist einfach nur klug, so zu reagieren!)

Da frage ich mich, ob es Populismus ist oder nicht. Das mögen die Leute halt selbst entscheiden.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Mit der Bundestagswahl steigt die Klugheit!)

– Ich habe doch ein Mikrofon. Sie sind schon laut. – Ich glaube an der Stelle, dass Sie hier einen populistischen Antrag gestellt haben. Sie hebeln, wenn Sie die Sanktionen aufheben, Hartz IV aus. Sie geben das Fordern und Fördern auf. Wie das dazu führen soll, dass die Argen und die Optionskommunen besser werden sollen, wenn Sie die zentrale Aufgabe aushebeln, das kann ich nicht verstehen. Das können wir vielleicht nachher einmal besprechen. Aber ich kann es an dieser Stelle nicht verstehen. – Danke.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Rock. – Das Wort hat Frau Abg. Fuhrmann, SPD-Fraktion.

#### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde versuchen, jetzt in diesem allgemeinen Getümmel ein bisschen ruhiger zu der Thematik zu sprechen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da bin ich aber einmal gespannt! – Clemens Reif (CDU): Hoffentlich gelingt das!)

Sie haben vollkommen recht – diejenigen, die es gesagt habe. Jedenfalls gehören beide Seiten dazu. Es gehören gute Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter dazu. Es gehören eingliederungswillige Menschen dazu, und zwar Menschen, die Termine wahrnehmen und nicht unentschuldig fehlen. Dass wir dieses Thema öfter diskutieren, verwundert nicht, weil es ein Thema ist, das sehr viele Menschen sehr existenziell betrifft.

Aber ich sage Ihnen auch, und das insbesondere im Hinblick auf den Antrag der LINKEN: Nichts bleibt, wie es ist. Uhren zurückdrehen geht nicht. Deswegen ist die Forderung „Hartz IV muss weg“ genauso Unsinn wie die apodiktische Forderung des Kollegen Bocklet, der hier schon mehrfach vorgetragen hat, dass sämtliche Eingliederungsmittel auf Biegen und Brechen und auf der Stelle ausgegeben werden müssen.

Meine Damen und Herren, Willy Brandt hat gesagt: Jede Zeit braucht eigene Lösungen. – Das würde ich ganz gerne auch über diese Thematik schreiben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– Frau Kollegin, niemand wird ernsthaft bestreiten, dass mit der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe die Grundlage für eine moderne Arbeitsmarktpolitik in Deutschland gelegt worden ist.

(Beifall der Abg. Dr. Thomas Spies (SPD) und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Arbeit statt Sozialhilfe ist in Hessen entstanden. Arbeit statt Sozialhilfe ist eine sozialdemokratische Erfindung,

Herr Kollege. – Ich freue mich, Willi van Ooyen, dass du klatschst.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesem sehr erfolgreichen Programm der hessischen – damals rot-grünen – Landesregierung haben wir für viele Menschen eine Chance geschaffen, auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen und Qualifikationen nachzuholen. Es war für alle Menschen gut, dass sie nicht auf Dauer abgeschrieben und ausgegrenzt worden sind. Genau das gilt heute auch noch. Wem nichts außer einer passenden Qualifikation fehlt, der muss, kann und soll diese Qualifikation erhalten und nicht abgeschrieben oder ausgegrenzt werden.

Meine Damen und Herren, es wird auch niemand ernsthaft bestreiten, dass viel zu viele Menschen vor diesen Reformen in der sogenannten verdeckten Armut gesteckt haben. Viele stecken darin auch heute noch, aber sehr viel weniger als damals. Insofern war diese Reform richtig und wichtig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niemand kann und wird ernsthaft hier bestreiten, auch Sie von den LINKEN nicht, dass diejenigen, die damals Sozialhilfe bezogen haben, durch die Reform ungefähr 15 % höhere Regelsätze erhalten und dass es für diese Menschen durch die Pauschalierung – ich sehe das durchaus ein – Probleme gibt. Das ist eine Wahrheit, die ich immer gesagt habe und wo ich auch Befürchtungen habe. Wenn jemand mit sehr, sehr wenig Geld auskommen muss, dann wird er Schwierigkeiten haben, das dafür vorgesehene Geld anzusparen, um z. B. eine Waschmaschine oder anderes zu kaufen.

Deswegen sagen wir: Da muss man über Fortentwicklungen, Weiterentwicklungen und Änderungen sprechen. Das halte ich für wichtig.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ein weiteres Thema, das ich ausgesprochen wichtig finde, ist, dass wir endlich einen eigenen Kinderregelsatz bekommen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Seit Jahren sprechen wir darüber. Es ist ein absolutes Armutszugnis für diese Gesellschaft, wenn Kinder von Klassenfahrten, Geburtstagsfeiern und, und, und ausgeschlossen werden, weil ihre Eltern arm sind. Das kann und darf so nicht bleiben. Das ist ein Skandal.

Ein großes Problem – ich glaube, das ist eines der größten Probleme im Zusammenhang mit diesen Reformen um SGB II – sind die Menschen, die langjährig berufstätig waren. Das ist ganz einfach so. Diejenigen, die mit 50 Jahren arbeitslos werden, die langjährig gearbeitet haben und nach einem Jahr, wenn sie erfolglos nach einem Arbeitsplatz suchen, in ALG II landen, haben damit sehr wenig Geld. Herr Kollege Bocklet, es gibt auch gute Erfahrungen in einer rot-schwarzen Koalition in Berlin. Die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I fällt in diese Zeit. Ich finde, das war richtig.

(Beifall bei der SPD – Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deswegen wollen Sie Schwarz-Rot in Berlin fortsetzen!)

Meine Damen und Herren, es ist aber ungerecht, wenn wir Menschen, die langjährig versichert waren und dann

mit 50 oder 55 Jahren ihren Arbeitsplatz verlieren, so behandeln, als hätten sie nur zwei oder drei Jahre lang gearbeitet. Deswegen sage ich, hier sind Änderungen notwendig, und die werden auch auf die Schiene gebracht.

Ganz wichtig ist es mir aber, über die Leistungsbeziehungen zu reden. Sehr oft werden die über einen Kamm geschoren. Die einen sagen, das ist ein Heer von Faulenzern. Gerade hat sich Herr Westerwelle da wieder sehr unrühmlich hervorgetan und in der „Saarbrücker Zeitung“ gesagt. Es gibt kein Recht auf staatlich bezahlte Faulheit.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der FDP – Minister Jörg-Uwe Hahn: Er hat recht! Sehen Sie das anders? – Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Herr Kollege Rock, das hat er gesagt, das ist ein direktes Zitat. Manche betrachten sie als ein Heer von Betrügnern, die sich mit der Schwarzarbeit dumm und dämlich verdienen. Diffamierungen dieser Art sind übles Wahlkampfgetöse und gehen an der Realität vorbei.

Auch hier gibt es schwarze Schafe, das ist gar keine Frage – genauso, wie es Steuerhinterzieher oder schwarze Kassen gibt, das kennen wir ja in Hessen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schwarze Schafe, schwarze Löcher, schwarze Kassen!)

Man muss hier ganz klar differenzieren zwischen Menschen, die sich massiv um einen Arbeitsplatz bemühen, und solchen, die nur vorgeben, sich zu bemühen. Dazu stehe ich ausdrücklich. Deswegen kann man unseres Erachtens nicht durchgängig auf Sanktionen verzichten – auch wenn es in diesen Fällen Fehlentscheidungen gibt. Die gibt es immer, wenn sich Menschen gegenüber sitzen.

Diese Debatte kann man aber nicht auf die Sanktionsfrage verkürzen. Wenn Differenzen zwischen den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern und den von ihnen betreuten Klientinnen entstehen, dann ist es normal, dass das nicht nur Friede, Freude, Eierkuchen ist. Das gibt es nicht einmal im Kindergarten.

Deswegen halten wir Clearingstellen, Ombudsleute oder Schlichtungsstellen für unabdingbar. Die müssen dann niedrigschwellig solche Fälle bearbeiten und zu einem Ausgleich beitragen, ohne gleich vor Gericht zu ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt sie nicht überall. Beispielsweise wird das in der Optionskommune, aus der ich komme, schlichtweg abgelehnt.

Auf beiden Seiten können Fehler entstehen. Es gibt auch Betreuer und Betreuerinnen, die überfordert sind, die nicht gut genug geschult sind. Das ist alles unbestritten. Dann müssen wir genau das erreichen. Wir müssen auch die Relationen zwischen Betreuern und Betreuten so vorsehen, wie sie ursprünglich gedacht waren. Wir müssen ständig die Verfahren der Arbeitsvermittlung überprüfen. Darin sind wir uns einig. Denn das Ziel lautet: Wir müssen die Menschen qualifizieren, sie in Arbeit bringen, und zwar auf gutem Wege.

Tatsache ist – und ich muss sagen, auch darauf sind wir stolz –, dass der Bundesarbeitsminister und das Kabinett die Bezugsdauer des Kurzarbeitergelds verlängert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In dieser Kurzarbeitsphase gibt es massive Angebote zur Weiterqualifikation. Damit wurde eine Brücke in der Erwerbstätigkeit geschaffen, und das mitten in dieser Wirtschafts- und Finanzkrise. Damit wurde Beschäftigung gesichert. Darauf können wir stolz sein: Das Abfedern in dieser Krise war und ist notwendig. Zum Glück wird das von vielen genutzt.

Allerdings muss man sagen: Es stimmt, bei 1,4 Millionen Menschen in Kurzarbeit wird damit zu rechnen sein – leider –, dass die Zahl der Entlassungen ansteigen wird. Mit dieser Folge müssen wir rechnen. Auch da muss flexibel reagiert werden, durch eine gute Arbeitsmarktpolitik und eventuell durch weitere Konjunkturprogramme.

Ein weiterer Punkt sind die Organisationsreformen. Das ist wahrscheinlich der Grund, warum sich die CDU weigert, unserem Antrag zuzustimmen. Das war sehr peinlich. Die gefundene Einigung wurde von der CDU/CSU-Fraktion gekippt. Frau Merkel ist in ihrer watteweichen Art mit eingeknickt. Ich sage Ihnen: Die Wahrheit ist den Menschen zuzumuten, auch im Wahlkampf. Das sollte man Frau Merkel einmal sagen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die wollt ihr doch wiederwählen!)

Vielleicht sollte man auch einmal der Bundeskanzlerin ein altes Sprichwort sagen, das mir als Seglerin gut gefällt: Wer nicht weiß, in welchen Hafen er segeln will, für den ist kein Wind der richtige. – Das ist von Seneca, und ich finde, das ist in solchen Fällen äußerst passend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Horst Klee (CDU): Das gilt aber auch für andere! – Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Seneca war ein toller Segler! – Horst Klee (CDU): Vorwärts, es geht zurück!)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Fuhrmann, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Präsident, auf der Stelle. – Zusammenfassend möchte ich Folgendes feststellen. Wir brauchen Sicherheit für die Organisationsreform. Wir brauchen Fort- und Weiterentwicklungen. Wir wollen alle Instrumente auf den Prüfstand stellen und weiterentwickeln. Die Arbeit in den Jobcentern muss optimiert, verbessert werden, der Personalschlüssel muss eingehalten werden.

Wir wollen, dass sich Menschen vor und hinter dem Schreibtisch auf Augenhöhe begegnen, nicht als Gegner. Deswegen noch ein Wort zu dem Sanktionsmoratorium. Wenn 60 % nicht erscheinen, dann ist das inakzeptabel. Dieses Moratorium ist mir zwar sympathisch, sympathischer als zu sagen, das seien alle arbeitsunwillige Faulenzer. Allerdings glaube ich, es gibt keinen Weg zurück in eine gute alte Zeit, sondern nur einen Weg voran.

(Glockenzeichen des Präsidenten)

Der muss möglichst gerecht und fair für die Menschen auf jeder Seite des Schreibtischs sein. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Fuhrmann. – Das Wort hat Staatsminister Banzer.

#### **Jürgen Banzer, Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es lohnt sich manchmal, die Anträge dieses Hauses, insbesondere Anträge vonseiten der Fraktion DIE LINKE, tatsächlich zu Ende zu denken und zu überlegen, was wäre denn, wenn man sich darauf einließe: Würde denn irgendetwas verbessert werden, wenn man es so machen würde, wie sie es fordern?

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wenn Sie das bei Ihren eigenen Anträgen auch einmal machen würden!)

Glauben Sie denn wirklich, es gäbe einen Bezieher von Hartz IV weniger, wenn Ihr Antrag durchkäme?

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Aber die Leute hätten mehr Geld!)

Glauben Sie, die Hartz-IV-Bezieher sind glücklich über ihre Lage?

(Willi van Ooyen und Janine Wissler (DIE LINKE): Nein!)

Wenn Sie das nicht glauben – insoweit sind wir uns ja einig –, dann muss es doch unsere Aufgabe sein, zu überlegen, wie wir Menschen unterstützen, damit sie aus dieser Form der staatlichen Abhängigkeit wegkommen.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Denn dies ist doch Teil unseres Menschenbildes und unseres Verfassungsverständnisses – dass wir Menschen wollen, die selbstbestimmt leben, nicht in abschließender Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Dafür brauchen wir Arbeitsplätze!)

Dafür brauchen wir aktivierende Unterstützung.

Es ist nun einmal so, dass dafür an der einen oder anderen Stelle Spielregeln aufgestellt werden müssen – Spielregeln, die eine Gesellschaft verlangen kann, die auf dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung aufbaut.

Deswegen ist es legitim und notwendig, ja sogar für das Gerechtigkeitsgefühl dieser Gesellschaft unverzichtbar, darauf zu bestehen: Wenn der Staat Hilfe gewährt – die er anderen, die arbeiten, nicht gewährt –, dann kann er auch ein Mitwirken, ein Mitverhalten der betroffenen Personen verlangen und muss das auch durchsetzen können.

Deswegen sind Sanktionen genauso notwendig wie Hartz IV. Nur beides zusammen ergibt eine vernünftige Konzeption, die für diese Gesellschaft akzeptabel ist.

Eine andere Diskussion zu diesem Thema finde ich sehr viel interessanter. Das ist die, die Kollege Bocklet angesprochen hat. Es ist eine spannende Frage, warum so viel Geld für Eingliederung nicht ausgeschöpft wird. Darüber zu diskutieren würde sich lohnen. Wir würden relativ schnell darauf kommen, dass dies auch eine Frage der Konditionen ist, insbesondere auch derer, die die Bundesagentur für Arbeit aufstellt.

Von den Kommunen, den Argen wie den Optionskommunen, wird das oft als ein Übermaß an Bürokratie, Vorbe-

halten, Regressdrohungen, Bedenken und Überlegungen empfunden. Das hält Kommunen davon ab, in diesen Dingen investiv zu werden. Mit anderen Worten: Das, was man sich auch von Hartz IV versprochen hat – nämlich die Kommunen, die ganz nah an dem Thema Arbeitslosigkeit dran sind, dazu zu bewegen und einzusetzen, kreativ Maßnahmen zu ergreifen, die helfen, Arbeitslosigkeit zu überwinden –, wird durch eine sehr restriktive, sehr bürokratische Konzeption nachhaltig erschwert. Ich glaube, das ist eine wichtige Aufgabe für die kommende Wahlperiode des Deutschen Bundestages. Ich füge hinzu: Das ist eine Aufgabenstellung, der wir uns auch in Hessen in intensiven Gesprächen mit den Argen und Optionskommunen widmen werden. Wir werden diskutieren, an welchen Stellen wir die Probleme und Erschwernisse für diese Eingliederungsmaßnahmen lösen können, um an dieser Stelle noch effizienter zu werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Frau Kollegin Schott hat noch einmal das Wort.

**Marjana Schott (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe hier gehört: „Nur 4 % der Hartz-IV-Empfänger sind betroffen.“ Das ist für mich ein Kleinreden, denn das sind immerhin fast 800.000 Menschen und ihre Familien. Da müssen wir nicht so tun, als ob das fast niemand wäre.

Dann habe ich hier eine Darstellungsweise gehört – dass Leute einfach Termine nicht wahrnehmen – die man so nicht im Raum stehen lassen kann. Das sind keine Menschen, die gestern arbeitslos geworden sind und die ab morgen ihre Termine nicht wahrnehmen, weil sie keinen Bock haben, zu arbeiten. Das sind Menschen, die seit Jahren arbeitslos sind. Das sind Langzeitarbeitslose, die wiederholt bei der Agentur erscheinen, erscheinen müssen, denen nichts angeboten werden kann, keine geeignete Fortbildung, kein Arbeitsplatz, und das über viele Jahre. Sie sind es irgendwann leid, sie sind irgendwann müde. Sie sind irgendwann demoralisiert und frustriert. Das ist ein erheblicher Teil der Menschen, die nicht mehr hinkommen und die anschließend dafür bestraft werden, dass sie nicht mehr hinkommen. Vielleicht sollte man einmal über die Sinnhaftigkeit der Einbestellungen nachdenken, vor allem in den Fällen, wo man ohnehin nichts, aber auch gar nichts anzubieten hat.

Herr Banzer, wenn wir uns schon darüber einig sind, dass Hartz-IV-Empfänger nicht glücklich sind, dann müssen wir doch nicht auch noch dazu beitragen, dass es ihnen noch schlechter geht, indem wir sie sanktionieren. Schon deswegen, weil es gar nichts hilft, sollten wir es lassen. Wenn man Sanktionen und Hartz IV nicht will, dann heißt das nicht: zurück in gute alte Zeiten. So gut waren sie nicht. Es heißt vielmehr: vorwärts in bessere Zeiten. Wir können gemeinsam überlegen, wie man etwas anderes machen kann.

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Dieses Modell ist nicht gelungen. Es ist gescheitert. Es ist auf breiter Basis gescheitert, weil es Menschen eben nicht in Arbeit bringt,

(Judith Lannert (CDU): Sie verstehen absolut nichts!)

weil es dafür sorgt, dass sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern, weil es dafür sorgt, dass der Druck auf die Menschen erhöht wird, weil die Menschen immer niedrigere Löhne in Kauf nehmen, weil die Menschen immer schlechtere Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen,

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

weil dieses System einfach nur drückt. Davon muss man weg.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen. Tagesordnungspunkt 43, Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 18/1072. Wer stimmt zu? – DIE LINKE. Dagegen? – CDU, FDP und GRÜNE. Enthaltungen? – SPD. Damit abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 76, Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 18/1105. Wer stimmt zu? – GRÜNE. Dagegen? – CDU, FDP und LINKE. Enthaltungen? – SPD. Ebenfalls abgelehnt.

Nun kommen wir zu dem Tagesordnungspunkt 77, dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 18/1107. Es ist gebeten worden, absatzweise abzustimmen. – Herr Kollege Wintermeyer, zur Geschäftsordnung.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Rudolph, wir werden einer solchen Bitte nicht Rechnung tragen können. Ich möchte Ihnen das auch eindeutig klarmachen. Zunächst einmal haben wir hier einen Antrag mit Fließtext. Der Antrag enthält keine Ziffern. Normalerweise stimmen wir hier ziffernweise ab. Das ist Ihnen bekannt. Herr Kollege Rudolph, gelegentlich haben wir davon auch schon Ausnahmen gemacht. Aber dann lagen die Anträge nicht erst an dem Tag vor, an dem über sie abgestimmt werden sollte. Der Kollege Dr. Bartelt hat Sie darauf hingewiesen, Sie daraufgehoben, den Antrag an den Ausschuss zu überweisen, um sich mit ihm intensiv zu beschäftigen. Über den Antrag können wir hier nicht getrennt abstimmen, weil wir die gesamten Strukturen, die in dem Antrag enthalten sind, so schnell und einfach nicht erfassen können.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Torsten Warncke (SPD) – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Er fließt aus in den letzten Absatz. Ich finde, dass das Verhalten, das Sie von uns fordern, der Sache nicht gerecht wird.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Der Antrag ist wirklich schwer zu lesen!)

Deswegen werden wir den Antrag nur in toto und nicht in einzelnen Absätzen abstimmen können.

Ansonsten biete ich Ihnen an: Schicken Sie den Antrag in den Ausschuss. Da kann dann möglicherweise ein anderes Abstimmungsverhalten herauskommen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Rudolph.

**Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wintermeyer, Sie haben wieder den Beleg geliefert, dass Juristen zu vielem fähig sind. Ich hätte Ihnen intellektuell zugetraut, dass Sie ganze zehn Absätze erfassen können. Der Kollege Bartelt hat angekündigt, dass es in unserem Antrag gute, nachvollziehbare inhaltliche Argumente gibt.

(Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Genau die Chance wollten wir Ihnen geben. Sie sind offensichtlich weder willens noch in der Lage, etwas Gutes, was wir eingebracht haben, zu akzeptieren. Das nehmen wir zur Kenntnis. Deswegen bleibt unser Antrag trotzdem gut. Sie sind offensichtlich unfähig, etwas umzusetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Judith Lannert (CDU): Unfähig sind Sie, wenn Sie noch nicht einmal ordentliche Absätze schreiben können!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Heißt das, dass Ihr Begehren zurückgezogen worden ist?

(Günter Rudolph (SPD): Mitnichten, Herr Präsident!)

– Mitnichten. Meine Damen und Herren, mir ist eben gesagt worden, es ist in diesem Hause schon abschnittsweise abgestimmt worden.

(Günter Rudolph (SPD): Natürlich! Bis zehn kann auch der Kollege zählen!)

Wir sehen im Präsidium – –

(Axel Wintermeyer (CDU): Sie sind ratlos!)

– Bitte? Wir verstehen Sie nicht.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, wenn ein Antrag gestellt worden ist, absatzweise abzustimmen, und Gegenrede erfolgt ist, dann muss darüber abgestimmt werden, ob getrennt oder in toto abgestimmt wird. Dann hat der Landtag entschieden.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Wintermeyer, wir sind natürlich nicht ratlos. Wir haben gedacht, dass das im Rahmen des Hauses friedlich zu regeln wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber wenn es nicht friedlich zu regeln ist, dann darf ich noch einmal zur Geschäftsordnung dem Kollegen Rudolph das Wort geben.

**Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, ich bin dabei, Ihnen ein Vermittlungsangebot zu machen. Wir sind bereit, zu sagen: Den letzten Absatz könnten wir getrennt abstimmen. Die anderen Punkte scheinen augenscheinlich auch Ihre Zustimmung zu finden. Ich sehe ein, beim letzten Absatz haben Sie ein paar Probleme. Deswegen müssen wir den getrennt abstimmen.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Würden Sie das bitte wiederholen? Bei uns ist es akustisch nicht angekommen.

**Günter Rudolph (SPD):**

Ich nehme an, dass die Attacke von Herrn Wintermeyer auf Ziffer 10 rekurriert, den letzten Absatz, in dem wir das Verhalten der CDU/CSU kritisieren. Deswegen könnten wir die Ziffern 1 bis 9 abstimmen und den letzten Absatz erst einmal herausnehmen. Herr Kollege, dann können wir Ihrem Petitem Rechnung tragen.

(Dr. Thomas Spies (SPD): Herr Wintermeyer, dann muss man nur noch bis zwei zählen!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Herr Kollege Wintermeyer hat sich noch einmal gemeldet. Wir können das auch bis heute Abend weitermachen.

**Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, das können wir gerne. Ich glaube, ich hatte mich klar ausgedrückt, dass wir keiner getrennten Abstimmung – keiner heißt ausschließlich – zustimmen können.

(Zurufe von der SPD: Eieiei!)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt bin ich es leid. Dann lassen wir abstimmen. Wir stimmen geschäftsordnungsmäßig ab. Wer dafür ist, dass wir absatzweise abstimmen, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und GRÜNE. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Das ist DIE LINKE. Damit ist das Verfahren abgelehnt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist albern, aber es ist abgelehnt!)

Jetzt stimmen wir über den gesamten Antrag ab. Wer dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und GRÜNE. Dagegen? – CDU, FDP und LINKE. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Damit ist dieser Punkt beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 30** auf:

**Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend schneller Ausstieg aus der Atomkraft – keine Laufzeitverlängerung für Biblis A und B – Drucks. 18/1057 –**

zusammen mit **Tagesordnungspunkt 29:**

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend erneute Debatte um die Sicherheit von Biblis beweist: Abschaltung ist unumgänglich – Drucks. 18/1019 –**

Die Redezeit beträgt zehn Minuten. Es beginnt Frau Kollegin Hammann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 5. September fand in Berlin eine große Demonstration gegen Atomkraft statt. Über 50.000 Menschen haben sich auf den Weg gemacht, um gegen diese risikoreiche Energieversorgung zu protestieren. Das Schönste, meine Damen und Herren: Unter den Demonstranten waren sehr viele junge Menschen, die deutlich gemacht haben, dass das nicht ihre Zukunft ist, dass sie auf erneuerbare Energien setzen und nicht auf eine risikoreiche Energieversorgungsart, wie es die Atomkraft nun einmal ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Diese jungen Menschen haben keine Kosten und Mühen gescheut, sie sind in ihrer Freizeit nach Berlin gefahren. Das muss man ihnen hoch anrechnen, meine Damen und Herren.

Kurz zuvor fand eine andere Art von Demonstration am Atomkraftwerk in Biblis selbst statt.

(Petra Fuhrmann (SPD): Missbrauch von Auszubildenden!)

1.500 Auszubildende von RWE wurden mit Bussen dorthin gekarrt – an einem Arbeitstag. Meine Damen und Herren, RWE hat sich beschämend verhalten;

(Judith Lannert (CDU): Diese jungen Leute haben für ihre Arbeitsplätze demonstriert, Frau Kollegin!)

denn sie hat Auszubildende als Staffage benutzt, um einen Weiterbetrieb ihrer Reaktoren zu rechtfertigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Judith Lannert (CDU): Um deren Ausbildungsplätze geht es! Die wollen Sie vernichten!)

Das kann man nur als beschämend bezeichnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier wurden alle Register gezogen, um der Atomkraft wieder den Weg zu ebnet. Ich sage Ihnen: Das ist keine verantwortungsvolle Vorgehensweise. Die jungen Menschen brauchen risikofreie, zukunftsfähige Arbeitsplätze, und die liegen bei den erneuerbaren Energien. Die großen Stromkonzerne sind aufgefordert, in diesem Bereich etwas zu tun. Atomkraft ist ein Irrweg und kein Ausweg für junge Menschen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Es wird immer wieder gesagt, die Atomkraft habe eine Renaissance. Wo ist diese Renaissance? Es gibt sie in keiner Weise. Anhand von Zahlen der Internationalen Atomenergiebehörde kann man sehr genau feststellen, dass es nicht zu einem massiven Zubau von Atomkraftwerken kommt. Nun den jungen Menschen zu suggerieren, dass Atomkraft eine Zukunft habe, ist eine glatte Lüge.

Uns bedrückt besonders, wie man mit dem Thema Atomenergie umgeht. Wir haben zurzeit einen massiven Skandal, was die Endlagerung angeht. Der Standort Gorleben

wurde von CDU und FDP immer wieder als sicher dargestellt, von uns GRÜNEN aber immer infrage gestellt. Das Ergebnis heißt nun: Eine Studie wurde gefälscht. Der damalige Bundesforschungsminister in der Kohl-Ära, Riesenhuber, hat über sein Ministerium bewirkt, dass ein Gefälligkeitsgutachten erstellt wurde,

(Axel Wintermeyer (CDU): Warum sind Sie da so sicher? Kennen Sie die Unterlagen?)

nach dem Motto: Dieser Salzstock ist sicher für die Ablagerung von hoch radioaktivem Abfall.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde es untragbar, dass gerade Herr Riesenhuber auf Platz 2 der CDU-Landesliste für die Bundestagswahl steht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Er trägt die Verantwortung für das, was in seinem Haus passiert ist. Wenn Gutachter beeinflusst werden, indem man ihnen sprichwörtlich Formulierungsvorschläge gibt, wie das Gutachten am Ende auszusehen hat,

(Axel Wintermeyer (CDU): Haben Sie denn Beweise?)

dann ist das nicht in Ordnung. Vom Bundesministerium wurde bestätigt, dass es diese Unterlagen gibt. Das ist Fakt, das können Sie nicht wegre-den.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben immer darauf gedrungen, dass nach weiteren Endlagerstandorten gesucht wird; denn es muss über einen undenkbar langen Zeitraum sicher gelagert werden. Nun haben wir das Problem, dass Gorleben eben nicht mehr als Endlager für Atom-müll geeignet ist, und die Erkenntnis, dass mittlerweile 89 von 255 Salzstöcken abgesoffen sind.

(Zuruf von der CDU)

Asse ist zurzeit ebenfalls abgesoffen, inklusive 28 kg Plutonium, von denen sich niemand erklären kann, wie sie in Asse gelagert werden konnten. Meine Damen und Herren, allein die Sicherung dieses Standorts würde über 4 Milliarden € kosten.

Meine Damen und Herren, über viele Jahre und auch heute noch haben sich unter anderem Frau Bundeskanzlerin Merkel und Frau Schavan immer gegen weitere Standortsuchen ausgesprochen. Eine aktuelle Aussage in der „Financial Times“ lautet: Schavan hält Atomstudie zurück. – Es geht um riskante Energieversorgungsarten. Ich halte es für unerträglich, dass eine Forschungsministerin offensichtlich ein Gutachten in Auftrag gegeben hat, nach dem Motto: Wie können auch in Deutschland wieder neue Atomkraftwerke gebaut werden? Das ist Fakt, das geht aus diesen Unterlagen hervor.

Was noch viel prekärer ist – in unserem Sinne allerdings –: Darin wird auch auf Untersuchungen von weiteren Standorten Bezug genommen. Man darf nicht an Gorleben festhalten, sondern muss weiter nach sicheren Lagerstätten suchen. Das ist in unserem Sinne, meine Damen und Herren.

Dieses Thema wollte man aber im Wahlkampf nicht haben. Das Gutachten gibt es schon seit Juni, es wird seit Monaten unter Verschluss gehalten. Erst jetzt kommen solche Aussagen heraus. Bei uns besteht der Verdacht,

dass die Atomenergie durch neue Gutachten wieder hoffähig gemacht werden sollte, ohne dass man weiß, wohin der hoch riskante atomare Abfall am Ende soll.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, hören Sie endlich auf, den Bürgerinnen und Bürgern Unsinn zu erzählen. Sagen Sie nicht: „Wir brauchen die Atomenergie als Brücke zu den erneuerbaren Energien“, wie es auch Frau Merkel und Frau Lautenschläger in der letzten Zeit immer wieder betont haben. Jeder, der sich mit dieser Technik ein wenig auseinandersetzt, weiß, dass die erneuerbaren Energien in keiner Weise mit der Atomkraft zusammenzubringen sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Hier haben sich auch die Atomenergieversorgungsunternehmen verraten. Sie wissen vielleicht, dass E.ON mit dem französischen EdF-Konzern die britische Regierung aufgefordert hat, eine Begrenzung der erneuerbaren Energien vorzunehmen, weil sonst neue Atomkraftwerke nicht wirtschaftlich seien. Das macht ganz klar, dass ein Zubau von erneuerbaren Energien nicht funktioniert, wenn Atomkraftwerke am Netz bleiben und neu geplant werden.

Meine Damen und Herren, wir brauchen flexible Regelenergien. Atomkraftwerke sind nicht flexibel, dort gibt es nur ein An oder ein Aus. Ich erinnere an Lichtblick und VW, die vor Kurzem angekündigt haben, dass es ein „Zuhause-Kraftwerk“ geben wird, d. h. dass im Keller Strom und Wärme erzeugt werden. Es gibt die Biomasse- und Geothermiekraftwerke sowie intelligente Stromnetze mit entsprechenden Speichern und Ausgleichsmechanismen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dafür brauchen wir keine Atomenergie. Diese risikoreiche Energieversorgungsart ist damit absolut obsolet.

Wenn man das Wort Brückentechnologie betrachtet, dann erinnern Sie sich bitte an das Lied „Sur le pont d'Avignon“. Darin wird eine Brücke erwähnt, die mitten im Wasser endet. Wer darauf steht, kommt niemals an das rettende Ufer. Das ist bezeichnend für die Atomenergie, die nicht zukunftsfähig ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Hören Sie endlich damit auf, die Atomkraft als günstig zu bezeichnen, denn sie ist es nicht. Atomkraft kommt uns alle teuer zu stehen. Es gibt jetzt eine neue Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, die im Auftrag der Umweltorganisation Greenpeace erstellt wurde. Dabei wurden beeindruckende Zahlen auf den Tisch gelegt.

Seit den Fünfzigerjahren haben deutsche Regierungen die Atomwirtschaft mit 165 Milliarden € unterstützt, und mit weiteren 92,5 Milliarden € wird bis zum Jahr 2040 gerechnet. Die Bürgerinnen und Bürger zahlen für den vermeintlich günstigen Atomstrom gleich dreimal: über die Stromrechnung, über ihre Steuern und schlussendlich auch über ihre Sicherheit. Mit „günstig“ hat das alles nichts zu tun. Deshalb rate ich Ihnen: Stoppen Sie endlich die ständigen Wiederholungen dieser substanzlosen Behauptung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Erkenntnis, dass der Schutz des Klimas nicht von einem Weiterbetrieb

der risikoreichen Atomkraftwerke abhängt, haben doch immer mehr Menschen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle zusammenfassen. Es gibt keine Endlager für Atom Müll, weltweit nicht. Die Pannen in den Atomkraftwerken häufen sich. Das Atomkraftwerk in Biblis zählt zu den ältesten, pannenanfälligen deutschen Anlagen und ist nicht gegen Flugzeugabsturz gesichert. Die Struktur der atomaren Stromerzeugung verträgt sich nicht mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien.

Meine Damen und Herren, nach zehn Jahren Regierungszeit von Roland Koch müssen wir feststellen, dass wir im Länderranking der erneuerbaren Energien ganz unten angekommen sind. Wir haben vieles aufzuholen. Wir werden Sie weiter fordern.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kollegin Hammann, Sie müssen zum Schluss kommen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Sie kriegen noch eine Geburtstagsminute!)

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Es liegt mir auf der Zunge: Es gab eine Sonderbeilage in der „Welt am Sonntag“, und hier sieht man Frau Lautenschläger mit Inlinern. Frau Lautenschläger kennt das Bild. Man sieht, wie wenig sie die Sicherheitsphilosophie verankert hat. Sie hat nämlich keinen Kopfschutz auf, den trägt sie in den Händen, trotz laufender Fahrt. Wenn diese Sicherheitsphilosophie für unsere Atomkraftwerke zutrifft, dann gute Nacht, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Eine Empfehlung für Frau Lautenschläger: Setzen Sie zu Ihrer eigenen Sicherheit das nächste Mal den Helm auf. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Hammann. – Das Wort hat Frau Abg. Hofmann, SPD-Fraktion.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das war für den nächsten Tagesordnungspunkt! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Präsident!)

– Sie hat sich hier gemeldet. Von der SPD, die den Antrag gestellt hat, liegt keine Wortmeldung vor.

(Petra Fuhrmann (SPD): Er wollte noch nicht! – Abg. Norbert Schmitt (SPD) begibt sich zum Rednerpult.)

– Herr Kollege, es tut mir leid. – Wenn Frau Kollegin Wissler das zulässt, dann lassen wir den Kollegen Schmitt jetzt dran. Ich habe den Antrag nicht gestellt, Sie haben ihn gestellt.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Präsident, wir haben etwas anderes verabredet, aber ich begründe gern unseren Antrag.

Vorab: Wir werden dem Antrag der GRÜNEN selbstverständlich zustimmen. Er trifft in den wesentlichen Inhalten auch unsere Position.

Meine Damen und Herren, ich will unseren Antrag begründen. Dass Biblis A und B derzeit stillliegen und an den Sumpfsieben nachgerüstet werden müssen, ist nur dem energischen Eintreten des Bundesumweltministers Gabriel zu verdanken. Wenn es nach der hessischen Umweltministerin Lautenschläger gegangen wäre, wären beide Atomkraftwerke ohne Nachrüstung längst wieder in Betrieb – und dies trotz des Fehlens von akzeptablen Sicherheitsnachweisen hinsichtlich der Sumpfsiebe. Es war schon einmal Gegenstand der Debatte, dass es dort Probleme gibt, weil es ein sicherheitsrelevanter Bereich ist. Dort wird Kühlmittel angesaugt, und wenn es zu Rohrbrüchen kommt, kann es durchaus sein, dass die Isolation solcher Rohrleitungen die Sumpfsiebe verstopft. Das muss verhindert werden, weil es sonst zu erheblichen Sicherheitsproblemen kommt.

Die Umweltministerin hat gesagt, es sei kein Problem, als RWE den Block B wieder anfahren wollte. Es ist hochinteressant, dass sie sich dann um die Zustimmung des Bundesumweltministers für dieses Wiederanfahren von Block B bemüht hat, obwohl Sie, Frau Ministerin, doch immer darauf gepocht haben, dass das Länderzuständigkeit ist, und obwohl Sie noch vor Kurzem in einer Pressemitteilung gesagt haben, als die Diskussion losging, ob die Atomaufsicht besser bundeseinheitlich oder in den Ländern zu leisten sei – ich zitiere –: „Das könnten wir auf Länderebene schneller, gründlicher und schlicht besser.“

(Ministerin Silke Lautenschläger: Das ist auch richtig!)

Ich stelle fest, zumindest Frau Lautenschläger und die hessische Atomaufsicht können es weder schneller noch besser, noch sicherheitsrelevanter, sondern genau das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind froh, dass der Bundesumweltminister dieser Atomaufsicht in Hessen in den Arm gefallen ist und gesagt hat, so geht es nicht. Denn es kann nicht sein, dass in Hessen das gemacht wird, was RWE beantragt, und man zu willfährigen Erfüllungsgehilfen der Atomindustrie und der Atomlobby wird. Da ist Gott sei Dank Bundesumweltminister Gabriel Frau Lautenschläger in die Parade gefahren.

Die Notwendigkeit, dass an den Sumpfsieben etwas getan werden muss, ist doch völlig unbestritten. Bei Biblis B wird etwas getan, und jetzt ist erklärt worden, dass auch bei Biblis A nachgerüstet wird. Frau Ministerin, Sie glauben doch nicht etwa – wenn das nachher als Argument der Koalitionsfraktionen kommen sollte; ich weiß es nicht –, das sei alles nur gemacht worden, um die Sicherheit ein bisschen zu verbessern; eigentlich sei es gar nicht notwendig gewesen. So, wie ich RWE in den letzten Jahren kennengelernt habe, die mehrmals gegen Auflagen geklagt und juristisch dagegen vorgegangen sind, wären sie doch auch dagegen vorgegangen, wenn das eine überflüssige Anordnung gewesen wäre, und sie hätten nicht Millionen dafür aufgewendet, um an dieser Stelle nachzurüsten.

Ich stelle fest, dieses Nachrüsten ist bitter notwendig, aber die hessische Umweltministerin wollte nicht handeln. Das ist der zentrale Skandal,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nicht ob sie mit oder ohne Helm herumläuft. Der zentrale Skandal ist, dass sie bereit war, dieses Ding wieder anfahren zu lassen, obwohl es Sicherheitsprobleme in Biblis gab.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ohne Gabriels Veto wäre Biblis B Mitte Juli dieses Jahres wieder angefahren worden – nach der hessischen Atomaufsicht.

Meine Damen und Herren, die Kollegin Hammann hat es schon dargestellt: Biblis A hat vor wenigen Tagen das 35-jährige Jubiläum gefeiert. Ein Blick in die Störfallstatistik des Bundesamtes für Strahlenschutz zeigt sehr deutlich, wie anfällig beide Kraftwerke sind, nicht nur Biblis A, sondern auch Biblis B. Biblis A ist mit 406 meldepflichtigen Ereignissen auf Platz 3 der bundesweiten Statistik. Biblis B ist nicht wesentlich besser, es hat 399 Ereignisse vorzuweisen und steht damit auf Platz 4 der Negativliste.

(Zuruf von der SPD: Hessen vorn!)

Das alles zeigt, wie notwendig es ist, dass diese alten und störanfälligen Reaktoren, wie im Atomkonsens vereinbart, endlich stillgelegt werden.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ja unglaublich. Da schließt die Politik mit der Atomindustrie einen Vertrag – sicherlich einen Kompromiss, natürlich auch mit politischen Vorgaben. Aber immerhin, die Atomindustrie hat sich im Gegenzug dafür auch Laufzeiten erkämpft. Aber was tut die Atomindustrie, wenn sie ein bisschen die Chance sieht, dass es politische Mehrheiten gibt, davon wieder auszusteigen? Sie hält sich tagtäglich nicht mehr an diese Vereinbarung, sondern versucht sie aufzuboahren. Mittlerweile ist sie in Hessen einmal juristisch gescheitert, als sie versucht hat, was völlig ausgeschlossen war – dafür musste man nicht viel Hirnschmalz aufwenden –, Laufzeiten von Mülheim-Kärlich ausgerechnet auf Biblis A zu übertragen. Da ist die Atomlobby auch juristisch gescheitert.

Aber ich finde, man sollte sich künftig seine Vertragspartner sehr gut aussuchen. Eines scheint mir klar zu sein: Mit Stromern jedenfalls kann man keine Verträge machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Ministerpräsident ist heute nicht da, aber die Hälfte des Kabinetts – –

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Doch, er ist da! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Er ist im Raum!)

– Entschuldigung. Aber dann kann ich darauf Bezug nehmen. – Herr Koch, Sie sagen Ja zur Laufzeitverlängerung, und als Gegenleistung sollen die Gewinne, die gemacht werden, für den Klimaschutz eingesetzt werden. Diese Vereinbarung, die Sie abschließen wollen – das zeigt der Atomkonsens –, wird nur wenige Monate halten, wenn Sie sie überhaupt hinkriegen. Das ist doch die Erfahrung aus Verträgen mit der Atomindustrie. Es wird überhaupt nicht die Chance bestehen, dass Sie so etwas durchsetzen können.

Die vier großen Stromfirmen in Deutschland – E.ON, Vattenfall, wie sie alle heißen – haben 20 Milliarden € Gewinn im Jahr 2008 gemacht. Pro Einwohner sind das 240 €. So viel führen wir über die Stromrechnung für die Gewinne der großen Firmen ab. Das zeigt die Dimensionen. Das zeigt auch, wie gut die Atomlobby und die großen Stromfirmen in Deutschland verdienen und wo Spielräume für Preise in diesem Lande sind. Wer sich über die angeblichen Mehrkosten über das Erneuerbare-Energien-Gesetz aufregt, der sollte bitte auch einmal auf die Gewinnseite der großen Unternehmen schauen und sehen, welche Gewinne dort erzielt werden. Dort sind Möglichkeiten des Zugriffs.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Der zweite Bereich, den ich ansprechen will, ist die Frage: Wie sicher ist Biblis, und wie gut und sinnvoll ist ein Atomkonsens? Die fürchterlichen Terroranschläge von New York, Nine-Eleven, haben sich vor wenigen Tagen gejährt. Es ist festzustellen, dass Biblis A – das haben Studien deutlich gemacht, die bekannt geworden sind – über keinen Schutz vor Flugzeugabstürzen verfügt, ob terroristisch herbeigeführt oder durch einen Unfall. Biblis A verfügt nicht über eine externe Notstandswarte. Ein großes Problem bei allen Kraftwerken, die älter sind, ist natürlich auch, ob der Reaktorkern, dieser Stahlkern, auf Dauer versprödet.

All diese Probleme sind augenfällig in Biblis. Deswegen gibt es aus unserer Sicht gar keinen anderen Weg, als endlich den Atomkonsens umzusetzen und, wie vorgesehen, Biblis A und B zu ihrem Ende zu führen.

Die Debatte über die Endlagerung, um einen anderen Aspekt anzusprechen, ist wichtig. Es war auch einmal Konsens in diesem Lande, dass Atomenergie nur dann weiter betrieben werden kann, wenn die Endlagerung gesichert ist. Nach 35 Jahren Biblis A und 40 Jahren Atomenergie in Deutschland müssen wir feststellen: Diese Frage ist offener denn je. Das Beispiel, dass wir ein Flugzeug gestartet haben, für das wir noch keine Landebahn gebaut haben, ist zwar alt, aber es trifft sehr gut die Situation, mit der wir es zu tun haben.

Wenn wir feststellen, dass in Asse anstelle von 9 kg Plutonium 28 kg Plutonium lagern – mit der giftigste Stoff, den es gibt –, dass eine solche Abweichung vorkommen kann, dann fragt man sich, ob wir in Deutschland in einer Bananrepublik leben oder in einem Staat, wo so etwas kontrolliert wird. Das Proliferationsrisiko ist auch ein wichtiges Argument: ob aus der zivilen Nutzung der Atomenergie – das wurde am Beispiel Iran diskutiert – atomare Stoffe abgezweigt werden können, die dann militärisch genutzt werden können.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Schmitt, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Dass dort keine gesellschaftliche Empörung entsteht, ist unglaublich und verstehe ich bis zum heutigen Tag nicht.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist eine Riesensauerei dort!)

Ich komme zum Schluss und sage: Wir müssen aussteigen aus der Atomenergie. Es gibt überhaupt keinen anderen

Weg, als verstärkt in erneuerbare Energien einzusteigen. Das ist die Zukunftstechnologie, die auch mit hohen Arbeitsplatzgewinnen verbunden ist. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herzlichen Dank. – Das Wort hat die Abg. Wissler, Fraktion DIE LINKE.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Da der Landtag bekanntlich das Organ ist, das die Landesregierung kontrollieren soll, verfolge ich natürlich die Aktivitäten der Landesregierung stets aufmerksam. So war ich schon erstaunt, als ich in der Terminliste der Landesregierung, die uns regelmäßig zugeht, las, dass sich der Ministerpräsident an einer Demonstration beteiligt.

Der LINKEN wird von der rechten Seite des Hauses gerne vorgeworfen, die Straße politisch zu nutzen und dadurch womöglich Unruhe zu schüren. Nun hat der Ministerpräsident die Straße für sich entdeckt und demonstriert auf der von Frau Hammann angesprochenen Demonstration in Biblis unter dem Motto: „Kernig in die Zukunft“.

RWE organisiert eine Demonstration für Atomenergie, lässt seine Auszubildenden in Bussen ankarren, sorgt für Verpflegung. Die Demonstration findet während der Arbeitszeit statt und gilt als Arbeitszeit. Aber es ist angeblich eine ganz unabhängige politische Willensbekundung und natürlich alles ganz freiwillig.

In der Presse wurde dagegen ein Auszubildender zitiert: Er würde lieber an einer Antiatomdemo am Samstag in Berlin mitmarschieren, aber Lehrstelle sei Lehrstelle, und die sei immer noch besser als die Bundeswehr.

RWE missbraucht die Ängste der Beschäftigten und der Azubis vor Arbeitsplatzverlust für ihre Interessen, und der Ministerpräsident unterstützt diese Pro-Atomkraft-Jubelveranstaltung mit seiner Teilnahme und erklärt dann noch, es sei ein gutes Zeichen, dass „junge Menschen für ihre Zukunft demonstrieren“.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eine „strahlende“ Zukunft für unsere Kinder – RWE macht es möglich, mit Unterstützung des Ministerpräsidenten.

Dann gab es in Anwesenheit des Ministerpräsidenten auch noch Ausschreitungen. Gegendemonstranten berichten, sie seien mit Äpfeln beworfen worden und aus der Demonstration gedrängt worden. Weder die Staatskanzlei noch die hessische CDU haben sich von diesen Ausschreitungen distanziert.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Hört, hört!)

Sie lassen sich vor den Karren der Atomlobby spannen. Sie schüren die Ängste von Auszubildenden. Da Sie den Umstieg auf erneuerbare Energien verzögern und verschleppen und eher damit beschäftigt sind, Ihre unsägliche Kampagne gegen Windräder zu forcieren, bieten Sie den jungen Menschen auch keine Alternative. Ängste schüren und in die Sackgasse führen – das ist Populismus der schlimmsten Sorte.

(Beifall bei der LINKEN – Leif Blum (FDP): Damit kennen Sie sich aus!)

Diese Landesregierung ist sich für nichts zu schade. Der Ministerpräsident – schade, er ist leider nicht da, vielleicht ist er wieder außerparlamentarisch aktiv und blockiert eine Straße zur Erreichung seiner politischen Ziele – –

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Scherz! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder zieht eine Hütte am Kühlturm von Biblis hoch!)

– Vielleicht kettet er sich an, damit Biblis an bleibt. – Vor knapp zwei Wochen haben 50.000 Menschen in Berlin gegen Atomkraft demonstriert, und zwar ganz unbezahlt und in ihrer Freizeit. RWE schafft es noch nicht einmal, die Menschen aus der Region für ihr Anliegen zu mobilisieren, was auch völlig verständlich ist. Der Reaktorblock Biblis A ist das älteste in Betrieb befindliche deutsche Atomkraftwerk. Die Unfallrisiken steigen mit jedem Jahr. Deshalb darf Biblis nicht mehr ans Netz gehen. Das Bundesverwaltungsgericht hat bereits eine Laufzeitverlängerung für Biblis A abgelehnt, und das begrüßen wir ausdrücklich.

(Beifall bei der LINKEN)

Die meisten Menschen wissen seit dem Reaktorunfall in Tschernobyl, dass die Atomenergie keine Antwort auf die drängenden Fragen der Energieversorgung bietet. Dieser Unfall hat bis dato 70.000 Menschen das Leben gekostet und weite Teile Europas radioaktiv verseucht. Kleinere Unfälle, bei denen Radioaktivität freigesetzt wird, ereignen sich praktisch am laufenden Bande in den weltweit 440 Kernkraftwerken.

Ich muss mich immer wieder wundern, dass gerade die Innenminister der CDU bei der Abwehr terroristischer Gefahren sehr viel gefahrenbewusster argumentieren als bei der Gefahr atomarer Katastrophen, die sehr viel mehr Menschen treffen können als jeder Terroranschlag; es sei denn, er richtet sich gegen ein Atomkraftwerk.

Die Kernenergie ist der Werbekampagne der großen Vier zum Trotz keine saubere Energiequelle. Zu behaupten, Kernenergie sei klimafreundlich, weil die Kraftwerke kaum CO<sub>2</sub> ausstoßen, ist hanebüchen. In die Berechnung gehört sehr viel mehr hinein. Wenn man sich die gesamte Produktionskette betrachtet, wird klar, dass die Kernenergie bei Weitem keine saubere Technik ist, nicht einmal im Hinblick auf die Luftbelastung, und schon gar nicht im Hinblick auf die atomaren Abfälle, die sie produziert.

(Heiterkeit des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

– Sie amüsieren sich, Herr Hahn? Gut, die Endlagerfrage ist wohl wirklich zum Kreischen komisch.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Ja, aber nicht über Sie, Frau Wissler!)

Die Atomlobby gibt auch keine Antwort auf das weiterhin ungelöste Problem der Endlagerung von 450 t radioaktivem Müll, den allein die deutschen Kernkraftwerke pro Jahr produzieren. Wo dieser Abfall gelagert werden soll, bis sich seine Giftigkeit irgendwann in Hunderttausenden von Jahren abgebaut hat, darauf hat keiner eine Antwort gefunden. Wir denken nur an die rostigen Atom-  
müllfässer in Asse.

Klar ist, schon Anfang der Achtzigerjahre gab es größte Bedenken gegen Gorleben als Lager für Atom-  
müll. Die Kohl-Regierung hat damals Gutachter unter Druck ge-

setzt und Sicherheitsbedenken unter den Teppich gekehrt, um Gorleben durchzusetzen. Heinz Riesenhuber, der damalige Bundesforschungsminister, hat dazu maßgeblich beigetragen – Frau Hammann hat es schon gesagt – und kandidiert jetzt auf Platz 2 der hessischen Landesliste für den Bundestag. Der Vollständigkeit halber sage ich: Auf Platz 1 kandidiert bekanntlich Franz Josef Jung und auf Platz 3 Erika Steinbach. Da kann man der CDU zu diesem attraktiven personellen Angebot nur gratulieren. Sie haben ein ganz tolles Trio gefunden – jeder für sich ein unkontrollierbares Sicherheitsrisiko.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Die Kernkraftwerksbetreiber verdienen jährlich 300 Millionen € an jedem abgeschriebenen Kraftwerk und besonders viel an den alten und unsicheren Werken, deren Laufzeit sie deshalb gerne verlängern möchten. An der Börse wird derzeit verstärkt auf einen Wahlsieg von Schwarz-Gelb spekuliert – und damit auf längere Laufzeiten von Atomkraftwerken. Analysten raten zum Kauf von E.ON- und RWE-Aktien. Die Börse interessiert sich bekanntlich nicht für das Leck in Krümmel oder die Dübel und Sumpfsiebe in Biblis; denn die Kosten für diese Dinge tragen ja nicht die Konzerne, sondern die Steuerzahler und die Menschen, die Opfer erhöhter Krebsrisiken sind. Drastische Kurssprünge werden erwartet, sollte es eine schwarz-gelbe Bundesregierung geben. Ein Plus von 15 % sei durchaus möglich. Das zeigt wieder einmal deutlich, wer von Ihrer Politik in Wirklichkeit profitiert. 150.000 € spendet E.ON Jahr für Jahr an CDU und FDP. Ich finde das ein bisschen knauserig. Eine so konsequente Interessenvertretung sollte dem Unternehmen eigentlich mehr wert sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die aktuelle Finanzkrise zeigt aber auch: Trau keinem Analysten. Manch einer hat sich mit Aktien verspekuliert, von denen man dachte, dass sie sehr viel einbringen würden. Deshalb können sich auch die Aktien der Atomriesen nach der Wahl als Fehlkauf für die Anleger entpuppen; denn es gibt in der Bevölkerung eine deutliche Mehrheit für den Atomausstieg. Das wissen Sie, und das weiß auch die Bundesforschungsministerin. Deshalb hält Annette Schavan ein Gutachten zur Atomenergie unter Verschluss, das sie selbst in Auftrag gegeben hat. Darin wird unter anderem der Neubau von Atomkraftwerken in Deutschland gefordert. Annette Schavan ist es offensichtlich zu heikel, dieses Gutachten vor der Bundestagswahl zu veröffentlichen. Sie hat angekündigt, das Gutachten im Oktober zu veröffentlichen – wer auch immer es dann an ihrer Stelle veröffentlicht. Mit der Atomkraft, das ist klar, lassen sich keine Wählerstimmen gewinnen. Deshalb verschweigt die CDU auch an dieser Stelle, was sie nach der Wahl wirklich tun möchte.

Ich halte fest: Wir sind zum Klimaschutz verpflichtet. Angesichts der dramatischen Entwicklung des weltweiten Klimas muss es eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien geben. Das muss schnellstmöglich angegangen werden, statt veraltete Techniken – wie die Atomkraft oder die Kohlekraft – zu zementieren. Der Kampf gegen jedes Windrad, den die CDU führt, ist peinlich, und er ist verantwortungslos. Als der Ministerpräsident im Februar in seiner Regierungserklärung davon sprach, er wolle sich die Bewahrung der Schöpfung zum Auftrag machen, meinte er offensichtlich ausschließlich die Wertschöpfung; denn der ordnet er ja alles unter.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Schreckenszenario, in Hessen oder in ganz Deutschland könnten die Lichter ausgehen, ist reine Marketingpropaganda der großen Vier. Biblis ist abgeschaltet, aber die Glühbirnen – oder, im besseren Fall, die Energiesparlampen – brennen trotzdem. Die steigenden Energiepreise und die Unfähigkeit der Energiekonzerne zu einer echten Energiewende zeigen, dass hier eine staatliche Regulierung nötig ist. Bis zur Aufhebung der Energieaufsicht durch einen CSU-Wirtschaftsminister im Jahr 2007 gab es die ja noch.

Ich komme zum Schluss. Die Energieversorgung gehört als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle, damit auch hier ganz klar ist: Die Sicherheit der Menschen steht im Vordergrund, nicht das Streben nach größtmöglichem Profit und nach dem größtmöglichen Anstieg der Aktienkurse.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler. – Nächster Redner ist Herr Kollege Stephan für die CDU-Fraktion.

#### **Peter Stephan (CDU):**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es hätte mich gewundert, wenn wir nicht auch heute über die Kernkraft diskutiert hätten. Schließlich ist die Kernkraft das wichtigste Wahlthema des Herrn Bundesumweltministers Gabriel. Ich meine, es ist wichtig, dass wir heute darüber reden, dass wir vor allem darüber reden, was sich dieser Minister an Versäumnissen und Patzern in seiner vierjährigen Amtszeit geleistet hat.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich aber zunächst auf die Demonstrationen eingehen. Frau Hammann hat dieses Thema angesprochen. Sie fordern in Ihrem Antrag, dass der Landtag begrüßen möge, dass Menschen gegen die Kernenergie demonstriert haben. Gleichzeitig behaupten Sie in der Presse, diejenigen, die für die Kernenergie demonstriert haben, seien schamlos ausgenutzt worden, und Sie verunglimpfen die, die ihr demokratisches Grundrecht wahrgenommen haben, ihre Meinung zu äußern.

(Lebhafte Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Stephan, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Frömmrich?

#### **Peter Stephan (CDU):**

Nein.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es waren abhängig Beschäftigte, Auszubildende!)

Es gefällt Ihnen nicht, dass es Menschen gibt, die nicht Ihrer Meinung sind. Ganz besonders schlimm finde ich es, dass sich ausgerechnet die Abg. Dorn vom BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN dazu geäußert hat. Sie hat gesagt, sie finde das peinlich und ungeheuerlich. Das ist für mich ein eigenartiges Verständnis der Demokratie; denn Frau Dorn war es, die Demonstranten in diesen Landtag einschleust hat,

(Demonstrativer Beifall bei der LINKEN)

die hier illegal demonstriert haben, während die Auszubildenden und ihre Angehörigen in Biblis legal demonstriert haben. Das müssen wir doch einmal festhalten, liebe Frau Dorn.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Wahlprogramm 2009 der GRÜNEN folgenden Satz: „Wir werden Hessen wieder zu einem weltoffenen Land machen, das von Emanzipation, Toleranz und gegenseitigem Respekt geprägt ist.“

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem Anspruch, Respekt und Toleranz gegenüber denjenigen zu üben, die für ihre Meinung, die für die Kernenergie demonstriert haben, sind Sie nicht gerecht geworden. Sie hätten es eigentlich merken müssen: Sie hatten ja sehr viel mehr Demonstranten angekündigt, als tatsächlich da waren. Das zeigt, dass man offenbar doch nicht gezwungen worden ist, dorthin zu gehen, sondern dass man freiwillig dorthin gegangen ist.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das stimmt gar nicht!)

– Es waren 1.500 Menschen in Biblis, die für die Kernenergie demonstriert haben.

(Zurufe von der LINKEN)

Am gleichen Tag stand bei uns in Südhessen in der Presse: Am Samstag kommt es zu einer machtvollen Demonstration gegen die Kernenergie. – Die war so „machtvoll“, dass – zumindest auf dem Bild im „Bergsträßer Anzeiger“ – 15 Demonstranten zu sehen waren, die sich in Biblis gegen die Kernenergie geäußert haben. Das ist doch ein Zeichen dafür, wie dort die Gewichtung ist.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Sie hätten nach Berlin kommen sollen! – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich möchte ein Letztes zu der Diskussion über die Demonstrationen sagen. Den Begriff „menschliche Schutzschild“, der von der SPD für die Demonstranten verwendet worden ist, finde ich ganz einfach nicht passend. Eine solche Sprache sollte man Menschen gegenüber, die ihre Meinung äußern wollten, nicht gebrauchen.

Lassen Sie mich im Übrigen die vier wesentlichen Punkte festhalten, die Roland Koch in seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede in Biblis geäußert hat.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Meinen Sie das eigentlich ernst, was Sie uns hier erzählen?)

Erstens. Die Zukunft gehört den regenerativen Energien. Dazu darf ich Ihnen mit Erlaubnis des Präsidenten ein Bild zeigen, das im Energiebericht der Hessischen Landesregierung enthalten ist.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch. – Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sie sehen hier die flache Kurve „regenerative Energien“ zu Zeiten von Rot-Grün, und Sie sehen die steile Kurve „regenerative Energien“ zu Zeiten von Schwarz-Gelb. Das soll Ihnen zeigen, dass Ihre Behauptung, die Landesregierung tue nicht, nicht zutrifft.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Lachen und lebhafte Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Was Roland Koch gesagt hat, ist dargestellt worden. Darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten.

(Lebhafte Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Stephan, entschuldigen Sie bitte. – Es spricht nichts gegen eine muntere Debatte in diesem Hause, aber die Umgangsformen sollten doch ein bisschen gewahrt werden. Herr Kollege Stephan hat das Wort, und er hat Gelegenheit, in seiner Rede fortzufahren. Ich bitte Sie alle, etwas leiser zu sein und sich mit den Zwischenrufen etwas zurückzuhalten. Herzlichen Dank.

#### **Peter Stephan (CDU):**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lassen Sie mich noch auf die Aktion zu sprechen kommen, die sich Bundesumweltminister Gabriel in den letzten vier Wochen geleistet hat. Der abgewählte Ministerpräsident, zu dessen Zuständigkeitsbereich Gorleben gehörte, ist diesem Amt einfach nicht gewachsen gewesen.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt zwei wichtige Themenbereiche, die wir beachten müssen: Sicherheit der Kernenergie und die Endlagerfrage. Herr Gabriel hätte vier Jahre Zeit gehabt. Er hat ein Ressort zu führen, und er ist für dieses Ressort verantwortlich. Erwarten Sie, dass man ihm jeden Morgen vorschreibt, was er zu tun hat? Meinen Sie, er bekommt Zettel auf den Schreibtisch gelegt? Nein, ein Bundesminister trägt eine eigene Verantwortung, und die hat er nicht wahrgenommen, der ist er nicht gerecht geworden. Wer zwei Monate vor der Wahl nach Tschernobyl fährt, statt am Anfang seiner Amtszeit, der macht das aus wahltaktischen Gründen, nicht aus sachlichen Gründen. Er hätte vor vier Jahren damit beginnen können, zu hinterfragen, ob Gorleben der ideale Standort ist. Er hat es aber nicht getan.

Vier Wochen vor der Bundestagswahl kommt er mit Argumenten, mit Themen und mit Gutachten, die er heute unter dem Gesichtspunkt infrage stellt: Hat dort jemand Einfluss genommen? Hat dort jemand versucht, Einfluss zu nehmen?

Damit komme ich auf das, was Frau Schavan gesagt hat. Ja, es gibt die Kurzfassung eines Energiegutachtens. Auf vier von 40 Seiten ist dort auch die Kernenergie angesprochen. Es gibt keine Endfassung.

Haben Sie erwartet, dass Frau Schavan jetzt den Wissenschaftlern sagt: „Ihr müsst das herausnehmen“? Sie und wir fordern, dass die Wissenschaftler unabhängig Gutachten erstellen können. Wenn wir Wissenschaftler haben, die sagen, sie fänden das gut, nehmen wir das zur Kenntnis. Entschieden wird es politisch.

Auf die politische Aussage der CDU werde ich später noch zu sprechen kommen. Halten Sie sich an eine Linie, dann werden Sie auch glaubwürdiger sein.

Die Endlagerung ist kein Thema, mit dem man sich vier oder auch zehn Jahre lang beschäftigt. Die Endlagerung war vom ersten Tag an ein Thema – auch von dem Tag an, als die SPD in Deutschland noch der wichtigste Verfechter der Kernenergie war.

Die Frage in Bezug auf die Endlagerung bleibt auch bestehen. Das lässt sich am Beispiel von Biblis darstellen. Das, was dort heute auf die Endlagerung wartet, bildet einen Würfel von etwa 14 m Seitenlänge. Wenn wir dort 20 Jahre länger produzieren, hat dieser Würfel eine Seitenlänge von 16 m. Das heißt, das Problem besteht heute, das Problem bleibt, und das Problem muss gelöst werden. Der Bundesumweltminister hat an dieser Stelle versagt; denn er hat vier Jahre verstreichen lassen, ohne etwas zu tun.

(Zurufe von der SPD)

Lassen Sie mich weiter auf die Frage der Sicherheit eingehen. Ich möchte Ihnen nur eines in Erinnerung rufen: Acht Jahre lang haben Papiere mit Sicherheitsauflagen in den Schreibtischschubladen von rot-grünen Ministern in Hessen gelegen. Erst als Minister Dietzel dieses Amt übernommen hat, wurden diese Sicherheitsauflagen durchgesetzt. Dieses Durchsetzen der Sicherheitsauflagen zieht sich durch die ganze Arbeit der Regierung Roland Koch.

(Beifall bei der CDU)

Wir lassen uns von Ihnen nicht ins Stammbuch schreiben, wir hätten in Hessen nicht für die Sicherheit gearbeitet. Wir sind die Einzigen, die wieder etwas für die Sicherheit der hessischen Kernkraftwerke getan haben.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Herr Schmitt, Sie haben das Thema „Hochfahren durch RWE“ angesprochen. RWE hätte das Kraftwerk wieder hochfahren können. Das Recht war auf der Seite von RWE. Sie hätten Biblis auch mit den bisher vorhandenen Sumpfsieben hochfahren können. Sie haben es nicht gemacht, sondern sie haben dort in den folgenden Monaten zusätzliche Sicherheitskomponenten eingebaut. Das ist auch richtig und wichtig so.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Schmitt, für die Zukunft erwarten wir eine Versachlichung der Energiedebatte. Ich bin sicher, es gibt diese Versachlichung dann, wenn in Berlin eine neue Regierung im Amt ist, die das Thema Energieversorgung ohne ideologische Vorbehalte bearbeitet.

Wir müssen die Chancen und Risiken aller Energieformen sauber abprüfen. Wir brauchen eine sichere, preiswerte, umweltfreundliche und auch autarke Energieversorgung. Das führt uns wiederum zu dem Mix mit regenerativer Energie.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir sprechen uns aber auch dafür aus, dass – wenn es denn um CO<sub>2</sub> geht – vor allem die fossilen Kraftwerke abgeschaltet werden, nicht aber die CO<sub>2</sub>-armen Kernkraftwerke. Wir sprechen uns auch dafür aus, dass die Gewinne abgeschöpft werden.

(Zuruf von der SPD: Wie denn?)

Selbst wenn Sie heute lachen: Das hätte man machen können. Wenn es einen Vertrag über den Ausstieg aus dem Ausstieg gibt, lässt sich so etwas regeln.

Wir halten in diesem Zusammenhang auch fest, dass das grundgesetzlich geschützte Recht auf freie Meinungsäußerung von uns respektiert wird – anders als Sie es wollen und durch Ihre Verurteilungen und Verunglimpfungen von Demonstranten zeigen. Das ist uns wichtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir in Deutschland eine sichere, preiswerte, umweltfreundliche und weitestgehende autarke Energieversorgung wollen, darf nicht Biblis abgewickelt werden, sondern dann muss Bundesumweltminister Gabriel „abgewickelt“ werden. Dazu werden die Bürger am 27. September die notwendigen Ausstiegsbeschlüsse fassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Das war schwach!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Stephan. – Nun hat sich Herr Kollege Al-Wazir zu einer Kurzintervention zu Wort gemeldet. Herr Al-Wazir, bitte.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Stephan, am Anfang habe ich gedacht: Was macht der Kollege da?

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen etwas sagen: Ich glaube, dass Sie das eben ganz bewusst gemacht haben. Sie haben sich geweigert, über das zu reden, was in den Anträgen eigentlich steht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist doch Strategie. Ich habe mich zu einer Kurzintervention gemeldet, um Ihnen noch einmal die Gelegenheit zu geben, hier deutlich zu sagen, welche Position Sie zu den Punkten einnehmen, die der Antrag enthält, über den gleich abgestimmt wird. Sind Sie für einen Weiterbetrieb der beiden Schrottreaktoren Biblis A und Biblis B über den vereinbarten Abschalttermin hinaus, ja oder nein?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Axel Wintermeyer (CDU): Es gibt keine Schrottreaktoren! Die sind bei Ihnen im Kopf, die Schrottreaktoren!)

Sind Sie der Auffassung, dass es ein riesengroßes Versäumnis ist, dass Hessen bei den erneuerbaren Energien im Vergleich der Flächenländer inzwischen fast auf dem letzten Platz liegt, ja oder nein?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Zu Punkt 3 des Antrags: Sind Sie der Auffassung, dass es der Realität entspricht, wenn wir feststellen, dass es auf der Welt weiterhin keinen einzigen Endlagerstandort für hoch radioaktive Abfälle gibt, ja oder nein?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Zu Punkt 4: Nehmen Sie zur Kenntnis, dass es keine andere vom Steuerzahler so hoch subventionierte Energie wie die Atomenergie gibt, ja oder nein?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind die Punkte, die in dem Antrag stehen. Darüber stimmen wir gleich ab. Die Strategie, dass Sie über irgend-etwas reden,

(Axel Wintermeyer (CDU): Das machen Sie doch immer!)

um nicht sagen zu müssen, dass Sie nach dem 27. September gegen den deutlichen Willen der Mehrheit der Bevölkerung etwas anderes vorhaben, funktioniert nicht, wenn Sie jetzt nach vorne kommen und sagen, was Sie in der Sache eigentlich wollen. Darum bitte ich Sie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Jetzt bin ich aber gespannt!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Al-Wazir. – Herr Kollege Stephan hat Gelegenheit zur Antwort.

#### **Peter Stephan (CDU):**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Zusammenfassung der letzten Punkte habe ich gesagt, was die CDU in Hessen will.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ah ja! – Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Dazu gehören die regenerativen Energien und auch die Kernenergie. Lassen Sie mich aber auf die einzelnen Punkte der Anträge eingehen.

Ich habe zu den Demonstrationen Stellung genommen. Ich habe zu dem Thema „Versäumnisse der Landesregierung bei regenerativen Energien“ Stellung genommen.

(Axel Wintermeyer (CDU): Den angeblichen Versäumnissen!)

Ich habe Ihnen das Bild gezeigt, um Ihnen damit zu sagen, was Hessen gemacht hat.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das hat damit nichts zu tun!)

Ich habe zur Endlagerfrage – Punkt 3 Ihres Antrags – Stellung genommen und festgestellt, wir haben keinen Endlagerplatz, weil ein Bundesminister vier Jahre lang nichts gemacht hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Al-Wazir, ich habe nicht zu Punkt 4 Ihres Antrags Stellung genommen. Dabei ging es um die Kosten. Wir wissen sehr wohl, dass man Kosten sehr unterschiedlich betrachten kann. Wenn man in die Kosten auch die Rückstellungen einbezieht, die man braucht, um ein Kraftwerk zurückzufahren, und diese dann die Bilanz belasten, sodass es noch keine Gewinne gegeben hat, nehme ich das so zur Kenntnis. Warten wir doch ab, bis wir all die Projekte abgeschlossen haben.

Wenn ich schon auf das Thema Kosten angesprochen werde, möchte ich aber auch die Frage stellen: Was kostet uns heute die Fotovoltaik?

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Milliarden Euro geben wir denn für diese regenerative Energieform aus?

Dann haben wir über die Sicherheit im Kernkraftwerk Biblis gesprochen. Ich habe Ihnen gesagt, dass die Hessische Landesregierung alle Sicherheitsauflagen umgesetzt hat, die all die Jahre über in den Schreibtischen von Mitgliedern der rot-grünen Regierungen in Hessen gelegen, geschlafen und geschlummert haben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister Dietzel hat sie aufgegriffen und durchgesetzt. Das ist die Haltung der CDU zu dem Thema Sicherheit. Wir wollen die sichersten Reaktoren haben. In Hessen haben wir das beste Beispiel dafür geliefert.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Stephan, Ihre Redezeit ist vorbei. Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

#### **Peter Stephan (CDU):**

Über den Ausstiegvertrag habe ich auch gesprochen. Dass wir die Meinung des Bundesumweltministers nicht begrüßen, habe ich, glaube ich, deutlich ausgeführt. Dass der erste Abschnitt des SPD-Antrags recht provokativ ist und es sich über ihn nicht viel zu reden lohnt, habe ich ebenfalls gesagt. Wir haben dafür gesorgt, dass Biblis auf dem sichersten Stand ist. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Kollege Sürmann für die FDP.

#### **Frank Sürmann (FDP):**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Kollegin Hammann, Sie haben als Erste zu diesem Thema gesprochen. Herzlichen Glückwunsch – allerdings zu Ihrem Geburtstag. Zu Ihrer Rede kann ich Ihnen nicht gratulieren, weil sie überhaupt nichts Neues beinhaltete.

Jetzt gibt es eigentlich zu „nichts Neues“ keine Steigerung, gäbe es da nicht den ehemaligen Generalsekretär der SPD, Norbert Schmitt. Das gilt auch für Frau Wissler. Da war überhaupt nichts Neues drin. Da gibt es also keine Steigerung.

Tatsache ist, dass wir hier stehen und in den letzten zehn Jahren zunächst Bundesumweltminister Trittin von den GRÜNEN hatten und jetzt Herrn Gabriel als Bundesumweltminister haben. Diese beiden Umweltminister haben z. B. von dem Gutachten zu Gorleben, zu dem Sie eben vorgetragen haben, und auch von dem Schriftverkehr dazu gewusst. Wir können das nicht wissen. Wir haben unser Wissen nur aus der Zeitung. Denn das wird unter Verchluss gehalten.

Sie können es eigentlich auch nicht wissen. Denn es ist geheim. Ich weiß nicht, wie Sie daraus zitieren konnten. Das ist schon sehr erstaunlich.

Tatsache ist, dass wie, wenn die Atomkraftwerke weiter laufen und wir den Ausstieg so beibehalten, er vorgesehen ist, wir im Jahr 2020 5.832 t atomaren Abfall und keine Lösung haben werden.

(Florian Rentsch (FDP): Aha!)

Wir werden keine Lösung haben.

(Beifall bei der FDP)

Ist das eine verantwortliche Politik, die zunächst unter einem von Ihnen geleiteten Ministerium und jetzt von einem Ministerium gemacht wird, in dem die SPD die Verantwortung hat? Ist es verantwortungsvoll, dass Sie nicht bereit sind, sich die Frage zu stellen, was mit dem atomaren Müll gemacht werden soll?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollen weitermachen!)

Sie beantworten immer nur die Frage, was mit dem atomaren Müll nicht gemacht werden soll. Sie beantworten diese Frage damit, dass Sie den atomaren Müll an der Oberfläche, also oberirdisch, bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag lagern wollen. Sie wissen nicht, was damit einmal geschehen soll.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Paarung aus Verantwortungslosigkeit und Ignoranz. Das Kind, das daraus geboren wird, heißt Rot-Rot-Grün.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Schmitt, ich brauche zum Atomausstieg selbst gar nichts zu sagen. Ich zitiere Altbundeskanzler Helmut Schmidt. Er wird von allen Seiten hoch gelobt. Wer glaubt, man könne zum jetzigen Zeitpunkt verantwortungsvoll aus dieser Atompolitik ausscheiden, der ist – ich zitiere – „ein Traumtänzer“. Das sagte Altbundeskanzler Helmut Schmidt.

Um Sie nicht allzu lange noch zu langweilen, gehe ich nur noch einmal auf das ein, was Sie, Frau Hammann, gesagt haben, also auf das, was heute in der „Financial Times Deutschland“ steht. Das habe ich mir angeguckt. Genauso wie Sie habe ich davon aus dem Internet erfahren.

Ich staune schon wieder, dass eine angeblich geheime Atomstudie, wie Sie sagten, schon ganz bekannt ist und davon in der Zeitung steht. Was sind denn das für geheime Studien, die immer und immer wieder bekannt sind? Bloß den Inhalt kennt am Ende wieder keiner. Aber jeder spekuliert darüber.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Doch, das stand auch in der Presse!)

Zumindest in der „Financial Times Deutschland“ steht zu der Studie, dass der renommierte Technik- und Umweltsoziologe Ortwin Renn „langjährige Erfahrung in der Risikoforschung und Technikfolgenabschätzung sowie der Einbindung von Interessengruppen und Öffentlichkeit bei der Lösung konfliktbeladener Themen“ hat.

Von den 60 Seiten, die dort angeboten wurden, beschäftigt sich ein ganz kleiner Teil mit den möglichen Szenarien Nutzung der Atomkraft oder keine Nutzung der Atomkraft. Sie sagen, das sei eine Atomstudie. Das ist eine Verdummbeutlung der Bevölkerung, wie ich sie lange nicht mehr erlebt habe.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Eines möchte ich noch zum Schluss meiner Rede sagen. Das gehört auch zur Wahrheit dazu. Frau Kollegin Hammann, das weiß auch Herr Kollege Al-Wazir. Wir haben im Moment pro Kopf einen Ausstoß von 11 t CO<sub>2</sub> pro Jahr. Wir wissen, dass, wenn wir einen Anstieg der Temperatur nur um 20 bis zum Jahr 2030 haben wollen, auf 2,7 t CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf und Jahr herunter müssen. Ansonsten werden wir einen höheren Anstieg der Temperatur haben, als er jetzt erwartet wird.

Ich nehme an, Sie kennen die Zahlen des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz genauso gut wie ich. Wir wissen, dass wir ab sofort anfangen müssen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um ganz erhebliche Mengen zu vermindern.

Das ist alles „wunderbar“. Wenn wir dann aber von CO<sub>2</sub>-Abscheidung sprechen, wenn wir fragen: „Wo soll das Zeug denn hin?“, „Wo soll das Kohlendioxid denn hin?“, wenn wir darüber reden, dass Tanklastzüge mit diesem Abfall irgendwohin müssen, dann sagen Sie: Eine solche Technologie wollen wir gar nicht haben. – Wie passt denn das überhaupt noch zusammen? Sie erzählen uns doch hier, es komme zu der Klimaerwärmung. Sie sagen, wir müssten den CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren. Sie sagen aber nicht, wie Sie den CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren wollen. Vielmehr sagen Sie: Ich will keinen CO<sub>2</sub>-Abfall haben. – Das ist das, was Sie sagen. So können Sie das Problem nicht lösen. Das geht einfach nicht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Machen Sie lieber bei dem hessischen Energiekonzept mit, das wir gerade dabei sind aufzustellen. In der Tat wollen wir die Verhältnisse in Hessen verbessern und einen hohen Anteil an regenerativen Energien haben. Arbeiten Sie da wirklich mit. Sagen Sie aber nicht den Leuten, Sie könnten das alles von heute auf morgen haben. Sie wissen genau, dass wir eine Konzeption brauchen, um langfristig aus der Atomkraft auszusteigen. Insbesondere brauchen wir eine Konzeption, die auch einmal länger als eine Legislaturperiode hält,

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

damit die Leute wissen, dass sie dauerhaft günstigen Strom beziehen können. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Sürmann, vielen Dank. – Jetzt hat sich Herr Kollege Görig zu einer Kurzintervention zu Wort gemeldet. Die Redezeit beträgt zwei Minuten.

#### **Manfred Görig (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin sehr verwundert über das, was die zwei Kollegen, nämlich Herr Kollege Sürmann und Herr Kollege Stephan, hier vorgelesen haben und wie oberflächlich sie über alle Sicherheitsbedenken hinweggegangen sind.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich kann das an zwei Punkten verdeutlichen. Vielleicht haben Sie die Diskussion im Unterausschuss erlebt. Wir haben lange und breit darüber diskutiert, ohne den Inhalt wirklich zu kennen, weil man uns den Inhalt bis heute vorenthält.

Wenn es um Terroranschläge mit Flugzeugen auf die Werke A und B in Biblis geht, muss man sagen, dass es eindeutig ist, dass diese Anlagen nicht sicher sind. Das ist genau das, weshalb ich nicht verstehe, dass Sie sagen, es sei alles in Ordnung. Da ist gar nichts in Ordnung, überhaupt nichts.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Deshalb kann ich auch nicht nachvollziehen – zumindest entsteht für mich dieser Eindruck –, dass Sie darüber gar nicht reden wollen. Sie werfen Nebelkerzen in ganz andere Richtungen und wollen das Thema, um das es eigentlich geht, gar nicht besprechen. Es geht nämlich um die Sicherheit, und zwar sowohl der Anlagen in Hessen als auch der Endlagerung. Dazu will ich Herrn Kollegen Sürmann sagen: Alle Regierungen haben nicht für ein brauchbares Endlager gesorgt. Das hat weder die Regierung aus CDU und FDP noch die aus SPD und GRÜNEN, noch die aus CDU und SPD geschafft. Am Ende sind wir also alle ein bisschen mit Schuld.

Ich habe gelesen, dass es 1983 zu einer Einflussnahme auf die Gutachten kam, die wissenschaftlich eindeutig waren.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist es!)

Dort stand, dass es an dieser Stelle gar nicht gemacht werden kann. Das wurde dann beeinflusst, um es einfach doch zu machen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Riesenhuber war das! Das ist der Mann mit der Fliege!)

Sie haben dann noch gesagt, das, was wir wollten, wäre der Gipfel der Verantwortungslosigkeit. Das ist aber an anderer Stelle längst geschehen. Noch verantwortungsloser ist es, diese Anlagen, die wir kennen, weiter laufen zu lassen. Das ist der Gipfel der Verantwortungslosigkeit.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Am Ende der Kurzintervention will ich noch etwas loswerden. Sie haben gesagt, das müsse preiswert sein.

20 € die Megawattstunde oder 2 Cent die Kilowattstunde ist das, was die Atomanlagen an Kosten für die Stromerzeugung verursachen. Zu diesem Preis müsste der Strom eigentlich abgegeben werden. Abgegeben wird der Strom für sehr viel mehr. Denn er gehört zur Grundlast. Der Preis für den Grundlaststrom wird an der Strombörse gebildet.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Görig, ich darf Sie bitten, zum Schluss Ihrer Rede zu kommen.

**Manfred Görig (SPD):**

Ja, ich komme zum Schluss meiner Rede. – Es gibt dazu genug Untersuchungen der Europäischen Union. Sie war kurz davor, gegen E.ON ein kartellrechtliches Verfahren einzuleiten. Die Europäische Union sagt, diese vier großen Stromerzeuger beeinflussen die Strombörse so, dass sie enorme Gewinne mit den Atomanlagen machen. – Da brauchen Sie gar nicht den Kopf zu schütteln. Das ist so.

Herr Kollege Stephan, wenn Sie diese Gewinne in Milliarden-Euro-Höhe wirklich abschöpfen wollen, dann würde mich interessieren, wie Sie das mit den vier großen Stromerzeugern ausmachen wollen. Das zu wissen wäre viel interessanter als das, was Sie vorhin in Ihrer Rede gesagt haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Willi van Ooyen und Barbara Cárdenas (DIE LINKE))

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Es wird keine Antwort geben. Deshalb hat jetzt für die Landesregierung Frau Umweltministerin Lautenschläger das Wort.

**Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema, das wir hier diskutieren, ist eigentlich ein sehr ernsthaftes. Wir reden hier über die Nutzung der Kernenergie und die Frage, wie mit der Nutzung der Kernenergie umgegangen wird.

Man muss heute aber schon wieder konstatieren: Es ist schlichtweg dem Wahlkampf geschuldet, warum Sie hier Themen auf die Tagesordnung gesetzt haben. Nichts anderes ist es.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn man sich den Antrag z. B. der SPD-Fraktion anschaut, kann man nur als Schlussfolgerung ziehen, dass das sowohl in technischer als auch in rechtlicher Hinsicht überhaupt nicht haltbar ist, was dort steht, und dass damit nur wieder das versucht wird, was Bundesumweltminister Gabriel nun schon seit Wochen macht. Plötzlich lässt er Themen auf die Tagesordnung setzen, um die er sich jahrelang nicht gekümmert hat, und tut so, als ob es da irgendwo einen Skandal gebe.

Die Wahrheit ist anders. Das betrifft auch das, worüber wir heute reden, also das, was Gorleben oder Asse betrifft. Er hat als Ministerpräsident in Niedersachsen Verantwortung getragen. Er trägt als Bundesumweltminister Verantwortung. Vorher hat Bundesumweltminister Trittin die Verantwortung dafür getragen.

Ich glaube nicht, dass der Zustand in Gorleben oder in Asse in den letzten 14 Tagen eingetreten ist, sondern das sind Dinge, wo man Endlageruntersuchungen hätte weiter fortführen oder sich schlichtweg um die Lager hätte kümmern können.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, es geht Ihnen hier rein um billige Wahlkampfpolemik. Das muss man im Hessischen Landtag einmal deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Wenn man sich den Antrag der SPD anschaut, dann fängt es schon mit der ersten Behauptung an. Sie behaupten, dass der Block B wegen Sicherheitsmängeln vom Netz genommen wurde.

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Al-Wazir?

**Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Nein, ich möchte erst einmal darstellen, was alles in den Anträgen so nicht stimmt. Denn alleine diese erste Aussage im Antrag der SPD-Fraktion ist schlichtweg unzutreffend. Tatsächlich wurde Block B am 23.01.2009 zur Durchführung der planmäßigen Revision abgefahren.

In dieser Revision wurden neben dem Brennelementewechsel ca. 130 Änderungsmaßnahmen umgesetzt, davon 30 Maßnahmen zur Umsetzung von Empfehlungen aus der periodischen Sicherheitsüberprüfung, also Dinge, die man als Aufsicht gemeinsam mit dem Betreiber verabredet, die regelmäßig dazu führen, dass sicherheitstechnische Verbesserungen, wenn sich etwas verändert hat, vorgenommen werden und damit zu einem höheren Sicherheitsstandard in Deutschland beigetragen wird, der auch weltweit nach wie vor in allen deutschen Kernkraftwerken beispielhaft ist.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch gar nicht wahr!)

– Frau Hammann, auch durch Ihre Zwischenrufe wird das alles nicht besser, weil wir uns darum kümmern und sich mein Vorgängerkollege Dietzel mit darum gekümmert hat, dass dort über 1 Milliarde € investiert wurden, um Sicherheitsstandards zu erhöhen, zu verbessern. Damit wurde immer wieder ein höheres Niveau erreicht, wenn es in diesem Bereich Veränderungen gegeben hat.

Worauf Sie hinauswollen, das ist das Thema Sumpfsiebe. Sie wissen genau, dass das Thema Sumpfsiebe zum ersten Mal 1992 aufgetaucht ist, als in einem schwäbischen Kernkraftwerk ein defektes Sicherheitsventil zur Freisetzung von Isoliermaterial geführt hat. In Hessen ist darauf in der Regierungszeit seit 1999 längst reagiert worden. Zum Beispiel wurden im Jahre 2004 im Reaktorgebäude des Kernkraftwerks Biblis Block B, dem sogenannten Gebäude-sumpfung, entsprechend neue Sumpfsiebe mit feineren Gittern eingebaut.

(Norbert Schmitt (SPD): Dann wurde festgestellt, dass es zu klein war!)

– Herr Schmitt, Sie machen sich das immer sehr leicht, weil es Ihnen nicht darum geht, wie man vernünftige Techniken umsetzen kann, wie man sie weiter als Übergangslösung einsetzt, sondern Ihnen geht es um nichts anderes – das schon seit vielen Jahren – als um billige Polemik, um Menschen Angst zu machen, und nicht in einer vernünftigen Weise überhaupt über die Kernenergie zu diskutieren.

(Zurufe der Abg. Norbert Schmitt (SPD) und Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

In dem Moment, in dem man gesagt hat, man kann es technisch noch weiter verbessern, wenn man es mit Gittern in diesen Sieben noch kleiner macht – man muss viel theoretisch unterstellen, dass ein Leck in einer bestimmten Größe entstehen kann –, hat man sich darauf verständigt, bei allen vorliegenden Gutachten zu sagen: Wenn das theoretisch möglich ist, wird auch diese Nachbesserung noch vorgenommen.

Dann haben wir das wiederum mit umgesetzt. Die Betreiberin des Kernkraftwerks Biblis hat sowohl für den Block A als auch für den Block B die entsprechenden Maßnahmen beantragt, damit sichergestellt werden kann, dass im Fall der Fälle die Kühlung immer gewährleistet werden kann.

Zu diesen Dingen hat es sich das Umweltministerium nie einfach gemacht, sondern immer zusätzlich Gutachten eingeholt, gegengeprüft und immer gecheckt, dass hohe Sicherheitsstandards vorhanden sind. Inzwischen sind längst die erforderlichen Genehmigungen für Block B erteilt worden. Die werden derzeit in der Revisionszeit des Blocks umgesetzt. Für Block A laufen die Genehmigungsverfahren, und es wird genauso umgesetzt.

Wenn Bundesumweltminister Gabriel plötzlich noch einmal persönlich vorstellig werden will, dann kann man das absprechen. Damit haben wir überhaupt kein Problem. Sie wissen genau, dass die Länder, in denen Kernkraftwerke stehen, mit dem Bundesumweltminister sogar einen Vertrag abgeschlossen haben, wie man in Zukunft weitere Verfahren zur Verbesserung der Kernenergie umsetzen kann – überraschenderweise einvernehmlich. Das war kein Thema, das aus Sicht von Herrn Gabriel in die Zeitung musste, sondern ihm geht es immer nur darum, Polemik an den Tag zu legen, wenn etwas in der Umsetzung ansteht, oder über Sicherheitsmängel zu sprechen, aber nicht über die Verbesserungen, die kontinuierlich in deutschen Kernkraftwerken durchgeführt werden.

Mir ist es einfach wichtig, dass man unterscheidet, ob man in einem Antrag schreibt, etwas wurde wegen Sicherheitsmängeln vom Netz genommen, wie es SPD und GRÜNE immer wieder versuchen zu unterstellen, oder ob man regelmäßig Revisionen macht, mit der Aufsicht abstimmt, was an weiteren Verbesserungen möglich ist, um einen besseren sicherheitstechnischen Stand umzusetzen, wenn man in der Entwicklung weiter ist, und das auch macht. Das haben wir in den letzten Jahren getan, und das tun wir auch heute noch genauso. Deswegen werden diese Genehmigungen, wenn alles geprüft ist, erteilt. Dann wird es auch in Block A umgesetzt, der im Moment genauso in der Revision ist wie Block B.

(An der Decke des Plenarsaals erlischt eine Reihe Lichter. – Norbert Schmitt (SPD): Die Lichter gehen aus!)

Dann will ich Ihnen sehr deutlich sagen: Die hessischen Aufsichtsbehörden haben alle Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Sicherheit zur Beherrschung von Kühlmittelverluststörfällen geschaffen wird. Wenn der Bundesumweltminister aber meint, er könne ständig das Thema Kernkraftwerke zum Wahlkampf nutzen, dann muss er sich auch Folgendes klar vorhalten lassen – wenn man schon vor jede Kamera zu diesem Thema läuft –:

(Norbert Schmitt (SPD): Na, na, na!)

dass z. B. bei den Vorfällen im Kernkraftwerk Krümmel im Juni 2007, als ein Maschinentransformator brannte, im Juni 2008 das erste Mal, also ziemlich ein Jahr später, vom

Bundesumweltminister Gabriel reagiert wurde und Empfehlungen zur Verhinderung des Eindringens von Brandgasen in die Kernkraftwerkswarte an die Länder verschickt wurden.

Ein weiteres Jahr später hat er sich zu diesem Thema noch einmal gemeldet. Das heißt, genau für die Aufgabe, die ein Bundesumweltminister hat, wenn irgendwo etwas ist – sicherzustellen, dass alle Informationen an alle gehen, wo wir sicherheitsrelevante Themen haben, damit sie in den Ländern mit umgesetzt werden können –,

(Norbert Schmitt (SPD): Irrtum!)

hat er sich extrem viel Zeit gelassen. Das erste Mal nach Krümmel hat er sich nach einem Jahr gemeldet, das zweite Mal wieder ein Jahr später, also insgesamt zwei Jahre hat er Zeit dazu gehabt. Ich nenne Ihnen dieses Beispiel, das wir schon einmal in der letzten Landtagsdebatte hatten, heute noch einmal, weil es schlichtweg darum geht, dass wir Sicherheit in Hessen ganz groß schreiben, aber ich sage: auch in den anderen Ländern in Deutschland, die Kernkraftwerke auf ihrem Gebiet haben. Die Länderbehörden haben mit dem Bund und der Reaktorsicherheitskommission immer sehr eng zusammengearbeitet. Es gibt Themen, die hat man in einem Land zu lösen und abzuarbeiten. Das macht die Aufsicht als Verwaltung. Aber es gibt auch länderübergreifende Themen, bei denen man sich abstimmt und das an allen Standorten entsprechend umsetzt.

Wenn es aber nur im Wahlkampf der Fall ist, dass man diese Themen aufnimmt – da hat der Kollege Stephan natürlich recht, wenn er davon redet, dass Bundesumweltminister Gabriel nach Tschernobyl gefahren ist, nicht weil er dort über Technik sprechen will, nicht über Sicherheitsbedingungen, sondern schlichtweg zu billigen Wahlkampfzwecken, um Menschen Angst zu machen –, dann kann das nicht im Sinn von Technik und auch nicht im Sinn von Aufsicht sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr seid doch Freunde in Berlin!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn die GRÜNEN über die Frage des Endlagers sprechen, ist es richtig, dass wir in Deutschland immer noch keine endgültige Lösung haben. Aber es ist auch richtig – das wissen Sie ganz genau –, dass in den letzten Jahren sowohl bei Herrn Trittin als auch bei Herrn Gabriel überhaupt nichts unternommen wurde, um es einer Lösung zuzuführen. Das ist nämlich die spannende Frage, die man sich stellen muss.

Gleichzeitig wissen Sie auch, dass das, was Sie als Subventionen bezeichnen, längst die Betreiber von Kernkraftwerken als Rückstellungen vorsehen müssen, weil sie dafür zahlen müssen, wenn es ein Endlager gibt, und es gerade nicht subventioniert wird.

Bei dieser Studie, auf die Sie sich beziehen, wissen Sie genau, dass dort z. B. aus den Lasten der deutschen Einheit die Instandsetzungen, um wieder Umweltmaßnahmen in das Gelände hineinzubringen, wo Uranrückstände vorhanden waren, hineingerechnet wurden, was überhaupt nichts mit den Kernkraftwerken in Deutschland zu tun hat und auch nichts mit der Endlagerfrage, sondern schlichtweg mit einer vernünftigen Wiederherstellung des Bodens an dieser Stelle. Das ist alles mit hineingerechnet. Sie beachten überhaupt nicht das Atomgesetz. Ihnen geht es auch hier nur um eine billige Panikmache.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Deswegen bleiben wir als Landesregierung dabei. Wir nehmen dieses Thema sehr ernst. Deswegen werden wir auch überall, wo es vonnöten ist, den Kraftwerksbetreiber in Hessen anweisen, Nachrüstungen vorzunehmen, in Abstimmung mit den übrigen Behörden und selbstverständlich unter Einbeziehung umfangreicher Gutachten, damit Sicherheitstatbestände auch wirklich umgesetzt werden und die Maßnahmen, die dort umgesetzt werden, wirklich sinnvoll sind und ein größtmöglicher Schutz der Bevölkerung sichergestellt ist.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Frau Ministerin, gestatten Sie mir den freundlichen Hinweis darauf, dass die Redezeit, die wir für die Fraktionen vereinbart haben, bereits abgelaufen ist.

#### **Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Ich bin auch gleich zu Ende.

Lassen Sie mich auch darauf hinweisen, dass wir uns als Hessische Landesregierung genauso des Themas erneuerbare Energien annehmen und es umsetzen. Auch dort versuchen Sie, sehr einfache Vergleiche anzustellen. Natürlich hat ein Bundesland, in dem die Wasserkraft schon immer vorhanden ist und es gute geologische Bedingungen für Wasserkraft gibt, einen hohen Anteil an erneuerbaren Energien – eben durch die Wasserkraft. Das ist sehr vernünftig. Wenn ich diese Standortbedingungen in Hessen nicht habe, dann habe ich logischerweise hier weniger Wasserkraft und kann sie so nicht umsetzen.

Zugleich gilt es, sämtliche Potenziale auszuschöpfen, die man hat. Wir sind dabei. Dazu dient das Energiekonzept 2020, damit wir genau das erreichen,

(Gerhard Merz (SPD): Wann denn?)

um bei den erneuerbaren Energien tatsächlich das Ziel von 20 % 2020 zu erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Ihrer billigen Polemik bei diesen Themen immer kurz vor einer Wahl machen Sie es sich zu leicht.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Damit machen Sie der Bevölkerung Angst.

Sie sind auch nicht ehrlich, wenn es um den Klimaschutz geht und um das, was man da machen kann.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich lese in den Programmen der GRÜNEN jedenfalls nicht, wie Sie es bewerkstelligen wollen, woher die 80 % oder meinetwegen die 70 % kommen sollen. Liebe Kollegin Hammann, die kommen nicht einfach aus der Steckdose, sondern Energie muss umgewandelt werden und dann in die Steckdose kommen.

(Zuruf der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Dafür brauchen Sie auch die restlichen 70 % – ob aus Kohle oder aus Kernenergie, ob sie in Deutschland oder an anderer Stelle erzeugt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Tarek Al-Wazir.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich finde, dieses Thema ist zu ernst, um damit so flapsig, wie das gerade vonseiten der Regierung und der Mehrheit hier im Haus geschehen ist, zu sagen, das sei alles nur Wahlkampf.

(Axel Wintermeyer (CDU): Was denn sonst?)

Frau Ministerin, Sie haben die Frage gestellt, warum kein Bundesumweltminister der GRÜNEN z. B. auf die Zustände in Asse hingewiesen habe. Das ist relativ einfach erklärt.

Asse wurde als sogenanntes Forschungsbergwerk betrieben, und zwar nicht nach dem Atomrecht, sondern nach dem Bergrecht, am Ende als Helmholtz-Gesellschaft. Als Aufsichtsbehörde zuständig war immer das Bundesforschungsministerium.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern ist es ein bisschen schwierig, dafür Herrn Gabriel verantwortlich zu machen – eigentlich war es in den letzten vier Jahren Frau Schavan.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Es kam dann dazu, dass man merkte, dass man die Situation dort offensichtlich nicht mehr beherrschen kann. Diese Zustände sind Wassereinbrüche – obwohl immer gesagt wurde, das sei bei einem Salzstock unmöglich, genau darin bestehe eigentlich die Sicherheit. Dann gibt es die Einsturzgefahr für das gesamte Bergwerk. Dort liegen um die 160.000 Fässer radioaktiven Mülls, und zwar nicht ordentlich gestapelt, sondern – wie es die Arbeiter dort sagen – gepökelt, d. h. die haben die Fässer in eine Grube geworfen und dann Salz darüber gekippt: eingepökelt.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn das die sichere Endlagerung ist, die Sie meinen – um Gottes willen, es graust die Sau.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Zum Zweiten behaupten Sie, wir sagen nicht, woher der Strom kommt. Dazu muss ich sagen: Die GRÜNEN-Fraktion hat ihr Energiekonzept im Januar 2007 vorgelegt – auf Ihres, liebe Ministerin, warten wir immer noch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Schauen wir einmal, wann es kommt und was darin steht. Es ist evident: Nach zehn Jahren Regierungszeit müssen Sie diese Frage beantworten.

Herr Stephan, im Übrigen ist der Anstieg des Anteils der erneuerbaren Energien, von dem Sie gesprochen haben, trotz der Hessischen Landesregierung geschehen, nicht wegen ihr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Das war schlicht das Erneuerbare-Energien-Gesetz auf Bundesebene. Was die erneuerbaren Energien angeht, sind wir in Hessen inzwischen bundesweit auf dem vorvorletzten Platz. Es gibt nur noch zwei relevante Flächenländer, Bayern und Baden-Württemberg, die noch schlechter sind als wir. Wir stehen auf Platz 10.

Schlechter als wir sind nur noch die drei Stadtstaaten – das ist relativ einfach durch Flächengründe zu erklären, die für Windanlagen, Biomasse usw. benötigt werden. Schlechter als wir ist noch das Saarland, und dann gibt es noch zwei wirkliche Flächenstaaten, die schlechter sind als wir, nämlich Bayern und Baden-Württemberg.

Liebe Frau Ministerin, ich glaube, es ist kein Zufall, dass diese beiden Länder gemeinsam mit Hessen genau diejenigen sind, die den formal höchsten Atomstromanteil haben. Das heißt, die Atomenergie ist keine Brücke in die erneuerbaren Energien, sondern die Atomenergie blockiert die erneuerbaren Energien.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Sie haben gesagt, unsere Atomkraftwerke seien sicher. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass vor zwei Jahren in Krümmel bei dem Reaktor eine Notabschaltung aus einer verbrauchten Leitwarte von Leuten mit übergestülpten Gasmasken durchgeführt wurde. Das konnte selbst ich mir vorher nicht vorstellen.

Ich konnte mir nicht vorstellen, dass im Jahr 2007 fast durchgehend sechs Atomkraftwerke stillstanden – Biblis A und B gehörten dazu.

Ehrlicherweise konnte ich mir nicht vorstellen, dass unsere Strategie der erneuerbaren Energien so erfolgreich ist, dass – obwohl die Atomkraftwerke im Jahr 2007 stilllagen – Deutschland unter dem Strich Exportland für Strom war, Exportland.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inzwischen liegt nämlich der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bei 15 %.

(Peter Stephan (CDU): Wegen der Wirtschaftskrise!)

– Herr Stephan, im Jahr 2007 hatte das nichts mit der Wirtschaftskrise zu tun. Herr Stephan, damals hatten wir noch hohe Wachstumsraten. Im Übrigen hat die Wirtschaftskrise bisher relativ wenige Auswirkungen auf den Stromverbrauch gehabt.

Frau Ministerin, ich will ein Letztes sagen. Am Samstag habe ich eine schöne Radtour mit bayerischen und hessischen GRÜNEN gemacht: Karlstein, ehemaliger Versuchsreaktor von RWE – nicht mehr da –, und dann über Staudinger ins Rhein-Main-Gebiet. Da war etwas ganz Verrücktes zu sehen. Staudinger stand an diesem Samstagmorgen nämlich still, und zwar alle Blöcke. Das konnte man sehen, das sieht man bei Staudinger.

(Horst Klee (CDU): Die wussten, dass Sie kommen!)

– Herr Klee, die wussten, dass wir kommen und haben dankenswerterweise die Blöcke stillgelegt, bevor wir kamen. – Da habe ich mir gedacht: Es ist Samstagvormittag, Biblis A liegt still, Biblis B liegt still, Staudinger liegt still

– offensichtlich scheint es die Stromlücke in Hessen nicht zu geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Sie malen hier eine Schimäre an die Wand, die mit der Realität nichts zu tun hat. Sie haben deswegen so viel herumfilibustert und über Herrn Gabriel geredet, weil Sie ein Problem damit haben, dass eine Mehrheit der Bevölkerung Ihre Energiepolitik durchschaut hat und etwas anderes will – und Sie wollen jetzt noch zehn Tage lang bis zur Bundestagswahl möglichst nicht darüber reden, was Sie eigentlich vorhaben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das finde ich der Sache wirklich nicht angemessen. – Vielen herzlichen Dank. Ich wünsche mir gehaltvolle Energiedebatten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Das Wort hat Kollege Frank Sürmann für die FDP-Fraktion.

#### **Frank Sürmann (FDP):**

Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Al-Wazir, wenn Sie davon reden, was wir in Hessen produzieren und dass es einen Überschuss gibt usw., dann sollten Sie die nackten Zahlen kennen. Das ist immer ganz hilfreich.

Im Jahre 2007 wurden 16.000 Terawattstunden produziert, davon 900 Terawattstunden aus Kernenergie. Wenn wir die Kernenergie und die Steinkohlekraftwerke nicht hätten, wären wir heute Importeur von Energie. Wenn man die Energie aus Kernkraft und aus Kohle herausrechnet, dann ergibt sich für 2007, dass wir überhaupt nur 8 Terawattstunden produziert haben, davon 4,5 t von Gas. Dies muss man dem Nettostromverbrauch in Hessen von 41,3 Terawattstunden gegenüberstellen. Das heißt, wir hätten eine Importabhängigkeit in Höhe von 80 % des Stromverbrauchs.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Unsinn!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Al-Wazir hat Gelegenheit zur Antwort.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Sürmann, ich glaube, ich weiß, was Sie sagen wollten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich erkläre Ihnen die Zahlen. Sie haben richtigerweise das Jahr 2007 genannt. Im Jahre 2007 sahen die Zahlen so aus, weil in Biblis die Dübel aus der Wand gefallen sind und die beiden Achsen, so sicheren Atomkraftwerke das ganze Jahr über stilllagen. Herr Sürmann, das ist ein Beweis dafür, dass zu viel Atomenergie die Energieversorgung nicht sicherer macht, sondern im Gegenteil unsicherer macht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Volker Hoff (CDU): Panikmache! Es ist zehn Jahre gar nichts gemacht worden! Zehn Jahre haben Sie alles blockiert! – Clemens Reif (CDU): So ein Schwachsinn!)

– Herr Hoff, selbst ich konnte mir nicht vorstellen, dass in deutschen Kernkraftwerken die Leute, die da die Sicherheitsnachrüstungen machen, nicht in der Lage sind – –

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU) – Unruhe)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Al-Wazir, entschuldigen Sie bitte ganz kurz. – Herr Kollege Hoff, seien Sie bei den Zwischenrufen bitte ein bisschen zurückhaltender, sodass der Redner noch zu verstehen ist. Herzlichen Dank.

(Volker Hoff (CDU): Wenn hier so ein Schwachsinn erzählt wird, muss man auch etwas dazwischenrufen! Er erzählt nur Schwachsinn hier!)

– Herr Kollege Hoff, ich darf Sie jetzt noch einmal bitten, sich mit Ihren Zwischenrufen zurückzuhalten, diesmal auch inhaltlich. Wir wollen doch, wenn wir uns hier auseinandersetzen, dies im parlamentarischen Tonfall tun. Herzlichen Dank. – Herr Kollege Al-Wazir hat das Wort.

(Volker Hoff (CDU): Frau Präsidentin, ich erwarte, dass Sie das nächste Mal auch Herrn Al-Wazir darauf hinweisen!)

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Lieber Volker Hoff, es ist ungesund. Deswegen lass es.

(Volker Hoff (CDU): Das ist sehr gesund!)

Selbst ich konnte mir nicht vorstellen, dass in den angeblich so sicheren deutschen Atomkraftwerken bei Nachrüstungen die Leute noch nicht einmal in der Lage sind, den Dübel so in die Wand zu schrauben, dass er hält. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sollte auch Ihnen zu denken geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Volker Hoff (CDU): Natürlich hat er gehalten! Das stimmt doch nicht, was Sie sagen! Er lügt, ohne rot zu werden! – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Die Zukunft der Energieversorgung ist erneuerbar, sie setzt auf Effizienz, und sie ist vor allem dezentral. Herr Kollege Sürmann, je dezentraler eine Energieversorgung ist, umso weniger Probleme haben Sie, wenn einmal eine einzelne Anlage ausfällt. Weil wir in Hessen bisher das Problem haben, dass unsere Energieversorgung vor allem von zwei Großstandorten abhängt, nämlich von Biblis und Staudinger, haben wir genau solche Zahlen, wie Sie sie vorgetragen haben, wenn eine oder gar beide dieser Anlagen einmal stehen. Auch das ist eigentlich ein Argument – wenn Sie einmal ein bisschen darüber nachdenken – für unser Konzept der Energieversorgung. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Peter Beuth (CDU): Wie lange darf Herr Al-Wazir hier reden? Es ist unglaublich!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank. – Das Wort hat nun Herr Kollege Schmitt für die SPD-Fraktion.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Umweltministerin war etwas forsch bei dem Vorgang der Sumpfsiebe. Es war, wie oftmals bei der Landesregierung, nur die halbe Wahrheit. Ich will das hier noch einmal entwickeln, damit klar wird, was hier gespielt wird. RWE hatte also in der Tat beantragt, etwas an diesen Sumpfsieben zu tun, aber nicht während der laufenden Revision. Die Anträge waren gestellt. Hätte man die Revision abgeschlossen, wäre das eigentliche Problem mit den Sumpfsieben nicht behoben gewesen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Genau!)

Angesichts der Restlaufzeit von Biblis B, die nur noch wenige Monate beträgt, war verhältnismäßig klar, dass es hier ein Komplott zwischen RWE und dieser Landesregierung gab:

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Sache wird nicht gemacht. Wenn die politischen Mehrheiten dafür gegeben sind, dass es bei der vereinbarten Abschaltung bleibt, wird diese Nachrüstung nicht mehr erfolgen. – Da ist Gabriel eingetreten und hat gesagt: Freunde, so geht es nicht. Diese Nachrüstung, die bereits beantragt ist, wird in dem laufenden Revisionsverfahren gemacht, sonst wird das Atomkraftwerk nicht angefahren.

(Horst Klee (CDU): Verschwörungstheorie! – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Frau Umweltministerin, das haben Sie wieder verschwiegen. Damit wird klar, es handelt sich um ein übles Zusammenspiel zwischen der Atomindustrie und der Aufsichtsbehörde in Hessen. Das ist der eigentliche Punkt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Natürlich haben wir Probleme mit den Sumpfsieben. Wir haben sie schon sehr lange, und wir wissen das auch schon sehr lange. Frau Ministerin, warum wurde in Ihrer ursprünglichen Planung und in Ihren ursprünglichen Auflagen nicht angeordnet, dass diese Nachrüstung in dem laufenden Revisionsverfahren durchzuführen ist?

(Clemens Reif (CDU): Passen Sie auf, dass Ihre Sicherung nicht durchbrennt!)

Zweiter Punkt. Wenn Sie die Kosten ansprechen, machen Sie sich ebenso lächerlich. Zu den Kosten der Atomenergie. Die Frau Ministerin kritisiert die Studie von Greenpeace. Denn dort sind Kosten aus dem Osten hineingerechnet worden. Wissen Sie, wie hoch die Summe war? Greenpeace hat eine Gesamtbelastung von 260 Milliarden € ausgerechnet, die der Steuerzahler für die Atomenergie trägt. Wissen Sie, welche Summe für Morsleben und alles andere hineingerechnet worden ist? Das waren unter 10 Milliarden €. Da bleiben immer noch 250 Milliarden €. Wenn Ihr Kritikpunkt ist, dass Dinge zu Unrecht hineingerechnet worden sind: Die Summe von unter 10 Milliarden € ist auch eine Summe, aber in der Gesamtsumme völlig unbedeutend. Wenn das der einzige Kritikpunkt von Ihrer Seite an der Greenpeace-Studie ist, dann

ist klar erwiesen, wie teuer die Atomenergie in Deutschland für den Steuerzahler ist. Das muss an dieser Stelle auch einmal gesagt werden. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Schmitt. – Jetzt hat sich die Landesregierung in Form der Umweltministerin Lautenschläger noch einmal zu Wort gemeldet.

#### **Silke Lautenschläger, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Kollege Al-Wazir, ich muss schon sagen, dass Sie sich nach den Anträgen, die Sie in den letzten Wochen gestellt haben, hierhin stellen und sagen, wir müssten jetzt einmal eine ernsthafte energiepolitische Debatte führen, grenzt schon an Unverfrorenheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich könnte jetzt auch noch lange weiter über die Frage der erneuerbaren Energien und der Versorgungssicherheit sowie über verschiedene Zahlen reden.

(Peter Beuth (CDU): Das ist dem Unsinn angemessen, den ihr eben erzählt habt! Wieder Ordnung!)

Wir sollten vielleicht einmal im Detail im Ausschuss diskutieren, wie viele Terawattstunden in Hessen pro Jahr verbraucht werden, wo die Energie herkommt, über welche Karos wir uns hier eigentlich unterhalten und wie klein wir das Karo machen wollen, oder ob wir endlich anfangen, Energiepolitik in einem wesentlich größeren Rahmen zu debattieren.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darauf warten wir seit zehn Jahren! – Weitere Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten die Diskussion über die Energiepolitik nämlich nicht nur auf ein Bundesland bezogen führen. Sie wissen ganz genau, dass man Energiepolitik heute eigentlich grundsätzlich mindestens im europäischen Rahmen diskutieren muss. Das gilt insbesondere, wenn wir über Versorgungssicherheit, über Netzstabilität und über das Thema der erneuerbaren Energien sprechen.

(Zurufe der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Denn wenn Biblis abgeschaltet ist, bedeutet das nicht, dass auf einmal kein Strom mehr bei Ihnen aus der Steckdose kommt.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie noch etwas Konkretes?)

Der Strom fließt, wie Sie alle wissen, durch Netze und kommt so hierher. Er kann in dem Moment aus dem Ausland kommen, er kann aber auch von einer anderen Stelle in Deutschland kommen.

Sie tun so, als könnte man alle erneuerbaren Energien einfach hochrechnen. Man muss aber jeweils auch schauen, zu welcher Tageszeit die erneuerbaren Energien gerade verfügbar sind.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie wissen ganz genau, dass wir keine einfache Linie ziehen können, dass der Strom regelmäßig da ist. Das sind die großen Herausforderungen, die wir in den nächsten Jahren noch lösen müssen. Jedenfalls wir als Landesregierung haben ein großes Interesse an der Lösung, damit wir eine Verfügbarkeit zu jeder Tages- und Nachtzeit haben. Das heißt, dass das Thema Speicherung, aber auch das Thema Biomasse eine Rolle spielt. Andere sind wiederum grundlastfähig – die können Sie immer haben. Es ist die Frage, wie Sie das mit Wind oder Sonne kombinieren. Wenn Sie die Zahlen nennen, was in Deutschland erneuerbar erzeugt worden ist, dann tun Sie nicht so, als wäre das zu jeder Zeit verfügbar gewesen. Das dient nicht einer vernünftigen Debatte zur Energiepolitik.

Herr Kollege Schmitt, ich will Sie nur noch einmal darauf hinweisen: Sie versuchen, hier einen riesigen Bohei um das Thema Sumpfsiebe zu machen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Unruhe – Glockenzeichen der Präsidentin)

– Hören Sie doch einfach erst einmal zu, bevor Sie wieder dazwischenschreien. Am Mikrofon bin ich doch lauter. Ich weiß, dass Sie sich gerne aufregen. Wir versuchen, das einfach noch einmal zu klären.

Es hat im Jahr 2004 eine Nachbesserung gegeben, um das umzusetzen. Dann gab es unterschiedliche Gutachten, wie damit umgegangen wird und was dort gemacht werden muss. Das hessische Umweltministerium hat das natürlich prüfen lassen, damit wir hohe Sicherheitsstandards haben.

Wir haben zu dem Thema „Wie können auch noch so große Lecks sicherheitstechnisch vernünftig gehandhabt werden?“ Gutachten in Auftrag gegeben. Wir wollten aus dem Thema Sumpfsiebe – das will ich hier deutlich sagen – kein Wahlkampfthema machen, sondern uns mit dem Bundesumweltministerium vernünftig und ergebnisoffen über die vorliegenden Gutachten abstimmen. Das haben wir in einem Termin getan, um den wir gebeten hatten.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ergebnisoffen? Sie wollen die Zustimmung zum Antrag! Das ist nicht ergebnisoffen!)

Das hat überhaupt nichts mit irgendwelchen Weisungen zu tun. Sie wissen auch – das ist vorhin in der Debatte schon gesagt worden –, dass RWE das nicht hätte machen müssen. Es geht nicht um Weisungen, sondern wir sind mitten im Genehmigungsverfahren. Das haben wir, je nachdem, wie weit die verschiedenen Dinge handhabbar waren und die Genehmigungen vorlagen, umgesetzt.

Deswegen ist es unredlich, und es bleibt auch beim Rest der Debatte unredlich, Herr Kollege Schmitt, wenn Sie ein Getöse veranstalten wollen, das schlichtweg nicht zutreffend ist. Wir werden auch in Zukunft Sicherheitsstandards hochhalten und gleichzeitig auf die Umsetzbarkeit achten. Ich habe Ihnen vorhin vorgetragen, dass ein Bereich umgesetzt ist und für den anderen Bereich die Genehmigungsverfahren laufen. Wenn sie abgeschlossen sind, wird auch dies umgesetzt.

(Norbert Schmitt (SPD): Vor oder nach der Stilllegung?)

Wir setzen auch in Zukunft darauf, dass wir mit dem Bundesumweltministerium, den anderen Länderministerien und der Reaktorsicherheitskommission eng zusammenarbeiten, um in Hessen einen hohen Sicherheits-

standard für die Bevölkerung zu gewährleisten. Ihr Interesse ist es nur, bis zum 27. September Unruhe zu stiften, Menschen zu verunsichern, aber nicht, zu einer vernünftigen Energieversorgungsdebatte in Deutschland beizutragen. Deswegen kann man Ihnen nur Wahlkampf unterstellen und nicht die Sorge um die Bevölkerung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung

(Axel Wintermeyer (CDU): Beide Anträge!)

über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend schneller Ausstieg aus der Atomkraft – keine Laufzeitverlängerung für Biblis A und B, Drucks. 18/1057. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? – FDP und CDU. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Über den anderen Antrag soll auch gleich abgestimmt werden?

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD betreffend erneute Debatte um die Sicherheit von Biblis beweist: Abschaltung ist unumgänglich, Drucks. 18/1019. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Gegenstimmen? – CDU und FDP. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zum **Tagesordnungspunkt 5:**

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Gleichstellung von Lebenspartnerschaften im hessischen Landesrecht – Drucks. 18/949 –**

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit dem **Tagesordnungspunkt 10** behandelt:

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Antidiskriminierung und zur Anerkennung eingetragener Lebenspartnerschaften im hessischen Landesrecht – Drucks. 18/1048 –**

Die nun vereinbarte Redezeit beträgt fünf Minuten. Für die Einbringung gebe ich Herrn Kollegen Dr. Jürgens von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 7,5 Minuten!)

– Herr Kollege Wagner.

#### **Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Die zwischen den Fraktionen vereinbarte Redezeit beträgt 7,5 Minuten. Ihnen wurde eine Information gegeben, die mit meiner Fraktion nicht abgestimmt war. Da wir antragstellende Fraktion sind, bleiben wir bei 7,5 Minuten.

(Günter Rudolph (SPD): Gut, bleiben wir bei 7,5 Minuten!)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Gut, Herr Kollege Wagner. Wenn das so ist, dann machen wir das natürlich gerne. Mir wurde eine andere Information gegeben. Die Redezeit bei diesem Tagesordnungspunkt beträgt also 7,5 Minuten. – Herr Kollege Dr. Jürgens, bitte.

#### **Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist höchste Zeit, die Diskriminierung homosexueller Lebenspartnerschaften zu beenden. Es ist höchste Zeit, schwule Beamte und lesbische Beamtinnen in der Beihilfe, Besoldung und Hinterbliebenenversorgung mit ihren heterosexuellen Kolleginnen und Kollegen gleichzustellen. Es ist höchste Zeit, die Lebenspartnerinnen und Lebenspartner in allen Belangen Eheleuten gleichzustellen. Dem dient unser vorliegender Gesetzentwurf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Fraktion trägt aus diesem Grunde heute auch das neue Zeichen hierfür, den weißen Knoten. Mit diesem Zeichen machen immer mehr Menschen weltweit die Rechte homosexueller Menschen zu ihren eigenen und bekennen sich gegen Homophobie. Wir beteiligen uns heute daran.

Meine Damen und Herren, wir legen Ihnen zum wiederholten Male einen Gesetzentwurf vor, der die Gleichstellung regelt. In der 16. Wahlperiode ist er an der absoluten CDU-Mehrheit gescheitert, in der 17. Wahlperiode fiel er in die Diskontinuität. Wir bringen also nun den dritten Gesetzentwurf ein.

Als wir ihn zu Beginn der Sommerpause vorstellten, warnte der Justizminister in einer Presseerklärung vor Hektik und Schnellschüssen. Herr Hahn, Sie haben schon manche Merkwürdigkeiten in Presseklärungen geschrieben, aber hier von einem Schnellschuss zu reden, das stellt die Verhältnisse komplett auf den Kopf. Seit acht Jahren, seit dem Lebenspartnerschaftsgesetz, warten die Lebenspartner in Hessen auf ihr Recht. Seit acht Jahren wird darüber debattiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Seit viereinhalb Jahren, spätestens seit der Einbringung unseres ersten Gesetzentwurfs, beschäftigt sich der Hessische Landtag immer wieder damit. Dazu haben zwei Anhörungen im Ausschuss stattgefunden. Ihr Haus hat im letzten Jahr sehr hilfreiche Hinweise für ein handwerklich einwandfreies Gesetz geliefert. Selten war ein Gesetz so gut vorbereitet, so fundiert diskutiert und so überfällig wie dieses. Also kann nicht von Hektik und Schnellschüssen die Rede sein. Es ist höchste Zeit, endlich zu handeln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Eingetragene Lebenspartner begründen eine auf Dauer angelegte Lebens- und Schicksalsgemeinschaft. Sie wollen ihre auf Liebe gegründete Verbundenheit durch die Lebenspartnerschaft ebenso verfestigen, wie dies Eheleute durch die Eheschließung tun. Sie versprechen sich ebenfalls Beistand, Fürsorge, Verantwortung für den gemeinsamen Lebensweg so wie Eheleute. Deshalb ist es

aus unserer Sicht konsequent, ihnen auch die gleichen Rechte und Pflichten einzuräumen.

Es ist eben nicht gerecht, wenn heterosexuelle Beamte Beihilfe und Versorgung für ihre Ehegatten erhalten, homosexuelle Beamte aber nicht. Ich zitiere aus einer Presseerklärung des Justizministers: „Wer gleiche Pflichten hat, verdient auch gleiche Rechte.“ – Genau so ist es, Herr Hahn. Deshalb müssten Sie unserem Gesetzentwurf eigentlich zustimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Sie haben mehrfach erklärt, dass Sie an einem eigenen Gesetzentwurf arbeiten. Ziel sei – ich zitiere ebenfalls aus einer Presseerklärung – „die Abschaffung der Benachteiligung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften für Beamtinnen und Beamte“. Genau das sehen wir in unserem Gesetzentwurf vor. Wenn Sie das wirklich wollen, gibt es einen ganz einfachen Weg: Stimmen Sie unserem Entwurf zu. Das erspart Ihrem Haus überflüssige Arbeit. Es ist der schnellste Weg zur Gleichstellung und im Übrigen der einzige, der die Diskriminierung tatsächlich beseitigen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eines ist für uns völlig klar: Ein bisschen Gleichstellung kann es nicht geben. Ein bisschen gleich geht nicht. Gleich ist gleich. Wer immer Ungleichheit weiterhin aufrechterhält, erhält auch die Diskriminierung der eingetragenen Lebenspartnerschaften aufrecht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Herren von der FDP, deshalb ist es eigentlich ganz einfach: Wollen Sie Beihilfeleistungen auch für Lebenspartner, ja oder nein? Wollen Sie die Absicherung hinterbliebener Lebenspartner, ja oder nein? Wollen Sie die Diskriminierung beseitigen, ja oder nein? Wenn Sie dies alles wollen, dann müssen Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen. Das können Sie gleich von diesem Pult aus erklären; ich bin gespannt darauf.

Wenn Sie nicht zustimmen, dann fügen Sie der Reihe Ihrer Wortbrüche einen weiteren hinzu; das sage ich gleich. Ich zitiere aus einer Presseerklärung Ihrer Bundestagsfraktion vom Juli dieses Jahres:

Die FDP-Bundestagsfraktion fordert die volle Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe.

Genau das ist Gegenstand unseres Gesetzentwurfs. Wir werden sehen, ob die FDP-Fraktion im Landtag dieses Versprechen ihrer Bundestagsfraktion einlöst oder weiterhin daran arbeitet, den Wortbruch zum politischen Prinzip zu erheben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wiederhole noch einmal, was ich von diesem Pult schon mehrfach zu diesem Thema gesagt habe. Die vollständige Gleichstellung der Lebenspartnerschaften mit der Ehe ist rechtlich zulässig. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 2002 entschieden – ich zitiere –:

Der besondere Schutz der Ehe in Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz hindert den Gesetzgeber nicht, für die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft Rechte und Pflichten vorzusehen, die denen der Ehe gleich- oder nahekommen. Dem Institut der Ehe drohen keine Einbußen durch ein Institut, das sich

an Personen wendet, die miteinander keine Ehe eingehen können.

Genau das ist der entscheidende Gesichtspunkt. Dass Lebenspartner gleiche Rechte erhalten, ist rechtlich zulässig; es hat mit der Ehe nichts zu tun. Wir können das in eigener Verantwortung politisch entscheiden. Meine Fraktion bekennt sich dazu, die Diskriminierung endlich zu beseitigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir würden damit übrigens nur übernehmen, was andere Bundesländer längst geregelt haben. Ich erwähne hier nur CDU-regierte Länder: Saarland, Schleswig-Holstein, Hamburg oder Nordrhein-Westfalen, die die Lebenspartner inzwischen in die Beamtenbeihilfe einbezogen haben, was bei uns immer noch aussteht. In Niedersachsen ist dies konkret in Vorbereitung. Hinterbliebenenrenten für Lebenspartner gibt es inzwischen auch in Hamburg und im Saarland. Berlin, Bremen und Hamburg haben inzwischen die Lebenspartnerschaften vollständig der Ehe gleichgestellt. In Niedersachsen liegt ein Gesetzentwurf dazu vor. Wir wollen das für Hessen auch.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich zu dem Gesetzentwurf der SPD nur folgende Bewertung sagen: politische Zielsetzung sehr gut, handwerkliche Umsetzung mangelhaft. Sie reden einmal von Lebenspartnern, einmal von eingetragenen Lebenspartnern, wechseln die Terminologie sogar in einer Vorschrift mehrfach. Einmal verwenden Sie die weibliche und die männliche Form, meist nur die männliche. Man muss leider sagen: gut gedacht, schlecht gemacht. Sie haben dann eine Regelung im Schulgesetz vorgeschlagen, die im Kontext der Gleichstellung eigentlich ein Fremdkörper ist, also gar nicht hierher gehört. Mehrere berechtigte Anliegen zu vermengen dient nicht der Klarheit und Wahrheit.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften ist nach meiner Überzeugung nicht mehr aufzuhalten. Der Drang der Menschen nach Freiheit, nach Toleranz, gegen Diskriminierung wird sich früher oder später durchsetzen. Wir sollten von Hessen aus die Menschen dabei unterstützen und nicht weiterhin behindern und diskriminieren. – Schönen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Jürgens. – Nächste Rednerin, auch zur Einbringung des Gesetzentwurfs, ist Frau Kollegin Hofmann für die SPD-Fraktion.

#### **Heike Hofmann (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD steht für ein weltoffenes, tolerantes und auch diskriminierungsfreies Hessen.

Das Gesetz zur Antidiskriminierung und zur Anerkennung eingetragener Lebenspartnerschaften im hessischen Landesrecht, das wir heute in erster Lesung mit Ihnen beraten wollen, steht fest in dieser Tradition. Es ist seit Jahren das feste Ziel der SPD, eingetragene Lebenspartnerschaften nicht nur hinsichtlich ihrer Rechte, sondern auch

hinsichtlich ihrer Pflichten mit der Ehe gleichzustellen. Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Dr. Jürgens gesagt hat. Es ist längst überfällig, dass in Hessen endlich etwas geschieht. Seit Jahren hinken wir anderen Bundesländern hinterher.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anknüpfend an die Landesgesetze, die es in anderen Bundesländern gibt, auch in konservativen Bundesländern, muss man daran erinnern, dass andere Landesverfassungen, unter anderem von Bremen und Thüringen, eine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität oder sexuellen Orientierung gerade verbieten, uns also ein ganzes Stück voraus sind.

Meine Damen und Herren, glücklicherweise hat die eingetragene Lebenspartnerschaft in den letzten Jahren zusehends Akzeptanz in unserer Gesellschaft gefunden. Nach den Zahlen von 2007 gibt es mittlerweile 15.000 gleichgeschlechtliche Paare, die eine eingetragene Lebenspartnerschaft begründet haben. Es ist auch ein Fortschritt, dass das eine oder andere Bundesland nicht mehr beabsichtigt, dass gleichgeschlechtliche Paare ihre eingetragene Lebenspartnerschaft vor der Kfz-Zulassungsstelle gar begründen sollten, sondern das ordentlich vor dem Standesamt möglich ist.

In der Tat, dieses Rechtsinstitut ist von der rot-grünen Bundesregierung per Gesetz normiert worden; daran möchte ich auch einmal erinnern. Das war damals schon ein großer Fortschritt. Hessen hinkt mit den landesgesetzlichen Vorschriften leider weit hinterher.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

Herr Dr. Jürgens hat auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Bezug genommen. Genau diesen Passus hätte ich auch gern zitiert; Sie sind mir leider zuvorgekommen. Ich möchte daran erinnern, dass das Bundesverfassungsgericht in seiner Grundsatzentscheidung vom 17. Juli 2002 ausdrücklich die Verfassungskonformität der eingetragenen Lebenspartnerschaft festgestellt und dabei klar zum Ausdruck gebracht hat: Art. 6 Grundgesetz stellt zwar die Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates; aber der besondere Schutz des Staates bedeutet nicht, dass er andere Lebensformen diskriminieren muss bzw. andere Lebensformen nicht auch entsprechend ausgestaltet werden können.

An dieser Stelle muss man auch einmal daran erinnern, dass die Entwicklung weiter fortgeschritten ist, etwa auf der europäischen Ebene. Ich möchte nur an die Maruko-Entscheidung vom 1. April 2008 erinnern, die ganz klar festgestellt hat, dass verpartnerten Beschäftigten aufgrund der Richtlinie des Europaparlaments 2000/78/EG eine Witwen- oder Witwerrente zustehen kann. Auch hier gab es also weitere Veränderungen und Entwicklungen. Hessen hinkt leider hinterher.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Jürgens, lassen Sie mich das an dieser Stelle sagen: Wir können uns jetzt trefflich darüber streiten, welches Gesetz schöner, welches handwerklich besser ist.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Mit dem Jürgens können Sie nicht streiten, der hat immer recht!)

Fest steht natürlich, dass unseres besser ist. – Nein, die Menschen in unserem Land interessiert nur, dass es endlich eine Gleichstellung gibt, dass endlich etwas passiert. Deswegen wollen wir als SPD beide Gesetzgebungsverfahren unterstützend vorantreiben. Ich kann es Ihnen nicht ersparen, dass wir trotzdem in einigen Punkten über Ihren Gesetzentwurf hinausgehen. Es ist auch gut, dass wir sehr gründlich geschaut haben: Wo können wir im gesamten Landesrecht entsprechende Gleichstellungsnormen finden und umsetzen?

Ich möchte nur einige wenige Punkte nennen. Zum Beispiel haben wir in unserem Gesetz eine klarstellende Definition im Beamtenrecht vorgesehen. Die Lebenspartnerschaftsurkunde kann vorgelegt werden. Eingetragene Lebenspartnerschaften können auch bei der Studienplatzvergabe berücksichtigt werden. Ich nenne auch die Einbeziehung der Lebenspartnerschaften in den Sexualkundeunterricht in den Schulen.

Lassen Sie mich noch einen Bereich nennen, wo wir über Ihren Gesetzentwurf hinausgehen, der von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eben nicht angesprochen worden ist. Das ist die Frage der Rückwirkung. Gemäß der EU-Richtlinie 2000/78/EG vom 27.11.2000 ist eine Rückwirkung zum 03.12.2003 verpflichtend vorgesehen. Wir wollen es auch für Bereiche wie z. B. hinterbliebene Lebenspartner von Abgeordneten und Mitgliedern der Landesregierung, gegenüber der Zusatzversorgung von Arbeitern und Angestellten sowie in Bezug auf die Gewährung eines Ehrensoldes für Lebenspartner von ehrenamtlichen Bürgermeistern und Kassenleitern vorsehen: Gleichbehandlung und Gleichstellung in allen möglichen Bereichen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat angekündigt, dass sie endlich einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen wird. Wir erwarten leider einen ganz faulen Kompromiss. Sie als FDP müssen sich fragen lassen, ob Sie in diesem Bereich genauso fortschrittlich und zukunftsweisend sein werden wie die Bundes-FDP. Wir befürchten, leider nicht, sondern wir erwarten in Liaison mit der CDU einen faulen Kompromiss. Wir sind gespannt, was da kommt, wahrscheinlich eine weich gespülte Variante.

Meine Damen und Herren, unterstützen Sie deshalb unseren Gesetzentwurf, damit wir bei der Gleichstellung verschiedener Lebensentwürfe in unserer Gesellschaft ein gutes Stück vorankommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Hofmann. – Nächster Redner ist Herr Kollege Müller für die FDP-Fraktion.

#### **Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Mikro klappt jetzt, wie ich selbst merke, viel besser als heute morgen, hervorragend.

Seit 2001 sind in der Bundesrepublik Deutschland die rechtlichen Grundlagen für eine Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften im Bundesrecht geschaffen worden. Schritt für Schritt ziehen jetzt die Bundesländer nach – es sind noch lange nicht alle Bundesländer nachgezogen; das will ich nur anmerken – und verankern entsprechende Anpassungsgrundlagen in ihren Landesgesetzen.

(Heike Habermann (SPD): Hessen vorn!)

Wie Sie wissen, haben die Fraktionen von CDU und FDP die Einbringung eines Anpassungsgesetzes im Koalitionsvertrag vereinbart. Dieses Gesetz wird auch kommen, und zwar vermutlich bereits in der nächsten Plenarwoche.

Wie Sie aber auch wissen, wurde und wird das Thema in Bevölkerungskreisen durchaus kritisch und kontrovers diskutiert. Die Bundesgesetzgebung im Jahr 2001 war ein Paukenschlag. Vor allem die rechtliche Vereinbarkeit mit Art. 6 des Grundgesetzes, dem besonderen Schutz von Ehe und Familie, war zunächst ungeklärt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit dem 17. Juli 2002 – die Entscheidung wurde schon mehrfach zitiert – ist klar: Das Lebenspartnerschaftsgesetz ist verfassungsgemäß. Das war ein ganz wichtiges und entscheidendes Urteil, zum einen für diejenigen, die in einer solchen gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft leben und Verantwortung füreinander übernehmen wollen, aber auch für diejenigen, die in den Parlamenten mit der Gesetzgebung betraut waren und betraut sind.

Das Bundesverfassungsgericht hat unter anderem festgestellt – ich zitiere noch einmal aus diesem Urteil –:

Die Einführung des neuen Instituts der eingetragenen Lebenspartnerschaft ... [verstößt] weder gegen die in Art. 6 Abs. 1 GG gewährleistete Eheschließungsfreiheit noch gegen die dort normierte Institutsgarantie.

Die eingetragene Lebenspartnerschaft ist ... keine Ehe ... [im Sinne von Art. 6 Abs. 1 GG], sondern ein Aliud ...

Da sich die Institutsgarantie nur auf die Ehe bezieht, kann ihr kein Verbot entnommen werden, gleichgeschlechtlichen Partnern die Möglichkeit einer rechtlich ähnlich ausgestalteten Partnerschaft zu eröffnen.

Meine Damen und Herren, das sind nur einige Ausschnitte aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, welches uns als Parlamentariern damit die Möglichkeit schafft, gesetzliche Regelungen für die eingetragenen Lebenspartnerschaften zu treffen. Nach der bundesgesetzlichen Regelung haben es inzwischen schon viele Bundesländer getan. Hessen zieht jetzt nach. Sie haben es eben gesagt: Ohne die Verwirrung in der politischen Situation in Hessen wäre man vielleicht schon um einiges weiter. Wir diskutieren jetzt zum dritten Mal die eingebrachten Gesetzentwürfe von Fraktionen bzw. der Landesregierung.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dabei werden wir uns intensiv darüber unterhalten müssen, welche Regelungen wir treffen wollen, vielleicht sogar treffen müssen und in welchen Bereichen Regelungen nicht angezeigt sind. Der Rechtsprechung zufolge kommt eine Anpassung insbesondere in denjenigen Bereichen in Betracht, die hinsichtlich der jeweiligen Regelung ihren Anknüpfungspunkt schon in der Eingehung einer Lebens- oder Verantwortungsgemeinschaft haben. Das eröffnet uns einen weiten Spielraum.

Allerdings meine ich auch, dass es nicht in allen Bereichen angezeigt ist, Regelungen zu treffen. So sehen z. B. beide vorgelegten Gesetzentwürfe vor, umfassende Regelungen bei den Versorgungswerken zu treffen. Unserer Meinung

nach handelt es sich hier um eigenständige Organisationen, die selbst entscheiden können, ob sie eine solche Regelung treffen wollen oder nicht. Die Politik muss sich nicht überall einmischen und alles regeln, vor allem nicht in den Bereichen, in denen Verbände oder Organisationen eine eigene Regelungskompetenz haben.

Über vieles andere werden wir in den kommenden Wochen mit Sicherheit in aller Sachlichkeit und Ernsthaftigkeit in den Ausschusssitzungen diskutieren. Ich denke, es macht Sinn, das zu machen, wenn in der nächsten Plenarwoche unser Gesetzentwurf ebenfalls eingebracht wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss noch eine Bemerkung machen, die mir persönlich am Herzen liegt. Die Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen hat auch in der Gesellschaft ein Umdenken angestoßen und hat das gesellschaftliche Miteinander von bloßer Akzeptanz und Toleranz in Richtung Normalität verändert. Das ist ein ganz entscheidender Schritt. Das entspricht dem Zeitgeist im Jahr 2009. Bei aller Notwendigkeit, eine gesetzliche Regelung in diesem Hause auf den Weg zu bringen, sollte die Gestaltung eines Miteinanders in der Bevölkerung aber nicht nur eine Frage von Gesetzen sein. Ich denke, darin sind wir uns alle einig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Nächster Redner ist Herr Kollege Honka für die CDU-Fraktion.

#### **Hartmut Honka (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Rückblick auf die Gesetzesdiskussion des vergangenen Jahres kann ich sagen, wir haben dort sehr ruhig und sachlich miteinander diskutiert. Ich denke, das sollten wir auch in diesem Jahr so halten.

Zum Wettstreit der beiden Oppositionsfraktionen werde ich gleich noch ein paar Worte sagen. Zuerst möchte ich aber noch einmal die Grundsatzposition meiner Fraktion zum Ausdruck bringen, auf der wir diskutieren, im Moment zusammen mit der FDP, um unseren gemeinsamen Gesetzentwurf fertigzustellen.

Ich denke, ich habe es schon im vergangenen Jahr gemacht. Es ist nicht schlecht, wenn man sich manchmal ein bisschen auf die Grundsätze zurückbesinnt. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin aus dem Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands:

Das christliche Menschenbild leitet uns auch in Zukunft ... Jeder trägt aber auch Verantwortung für seinen Mitmenschen.

Weiter heißt es:

Wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf verwirklichen. Wir erkennen an, dass auch in solchen Beziehungen Werte gelebt werden, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind. Dies gilt nicht nur für nicht eheliche Partnerschaften zwischen Frauen und Männern. Dies gilt auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

So viel zu der Grundlage unserer Diskussionskultur, zu der Basis, auf der wir innerhalb unserer Koalition diskutieren. Wir haben uns den Auftrag selbst in unserem Koalitionsvertrag gesteckt, einen eigenen Gesetzentwurf auf den Tisch zu legen. Kollege Müller hat darauf hingewiesen, dass wir auf diesem Weg sind. Ich denke, wir sind gut auf diesem Weg, wir sind weit auf diesem Weg.

Jetzt könnte ich sagen, da sind wir wieder beim Thema Wettlauf. Wir hatten gerade einen Redewettstreit zwischen Herrn Kollegen Jürgens und Frau Hofmann, welche der beiden Fraktionen den inhaltlich und formal schöneren Gesetzentwurf eingebracht hat. Man hat gemerkt, dass allein schon inhaltliche Differenzen bestehen, weil die SPD noch ein paar Gesetze mehr gefunden hat, die sie gerne ändern möchte.

Beim Thema Wettlauf könnte man auch die Frage stellen: Wann wurden die Gesetzentwürfe eingebracht? Die GRÜNEN haben das merkwürdigerweise wenige Tage vor dem CSD in Frankfurt getan. Ob das etwas miteinander zu tun hat, kann man infrage stellen. Die SPD schiebt jetzt ein bisschen mehr hinterher im Wunsch, kurz vor der Bundestagswahl ihren eigenen Stich bei dem Thema zu machen.

Ich weiß nicht, ob das wirklich hilfreich ist. Ich glaube ganz persönlich, dass es weder den Menschen, um die es bei dem Gesetzentwurf gehen soll, hilft noch in der Diskussion sinnvoll ist.

(Günter Rudolph (SPD): Sie kommen doch nicht in die Puschen, Herr Honka! Sie haben acht Jahre lang Zeit gehabt!)

– Ich danke vielmals für den Hinweis, Herr Kollege Rudolph. Wir bereiten unsere Gesetzentwürfe immer noch dann vor, wenn wir es für richtig halten, und bringen sie dann ein, wenn wir das für richtig halten.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Sie lassen das vom Ministerium vorbereiten!)

– Das hat jede Landesregierung bisher so gehalten. Das haben Ihre Landesregierungen früher genauso gemacht. – Von daher warten Sie einfach in Ruhe ab, bis auch unser Gesetzentwurf mit dabei ist. Dann haben wir drei saubere Gesetzentwürfe, und dann können wir in Ruhe darüber diskutieren. Wie gesagt, letztes Jahr haben wir im Ausschuss sehr sachlich miteinander gesprochen. Zu diesem Tonfall sollten wir im Ausschuss wieder in Ruhe zurückkehren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Honka. – Nächster Redner ist Herr Kollege Wilken für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch unsere Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass es Aufgabe der Politik ist, dass es Aufgabe der politischen Einflussnahme ist, alle Menschen – auch die, die anders, als die gesellschaftlich gesetzten Normen vorgeben, aussehen, leben oder lieben – vor Diskriminierung zu schützen und ihnen ein gleichberechtigtes Leben zu ermöglichen. Da ste-

hen wir offensichtlich durchaus nach wie vor im Widerspruch zu dem, was Sie gerade für die FDP gesagt haben, Herr Müller. Wir sind der Meinung, dass es Aufgabe der Politik ist, dies zu regeln und sich dort auch einzumischen. Denn wenn wir es sicherstellen wollen, müssen wir es als Landtag auch so sagen und ein entsprechendes Gesetz verabschieden.

Wir sind nach wie vor der Meinung: Wie Menschen leben und wen sie lieben, ist ihre ureigenste Privatsache. Wir wollen die rechtliche Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz der Vielfalt von Lebensweisen.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Mittelpunkt müssen die Anerkennung der Identität und die Gewährleistung der Entfaltungsmöglichkeit jeder und jedes Einzelnen stehen.

Meine Damen und Herren, verbal sind wir uns wahrscheinlich alle einig, dass die Politik der Benachteiligung, der Diskriminierung von Minderheiten falsch und auch gefährlich für die Demokratie ist. Wenn versucht wird, Menschen ins Abseits zu drängen, die schon lange wichtige Aufgaben in unserer Gesellschaft übernehmen, dann ist der Zeitpunkt erreicht, dass wir auch in entsprechenden Gesetzen deutlich machen, dass diese Diskriminierung nicht mehr Meinung dieses Hauses ist, nicht mehr Mehrheitsmeinung dieser Gesellschaft ist.

Meine Damen und Herren, die traditionellen Vorstellungen von Sexualität, Familie und Gesellschaft treffen doch schon lange nicht mehr die Lebenswirklichkeit in unserer Gesellschaft, weil sie aus einer ganz anderen Zeit stammen.

(Minister Michael Boddenberg: Ein paar gibt es schon noch!)

– Ein paar gibt es noch, und auch diese Vielfalt wollen wir schützen, Herr Boddenberg. Da brauchen Sie gar keine Angst zu haben.

Wer die Gleichstellung von Lesben und Schwulen weiter blockieren oder diese weiter benachteiligen will, der muss erkennen, dass er dafür schon lange keine Mehrheit in der Gesellschaft mehr hat. Ich hoffe, auch in diesem Hause nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir vernehmen nun mit Freude und einem gewissen Schuss Skepsis, dass Sie, Herr Müller, versprechen – Herr Honka hat dieses Versprechen nicht gegeben –, dass wir in der nächsten Plenarwoche Ihren Gesetzentwurf zu diesem Thema bekommen werden. Meine Damen und Herren von der größeren Regierungsfraktion, Sie sind ein bisschen spät dran mit diesem Gesetzentwurf. Sie sind acht Jahre zu spät dran. Wenn Sie uns vorhalten, dass unsere Zeitplanungen etwas mit anstehenden Wahlkämpfen zu tun haben, werde ich bei dem einen oder anderen Antrag Ihrer Fraktion am morgigen Tag noch einmal darauf zurückkommen, wie da die Zusammenhänge sind. An dieser Stelle erspare ich mir das.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Bitte legen Sie Ihren Gesetzentwurf vor, aber sagen Sie uns bitte heute noch, also vor der anstehenden Wahl, was Sie seitens der Regierung für die Gleichstellung in Hessen tun wollen. Machen Sie eine Aussage dazu, ob Sie, was die entsprechenden Verbände schon länger fordern, in dieser Frage, die nach Ihrer Einschätzung offensichtlich nach

wie vor eine Frage von Moral und Gewissen ist, die Abstimmung in Ihren Fraktionen freigegeben werden.

Ich fordere Sie nochmals auf: Schließen Sie endlich die Gerechtigkeitslücken; denn Länder wie Berlin, Bremen und Hamburg, aber auch das Saarland und Rheinland-Pfalz, sind uns Hessen enteilt. Nur noch wenige Länder sind Nachzügler bei der Gleichstellung. Gemeinsam mit Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen haben wir Hessen da die schwarz-gelbe Laterne. Hessen ist auch bei diesem Thema in der Länderrangliste hinten: hinten bei der sozialen Modernisierung, hinten beim Minderheitenschutz.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns eine breite Landtagsmehrheit gegen Homophobie herstellen, für eine Gleichstellung aller Lebensweisen eintreten. Tragen Sie, wie viele von uns, nicht nur heute, sondern auch in den nächsten Tagen das Zeichen gegen Homophobie. Es steht uns gut zu Gesicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Wilken. – Nächster Redner ist Herr Staatssekretär Dr. Kriszeleit für die Landesregierung.

(Zurufe: Wo ist der Minister?)

– Der Herr Minister hat sich bei mir entschuldigt. Er hat einen Termin.

#### **Dr. Rudolf Kriszeleit, Staatssekretär im Ministerium der Justiz, für Integration und Europa:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir diskutieren heute über die beiden Gesetzentwürfe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD, die durchaus ähnlich sind, wobei der Entwurf der SPD-Fraktion in der Tat über den Entwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinausgeht.

Meine Damen und Herren, als Vertreter des Justizministeriums darf ich kurz anmerken, beide Gesetzentwürfe weisen einige handwerkliche Schwächen auf, auf die ich heute aber nicht eingehen werde. Wir werden in gewohnter Weise darüber miteinander im Ausschuss sprechen. Sehr geehrter Herr Dr. Jürgens, ich möchte nur einen Punkt erwähnen; möglicherweise war das ein Versehen. Sie regen in Art. 5 Ihres Entwurfs eine Änderung im vollstreckungsrechtlichen Teil der ZPO an, die Lebenspartnerschaften deutlich schlechter stellen würde, als das im Augenblick hinsichtlich der Gleichstellung in der ZPO vorgesehen ist. Möglicherweise werden wir uns ganz schnell darauf einigen, dass das so nicht gemeint ist.

Meine Damen und Herren, zu dem Thema Gleichstellung von Lebenspartnerschaften findet sich in der Koalitionsvereinbarung eine klare Formulierung. Mit Erlaubnis der Frau Präsidentin möchte ich diesen einen Satz kurz zitieren:

Wir werden ein „Gesetz zur Anpassung des hessischen Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes“ einbringen.

Es ist bereits erwähnt worden, dass die Koalitionsfraktionen an diesem Punkt arbeiten und in Kürze einen Ent-

wurf vorlegen werden. Die Arbeiten daran sind nicht ganz einfach, und es wird quer durch die Regierungsfaktionen durchaus leidenschaftlich diskutiert.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD)

Warum gibt es Diskussionsbedarf? Herr Wilken, wenn Sie erlauben, möchte ich hier eine Klarstellung vornehmen. Es geht nicht um Diskriminierung, sondern es geht darum, dass die beiden Regierungsfaktionen das Institut der Ehe, also Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz, sehr ernst nehmen. Danach stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dieser Verfassungsauftrag, sehr geehrter Herr Wilken, muss sorgfältig geprüft werden. Es geht nicht um Diskriminierung. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Sie erlauben mir, dass ich ausdrücklich Sie anspreche, weil ich als Vertreter der Landesregierung diesen Vorwurf in aller Deutlichkeit zurückweisen möchte.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aufgabe des Justizministeriums ist es, gerade in dieser Frage zu prüfen, wo die Grenzen sind und welche Möglichkeiten sich aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, aber auch aus der europäischen Rechtsprechung ergeben. Es ist mehrfach das Bundesverfassungsgericht zitiert worden, das die Auffassung vertritt, dass Art. 6 Grundgesetz kein Abstandsgebot, also gerade kein Benachteiligungsgebot anderer Formen des Zusammenlebens von Menschen enthält. Das ist völlig klar. Das Bundesverfassungsgericht hat aber auch ausdrücklich festgehalten, dass die Bewertung von Art. 6 Grundgesetz die Möglichkeit offenlässt, Familie und Ehe gegenüber anderen Formen der Lebenspartnerschaft etwas zu begünstigen. Das heißt, die grundgesetzliche Wertung lässt durchaus eine unterschiedliche Behandlung zweier Tatbestände zu.

(Beifall bei der FDP – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Das ist aber keine Verpflichtung!)

– Ich habe schon einmal gesagt, sehr geehrter Herr Wilken, es besteht keine Verpflichtung, sondern eine Möglichkeit. Es ist die Aufgabe des Parlaments, diese Möglichkeiten auszutarieren. Darüber wird im Augenblick diskutiert.

Frau Hofmann, wenn ich Sie kurz ansprechen darf: Das Gleiche gilt bei der Diskussion darüber, was die Antidiskriminierungsrichtlinie 2000/78/EG vom 27. November 2000 bedeutet. Entschuldigen Sie, wenn ich belehrend wirke, aber ich will es für alle klarstellen: Richtlinien müssen zunächst in nationales Recht transformiert werden. Im Fall Maruko kann man die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs dahin gehend interpretieren, dass die deutsche Rechtslage in Bezug auf die Hinterbliebenenversorgung durch die Versorgungswerke gegen diese Richtlinie verstößt. Die Europäische Kommission argumentiert ja in die gleiche Richtung in dem Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik.

Dazu sind zwei Punkte zu sagen. Die Richtlinie nimmt ausdrücklich Leistungen jeder Art seitens der staatlichen Systeme oder damit gleichgestellter Systeme, einschließlich der Systeme der sozialen Sicherheit, von ihrem Anwendungsbereich aus. Das heißt, dafür ist diese Richtlinie nicht anzuwenden. Zweitens. Der Erwägungsgrund Nr. 22 der Richtlinie lässt diese einzelstaatlichen Rechtsvorschriften über den Familienstand und davon abhängige

Leistungen ebenfalls unberührt. Das heißt, gerade das, worüber wir hier diskutieren, wird von dieser Richtlinie ausdrücklich nicht betroffen.

(Wortmeldung der Abg. Heike Hofmann (SPD))

– Frau Hofmann, sehen Sie es mir nach, dass ich keine Zwischenfragen zulasse. – Damit ist die Rechtslage auch europarechtlich keineswegs so, dass wir nicht darüber diskutieren könnten und keine Handlungsspielräume hätten. Vielmehr ist sie offen.

Überall dort – das möchte ich betonen –, wo das öffentlich-rechtliche Dienstrecht einem Partner besondere Pflichten auferlegt, hält es die Landesregierung sehr wohl für denkbar, dass eine Gleichstellung herbeigeführt wird. Das kann z. B. für den Fall gelten, dass der Dienstherr einen Wechsel des Dienstortes vorschreibt, was durchaus Ansprüche des Betroffenen auf Trennungsgeld oder Umzugskostenerstattung auslöst. Hier sehen wir durchaus die Möglichkeit oder vielleicht sogar die Verpflichtung, Ehen und eingetragene Lebenspartnerschaften gleichzustellen.

(Beifall bei der FDP)

Nach wie vor steht aber die Frage im Raum, ob das auch für andere Rechte, die nicht auf solchen Entscheidungen des Dienstherrn beruhen, gelten soll, z. B. bei der Beihilfe oder bei der Hinterbliebenenversorgung.

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Staatssekretär, nur als freundlicher Hinweis: Die vereinbarte Redezeit ist abgelaufen.

#### **Dr. Rudolf Kriszeleit, Staatssekretär im Ministerium der Justiz, für Integration und Europa:**

Sie dürfen mir glauben, jetzt kommt tatsächlich der letzte Satz. – Dies sind Beispiele für das, worüber wir anlässlich dieser Gesetzesvorschläge und der Gesetzesvorschläge der Regierungsfractionen in den nächsten Wochen und Monaten im Ausschuss diskutieren werden. Das Justizministerium wird dazu jede Hilfestellung geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kriszeleit. – Nächster Redner ist Herr Dr. Jürgens für die Fraktion der GRÜNEN.

#### **Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Kriszeleit, ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil die Ausführungen, die Sie hier gemacht haben, ebenso wie das Stimmverhalten der FDP in der vorangegangenen Wahlperiode den Verdacht nähren, Sie kommen deswegen mit dem Gesetzentwurf nicht zu Potte, weil Sie erst nach dem 27. September 2009 einen präsentieren wollen, der dann aber in seinem Inhalt deutlich hinter einer Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe zurückbleibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf daran erinnern, in der 16. Wahlperiode hat die damalige FDP-Fraktion gegen die Einbeziehung der homosexuellen Beamtinnen und Beamten in Beihilfe, Besol-

dung und Hinterbliebenenversorgung gestimmt. In der letzten Wahlperiode hat sich die FDP-Fraktion enthalten. Sie haben uns hier heute wortreiche Erklärungen dazu abgegeben, dass man bei der Gleichstellung auch hinter den Standards, die für Eheleute gelten, zurückbleiben kann.

Ich erkläre an dieser Stelle ganz eindeutig: Wo immer Sie bei den Rechten und Pflichten der Lebenspartner hinter den Rechten und Pflichten der Ehegatten zurückbleiben, bleibt es bei einer Diskriminierung. Das ist eine Diskriminierung und bleibt es auch weiterhin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Deswegen bleibt es bei dem, was ich vorhin gesagt habe: Es kann nicht ein bisschen Gleichstellung geben. Entweder gibt es eine Gleichstellung, oder es gibt sie nicht.

Herr Staatssekretär, im Übrigen gilt das natürlich sowohl für die Rechte als auch für die Pflichten. Dass dann die Lebenspartner genauso wie Eheleute eine Vollstreckung gegen sich dulden müssen, bedeutet in der Tat eine Schlechterstellung gegenüber der jetzigen Situation und ist dadurch begründet, dass man die gleichen Rechte, aber auch die gleichen Pflichten hat.

So ist es in unserem Gesetzentwurf vorgesehen, und so müssten Sie es eigentlich mittragen, wenn Sie an dem Prinzip, das wir für richtig halten, festhalten wollen: vollständige Gleichstellung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Jürgens. – Nun liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Aussprache über die beiden Gesetzentwürfe gelangt.

Es ist vorgeschlagen, beide Gesetzentwürfe zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Rechts- und Integrationsausschuss, federführend, und an den Innenausschuss, mitberatend, zu überweisen. – Deswegen machen wir das auch so.

Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 61:**

#### **Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 18/938 –**

Es wurde mir signalisiert, dass vier Petitionen herausgenommen werden sollen, um gesondert über sie abzustimmen. Können wir die gemeinsam oder einzeln abstimmen?

(Zurufe: Einzeln!)

– Einzeln. – Ich lasse über die Beschlussempfehlung zur Petition Nr. 724/17 abstimmen. Wer dieser die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD und DIE LINKE. Enthaltungen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen nun zur Beschlussempfehlung zur Petition Nr. 761/17. Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD und DIE LINKE. Enthaltungen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu der Beschlussempfehlung zur Petition Nr. 402/18. Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

Jetzt kommen wir zu der Beschlussempfehlung zur Petition Nr. 440/18. Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD und DIE LINKE. Enthaltungen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung gegeben worden.

Wir kommen jetzt zu den restlichen Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen. Wer diesen in der Gesamtheit zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das ganze Haus. Damit sind die restlichen Beschlussempfehlungen ebenfalls angenommen.

Jetzt kommen wir zu den Beschlussempfehlungen der Ausschüsse.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 49** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Kurhessenbahn reaktivieren – modernen ÖPNV realisieren – Drucks. 18/1031 neu zu Drucks. 18/237 –**

Berichtersteller ist Herr Abg. Frankenberger. – Wir verzichten auf die Berichterstattung.

Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 50:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Kurhessenbahn modernisieren – Drucks. 18/1032 neu zu Drucks. 18/303 –**

Berichtersteller ist auch hier Herr Kollege Frankenberger. – Auch hier verzichten wir auf die Berichterstattung.

Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Gegenstimmen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung ebenfalls angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 51:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend hessisches Konjunkturpaket kommt an – Drucks. 18/1033 zu Drucks. 18/873 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Dietzel. – Wir verzichten auf die Berichterstattung.

(Günter Rudolph (SPD): Es gibt die Nrn. 1 und 2, Frau Präsidentin!)

– Gibt es einen Geschäftsordnungsantrag? Dann müssen Sie das etwas früher ankündigen. – Herr Kollege Rudolph.

**Günter Rudolph (SPD):**

Wir reden über Tagesordnungspunkt 51, Drucks. 18/1033. Ist das richtig?

(Zurufe: Ja!)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Wir reden über die Beschlussempfehlung Drucks. 18/1033 zu Drucks. 18/873, Tagesordnungspunkt 51.

**Günter Rudolph (SPD):**

Da gibt es eine Nr. 1 und eine Nr. 2.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na und? Darüber kann man doch gemeinsam abstimmen!)

**Vizepräsidentin Sarah Sorge:**

Herr Kollege Rudolph, man kann über die Beschlussempfehlung insgesamt abstimmen. Ich bin mitten in der Abstimmung. Wenn Sie über die Punkte getrennt abstimmen wollen, sollten Sie das vorher signalisieren.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig!)

Also stimmen wir jetzt über die gesamte Beschlussempfehlung ab. Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP und SPD. Gegenstimmen? – Dagegen gestimmt haben die Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 52:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend konjunkturellen Impuls der Konjunkturprogramme messen – Drucks. 18/1034 zu Drucks. 18/903 –**

Berichtersteller ist auch hier Herr Kollege Dietzel. – Auch hier verzichten wir auf die Berichterstattung.

Wer der Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der CDU und der FDP. Gegenstimmen? – Dagegen gestimmt haben die Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 53:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Ausbildung sichern – Verantwortung übernehmen – Drucks. 18/1035 zu Drucks. 18/874 –**

Berichterstellerin ist Frau Kollegin Wissler. – Wir verzichten auf die Berichterstattung.

Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der CDU und der FDP. Gegenstimmen? – Dagegen gestimmt haben die Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Es folgt **Tagesordnungspunkt 54:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Altersteilzeit in Hessen fortsetzen – Drucks. 18/1038 zu Drucks. 18/235 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege Schaus. – Wir verzichten auch hier auf die Berichterstattung.

Wer der Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der CDU und der FDP. Gegenstimmen? – Dagegen gestimmt haben die Abgeordneten der SPD und der LINKEN. Enthaltungen? – Die Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN haben sich der Stimme enthalten. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Nun kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 55:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend neue Arbeitszeitmodelle für den Landesdienst notwendig – Drucks. 18/1039 zu Drucks. 18/922 –**

Berichterstatter ist hier Herr Kollege Schaus. – Auch hier verzichten wir auf die Berichterstattung.

Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der CDU und der FDP. Gegenstimmen? – Dagegen gestimmt haben die Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Der Stimme enthalten haben sich die Abgeordneten der SPD und der LINKEN. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 56:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Altersteilzeit in Hessen – Drucks. 18/1040 zu Drucks. 18/924 –**

Berichterstatter ist auch hier Herr Kollege Schaus. – Auch hier verzichten wir auf die Berichterstattung.

Wer der Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der CDU und der FDP. Gegenstimmen? – Dagegen gestimmt haben die Abgeordneten der SPD und der LINKEN. Enthaltungen? – Enthalten haben sich die Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 57:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Abg. Dr. Spies, Fuhrmann, Merz, Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion betreffend Chancen für die Jugend in der Wirtschaftskrise verbessern – mehr Ausbildung im Landesdienst – Drucks. 18/1041 zu Drucks. 18/810 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege Bellino. – Wir verzichten auf die Berichterstattung.

Wer der Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der CDU und der FDP. Gegenstimmen? – Dagegen gestimmt haben die Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 58:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend in schwierigen Zeiten konsequent handeln – Ausbildungsplätze sichern und schaffen – Drucks. 18/1042 zu Drucks. 18/931 –**

Auch hier ist Berichterstatter Herr Kollege Bellino. – Auch hier verzichten wir auf die Berichterstattung.

Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der CDU und der FDP. Gegenstimmen? – Dagegen gestimmt haben die Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 59:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht streichen – Drucks. 18/1043 zu Drucks. 18/870 –**

Berichterstatterin ist Frau Kollegin Öztürk. – Auch hier verzichten wir auf die Berichterstattung.

Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der CDU und der FDP. Gegenstimmen? – Dagegen gestimmt haben die Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 60:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ältestenrats zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Gleichstellung der Abgeordneten des Hessischen Landtags in der gesetzlichen Rentenversicherung – Drucks. 18/1076 zu Drucks. 18/751 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege Rudolph. – Auch hier verzichten wir auf die Berichterstattung.

Wer der Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der CDU, der SPD, der FDP und der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Dagegen gestimmt haben die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 69:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Eklat um die Verleihung des Hessischen Kulturpreises – Drucks. 18/1089 zu Drucks. 18/777 –**

Berichterstatter ist hier Herr Kollege Müller aus Gelnhausen. – Wir verzichten auch hier auf die Berichterstattung und kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung.

Wer ihr die Zustimmung geben möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der CDU und der FDP. Gegenstimmen? – Dagegen gestimmt haben die Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN. Damit ist diese Beschlussempfehlung ebenfalls angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 70:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und**

**der FDP betreffend Lehrerhandreichung 60 Jahre Grundgesetz – 60 Jahre Erfolgsgeschichte Demokratie – Drucks. 18/1091 zu Drucks. 18/263 –**

Berichterstatterin ist Frau Kollegin Wallmann. – Wir verzichten auch hier auf die Berichterstattung.

Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Zugestimmt haben die Abgeordneten des gesamten Hauses. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 71:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Lehrerbildungsgesetz reformieren – schnelle Lösung für die zweite Ausbildungsphase schaffen – Drucks. 18/1092 zu Drucks. 18/832 –**

Frau Kollegin Hofmeyer ist hier Berichterstatterin. – Auch hier verzichten wir auf die Berichterstattung.

Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der CDU und der FDP. Gegenstimmen? – Dagegen gestimmt haben die Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 72:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend ideologische Politik und Beratungsresistenz der Landesregierung – Drucks. 18/1093 zu Drucks. 18/862 –**

Berichterstatter ist hier Herr Kollege Bauer. – Wir verzichten auf die Berichterstattung.

Wer der Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der CDU und der FDP. Gegenstimmen? – Dagegen gestimmt haben die Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 73:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend keine Dumpinglöhne bei den Bodenverkehrsdiensten am Frankfurter Flughafen – Drucks. 18/1095 zu Drucks. 18/923 –**

Berichterstatter ist hier Herr Kollege van Ooyen. – Auch hier verzichten wir auf die Berichterstattung.

Wer dieser Beschlussempfehlung die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der CDU und der FDP. Gegenstimmen? – Dagegen gestimmt haben die Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN. Damit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen.

Wir sind am Ende der Abstimmungen über die Beschlussempfehlungen ohne Aussprache angelangt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der FDP und der LINKEN)

Wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich schließe hiermit die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend. Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr wieder.

(Schluss: 18:57 Uhr)

**Anlage 1 (zu Tagesordnungspunkt 26)****Abstimmungsliste**

über die namentliche Abstimmung zu Ziffer 4 des Entschließungsantrags der Fraktion der SPD betreffend grünes Licht für den Ausbau des Frankfurter Flughafens – grünes Licht für die Nachtruhe – Rückkehr zum Mediationsergebnis – Drucks. 18/993 –

Name der/des Abgeordneten	Frak- tion	ja	nein	ent- halten	gefehlt	Name der/des Abgeordneten	Frak- tion	ja	nein	ent- halten	gefehlt
Al-Wazir, Tarek	GRÜNE	x				Lautenschläger, Silke	CDU		x		
Arnold, Dr. Walter	CDU		x			Lenders, Jürgen	FDP		x		
Banzer, Jürgen	CDU		x			Lenz, Aloys	CDU		x		
Bartelt, Dr. Ralf-Norbert	CDU		x			Lortz, Frank	CDU		x		
Bauer, Alexander	CDU		x			Lotz, Heinz	SPD	x			
Bellino, Holger	CDU		x			May, Daniel	GRÜNE	x			
Beuth, Peter	CDU		x			Merz, Gerhard	SPD	x			
Blechtschmidt, Dr. Frank	FDP		x			Mick, Hans-Christian	FDP		x		
Blum, Leif	FDP		x			Milde (Griesheim), Gottfried	CDU		x		
Bocklet, Markus	GRÜNE	x				Müller (Kassel), Karin	GRÜNE	x			
Boddenberg, Michael	CDU		x			Müller (Schwalmstadt), Regine	SPD	x			
Bouffier, Volker	CDU		x			Müller (Gelnhausen), Dr. Rolf	CDU		x		
Büger, Dr. Matthias	FDP		x			Müller (Heidenrod), Stefan	FDP		x		
Burghardt, Patrick	CDU		x			Noll, Alexander	FDP		x		
Cárdenas, Barbara	LINKE	x				Ooyen, Willi van	LINKE	x			
Caspar, Ulrich	CDU		x			Osterburg, Gudrun	CDU		x		
Decker, Wolfgang	SPD	x				Öztürk, Mürvet	GRÜNE	x			
Dietz, Klaus	CDU		x			Paulus, Jochen	FDP		x		
Dietzel, Wilhelm	CDU		x			Pauly-Bender, Dr. Judith	SPD	x			
Dom, Angela	GRÜNE	x				Peuser, Helmut	CDU		x		
Döweling, Mario	FDP		x			Posch, Dieter	FDP		x		
Enslin, Ellen	GRÜNE	x				Quanz, Lothar	SPD	x			
Erfurth, Sigrid	GRÜNE	x				Ravensburg, Claudia	CDU		x		
Faeser, Nancy	SPD	x				Reif, Clemens	CDU		x		
Frankenberger, Uwe	SPD	x				Reißer, Rafael	CDU		x		
Franz, Dieter	SPD	x				Rentsch, Florian	FDP		x		
Frömmrich, Jürgen	GRÜNE	x				Reuscher, Wilhelm	FDP		x		
Fuhrmann, Petra	SPD	x				Reuter, Dr. Michael	SPD	x			
Gerling, Alfons	CDU		x			Rock, René	FDP		x		
Gnadl, Lisa	SPD			x		Roth, Ernst-Ewald	SPD	x			
Görig, Manfred	SPD	x				Rudolph, Günter	SPD	x			
Gottschalck, Ulrike	SPD			x		Schäfer-Gümbel, Thorsten	SPD	x			
Greilich, Wolfgang	FDP		x			Schaus, Hermann	LINKE	x			
Grumbach, Gernot	SPD			x		Schmitt, Norbert	SPD	x			
Grüttner, Stefan	CDU		x			Schork, Günter	CDU		x		
Habermann, Heike	SPD	x				Schott, Marjana	LINKE	x			
Hahn, Jörg-Uwe	FDP		x			Schulz-Asche, Kordula	GRÜNE	x			
Hammann, Ursula	GRÜNE	x				Seyffardt, Hans-Peter	CDU		x		
Heidel, Heinrich	FDP		x			Siebel, Michael	SPD	x			
Henzler, Dorothea	FDP		x			Sorge, Sarah	GRÜNE	x			
Herr, Dr. Norbert	CDU		x			Spies, Dr. Thomas	SPD	x			
Hoff, Volker	CDU		x			Stephan, Peter	CDU		x		
Hofmann, Heike	SPD	x				Sürmann, Frank	FDP		x		
Hofmeyer, Brigitte	SPD	x				Utter, Tobias	CDU		x		
Höldobler-Heumüller, Margaretha	GRÜNE				x	Wagner (Lahntal), Dr. Christean	CDU		x		
Honka, Hartmut	CDU		x			Wagner (Taunus), Mathias	GRÜNE	x			
Irmer, Hans-Jürgen	CDU		x			Wallmann, Astrid	CDU		x		
Jürgens, Dr. Andreas	GRÜNE	x				Warnecke, Torsten	SPD	x			
Kahl, Reinhard	SPD	x				Waschke, Sabine	SPD	x			
Kartmann, Norbert	CDU		x			Weimar, Karlheinz	CDU		x		
Kaufmann, Frank-Peter	GRÜNE	x				Weiß, Marius	SPD	x			
Klee, Horst	CDU		x			Wiegel, Kurt	CDU		x		
Klein (Freigericht), Hugo	CDU		x			Wiesmann, Bettina	CDU		x		
Klose, Kai	GRÜNE	x				Wilken, Dr. Ulrich	LINKE	x			
Koch (Eschborn), Roland	CDU		x			Wintermeyer, Axel	CDU		x		
Krüger, Fritz-Wilhelm	FDP		x			Wissler, Janine	LINKE	x			
Kühne-Hörmann, Eva	CDU		x			Wolff, Karin	CDU		x		
Landau, Dirk	CDU		x			Ypsilanti, Andrea	SPD	x			
Lannert, Judith	CDU		x			Zech, Helmut von	FDP		x		



**Anlage 2 (zu Tagesordnungspunkt 26)**

**Nach § 88 Abs. 2 GOHLT zu Punkt 26 der Tagesordnung, Drucks. 18/993, zu Protokoll gegebene Erklärung zur Abstimmung der Abg. Heike Habermann und Nancy Faeser (SPD):**

*Die Abg. Heike Habermann und Nancy Faeser erklären zu ihrem Abstimmungsverhalten zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 18/993, dass ihre Zustimmung nur für die Punkte 2 bis 6 des Antrags gilt.*

*Den Punkt 1 lehnen sie ab, da sie bereits durch die Ablehnung des LEP deutlich gemacht haben, dass sie den Bau einer Landebahn Nordwest ablehnen.*

*Heike Habermann, MdL*

*Nancy Faeser, MdL*